



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Innenstadtaufwertung in niederösterreichischen Kleinstädten

verfasst von

Christine Deibl, BA

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 857

Studienrichtung lt. Studienblatt: Raumforschung und Raumordnung

Betreuerin / Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel

Vorwort

Das Zustandekommen der vorliegenden Arbeit konnte nur durch viele zusammenpassende Umstände verwirklicht werden.

Im inhaltlich breit angelegten Bachelorstudium der Geographie habe ich meine Schwerpunktsetzung im Bereich der Raumordnung gefunden. Dennoch blieb der umfassende Blick, der viele unterschiedliche Prägungen eines Raumes in Betracht zieht, erhalten, was auch aus dieser Arbeit spricht. Im Laufe von sieben Jahren an der Universität habe ich jedoch nicht nur Fachliches gelernt, sondern darüber hinaus sehr viel mehr mitgenommen, denn ein Studium ist nicht nur die Fülle an Lehrveranstaltungen, die man absolviert. Demensprechend habe ich die Zeit in variabler Weise zum Zweck der Bildung genutzt und kann sagen, dass mich meine Studienzeit persönlich stark geprägt und in meinen Ansichten weitergebracht hat. Doch es war ein langer Weg, bis zu dem Punkt, da ich dies nun behaupten kann und diesen Weg bin ich nicht alleine gegangen. Ich möchte mich in diesem Sinne bei meinen Freunden, Kollegen und Wegbegleitern bedanken für die gemeinsam verbrachte Zeit – sei es zum Zweck des Studiums, der Arbeit oder der Freizeitgestaltung, für ein offenes Ohr, Zuspruch sowie für viel Verständnis!

In Bezug auf diese Arbeit möchte ich dabei insbesondere Angelika Derfler und Alexandra Frangenheim für die Korrekturen danken, sowie allen, Kollegen, die mir bei Fragen zur Verfügung standen und mit Tipps zur Stelle waren. Für die Übernahme der Betreuung dieser Arbeit gilt Dank Herrn Univ.-Prof. Dr. Hans-Heinrich Blotevogel.

Abschließend möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, die meinen Weg nie in Frage gestellt hat, und dabei allen voran bei meinen Eltern, dafür, dass ich die Möglichkeit und jede Unterstützung bekommen habe, um dieses selbstgewählte Studium zu absolvieren und die damit verbundene Studienzeit erleben zu können!

Wien, Juni 2011

Inhalt

1. Einleitung	8
2. Begriffsdefinitionen	10
2.1 Stadt	10
2.2 Innenstadt	11
2.3 Stadtentwicklung vs. Stadtplanung/-erneuerung	11
3. Stadtentwicklungsforschung in Zeiten zunehmender Partizipation	12
3.1 Das Modell der europäischen Stadt und deren Veränderung	13
3.2 Stadtentwicklung und Denkmalschutz	15
3.3 Kleinstadt – theoretische Näherung	15
3.3.1 Die Kleinstadt in sieben Thesen	16
3.3.2 Die Kleinstadt – Vor- und Nachteile	18
3.4 Akteure und Prozesse der Stadtentwicklung in ihrer Bedeutung	19
3.4.1 Raumordnung und Raumplanung auf lokaler Ebene	19
3.4.2 Governance – Eine neue Steuerungsform? Ein Gegensatz zu Government?	22
3.5 Partizipation in Planungsprozessen	25
3.5.1 Ziele der Partizipation in der Raumordnung	27
3.5.2 Funktionen der Partizipation in der Raumordnung	28
3.5.3 Legitimationsdruck partizipativer Prozesse in der Raumordnung	30
4. Forschungsleitende Fragen	31
5. Angewandte Methoden	33
5.1 Auswahl der Beispielstädte	33
5.2 Literaturanalyse	34
5.3 Experteninterviews	34
5.4 Teilnehmende Beobachtung	35
6. Kleinstädte – ein Problemaufriss	36
6.1 Europäisches Stadtmodell im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Tradition	36
6.1.1 Gesellschaft und bauliche Stadtgestalt im Konflikt ihrer Rahmenbedingungen	37
6.2 Kleinstädte in Niederösterreich	38
6.3 Diskussion über die aktuelle Relevanz der Innenstadt	41
7. Niederösterreich – Rahmen der Analyse	43
7.1 Die niederösterreichische Stadtgemeinde als Körperschaft - Rechte, Pflichten und Aufgaben	47
7.2 Rechtliche Grundlagen und Institutionen auf Ebene des Landes Niederösterreich	48
7.2.1 Niederösterreichisches Raumordnungsgesetz (NÖ ROG 1976), LGBL 8000-26	49
7.2.1 Das Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm, LGBL 8000/24-1	51
7.2.2 Niederösterreichisches Landesentwicklungskonzept 2004 (NÖ LEK)	51
7.2.3 Schutzzonenkonzept	52
7.3 Landesaktionen	55
7.3.1 Stadterneuerung Niederösterreich (STERN)	55
7.3.2 NAFES (Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadt- und Ortszentren)	61
7.3.3 Stadt- und Ortskernbelebung in Niederösterreich	61

8. Stadtentwicklung in der Praxis anhand von drei Beispielstädten	65
8.1 Hollabrunn	67
8.1.1 Die Geschichte und das Wachstum der Stadt Hollabrunn.....	68
8.1.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung.....	68
8.1.3 Wirtschaftsstruktur – Hollabrunn nach der landwirtschaftlichen Prägung	70
8.1.4 Innenstadtsituation, Stadtentwicklung und Ziele und Projekte der Stadterneuerung.....	72
8.1.5 Diskussion der Stadtentwicklung in der Hollabrunner Innenstadt	76
8.2 Mistelbach.....	77
8.2.1 Die historische Entwicklung zum wirtschaftlichen Zentrum des Weinviertels	78
8.2.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung.....	78
8.2.3 Wirtschaftsstruktur – Mistelbach als Einkaufsstadt	80
8.2.4 Innenstadtsituation, Stadtentwicklung und Ziele und Projekte der Stadterneuerung.....	82
8.2.5 Diskussion der Stadtentwicklung in der Mistelbacher Innenstadt	86
8.3 Neunkirchen.....	87
8.3.1 Die historische und wirtschaftliche Entwicklung Neunkirchens: Von der Siedlung zur Industriestadt zur Einkaufsstadt	88
8.3.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung.....	88
8.3.3 Wirtschaftsstruktur – Neunkirchen als Handelsstadt	90
8.3.4 Innenstadtsituation, Stadtentwicklung und Ziele und Projekte der Stadterneuerung.....	92
8.3.5 Diskussion der Stadtentwicklung in der Neunkirchner Innenstadt	99
9. Ergebnisdiskussion und Handlungsempfehlungen	101
9.1 Die Wichtigkeit einer räumlich verortbaren Innenstadt.....	102
9.2 Innenstadtentwicklung in niederösterreichischen Städten – Prozesse und Umsetzungen	104
9.2.1 Stadterneuerung.....	106
9.3 Landesförderungen – Gießkanne vs. räumlich fokussierte Förderung.....	109
10. Conclusio	111
11. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	113
12. Anhang.....	120

Abbildungen, Tabellen und Karten

Abbildungen

Abbildung 1 – Von der Beteiligung zur Kooperation	26
Abbildung 2 – Verschiedene „Schichten“ in der Entwicklung des Beteiligungsverständnisses	27
Abbildung 3 – Funktionen der Planungskommission	28
Abbildung 4 – Das lineare Planungsverständnis (in der Theorie)	29
Abbildung 5 – Das traditionelle Verfahren in der Praxis: DEcide, Announce, Defend = DEAD	29
Abbildung 6 – Das offene (kooperative) Verfahren als Alternative zum DEAD-Modell	29
Abbildung 7 – Altersstruktur Niederösterreichs	38
Abbildung 8 – Index der Bevölkerungsentwicklung 1869-2011 – die drei Städte im Vergleich	45
Abbildung 9 – Index der Bevölkerungsentwicklung und -prognose Österreich, Wien und Niederösterreich im Vergleich	46
Abbildung 10 – Leitfaden zur Implementierung neuer „Schutzzonenmodelle“	54
Abbildung 11 – Organigramm der Dorf- und Stadterneuerung Niederösterreich	56
Abbildung 12 – Zusammensetzung des Stadterneuerungsbeirats.....	58
Abbildung 13 – Die relevanten „A’s“ eines Handelsstandorts	63
Abbildung 14 – Logo der Stadt Hollabrunn	67
Abbildung 15 – Bevölkerungsentwicklung Hollabrunn 1869-2011	68
Abbildung 16 – Altersstruktur Hollabrunns 2012.....	69
Abbildung 17 – Alterspyramide Hollabrunns 2012	69
Abbildung 18 – Marke Mistelbach	77
Abbildung 19 – Bevölkerungsentwicklung Mistelbachs 1869-2011.....	78
Abbildung 20 – Altersstruktur Mistelbachs.....	79
Abbildung 21 – Alterspyramide Mistelbachs 2012	79
Abbildung 22 – Marke Neunkirchen	87
Abbildung 23 – Bevölkerungsentwicklung Neunkirchen 1869-2011	89
Abbildung 24 – Altersstruktur Neunkirchens 2012	89
Abbildung 25 – Alterspyramide Neunkirchens 2012.....	89
Abbildung 26 – Submarken der Stadtmarke Neunkirchen.....	99

Tabellen

Tabelle 1 – Dimensionen des Politischen	20
Tabelle 2 – Finanzierungsmodell der STERN	60
Tabelle 3 – SWOT-Analyse Hollabrunn.....	73
Tabelle 4 – Stärken-Schwächen-Analyse der Neunkirchner Innenstadt	94
Tabelle 5 – Funktionen Zentraler Orte	120

Karten

Karte 1 – Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2031 (Prognose) in Prozent von 2006	39
Karte 2 – Übersichtskarte Niederösterreich inklusive Beispielstädte	44
Karte 3 – Zentrale Orte in Niederösterreich	50
Karte 4 – Hollabrunn inklusive aller Katastralgemeinden	67
Karte 5 – Innenstadtabgrenzung Hollabrunn	71
Karte 6 – Mistelbach inklusive aller Katastralgemeinden	77
Karte 7 – Innenstadtabgrenzung Mistelbach	81
Karte 8 – Neunkirchen inklusive aller Katastralgemeinden	87
Karte 9 – Innenstadtabgrenzung Neunkirchen	91
Karte 10 – Schutzzzone Neunkirchen	122

1. Einleitung

Die Vorstellung einer florierenden Innenstadt mit hoher Besucherfrequenz¹, Nutzungsmix und differenziertem Angebot, die gleichzeitig viel Raum zur Selbstentfaltung lässt und allen Bevölkerungsgruppen offen steht, gilt als Idealvorstellung vieler, die sich mit Stadtentwicklung in Kleinstädten beschäftigen. Dabei handelt es sich um ein sehr komplexes Ziel, das neben guten Ausgangsbedingungen auch viel Engagement benötigt.

Aufgrund der Fülle an Prozessen, die in Städten aufeinandertreffen, sind sie Thema interdisziplinärer Forschungen. Für Soziologen, Ethnologen, Kultur- und Sozialanthropologen, Architekten, Stadtforscher und Künstler bieten Städte variable Forschungsfelder und so auch für Geographen und Raumordner. Letzterer Blick wird in dieser Arbeit den Fokus angeben.

Die Bedeutung von Städten ist seit Anbeginn des Stadtbaus evident und doch wurden und werden Städte mit unterschiedlichen Merkmalen verbunden. In der Antike waren sie der Ort der Demokratie, im Mittelalter machte Stadtluft (vermeintlich) rechtlich frei und später wurden ganze Versorgungssysteme auf der Güter- und Dienstleistungsbereitstellung von Zentralen Orten aufgebaut. Bei alledem spielte die Innenstadt als Handelspunkt eine wichtige Rolle. In den letzten Jahrzehnten stehen Städte im Wettbewerb um Investitionen und man spricht nicht mehr vom Kräfteressen und der Konkurrenz von Nationalstaaten, sondern von Global Cities, als Träger der Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig finden sich innerhalb der Städte Konkurrenten in Form von Fachmarktzentren. Auch die gesellschaftlichen und damit planerischen Trends wie der Einkaufszentren-Boom bis in die beginnenden 2000er-Jahre und die folgende Rückbesinnung auf städtebauliche Traditionen ü(b)t(en) großen Einfluss auf die Kleinstädte aus.

Aus der Breite an Möglichkeiten wird in dieser Arbeit der Schwerpunkt auf die Innenstadtentwicklung in Kleinstädten in Niederösterreich gelegt und ist somit, innerhalb des weiten Forschungsfeldes, bewusst eng gewählt.

Bei Aufwertungsprozessen in Städten handelt es sich um komplexe Wirkungszusammenhänge. Der Blick muss dabei in die Zukunft gerichtet sein, denn das Ziel ist, eine Verbesserung der Situation für die derzeitigen und folgenden Stadtbürger zu schaffen. Jede Stadt kann allerdings nur aus den historisch-situativen Gesamtzusammenhängen heraus – also mit einem Blick zurück – verstanden werden. Stadtentwicklung bedeutet nicht nur eine städtebauliche, sondern auch eine sozio-ökonomische Veränderung und passiert unter vorgegebenen Rahmenbedingungen, die jedoch permanenter Modifizierung unterliegen. Eine wichtige Rolle nimmt hierbei die Raumordnung durch gesetzliche Grundlagen, aber auch durch Leitbilder der räumlichen Entwicklung und schließlich durch informelle Regelungen ein. Aufgrund dessen ist das Thema der Innenstadtaufwertungsprozesse in peripher gelegenen Städten aus Raumordnungssicht von hoher Relevanz und wird in dieser Arbeit in Form von drei Beispielen aus Niederösterreich: Hollabrunn, Mistelbach und Neunkirchen behandelt. Beleuchtet werden vor allem die gesetzten Maßnahmen und die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Programms Stadterneuerung des Landes Niederösterreich.

Die Arbeit beginnt mit der Darstellung und Reflexion des bisherigen Erkenntnisstandes zum Modell der europäischen Stadt und seiner Entwicklung sowie zu Ansätzen der Partizipation im Sinne der

¹ Zu Gunsten der besseren Lesbarkeit wird auf gendergerechte Sprache verzichtet. Die in dieser Arbeit verwendete Form ist im Sinne der Gleichberechtigung geschlechterneutral zu lesen.

Zunahme von Governance-Ansätzen. Die österreichischen Städte haben sich historisch entwickelt und zeigen somit Züge der „europäischen Stadt“. Dieses heute vielfach vertretene Modell wird vorgestellt und kritisch auf seine Anwendbarkeit auf die aktuelle Gesellschaft diskutiert. Daran schließen sich einige Ansätze zur kleinstädtischen Maßstabsebene, um schließlich der Frage nach Partizipation in der Planung am Weg von „Government“ zu „Governance“ zu behandeln. Der empirische Teil der Arbeit baut auf einem allgemeinen Problemaufriss sowie der Darstellung der rechtlichen Grundlagen und der Rahmenbedingungen in Niederösterreich auf. Dabei spielt die Landesförderpolitik eine wichtige Rolle. In der Analyse der drei Fallbeispiele wird neben einer Charakterisierung der Städte und ihrer Stadtkerne eine auf Experteninterviews und Literaturanalyse gestützte Darstellung und Bewertung der Maßnahmen, die in der Innenstadt umgesetzt wurden, gegeben. Abschließend erfolgt die Ergebnisdiskussion, wobei die gewonnen Erkenntnisse reflektiert werden, um daraus Handlungsempfehlungen auf lokaler Ebene abzuleiten, die auch auf andere Städte übertragbar sind. Auf Landesebene wird die themenspezifische Förderpolitik hinsichtlich bestehenden Verbesserungspotentials bewertet.

2. Begriffsdefinitionen

Um ein eindeutiges Verständnis der auch im alltäglichen Sprachgebrauch verwendeten Begriffe zu gewährleisten, seien diese vorderhand in ihrer Verwendung in dieser Arbeit definiert.

2.1 Stadt

Der Begriff „Stadt“ ist nicht eindeutig definiert, da je nach Zeit und nationalem bzw. kulturellem Kontext Unterschiedliches als „Stadt“ bezeichnet wird. Der rechtliche Stadtbegriff bezieht sich meist auf statistische Komponenten wie die Einwohnerzahl und die Dichte einer Siedlung. Bevölkerungsdichte ist ein noch schwerer zu fassendes Merkmal und dabei vor allem die Abgrenzung, ab welchem Wert eine Siedlung als „dicht bebaut“ gilt. Dies hängt vom kulturellen Kontext ab. Es gibt jedoch keine länderübergreifenden einheitlichen Regeln für die Abgrenzung. In Österreich liegt die statistische Untergrenze für eine Stadt bei 2500 Einwohnern.

Den rechtlichen Status einer „Stadt“ erlangten die heutigen österreichischen Städte zumeist aufgrund des historischen Stadtbegriffs, der sich durch das Stadtrecht ergibt, obwohl heute rechtlich nicht mehr zwischen Stadt und Gemeinde unterschieden wird. (vgl. FASSMANN 2009: 42ff)

Da „Stadt“ an sich schon schwer begrifflich zu fassen ist, sind auch die Unterteilungen in Klein-, Mittel- und Großstädte sowie Metropolen und Megacities schwierig zu treffen und in ihren Abgrenzungen umstritten, zumal sie sich meist auf nicht mehr aktuelle Zahlen berufen. Für den Kontext dieser Arbeit wird bei Städten mit unter 20.000 Einwohnern von Kleinstädten gesprochen, wobei hier vielmehr qualitative Charakteristika wie (soziale) Prozesse von Bedeutung sind. Kleinstädte bilden funktionale, wirtschaftliche und kulturelle Identifikationspunkt für ihr Hinterland und damit den zentralen Ort im lokal-regionalen Kontext in peripheren Lagen. Sie sind damit Versorgungs-, Dienstleistungs- und Verwaltungsknoten für das Umland und haben dementsprechend Aufgaben, Rechte und Pflichten, welche die Legitimation der Stadtplanung, aber auch ihren Auftrag darstellen.

In Österreich sind viele Kleinstädte im Mittelalter entstanden, was bis heute an ihrem Straßengrundriss bzw. bestehenden Schlössern, Burgen oder Ruinen ersichtlich ist. In der städtebaulich-räumlichen Struktur herrscht geschlossene, mehrgeschossige Bebauung im Stadtzentrum vor. Dennoch ist im Feld der Kleinstädte zu unterscheiden nach Funktion, Entstehung und aktuellen Entwicklungen. Beispielsweise stehen wachsende Kleinstädte, die sich aus Orten im Umland von Großstädten aufgrund von Suburbanisierung herausgebildet haben, vor anderen Herausforderungen, als schrumpfende Kleinstädte in peripheren Lagen, worauf wiederum eine etwaige Stadtentwicklungspolitik angepasst werden muss. (vgl. KUNZMANN 2004)

2.2 Innenstadt

Die Innenstadt (ungefähr mit dem „City-Centre“ im englischen Sprachraum zu übersetzen) bezeichnet den Teilraum einer Stadt mit der höchsten baulichen Dichte und der höchsten Konzentration an unterschiedlichen Dienstleistungen aus dem tertiären und quartären Sektor. Meist ist die Innenstadt, wie der Name schon sagt, in der Mitte der Stadt situiert und wird auch als Stadtmitte oder Stadtkern, sowie, wenn dies historisch zutrifft, auch als Altstadt bezeichnet. (FASSMANN 2009: 116) Die genaue Abgrenzung im Einzelfall ist individuell zu erheben, wie anhand der Beispielstädte sichtbar wird. (vgl. Kapitel 8) Im weiteren Verlauf der Arbeit werden die Begriffe „Innenstadt“ und „Stadtkern“ weitgehend synonym verwendet.

2.3 Stadtentwicklung vs. Stadtplanung/-erneuerung

Städte entwickeln sich permanent weiter, unabhängig davon, ob konkrete Maßnahmen seitens einer Behörde, eines Vereins oder sonstiger Akteure gesetzt werden. Entwicklung an sich ist hierbei schlicht als die Veränderung eines Zustandes zwischen zwei Zeitpunkten zu interpretieren, ohne dem Begriff dabei eine Wertung zu verleihen.

Aus der Permanenz der Veränderung ergibt sich allerdings auch die Möglichkeit des geplanten Eingriffes. Aus unterschiedlicher Perspektive und zu verschiedenen Zeitpunkten betrachtet, werden dabei immer gewisse Werte vertreten und bestimmte Ziele verfolgt. Diese Vorgänge werden hier als Stadtentwicklung bezeichnet. Stadterneuerung im konkreten Falle in Niederösterreich ist hingegen, wie in Kapitel 7.3.3 erklärt, die konkrete Form gesteuerter, vom Land geförderter Stadtentwicklung, bei der Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle spielt.

3. Stadtentwicklungsforschung in Zeiten zunehmender Partizipation

Im Folgenden werden einige Anhaltspunkte für die Thematik der Innenstadtaufwertung kleinerer Städte im europäischen Raum gegeben. Dass hierbei nicht auf ein fundiertes Theoriegerüst zurückgegriffen werden kann, liegt in der Natur der Sache. (vgl. Albers 1996) Stadtplanung ist als handlungsorientierte Disziplin praxisorientiert und versucht, durch Stadtentwicklungsmaßnahmen lenkend in das Stadtgeschehen einzugreifen. Aus all den Einzelfällen, in denen praktisch geplant wurde, wird man in der Folge versuchen, allgemeine Einsichten abzuleiten (wie es auch das Ziel dieser Arbeit ist). Damit ist der grundlegende Unterschied zur naturwissenschaftlichen Theoriebildung offensichtlich. Es können keine, unter denselben Bedingungen wiederholbaren Experimente durchgeführt werden. (vgl. EBDA.: 17f) „Deshalb ist es wohl richtiger, vom Anteil der Theorie an der Stadtplanung zu sprechen, und diese Theorie kann kaum etwas anderes sein als die systematische Aufbereitung von Beobachtungen und Erfahrungen, die sich auf die Entwicklung der Städte, auf Methodik und Inhalte möglicher Steuerungsmaßnahmen und auf deren Auswirkungen beziehen.“ (EBDA.: 18) Aus den Einzelfallanalysen lässt sich keine Theorie im eigentlichen Wortsinn ableiten. Hinzu kommt, dass auch die soziale und gesellschaftliche Komponente nur berücksichtigt, nicht jedoch geplant werden kann. Dadurch kann ein Plan oder ein Konzept in einem Fall gut funktionieren, in einem anderen Fall mit grundsätzlich gleicher Ausgangslage, jedoch anderer Zusammensetzung betroffener Personen, nicht. Aus diesen Gründen bleibt Stadtplanung eine heuristische Disziplin, die auf der Suche nach angemessenen praktischen Lösungen ist. (vgl. EBDA.: 19)

Ziel dieses Kapitels ist, einen Überblick über die für das Thema der Arbeit relevanten theoretischen Überlegungen zu geben. Beginnend bei der größeren Ebene der allgemeinen Stadtentwicklung in Europa, wird das Modell der europäischen Stadt, das die historische Stadtentwicklung im europäischen Raum mit ihrer baulichen, architektonischen und sozio-ökonomischen Struktur beschreibt und in der Raumordnung aktuell als anzustrebendes Stadtplanungsmodell gehandelt wird, diskutiert, um dies in Kapitel 6 einer kritischen Analyse auf seine aktuelle Anwendbarkeit zu unterziehen.

Mit kleiner werdender Maßstabsebene schließen daran zwei Ausführungen der spärlichen Theorieansätze zu Kleinstädten an. In einem knappen geschichtlichen Abriss werden in weiterer Folge die Phasen der Stadtentwicklungspolitik dargestellt. Der Wandel von der Top-down-Planung zu vermehrten Bottom-up-Ansätzen erfordert zusätzlich die Auseinandersetzung mit grundlegenden theoretischen Hintergründen zum Thema Governance und dem Dreigespann aus Politics, Polity und Policies. Dabei wird auch auf die Änderungen in der Steuerungsform und die zunehmende Partizipation in Planungsprozessen eingegangen, um später die Frage nach der politischen Legitimation von Partizipationsprozessen zu diskutieren.

Wichtig ist – in der gesamten Arbeit, jedoch vor allem auch in den Ausführungen zur theoretischen Einbettung – immer auch die Trends der Zeit, in denen die Konzepte erstellt wurden oder die Vorgänge stattgefunden haben, mitzudenken, denn nur dadurch können sie verstanden werden.

3.1 Das Modell der europäischen Stadt und deren Veränderung

Die Idee der europäischen Stadt geht auf den Soziologen Max WEBER zurück, der sich die Frage stellte, warum sich der Kapitalismus gerade in Städten Europas entwickelt hat. (vgl. HÄÜBERMANN 2001: 245) Er sah die europäische Stadt als politisches Subjekt. Ausschlaggebend waren für WEBER die politischen Assoziationen sowie eine gewisse Lebensweise und weniger die physische Struktur, wie man anhand der fünf Merkmale sieht, die er zur Charakterisierung der mittelalterlichen Stadt heranzog:

- **Stadtbefestigung durch Mauern**, welche die Trennung vom Land und den rechtlichen Unterschied der Einwohner darstellten, da Städter Bürger waren und nicht dem Feudalrecht unterstanden
- **städtische Marktfunktion mit einer autonomen Gewerbeaufsicht der Städte**– das bedeutete für die Städter– Bürgerrechte und Geld vorausgesetzt– dass sie sich in der Stadt mit ihrer Überfülle an Gütern und Dienstleistungen mit dem Notwendigen versorgen konnten und befreit von Fronarbeit waren, wobei sie sich gleichzeitig von dieser Versorgungsapparatur abhängig machten
- **selbständige Gesetzgebung und Rechtsprechung in der Stadt**unabhängig vom Staat und abgetrennt vom Land
- **Verbandcharakter der Stadt, soziale Ordnung der Stadt**–Die Lebensbedingungen und sozialen Verhältnisse in der europäischen Stadt sind nur mit der ausgebauten technischen und sozialen Infrastruktur zu erklären.
- **politische Autonomie, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Stadtbürger** und damit Befreiung vom Feudalherren (vgl. HÄÜBERMANN 2001: 245f; vgl. SIEBEL 2004: 11ff)

In der europäischen Stadt waren die Hauseigentümer meist auch ihre Bewohner. „Sie war eine soziale Organisation und ein politisches Subjekt, dem die Bewohner institutionell und kulturell verpflichtet waren.“ (HÄÜBERMANN 2001: 246) „Europäische Stadtgeschichte ist Emanzipationsgeschichte. Darin besteht das Einmalige der europäischen Stadt.“ (SIEBEL 2010: 3) Die Stadt wird in diesem Modell – ähnlich einem Staat – als Gesellschaft betrachtet.

Mit der Eingliederung der autonomen Städte in die Territorialstaaten, endete die Gültigkeit von WEBER's Theorie. Dennoch wird heute in der Stadtforschung erneut von europäischen Städten gesprochen. Diese sind jedoch, wie im Folgenden dargestellt wird, anders konzipiert. (HÄÜBERMANN 2004: 246)

„Die europäische Stadt – so scheint es – verliert ihre gesellschaftliche Basis“ (SIEBEL 2004: 18) – die Entwicklung und Veränderung „der europäischen Stadt“

Mit der Industrialisierung im 18. Jahrhundert setzte ein Wandel der Sozialstruktur ein. Die Zeit der Bürgerstadt war zu Ende und die Städte befanden sich in einem Spannungsverhältnis zwischen den Partikularinteressen der Grundeigentümer und der städtischen Selbstverwaltung. Die Frage war, wie viele Vorschriften zu Intensität und Art der Flächennutzung die Städte machen konnten, hatte man doch die Herrschaft und Bevormundung über die Stadteinwohner durch die kommunale Selbstverwaltung abgelegt. Die kommunalen Verwaltungen waren zu riesigen Bürokratien herangewachsen, legten jedoch die „Selbstverwaltung“, die an das „kollektive Subjekt“ erinnert, nicht ganz ab. So etablierten die europäischen Städte ein urbanes Regime, in dem sich partikuläre ökonomische Interessen mit sozialer Verantwortung und den Interessen der gesamten Stadt

arrangierten. Die schon früh entstandenen städtischen Fürsorgesysteme wurden zunehmend von den sozialen Wohlfahrtsstaaten abgelöst und mit der Verstädterung während der Industrialisierung entwickelte sich auch der „soziale“ Wohnungsbau als marktfernes Segment der Wohnversorgung. Dies sind wohl die beiden prägendsten Unterschiede zum Städtebau in den USA, wodurch in Europa Slums und Ghettos weitgehend vermieden und die Elendsviertel aufgelöst werden konnten. Auch viele Innenstädte wurden baulich renoviert und aufgewertet, was gleichzeitig die Vertreibung niedriger sozialer Schichten aus den zentrumsnahen Stadtgebieten bedeutete. Es wurde jedoch nie daran gezweifelt, dass man Armenviertel nicht sich selbst überlassen dürfe. (vgl. HÄUBERMANN 2004: 247ff)

Während des 20. Jahrhunderts hat sich dieses Bild der europäischen Stadt durch Planung verändert. Die chaotischen Stadtzüge und die gesundheitsgefährdende Situation aufgrund fehlender Kanalisation etc. waren verpönt. Damit wurde allerdings nicht nur das baulich-morphologische Bild der europäischen Stadt, deren Kern vorwiegend aus niedrigen – mit Ausnahme kirchlicher und staatlicher – Gebäuden bestand, verändert. Aus einem wirren Durcheinander von Straßen, die Sicherheit und Ordnung boten, aber gleichzeitig auch Raum für Unordnung und Unsicherheit ließen sowie Identität und Heimatgefühl vermittelten, sollten geordnete, übersichtliche, licht- und sonnendurchflutete, entmystifizierte Städte des gesitteten Bürgertums werden. (vgl. SIEBEL 2004: 18ff) Es soll hier keine Glorifizierung der ursprünglichen europäischen Stadt stattfinden. Diese hatte, wie schon angesprochen, sowohl in baulicher Hinsicht, als auch bezüglich der einhergehenden gesellschaftlichen Deutung, auch negative Seiten. Der Eingriff ins Stadtbild im 20. Jahrhundert war allerdings enorm und nicht nur positiv zu bewerten.

In der Zwischenkriegszeit sowie nach dem Zweiten Weltkrieg wurde neben dem Hauptgedanken des Wiederaufbaus auch das städtebauliche Leitbild der Funktionentrennung verfolgt. Seinen Höhepunkt erreichte es in den 1970er- und 1980er-Jahren. Dieser Umbau der Städte folgte im Grunde einem alten Prinzip, denn schon in den römischen und griechischen Städten waren den Stadtvierteln bestimmte Funktionen zugeordnet. Der städtebauliche Gedanken der Moderne wurde als Antwort auf die „Verschnörkelungen“ des Jugendstils aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg eingeführt. Städte sollten strukturiert sein und aufgrund des steigenden Individualverkehrs setzte die Stadtplanung allorts auf autogerechte Planungen. Seit den 1960er-Jahren hat sich die Funktion der Stadtplanung gewandelt von der Phase ungebremsen Wachstums hin zu problemorientierten Lösungen. Dies betrifft die Überalterung, vermehrte Umweltbelastungen, verschlechterte Bausubstanz, Wohnungsmangel und in manchen Städten Bevölkerungsverluste. (vgl. THOMASSEN 1988: 15) Dieser Eingriff in die Stadtstrukturen ist nach heutigen Kriterien nicht allorts gut gelungen.

Durch diesen Paradigmenwandel war unter anderem der Grundstein der Einkaufszentren (EKZ) mit hohem Filialisierungsgrad in der „grünen Wiese“ gelegt, welche die Stadtplanung bis heute begleiten – erst als große Errungenschaft in Zeiten der Globalisierung gefeiert, heute als Irrweg der Stadtplanung beklagt. Doch auch diese Entwicklung muss im Zeichen ihrer Zeit, in der Modernisierung und Fortschritt gefeiert wurden und dafür vielfach nordamerikanische Vorbilder herangezogen wurden, gesehen werden.

Neben der baulichen Veränderung des Stadtbilds durch diese planerischen Bestrebungen fand mit der Zunahme der persönlichen Mobilität auch ein Wandel in der Einwohnerschaft statt, wobei sich vermehrt Personen mit Migrationshintergrund ansiedelten. Damit auch sie sich in den Städten heimisch fühlen können, müssen ihre Kult- und religiösen Stätten genauso in das Bild der

europäischen Stadt Einzug halten, wie dies die christlichen Gebäude schon seit jeher machten. (vgl. SIEBEL 2004: 20)

Inwieweit das ursprüngliche Modell der europäischen Stadt, das, wie beschrieben, eher einer sozialen Organisation entsprach, mit den heutigen Ansprüchen an eine Innenstadt vereinbar ist, wird in Kapitel 6 diskutiert.

3.2 Stadtentwicklung und Denkmalschutz

All die geschilderten Entwicklungen hatten Auswirkungen auf die Städte und haben diese in ihrem jeweiligen aktuellen Erscheinungsbild (mit-)geprägt. Es stellt sich gewissermaßen die Frage, die schon in der Einleitung angeklungen ist, in wie weit eine Stadt ebendieser Stadt zu ihrer Gründung oder zu einem bestimmten anderen Zeitpunkt entspricht. Selbstverständlich fanden in allen Städten Wandlungsprozesse statt, die teilweise auch die Identität einer Stadt veränderten.

Streng gesehen gibt es keine historische Stadt, da Um-, An- und Neubauten sowie neue Fassadengestaltungen oder Nutzungswechsel die Städte kontinuierlich verändern. Dennoch steht (geplante, organisierte) Stadtentwicklung nicht zwangsläufig im Gegensatz zu Bestrebungen des Denkmalschutzes. Dieser fokussierte bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts auf Einzelgebäude, die höchstens in ihrer Nutzung angepasst werden durften, jedoch als bauliches Monument zu erhalten waren. Mit der Charta von Venedig 1964 wurde Wert gelegt auf den städtischen Ensembleschutz, bei dem nicht das einzelne Gebäude, sondern auch das damit verbundene städtische Umfeld als schützenswert definiert wurde. Es wird folglich der menschliche Lebensraum, der sowohl durch die baulich-physische Struktur, wie auch die soziale Praxis geprägt wird, unter Schutz gestellt.

Was jeweils konkret als schützenswert bezeichnet wird, ist eine Frage, die von der Zeit und der gängigen Sichtweise abhängt und normativen Entscheidungen folgt. Generell kann bei Stadtentwicklung und Denkmalschutz jedoch nicht von einem Gegensatz gesprochen werden. (vgl. URBAN 2011)

3.3 Kleinstadt – theoretische Näherung

Im Folgenden werden die dargestellten Aspekte der europäischen Stadt auf niedrigerer Maßstabsebene weitergeführt, um eine allgemeine Einbettung des Arbeitsthemas in den theoretischen Kontext der (Klein-) Stadtforschung zu geben. Bei der Sichtung der diesbezüglichen Literatur ist augenscheinlich, dass Kleinstädten von der Wissenschaft – vor allem in Anbetracht ihres hohen Prozentanteils an Städten – sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

„Stadtforschung ist im wesentlichen immer Großstadtforschung gewesen.“ schreibt LICHTENBERGER (1998: 13) in der Einleitung ihres Grundlagenwerkes zur Stadtgeographie und behandelt im Weiteren auch allein Großstädte und großstädtische Phänomene weltweit.

Gerlind WEBER (2000: 16) nennt Kleinstädte im deutschsprachigen Raum gar eine „Terra incognita“, da sie „ein blinder Fleck für die Wissenschaft – und nicht nur für diese – in unseren Breiten zu sein“ scheinen, ein „Niemandland“, für das sich keine wissenschaftliche Fachrichtung zuständig fühle. (vgl. EBDA.: 16)

HANNEMANN (2002) bemerkt im letzten Aufsatz eines Sammelbandes, der von Löw zum Thema „Differenzen des Städtischen“ (2002) herausgegeben wurde, dass die zwölf Beiträge vor ihrem alle

Städte „schildern, analysieren und beschreiben [...] und] doch fast ausschließlich die Großstadt“ meinen. Ihr Resümee, dass die deutsche Stadtforschung sich fast ausschließlich mit Großstädten beschäftigt (EBDA.: 265), kann auf die österreichische Stadtforschung ausgedehnt werden. Als einen möglichen Grund für die geringe Anzahl an Arbeiten zu Kleinstädten nennt HANNEMANN „die nationalsozialistische Doktrin der Kleinstadtidealisation [, die] bis heute eine Tabuisierung und Stigmatisierung der realen Kleinstadt bewirkt.“ (EBDA.: 272)

Kleinstädte werden, wie einleitend erwähnt, von unterschiedlichen Disziplinen unter verschiedenen Gesichtspunkten erforscht. „Stadt“ ist tatsächlich nur die räumliche Abgrenzung, mittels derer gesellschaftliche Phänomene greifbar gemacht werden sollen. So tauchte im Laufe der Zeit der Begriff der „Stadtgesellschaft“ auf, der zwar einer Definition entbehrt, jedoch inflationär verwendet wird. Vielfach werden kleinere Städte als Großstädte im Kleinforma behandelt und es wird implizit davon ausgegangen, dass die gleichen Prozesse und Phänomene hier schlicht in kleinerem Maßstab auftreten. Bei genauerer Betrachtung entspricht dies jedoch nicht der Realität. Allerdings ist auch der geringe Grad an Kleinstadt-Erforschung empirisch widerlegbar. Pro Regio Online (vgl. HERRENKNECHT und WOHLFARTH 2005) hat sich diesem Thema im Jahr 2005 gewidmet und versucht, die zwischen 1945 und 2005 im deutschen Sprachraum (mit Schwerpunkt auf Deutschland)² publizierte Literatur aufzulisten und sind dabei auf über 700 Titel gekommen. Daraus wird ersichtlich, dass das Thema keineswegs wenig erforscht ist. Oft werden Klein- und Mittelstädte zusammengefasst, teilweise werden sie auch gemeinsam mit Siedlungen im ländlichen Raum behandelt.

Es ist allerdings zulässig, von einer geringen theoretischen Auseinandersetzung mit diesem Untersuchungsmaßstab zu sprechen, denn die meisten der Abhandlungen befassen sich mit empirischen Erhebungen, aus denen jedoch selten verallgemeinerbare, theoretische Ableitungen getroffen werden, was trotz der Feststellung von ALBERS (1996: 17ff; vgl. Beginn dieses Kapitels), dass sich jede Stadt anders entwickelt, angestrebt werden sollte.

3.3.1 Die Kleinstadt in sieben Thesen

Arthur SPIEGLER hat anlässlich des 1. Mitteleuropäischen Kleinstadtsymposiums 1998 sieben Thesen zu Kleinstadt und Landschaft aufgestellt. (1998: 26ff) Diese werden hier vorgestellt, wobei nur auf die im Kontext dieser Arbeit relevanten näher eingegangen wird.

1. „Bei den meisten Kleinstädten ist die Einheit mit ihrer umgebenden Landschaft nicht unterbrochen [...] erlebbar.“

Kleinstädte unterbrechen das ökologische Kontinuum der Landschaft, in die sie eingebettet sind, nicht, wie dies Großstädte machen. Außerdem wird, was sich in der umgebenden

² Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich bei der deutschsprachigen Literatur vorwiegend um Studien aus Deutschland handelt und „Kleinstadt“ vielfach lediglich statistisch definiert ist, wobei deutsche Kleinstädte nach ihrer Einwohnerzahl eher österreichischen Mittelstädten entsprechen. Hier eine trennscharfe Unterscheidung zu machen erscheint jedoch aufgrund der dennoch ähnlichen Struktur von geringerer Relevanz. (Im europäischen Vergleich ist hierbei allerdings anzumerken, dass die Struktur des Städtensystems in Deutschland eher der Ausreißer ist, denn im Großteil Europas finden sich viele Kleinstädte und wenige Großstädte, jedoch auch keine allzu große Anzahl an Mittelstädten.)

Landschaft abspielt, direkt von den Bewohnern erlebt. In Krisenfällen ist die Basisversorgung in Kleinstädten jedoch leichter herzustellen, als in Großstädten.

2. „Eine Kleinstadt ist in der Lage, die Vorteile von Stadt und Dorf zu vereinen, ohne deren jeweiligen (sic!) Nachteile voll in Kauf nehmen zu müssen. Im günstigsten Fall ist die Kleinstadt jener Ort, am dem der Widerspruch zwischen Stadt und Dorf aufgehoben wird, beziehungsweise sich zu einer neuen Qualität gewandelt hat.“

So sind im Vergleich zur Metropole die Wohn- und Lebenskosten niedriger, die Lebensqualität höher und die Tendenzen zur Zentralisierung durch die elektronischen Vernetzungsmöglichkeiten entkräftet.

3. „Das Wesen jeder Kleinstadt wird in bedeutendem Maße von der sie umgebenden Landschaft mitbestimmt.“

Beispiele dafür sind Bergwerks- oder Winzerstädten sowie Kurorte. Dieser Aspekt tritt vor allem im Tourismus deutlich in den Vordergrund, wo Natur bzw. örtliche Kultur mit wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden werden.

4. „Kleinstädte sind „kulturelle Verdichtungen“ in der Kulturlandschaft, die ihrerseits durch spezifische Natur- und Kulturgüter ausgezeichnet ist. Wie die Kulturlandschaft, so sind auch Kleinstädte ein „Spiegel der Gesellschaft“.“

Dies spricht die historisch-kulturelle Komponente von Städten und deren touristische Nutzung, wie beispielsweise wenn Burgen als Touristenmagneten in Wert gesetzt werden, an. Ein weiterer Aspekt ist das Potential an Kunstschaaffenden, die in einer Kleinstadt vorhanden sind.

5. Kleinstädte sind wie Kulturlandschaften einem ständigen Wandel unterworfen, weshalb die „museale Stadt“ ebenso wenig ein Ziel sein kann wie die „museale Landschaft“.

So wie Museen ihre Aufgabe in der Dokumentation der Entwicklung haben und nicht die Entwicklung selbst darstellen, verhält es sich auch mit dem Denkmalschutz. „Das scheinbar statische Bild, das Besucher einer Stadt [...] in den Augenblicken der Betrachtung vor sich eben, (sic!) ist [...] nur eine Momentaufnahme in der immerwährenden Kette ihrer Veränderungen und Entwicklung.“

6. „Kleinstädte sind Repräsentanten des ländlichen Raumes im allgemeinen (sic!) und der sie umgebenden Landschaften im besonderen (sic!).“

Zwischen gewissen Formen und Erscheinungsbildern von Kleinstädten und der Landschaft, in welche sie eingebettet sind, besteht ein geschichtlich und evolutionär begründeter Zusammenhang.

7. „Aus dem geschichtlichen Kontext der sozialen, kulturellen und ökonomischen Rolle der Kleinstädte ergibt sich somit, daß ihnen für die Entwicklung des ländlichen Raumes, eines gesunden, liebens- und lebenswerten Europas der Regionen [...] eine entscheidende Aufgabe zukommt. Gerade die historischen Kleinstädte sind anerkanntermaßen von großem ästhetischen Reiz, und sie sind geistige und spirituelle Zentren, die die Entwicklung ganzer Regionen steuern können.“ (vgl. EBDA.: 26ff)

Diese Thesen vermitteln den Eindruck, dass Kleinstädte ein fixer Bestandteil der Landschaft und darin verankert sind. Es wird jeder Kleinstadt ihre eigene Identität mit eigenen Charakteristika zugestanden, diese sind jedoch ausschließlich auf historische oder kulturelle/ kulturlandschaftliche Aspekte zurückzuführen, die sich aus der Landschaft ergeben (zB. Bergbaustädte). Der einzige darüber hinausgehende Wirtschaftszweig, der angesprochen wird, ist der Tourismus, wobei hier nicht von Massentourismus, sondern von eben diesen angesprochenen kulturellen und kulturlandschaftlichen Sehenswürdigkeiten die Rede ist. Summa summarum wird ein idyllisches,

idealtypisches Bild von Kleinstädten gezeichnet, in das Städte, die ihre Einnahmen und ihre Bekanntheit beispielsweise aus der Industrie beziehen, nicht einbezogen wirken. Dies verfehlt allerdings die reale Situation, wie auch die Bedeutung von Kleinstädten in Österreich, wie ab dem Kapitel 7 zu besprechen sein wird.

3.3.2 Die Kleinstadt – Vor- und Nachteile

Dieser sehr positiven Darstellung der kleinstädtischen Situation, die lediglich einige Entwicklungspotentiale sieht, die noch verwirklicht werden sollten, jedoch keine kritischen Punkte anspricht, sei im Folgenden die Sichtweise von Gerlind WEBER (2000) gegenübergestellt, welche nach einigen negativen Aspekten ebenfalls Förderchancen und damit Arbeitsaufträge für die sich damit beschäftigenden Akteure sieht.

WEBER (2000) zeigt mehrere Punkte auf, warum Kleinsein für die Bewohner der Städte und ihre Verwaltung nicht ausschließlich positiv ist. Neben dem schon angesprochenen Kritikpunkt der geringen wissenschaftlichen, aber auch politischen Beachtung und der fehlenden Zuständigkeit, sieht sie keine Klarheit über eine (statistische) Definition einer Kleinstadt, wie schon in Kapitel 2.1 angeklungen ist. Außerdem ortet WEBER negative Kreisläufe der ländlichen Räume wie Überalterung aufgrund von Abwanderung junger, vielfach gebildeter Bevölkerung und Abzug wirtschaftlichen Kapitals, was in Zeiten des globalen Wettbewerbs, in denen die „Großen“ das Sagen haben, einen Standortnachteil der Kleinstädte darstellt. Schließlich prangert sie auch die zunehmende Geschwindigkeit ebendieses Wettbewerbs an, sowie die fehlende Zeit, die Kleinstädten bleibt, um sich an große Trends anzupassen. Ein raumplanerisch bedenklicher Kompensationsversuch dessen ist ihrer Ansicht nach das Bauen überdimensionaler Einkaufszentren an den Stadtgrenzen. (vgl. WEBER 2000: 16ff)

Doch aus einer Analyse des Ist-Zustandes, deren Ergebnisse nicht zufriedenstellend sind, sollten Handlungsoptionen abgewogen werden. Demnach nennt WEBER auch einige Chancen für Kleinstädte. Sie bezieht sich dabei auf das Konzept der Nachhaltigkeit, wonach jede Gesellschaft mit den vorhandenen Naturressourcen so umgehen soll, dass den nachfolgenden Generationen daraus kein Nachteil entsteht. In diesem Zusammenhang sieht WEBER das Kleinsein als Startvorteil für Kleinstädte. Die Nähe und Überschaubarkeit drückt sich sowohl in engeren wirtschaftlichen Netzwerken, die regional organisiert, anpassungsfähiger und damit krisensicherer seien, also auch in von Nachbarschaft geprägten engeren persönlichen Verbindungen aus. Die Möglichkeit zur Verhaltensänderung in Richtung eines nachhaltigeren Lebensstiles ist ebenso gegeben, wie relativ gute Rahmenbedingungen für ein „dematerialisiertes, angenehmes Leben“. Darüber hinaus hat Kleinsein etwas Gutes, „denn die Startvorteile für Neues sind grundsätzlich gut“. Außerdem können Kleinstädte ein wichtiger Knoten in einem tragfähigen Netz werden, das sich der Zukunftsverantwortung stellt. (vgl. EBDA.: 18ff)

Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier in beiden Richtungen eine überhöhte Darstellung der tatsächlichen Situation gezeichnet wird. Die positiven und negativen Aspekte des Kleinstadt-Seins werden voneinander entkoppelt, in ihrer Reinform dargestellt, wie sie in der Realität nicht vorkommen.

Eine Quantifizierung oder Belegung ihrer Thesen bieten weder SPIEGLER noch WEBER in ihren Ausführungen.

3.4 Akteure und Prozesse der Stadtentwicklung in ihrer Bedeutung

Bisher waren die Ausführungen vorwiegend auf die physisch-bauliche Struktur von Städten ausgerichtet. Anliegen dieser Arbeit ist jedoch, zu hinterfragen, wie es dazu kommt, dass eine Stadt so aussieht, wie sie aussieht. Dazu braucht es Akteure, „Stadtentwickler“, Prozesse, Kräfte, Taten, Vorstellungen, Ziele etc.. Wer unter ersteren beiden zu verstehen ist und wie letztere zustande kommen, soll in diesem Kapitel besprochen werden. Dabei muss notwendigerweise auch auf weitere Aspekte wie Macht oder Instrumente der Zieldefinition eingegangen werden.

Beschäftigt man sich mit raumordnungsrelevanten Prozessen, so muss dem Betrachter bewusst sein, dass hier neben einem weiten Feld an Themen und Akteuren auch ein umfangreiches Netz an institutionellen Verflechtungen, politischen Befindlichkeiten, „ungeschriebenen Gesetzen“ und Konventionen besteht, die es für das ganzheitliche Verstehen, aber auch, um ein gezieltes Eingreifen zu ermöglichen, zu kennen gilt. In der angewandten Raumordnung ist Politik insofern von enormer Relevanz, als die Handlungsgrundsätze wissenschaftlich fundiert und damit objektiv und wertfrei sein sollen (was nicht bedeutet, dass die normativen Handlungsempfehlungen nicht eine gewisse Entwicklungsrichtung vorgeben – die Trennung ist hier schwierig und oft fließend), die Umsetzung jedoch durch die zuständige(n) politische(n) Ebene(n) erfolgt. Politik und Planung hängen in der öffentlichen demokratischen Verwaltung zusammen. Dabei treffen allerdings zwei unterschiedliche Denkmuster aufeinander, denn die Planung soll objektiv und sachlich unpolitisch agieren, was im Handeln der Politik per se nicht vorgesehen ist. (vgl. SCHARPF 1973: 33) Die politischen Akteure sind, das liegt in der Natur der Sache, nicht objektiv, sollten jedoch ebenfalls das aus ihrer Sicht Beste für die Bevölkerung anstreben. Dennoch ist evident, dass die Wahl der politisch behandelten Themen und die Art ihrer Umsetzung sich an den dafür zu erwartenden Wählerstimmen ausrichten. „Heikle“ Themen werden oft entweder nicht angesprochen oder in einer Form, die bei der nächsten Wahl weniger leicht zu einer Niederlage führen wird, unabhängig davon, ob sie der Sache dienlich ist. Hinzu kommt die zeitliche Dimension. Negative Auswirkungen werden möglichst weit in die Zukunft geschoben werden, sodass sie die aktuell aktiven Politiker nicht mehr in ihrer Amtszeit betreffen.

3.4.1 Raumordnung und Raumplanung auf lokaler Ebene

In der Politikanalyse werden die drei Begriffe Politics, Polity und Policy (vgl. Tab.1), die im Deutschen vielfach alle mit „Politik“ übersetzt werden, unterschieden. In einschlägiger Literatur erfolgt eine konkretere Bezeichnung. Bei Polity wird von institutioneller Anpassung, bei Policy von Politikgehalten und bei Politics von den politischen Prozessen gesprochen. Meyer bezeichnet das Dreieck dieser in Beziehung stehenden Dimensionen als „Logik der Politik“. (vgl. MEYER 2006: 83ff) Unterschiedliche Autoren verwenden dafür verschiedene Begriffe und Umschreibungen, die jedoch alle den gleichen sachlichen Kern haben. (vgl. EBDA.: 92)

Tabelle 1 – Dimensionen des Politischen (nach MEYER 2006: 83)

Dimension	Faktoren (Grundbegriffe)	
Polity (Form)	- Verfassung - Menschenrechte - Staat	- politische Kultur - politisches System - Institution
Policy (Inhalt)	- Problem - Programm	- Erfolg
Politics (Prozess)	- Interesse - Akteur - Konflikt	- Konsens - Macht - Legitimation

Polity bezeichnet die Form des Politikmachens. (vgl. MEYER: 83f) Dies beschreibt den alltagsweltlichen Begriff der „Politik“ und umfasst „die im jeweils gegebenen Zeitraum festliegenden *Grundlagen des politischen Gemeinwesens* mit seiner geschriebenen und ungeschriebenen Verfassung.“ (EBDA.: 84; Hervorhebung im Original) Es handelt sich folglich um Gesetzestexte, festgelegte Zuständigkeiten und Befugnisse formeller politischer Organisationen und Akteure – des politischen Systems (zB. Parlamente, Verfassungsgerichte, politische Parteien)– und die Einhaltung von Institutionen, wie des Wahlrechts, der Verfassung, von Formalia der Parteigründung etc.. Im Einzelfall ist eine Berufung darauf möglich. (vgl. EBDA.: 84f; 92) „Auf diese Weise entsteht ein öffentliches Netzwerk verbindlicher Institutionen, die in jeder gegebenen politischen Entscheidungssituation als gültiger Handlungsrahmen der Politik vorausgesetzt sind.“ (EBDA.: 84) Diese Grundlagen können einer Weiterentwicklung unterliegen. Hinzu kommt die politische Kultur des Landes, die sich in den Wertüberzeugungen der politisch handelnden Akteure zeigen. „Durch sie entscheidet sich, wie politische Legitimationsansprüche, der politische Prozess im Ganzen, das Handeln der Akteure, die Interessen, die sie vertreten, wahrgenommen werden ...“. (EBDA.: 85) Die politische Kultur als wichtigster Teil der ungeschriebenen Verfassung ist damit neben dem institutionellen System ebenfalls von großer Bedeutung für das tatsächliche politische Handeln. Gemeinsam stellen sie „die für eine gegebene Zeit immer verbindliche Handlungsgrundlage der politischen Akteure dar.“ (EBDA.:86)

Mit dem Begriff **Policy** wird der Inhalt politischer Prozesse zusammengefasst. Probleme, die politisch gelöst werden sollen, werden öffentlich aufgezeigt. In der Folge wird versucht, Handlungsprogramme mit Mitteln zu deren Lösung zu entwickeln. Die Auswahl möglicher Handlungsalternativen erfolgt aufgrund von Interessen und Werten. (vgl. MEYER: 86; 90f)

Im Verständnis des Begriffes „Politik“ mit der Wortbedeutung „Policy“, hat die (Raum-)Planung lediglich die Aufgabe, die Politik in der Bewältigung der zukünftigen Aufgaben zu unterstützen. (vgl. SCHARPF 1973: 33)

Die Dimension der **Politics** beschreibt den Prozess an sich und umfasst die Dynamik der Handlungsstruktur. Verschiedene Akteure versuchen ihre – meist in Konflikt zueinander stehenden – Interessen durchzusetzen und berufen sich dabei auf Legitimationsgründe. Die Lösungsfindung erfolgt durch von allen anerkannte Verfahren wie Kompromisse oder Konsens, zur Mobilisierung werden Macht-Ressourcen eingesetzt. Unter Politics versteht man folglich die Argumentationen und Durchsetzungsstrategien der Interessensgruppen. (vgl. MEYER 2006: 86; 92f)

Im Rahmen dieser Arbeit ist vorwiegend die Frage nach den Policies und den dabei aktiven Politics von Interesse oder anders formuliert soll ergründet werden:

- welche „Probleme“ als politisch relevant bewertet werden. (Policy)
- welche Lösungen dabei diskutiert und welche angestrebt werden. (Policy)
- wie deren Umsetzung aussieht. (Politics)

(vgl. die forschungsleitenden Fragen in Kapitel 4)

Akteure in der Raumordnung auf lokaler Ebene

Dabei stellt sich die Frage, für wen denn eigentlich geplant wird und wie die Betroffenen in dem gesamten Prozess involviert sind bzw. sein sollten. Das führt direkt zur Frage der Beteiligten an Stadtentwicklung. Dabei ist zu allererst klarzustellen, dass ein Unterschied zwischen Stadtplanung und Stadtentwicklung besteht. Während das Akteursspektrum ersterens relativ klar auf wenige Personen (Stadtplaner, Akteure der Politik und der Verwaltung) eingrenzbar ist, ist zweiteres in gewisser Hinsicht genauso einfach, aber gleichzeitig auch nur sehr unklar, abzugrenzen: SELLE (2012: 29) gibt auf die Frage, wer Stadt entwickelt, die Antwort: „alle“.

Diese Antwort ist so einfach, wie einleuchtend und gleichermaßen undefiniert. Denn erst, wenn man die komplexen Mechanismen des Zusammenspiels zwischen „allen“, die unterschiedlichen Formen, sich einzubringen, kennt, kann man sich daraus ein Bild machen. (vgl. Kapitel 3.4.1) Dass man all dies nie kennen wird, ist eine ebenso einfache und einleuchtende Tatsache. Es kann sich in jedem Fall nur um eine Annäherung an die realen Verhältnisse handeln, in der nur ein bestimmter Teilausschnitt betrachtet wird.

Nun jedoch zu den Stadtentwicklern und ihren Beiträgen zur Stadtentwicklung. Es handelt sich dabei in einer groben Unterteilung um die drei Gruppen: Verwaltung, Akteure im Bereich des Baus und der Immobilien sowie Bürgern einer Stadt. Um diese Gruppen nach „Sphären“ zu ordnen, kann man auch von Staat, Markt und Gesellschaft sprechen. (vgl. EBDA.: 29f)

Analog zur Darstellung der Entwicklung städtebaulicher Ziele (vgl. Kapitel 3.1) beschäftigt sich die folgenden Absätze mit der Historie der Perspektive darauf, wer Stadt entwickelt und was bei „Stadtentwicklung“ eigentlich passiert. Dass zwischen den beiden Aspekten ein enger Zusammenhang wechselseitiger Wirkung besteht, erklärt sich von selbst. (Die Änderung im Stadtbild beeinflusst die Argumentation der handelnden Akteure und umgekehrt.)

So wie sich die städtebaulichen Leitbilder in einem ständigen Paradigmenwandel gegenseitig ablösen und ablösen, befindet sich auch die politische und gesellschaftliche Steuerung räumlicher Prozesse in einem stetigen Wandel. In diesem Zusammenhang wird vielfach von Government versus Governance gesprochen. Auf den Wandel und darauf, ob es sich dabei tatsächlich um ein Gegensatzpaar handelt, wird im Folgenden eingegangen.

3.4.2 Governance – Eine neue Steuerungsform? Ein Gegensatz zu Government?

Selle (2012) stellt klar heraus, dass man Stadtentwicklung nicht aus Plänen ablesen kann. „Wer räumliche Entwicklung verstehen will, wird also sein Augenmerk zunächst nicht auf „Pläne“ sondern auf die *city-forming processes* und die hierwirksamen Akteure richten müssen.“ (vgl. SELLE 2012: 38; Hervorhebung im Original) Alleine die heutige Wortwahl der *Stadtentwicklung*, anstatt *Stadtplanung* macht schon eine Veränderung in der Betrachtungs- und Handlungsweise deutlich. Wie schon angesprochen, tragen „alle“ zur Stadtentwicklung bei, was nahe legt, dass dies nicht erst seit der Einführung des Begriffes Stadtentwicklung so ist, sondern tatsächlich immer schon so war, lediglich aufgrund der Fokussierung der damit betrauten Personen auf die Planung, als zielgerichtete Tätigkeit, nicht gesehen, bzw. nicht anerkannt wurde.

Es ergeben sich aus dieser begrifflichen Zweiteilung, die faktisch tatsächlich besteht, zwei unterschiedliche Betrachtungsperspektiven auf die Prozesse in Städten: 1. verfahrens- und 2. aufgaben- und akteursbezogen, wobei beide Sichtweisen, in ihrem Bezugsrahmen angewandt, sinnvoll sind. Dabei ist festzuhalten, dass Stadtplanung nicht überflüssig ist, nur weil Stadtentwicklung auch ohne sie passiert. Vielmehr handelt es sich um eine Ergänzung und um den Versuch der geplanten Lenkung ohnehin stattfindender Prozesse.

Die verfahrensbezogene Perspektive eignet sich, wenn „öffentliche Akteure ihr eigenes Handeln planen, also eigene raumwirksame Tätigkeiten vorsteuern und [...] über die für die Planrealisierung erforderlichen Ressourcen verfügen.“ Dabei wäre beispielhaft die Verkehrsplanung zu nennen. (EBDA.:39)

Im Unterschied dazu ist die aufgaben- und akteursbezogene Perspektive überall dort vonnöten, wo private Akteure an der räumlichen Entwicklung beteiligt sind und nicht allein die öffentliche Hand plant. Ein Beispiel hierfür wäre die Nachnutzung von Brachflächen unter Einbezug von Investoren. (vgl. EBDA.: 39f)

Dieser aktive gedankliche Einbezug aller relevanten Akteure führte zur Governance-Diskussion. Dabei ist der Begriff Governance, der schwer sinnerhaltend ins Deutsche übersetzt werden kann und daher hier englisch verwendet wird, nicht klar definiert. Die Interpretation und die Verwendung des Begriffes „Governance“ ist sehr unterschiedlich, wobei auch die zeitliche Entwicklung des Begriffes eine Rolle spielt, denn durch seine beinahe inflationäre Verwendung hat sich die Bedeutung des darunter verstandenen Konzeptes gewandelt. In einer knappen Zusammenfassung sollen hier die Verwendungsweisen des Begriffes in der Fachliteratur dargestellt werden, wobei in dieser Kürze kein umfassendes Eingehen auf jedwede Verwendung angestrebt ist. Vielmehr soll ein Eindruck über das Grundkonzept geliefert sowie eine Klarstellung über den Gebrauch des Begriffs in dieser Arbeit gegeben werden. In der Fachliteratur werden oftmals drei Arten eines „Realitätsbezugs“ von Governance unterschieden³:

- Analyseinstrument
- Trendhypothese
- Norm

Im ersten Fall wird von einer neuen Wahrnehmung der Realität ausgegangen, im zweiten davon, dass sich die Realität an sich verändert hätte und im dritten davon, dass sie sich zukünftig ändern sollte. (vgl. EBDA.: 42)

³ Anderer Autoren sprechen statt von drei nur von zwei unterschiedlichen Verwendungsweisen. (vgl. im Folgenden)

Governance als Analyseinstrument bezeichnet genau betrachtet nicht die Änderung eines Prozesses oder der Akteurskonstellation, sondern die politikwissenschaftliche Sicht darauf. Heute wird in der Analyse vermehrt auf die Akteure und ihre Interdependenzen geachtet, wodurch aufgrund der Zunahme der (wahrgenommenen) Akteure, die Rolle der öffentlichen Akteure, auf denen früher der alleinige Fokus lag, neu bewertet wird. (vgl. SELLE 2012: 43f) In dieser sehr allgemeinen Form ist Governance nichts anderes, als die zeitabhängige Beobachtung des Geschehens und der räumlichen Entwicklung. Auch ein totalitärer Staatsapparat kann somit mit dem Begriff Governance bezeichnet werden. Dabei werden deskriptiv-analytisch die Ziele, die Entscheidungsprozesse, die Implementationen von Policies oder die Partizipation privater Akteure in Problemlösungsprozessen zu erklären versucht. (vgl. SCHWALB und WALK 2007: 9)

Die zweite Bedeutung des Begriffes als Trendhypothese beschreibt, entgegen der ersten, nicht die Veränderung der Betrachtungsweise, sondern geht von einer tatsächlichen „weitgehende[n] inhaltliche[n] Veränderung der politischen Steuerung“ (HOLTKAMP 2007: 66) aus. Dabei wird von einer Teilung in „Government“ für die traditionelle, öffentlich dominierte Steuerungsform und „Governance“ für die neueren Ansätze mit mehr beteiligten Akteuren gesprochen. Es wird die Aufspaltung der früheren, scheinbar monolithischen Blöcke „Staat“ und „Markt“ in Einzelakteuren betrachtet. Allerdings gab es hier auch in früheren Zeiten schon Interdependenzen und Kooperationen, wie beispielsweise das aufeinander bezogene Handeln öffentlicher und privater Akteure in der Siedlungsflächenentwicklung. Denn rein aus dem Faktum, dass ein Vorgang mit einem Begriff (in diesem Fall „Governance“) belegt wird, handelt es sich nicht tatsächlich um etwas Neues. (vgl. SELLE 2012: 44f)

Die dritte Bedeutungsform von Governance als Handlungsimperativ führt zu einer normativen Aufladung des Begriffes. Demnach seien neue Steuerungsformen besser als ehemalige. Als „Good Governance“ werden dabei meist „nachhaltige Entwicklungen“ bezeichnet. (vgl. SELLE 2012: 45) Somit geht die Argumentation in Richtung verstärkter Integration und Demokratisierung. (vgl. SCHWALB und WALK 2007: 10) Da Governance als Norm oftmals mit den ersten beiden Ebenen vermischt wird, darf es nicht verwundern, wenn es zu Verwirrungen und Debatten über den Begriff kommt. (vgl. EBDA.: 7; vgl. SELLE 2012: 45f)

MAYNTZ (2004⁴) hat in ihrem Referat über den Wandel der Steuerungsform hin zur Governance herausgestellt, dass Steuerung die Existenz von Steuerungsakteuren von einer Zweiteilung in Steuernde und Steuerungsobjekte ((Teil-)Systeme, deren Dynamik und Entwicklung in eine bestimmte Richtung gelenkt werden soll), ausgeht. Das impliziert im Weiteren, dass erstere die Fähigkeit zur Steuerung haben und zweitere steuerbar sind und beide voneinander zu trennen sind. (vgl. MAYNTZ 1987: 93f) Diese, der Steuerungstheorie zugrunde liegende Ansicht, ist jedoch nicht mit der Governance-Theorie kompatibel.

Der Begriff der Steuerung, der in den 1970er-Jahren in den Sozialwissenschaften bedeutsam wurde, ging von einem Staatsverständnis aus, das Politik nicht als Herrschaft und Machtausübung im Sinne der eigenen Interessen, sondern als Handeln im öffentlichen Interesse verstand. Daher wurden auch demokratiepolitische Fragestellungen vernachlässigt. (vgl. MAYNTZ 2004)

⁴ Renate MAYNTZ hat den Vortrag auf der Konferenz „Governance-Forschung: Stand und Entwicklungslinien“ zwischen 4. und 6. März 2004 gehalten. Er wurde 2004 als MPIfG Working Paper 04/1 veröffentlicht.

Die Diskussion über Stadtentwicklung legt laut SELLE (2012) die Verwendung der „Governance-Perspektive“ nahe, die unabhängig von den drei besprochenen Dimensionen „ein sehr hilfreiches Mittel zur Schärfung des Blicks auf die Vielfalt realer Akteure, ihrer Interdependenzen sowie ihr[es] Einwirken[s] auf die Entwicklung der Städte“ ist. (EBDA.: 46) Diese Sichtweise liegt auch der vorliegenden Arbeit zugrunde.

Von der Steuerungs- zur Governance-Perspektive vollzog sich jedoch kein Paradigmenwandel im Sinne KUHN's, sondern vielmehr eine Akzentverschiebung in der Betrachtungsweise, bei der unterschiedliche Aspekte mehr oder weniger gewichtet werden. Daraus folgt auch, dass sich weder die Governance-Perspektive, noch die Steuerungsperspektive mit der Lösung kollektiver Probleme beschäftigt und nicht von Motivationen wie dem Machtgewinn oder -erhalt geprägt wird.

Governance ist zudem ein maßstabsunabhängiger Begriff, der noch zusätzlich unterteilt werden kann in global, regional, national oder local governance bzw. auch auf andere thematische Bereiche, als die räumliche Entwicklung, angewandt werden kann (zB. in den Wirtschaftswissenschaften spricht man bei Corporate Governance von Grundsätzen der Unternehmensführung).

Local Governance und bürgerschaftliches Engagement

Da sich das Thema dieser Arbeit mit lokalen Entwicklungen im Stadtgebiet beschäftigt, handelt es sich hier um Prozesse der Local Governance, die im Folgenden näher behandelt wird. „Der Begriff der Local Governance weist auf neue Kooperationsformen hin, in denen die Forderung nach Partizipation einen herausragenden Stellenwert erhält. Inwieweit sich in der Realität tatsächlich breitere Beteiligungsmöglichkeiten erkennen lassen und welche Funktion sie erfüllen, ist bislang wenig dokumentiert.“ (SCHWALB und WALK 2007: 7) Auf städtisches Umfeld bezogen ist der Begriff nicht einheitlich verwendet und abgegrenzt. Es ist dann oft die Rede von Metropolitan Governance, Urban Governance oder Urban Regimes. Darunter wird zwischen dem Gegenteil von New Public Management bis zur Implikation von Managementtechniken als Instrument effektiven Regierens, Verschiedenstes verstanden. (GROTE 2007: 48f) Zur Entstehung bürgerschaftlichen Engagements auf Österreich bezogen gibt es kaum Literatur, weshalb hier auf die, in weiten Teilen vergleichbare, Literatur zur deutschen Situation eingegangen wird.

In der Stadtentwicklung ist, wie schon gezeigt wurde, der Einfluss der dort lebenden Personen von großer Bedeutung. Passiert dieser nicht implizit und quasi unbeabsichtigt, wie beispielsweise durch die Wahl des Verkehrsmittels (fahren in einer Stadt viele Bewohner mit dem Rad, liegt ein Ausbau des Radwegenetzes näher, als wenn dem nicht so ist), so kann man die Form der Einbringung gewissermaßen schematisieren. Freiwillige, unbezahlte Partizipation in der Stadtentwicklung kann einerseits in Form eines Ehrenamtes, andererseits in Form bürgerschaftlichen Engagements passieren. Die beiden, in der Alltagssprache oft vermischten Konzepte sind seitens ihrer Grundkonzeption und Entstehungsgeschichte unterschiedlich.

Ehrenamt leitet sich von den kostenlosen Diensten von „Ehrenmännern“ (finanziell gut gestellte Herren), die der preußische Staat aufgrund von Zahlungsunfähigkeit eingeführt hatte, ab. Dabei wurden öffentliche Aufgaben delegiert. Bis heute hat sich dies beispielsweise in Form der Schöffen vor Gericht oder der Wahlhelfer erhalten. Es handelt sich dabei folglich um einen Top-down-Ansatz, der auf einer obrigkeitsstaatlichen Haltung der Personen beruht und quasi dem Subsidiaritätsprinzip folgend, Aufgaben auf der niedrigst-möglichen Ebene zu lösen versucht. (ZIMMER 2007: 97ff)

Bürgerschaftliches Engagement hingegen ist bottom-up gerichtet und versteht sich als Ausdruck eines selbstbewussten und auch staats- und regierungskritischen Bürgersinns. „Es steht in einer

demokratisch-republikanischen Tradition und verweist somit auf den Zusammenhang von Gemeinwesen, Gemeinsinn und Partizipation als aktiver Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und sozialen Leben.“ (EBDA.: 97)

3.5 Partizipation in Planungsprozessen

Ein grundlegender Fakt in der Planung ist, dass es nicht „das“ Allgemeininteresse gibt. Planung ist immer die Abwägung unterschiedlicher Interessen, um zu einer für alle Beteiligten bestmöglichen Lösung zu kommen. Dementsprechend wird heute auch nicht mehr davon ausgegangen, dass eine Person oder eine Institution alleine entscheiden sollte, wie Planung passiert und umgesetzt werden sollte, wie schon erklärt wurde. Im Folgenden soll dabei auf die zunehmende Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung eingegangen werden, der sich in der Dreiteilung nach MAYER (Tab. 1) vor allem der Dimension Politics zuzuordnen ist. Die Begriffe „Partizipation“ und „Bürgerbeteiligung“ werden dabei in dieser Arbeit synonym verwendet.

Unter Partizipation wird, ähnlich dem Begriff Governance, aufgrund der inflationären Verwendung in den letzten 40 Jahren, Verschiedenes verstanden. Jedenfalls ist Bürgerbeteiligung ein Kommunikationsprozess. SELLE (1996: 81ff) unterscheidet dabei vier Stufen der Kommunikation, die gewissermaßen auch als die historischen Entwicklungsstufen von der reinen Top-down-Planung zur verstärkten Integration von Bottom-up-Initiativen in den Planungsprozessen gesehen werden kann, denn selbstverständlich handelt es sich hierbei um einen Lernprozess aller Beteiligten – der Planer-Seite, wie auch der nun ins Boot geholten Seite der Bürger. (vgl. Abb. 1 und 2)

SELLE erklärt die Stufen des Einbezugs der Bürger innerhalb der kommunikativen Planung, wie in Abb. 1 dargestellt. Die Information der Betroffenen und deren Möglichkeit zur Stellungnahme im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen ist die geringste Stufe, die lediglich den Rechtsschutz abdeckt. Stufe 2, der Dialog umfasst in zwei „Generationen“ unterschiedlich viel tatsächliche Beteiligung der Bevölkerung. Die erste Generation ist noch eng an die rechtlich vorgegebene Informationspflicht gelehnt und geht darüber nur insofern hinaus, als mögliche Konfliktpunkte durch die Planungen im Vorhinein abgeklärt werden. Die zweite Generation (dritte Stufe) versucht hingegen aktiv auch artikulationsschwache Gruppen anzusprechen und im Rahmen einer „aufsuchenden Beteiligung“ die Bevölkerung zur Mitgestaltung zu motivieren. Die vierte Stufe ist schließlich die Kooperation, die insofern über Beteiligung hinausgeht, als die Hierarchie zwischen Beteiligten (Planer, Verwaltung) und Beteiligten (Akteure des Marktes, Private) weitgehend abgebaut ist und sich alle Akteure in Form eines runden Tisches gleichberechtigt gegenüber sitzen.

Alle Kommunikationsformen haben ihre Defizite, die sich vor allem in der Selektivität und Exklusivität der Beteiligten ausdrücken. (EBDA.: 80ff)

Information	Dialog (Beteiligung)		Kooperation
	erste Generation	zweite Generation	
Information und Anhörung der (Verfahrens-) Beteiligten	Information der breiten Öffentlichkeit, Erörterungen	Aufsuchende und aktivierende Beteiligung	Kooperation
Verfahrensrechtsschutz	Effektivierung von Planung und Umsetzung, Legitimation	... Motivation, Mobilisierung von Potential, Kompensation von Benachteiligung	kooperative Problembearbeitung
Information der Verfahrensbeteiligten, ggf. öffentliche Bekanntmachungen, Gewährung von Informationsrechten (Akteneinsicht u. ä.), Anhörungen Gewährung von Einspruchsrechten	Information der Öffentlichkeit (Broschüren und Ratgeber, Informationsschriften zu Einzelplanungen, Ausstellungen)	Zielgruppenbezogene Informations- und Beteiligungsangebote, (Einzelgespräche und Aushandlungsprozesse)	Erfahrungs- und Informationsaustausch
	Dialog mit der breiten Öffentlichkeit (Befragungen, Anhörungen und Erörterungen, Angebot von Gesprächsmöglichkeiten in der Verwaltung usw.)	Präsenz vor Ort Qualifizierungsstrategien gezielte Berücksichtigung besonders benachteiligter Gruppen; in Bezug auf die Bewohner: Lebensweltbezug des Beratungs- und Planungskonzeptes	Vereinbarung von Leitbildern und Zielen (Runde Tische u.a.)
	Dialog mit Teilöffentlichkeiten (Fachleute, Beiräte, Vereine, Verbände, gesellsch. Gruppen...)	Prozessorientierung	Kooperative Qualifizierung (Schulungen, Wettbewerbe)
			kooperativ realisierte Projekte
			Partnerschaften (institutionalisierte Kooperation)
			Kooperationsnetze

Abbildung 1 – Von der Beteiligung zur Kooperation (nach SELLE 1996: 82)

SELLE (2000) stellt die Entwicklung der planungsbezogenen Kommunikation in Form von Schichten dar, die einander nicht ablösen, sondern jeweils aufeinander aufbauen. (vgl. Abb. 2) Dabei ist nicht davon auszugehen, dass die Entwicklung automatisch zum Besseren verlief. Vielmehr muss je nach konkretem Planungsfall immer wieder neu entschieden werden, welche Form der Beteiligung angemessen ist. (EBDA.: 90f)

Wichtig ist hierbei, dass das Verständnis des Werts, der Vorteile und Herausforderungen von Partizipation bei den Entscheidungsträgern, den unterschiedlichen administrativen Ebenen, aber auch bei der Bevölkerung ankommt.

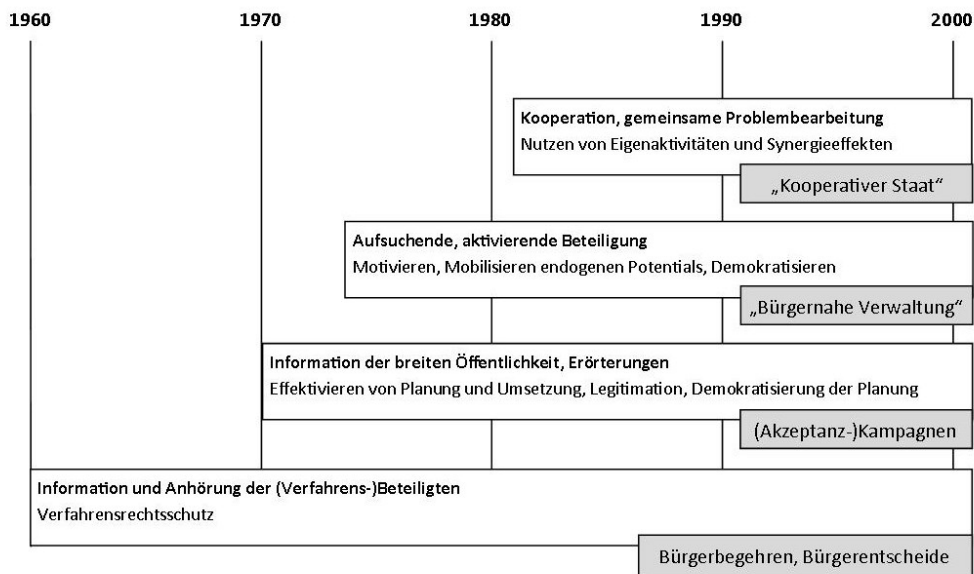


Abbildung 2 – Verschiedene „Schichten“ in der Entwicklung des Beteiligungsverständnisses
(nach SELLE 2000: 92)

3.5.1 Ziele der Partizipation in der Raumordnung

Partizipationsprozesse werden mit unterschiedlicher Zielsetzung eröffnet, die von vornherein klar sein muss, um das gesamte Konzept darauf abstimmen zu können. BISCHOFF, SELLE und SINNING (1996: 17f) unterscheiden dabei

1. Legitimation (demokratischer Aspekt): Partizipativ angelegte Prozesse haben das Ziel, aufgrund der breiteren Basis an Mitwirkenden, mehr Legitimation zu erreichen.
2. Effizienz (ökonomischer Aspekt): Beteiligung kann zur Gewinnung lokalen Wissens beitragen, wodurch effizientere Ergebnisse erzielt werden können, weil kostenaufwendige Planungsfehler und zukünftige Änderungen vermieden werden können.
3. Identifikation, Eigenverantwortung (emanzipatorischer Effekt): Die Bürger sollen motiviert werden, sich zu beteiligen und durch Handeln einzubringen, um langfristig ihre Einstellung zu ändern.

„Erst die Verknüpfung der drei Ziele ermöglicht eine sinnvolle und erfolgreiche Bürgerbeteiligung.“
(EBDA.: 18)

3.5.2 Funktionen der Partizipation in der Raumordnung

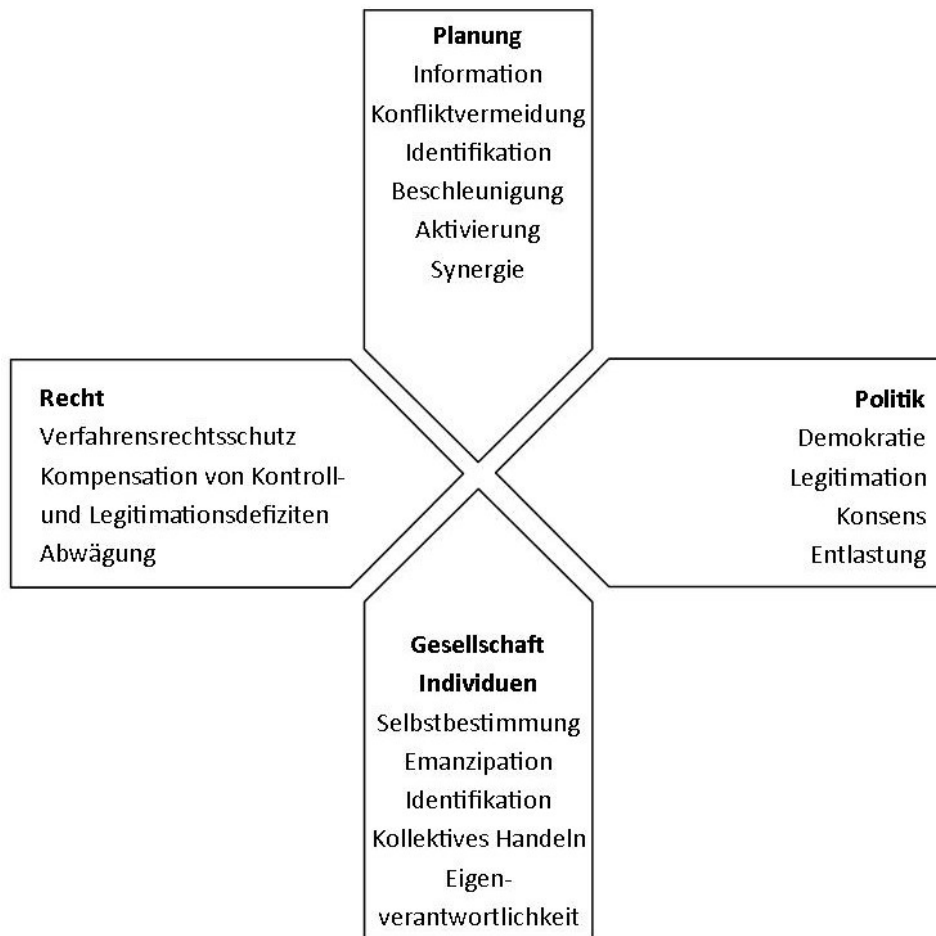


Abbildung 3 – Funktionen der Planungskommission (SELLE 2000: 169)

Das „Warum?“ Der Partizipation erklärt SELLE (2000) anhand der Funktionen, die Partizipation einnimmt. (vgl. Abb. 3)

Aus rechtlicher Sicht ist Partizipation insofern von Belang, als jede planerische Festsetzung, aufgrund der Zahl an Betroffenen, der vorherigen Abwägung bedarf. Dementsprechend schafft Beteiligung aus Planungssicht Information für die Bürger, die sich dadurch ihre Meinung bilden und entsprechend eingreifen können. Dies wiederum führt zur Vermeidung späterer Konflikte.

Der politische Aspekt der Beteiligung zielt auf deren Legitimierung ab. Die Entscheidungen der zuständigen administrativen Ebenen werden zunehmend in Frage gestellt, was sich in der Gründung unterschiedlicher Formen von Initiativen der Bürger zur Meinungseinbringung zeigte. Daher scheint die Einbeziehung einer breiten Schicht direkt Betroffener nach dem Grundsatz, dass Demokratie vor der eigenen Haustür beginnt, eine logische Konsequenz darzustellen. Die Selbstverantwortung der Bevölkerung führt zu einer Entlastung der Verwaltung – was nicht insofern missverstanden werden darf, dass Partizipationsprozesse wenig Aufwand bedeuteten. Überdies wird Beteiligungsverfahren eine konsensstiftende Funktion zugesprochen.

Für die betroffenen Individuen kommen neben den planerischen Errungenschaften auch noch soziale Aspekte wie das gemeinsame Arbeiten im Austausch mit Nachbarn hinzu. Durch dieses aktive Hineinhören in die Bevölkerung können zusätzliche Handlungsbedarfe sichtbar gemacht werden und alternative Umsetzungskonzepte aus der Diskussion mit den Betroffenen entstehen. (vgl. SELLE 2000: 168ff)

Wichtig ist bei all dem das „Wie?“, also die Herangehensweise an Bürgerbeteiligungsprozesse. Dabei ist ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl der Verantwortlichen gefragt. Die Partizipation sollte dabei jedoch über die reine Information hinausgehen und die Bürger tatsächlich miteinbeziehen. Partizipation in der Praxis funktioniert jedoch nicht linear, wie im Lehrbuch (vgl. Abb. 4), sondern muss einzelfallbezogen abgestimmt werden. (vgl. Abb. 5 und 6) Dazu ist die DEAD-Methode (benannt von Meinfried STRIEGNITZ) (Abb. 5), bei der interne getroffene Beschlüsse der Öffentlichkeit präsentiert und dann gegen eventuelle Kritik verteidigt werden, für viele Themenbereiche nicht sinnvoll. Die Vorgangsweise, wie sie in Abb. 6 dargestellt ist, in der die Bürger schon bei der Ideensammlung beteiligt werden und so den gesamten Prozess miterleben, führt eher dazu, dass sie die gemeinsame Umsetzung schlussendlich auch gemeinsam tragen. (vgl. SELLE 2000: 25f)

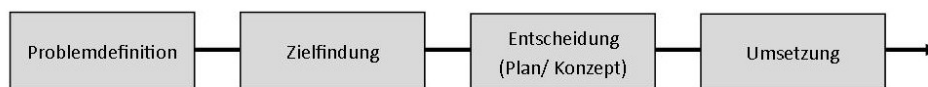


Abbildung 4 – Das lineare Planungsverständnis (in der Theorie) (nach SELLE 2000: 26)

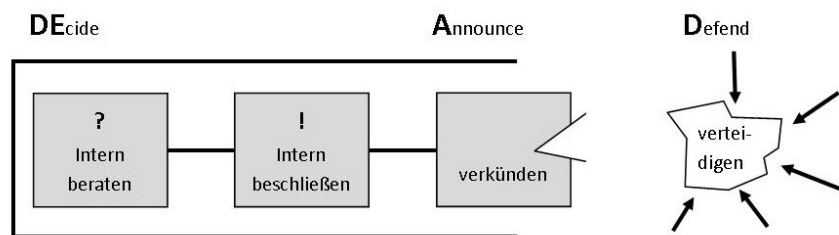


Abbildung 5 – Das traditionelle Verfahren in der Praxis: DEcide, Announce, Defend = DEAD (frei nach Meinfried STIEGNITZ) (nach SELLE 2000: 26)

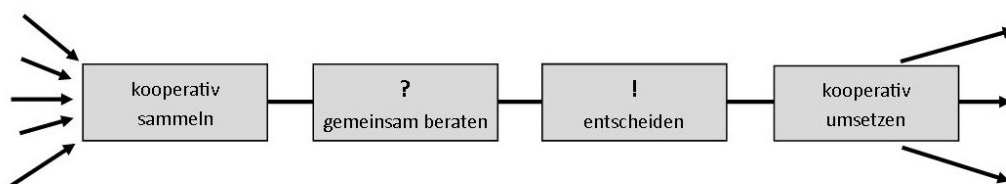


Abbildung 6 – Das offene (kooperative) Verfahren als Alternative zum DEAD-Modell (nach SELLE 2000: 28)

3.5.3 Legitimationsdruck partizipativer Prozesse in der Raumordnung

Die vorangegangenen Ausführungen bedingen die Notwendigkeit, sich mit dem schon angesprochenen Legitimationsdruck von Beteiligungsprozessen zu beschäftigen. Dieser muss aus objektiver Sicht angesprochen werden, denn spätestens von Seiten der Kritiker wird er bestimmt ins Spiel gebracht.

Der Legitimationsdruck ergibt sich daraus, dass unser Demokratieverständnis auf gewählten Personen, meist in Form von Parteien organisiert, basiert. Entscheide von einer Gruppe nicht gewählter Personen, die ihre Meinungen vertreten, sind demnach nicht demokratisch legitimiert.

Dabei sind allerdings zwei Aspekte zu berücksichtigen. Einerseits ist bei jedem Planungsverfahren vorgesehen, dass die Öffentlichkeit zumindest insofern beteiligt wird, als sie Einsicht in die Unterlagen nehmen kann bzw. als direkt Betroffene (zB. als Grundstücksbesitzer einer an die Fläche, auf der ein Vorhaben realisiert werden soll, angrenzender Parzelle) im Verfahren Parteienstellung hat und zumindest angehört werden muss. Andererseits werden die Vorhaben, die innerhalb eines partizipativen Prozesses diskutiert und ausgearbeitet werden, erst durch den Beschluss im Gemeinderat, der aus gewählten Vertretern der Gemeinde besteht, beschlossen und sozusagen zur Umsetzung freigegeben. Daran knüpft sich allerdings nicht immer die Verpflichtung der Umsetzung. Der Beteiligungsprozess, so er nicht rechtlich vorgeschrieben ist, ist somit eine Zusatzleistung im Vorfeld der Beschlussfassung. Daher kommt es wesentlich auf die Umsetzung des Prozesses an, die im Weiteren kritisiert werden kann. Die Beteiligung muss chancengleich passieren. Das bedeutet nicht, dass von einer Gleichheit aller Personen ausgegangen wird, sondern davon, dass alle Betroffenen die gleichen Chancen haben, am Prozess teilzunehmen oder nicht teilzunehmen. Es besteht hier genau so wenig ein Beteiligungszwang, wie bei einer demokratischen Wahl in Österreich ein Wahlzwang besteht.

Das „Wie?“ (die Methode) ist folglich entscheidend, denn das ist objektiv kritisierbar. Dazu gibt es in der facheinschlägigen Literatur mittlerweile bände- und artikelweise Abhandlungen vom Aufbau und Ablauf der Bürgerinformation bis zu den Methoden der Moderation. Dies soll hier nicht weiter vertieft werden. Jedenfalls ist es darüber hinaus auch von den handelnden Personen abhängig.

4. Forschungsleitende Fragen

Die forschungsleitenden Fragestellungen leiten sich aus der aufgezeigten wissenschaftlichen Behandlung des Themas Kleinstadt und deren Stadtentwicklung und Innenstadtaufwertung ab. Die Thematik der Stadtplanung und die ihr zuzuschreibenden einzelnen Aspekte stellen, wie schon angesprochen, eine heuristische Disziplin dar, die anhand von Beispielen Lösungswege sucht, die im Folgenden auf weitere Fälle angewandt werden können. In diesem Sinne ist auch die vorliegende Arbeit zu verstehen – als Analyse möglicher Lösungsansätze, aus deren Erkenntnissen neue Wege in anderen Städten begründet werden können. Die Fragestellungen, an welchen sich die Arbeit orientiert und die sie zu klären versucht, gliedern sich in drei Bereiche. Beginnend mit einer allgemeinen analytischen Frage zur europäischen Stadt als Einbettung, soll der Fokus auf die lokale Ebene und die Umsetzung gelegt werden, um schließlich die dafür nötigen Rahmenbedingungen zu bewerten.

1. Wie wichtig ist ein räumliches Zentrum in der heutigen Gesellschaft? Was braucht eine Innenstadt heute, um attraktiv zu sein?

Wie schon in Kapitel 3 angesprochen, unterliegen die Sichtweisen und die daraus abgeleiteten Prioritätensetzungen der Planung gewissen zeitlichen Trends. Die aktuell angestrebte Rückkehr zum Modell der europäischen Stadt versucht, bauliche Strukturen zu erhalten bzw. herzustellen, die auf einem historischen Gesellschaftsmodell basieren. Diese Bezugnahme auf historische Gegebenheiten von Innenstädten soll kritisch beleuchtet und der Frage nachgegangen werden, welche aktuellen Anforderungen sich an kleinstädtische Innenstädte stellen.

2. Welchen Herausforderungen sehen sich die niederösterreichischen Städte hinsichtlich ihrer Innenentwicklung aktuell gegenüber?

2.1. Wie wird diesen von Seiten der Städte begegnet? Wie nachhaltig im Sinne der Innenstadtaufwertung sind die initiierten Maßnahmen?

2.2. Welche Schlüsselfaktoren und -akteure sind im Innenstadtentwicklungsprozess auszumachen?

2.3. In welchem Ausmaß wirkt Partizipationsförderung, wie sie durch das Programm STERN vertreten wird, auf Innenstadt-Aufwertungsprozesse?

2.4. Welche Verbesserungen können hinsichtlich der Ziele und des Ablaufs von Innenstadtaufwertungsprozessen angeregt werden?

Die zweite Frage widmet sich den Beispielstädten und den dort gesetzten Maßnahmen, wobei über die Analyse hinaus auch normative Ableitungen für die drei Städte bzw. für andere Städte mit ähnlicher Situation angestrebt sind. Dabei ist zuerst die zugrunde liegende Problemstellung sich entleerender Innenstädte anzusehen. Ziel der Revitalisierung der Innenstädte ist das Wiederherstellen des verloren gegangenen Flairs, der die Bevölkerung zum Verweilen einlädt. In diesem Sinne ist auch die Beteiligung der Einwohner im Prozess der Aufwertung – in der Zieldefinition und Maßnahmenfindung – zu betrachten.

3. Welche Förderungsmöglichkeiten bietet das Land Niederösterreich für Stadtkernentwicklung? Welche Empfehlungen zum Verbesserungsbedarf der Landesaktionen und -initiativen können aus der Analyse abgeleitet werden?

Da Stadtentwicklung mit hohem finanziellen Aufwand verbunden ist, gibt es seitens des Landes Niederösterreich Förderinstrumentarien, um die Stadtgemeinden dabei zu unterstützen. Diese werden kritisch beleuchtet, wobei Handlungsempfehlungen für etwaige Änderungen angestrebt sind.

5. Angewandte Methoden

Zur Beantwortung der in Kapitel 4 vorgestellten Fragestellungen, wird eine Kombination mehrerer, dem Forschungsthema und der zugrunde gelegten Methodologie entsprechend, qualitativer sozialwissenschaftlicher Methoden herangezogen. Die Literaturanalyse der relevanten Dokumente wurde in einem weiteren Schritt durch Experteninterviews ergänzt. Wie im Folgenden näher dargestellt, wurden drei Städte als Fallbeispiele ausgewählt.

Die Arbeit ist methodisch qualitativ aufgebaut, weshalb sie nicht den Anspruch erhebt, statistisch signifikante Ergebnisse zu liefern. Ebenso können aus den Erkenntnissen anhand der drei betrachteten Beispiele keine uneingeschränkten Schlussfolgerungen auf alle niederösterreichischen Städte oder darüber hinaus abgeleitet werden. Dennoch ist das Ziel, aus der Arbeit verallgemeinerbare Erkenntnisse zu ziehen. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse (vgl. Kapitel 10) zu berücksichtigen.

5.1 Auswahl der Beispielstädte

Die Auswahl der Städte erfolgte anhand einer auf Internetrecherche basierenden Reihung in Frage kommender Städte.

Da jedes österreichische Bundesland sein eigenes Raumordnungsgesetz hat, das die Basis für die raumbedeutsame Planung darstellt und drei Städte vergleichend dargestellt werden sollten, fiel die Entscheidung, Städte aus einem Bundesland zu wählen. Niederösterreich vertritt zudem seit 1992 eine Förderpolitik zugunsten von Stadterneuerungsinitiativen STERN (vgl. Kap 7.3.1), wodurch viele Städte in diesem Bereich aktiv wurden und weiterhin sind. Niederösterreich zählt im Vergleich zu den anderen österreichischen Bundesländern sehr viele Kleinstädte, wodurch diese auch politisch bedeutsam sind.

Die Teilnahme an der Initiative STERN war ein Auswahlkriterium, da sie als aktive Auseinandersetzung der Stadtverwaltung und -politik mit der Stadt und ihrer Entwicklung gewertet wird, in die zusätzlich die Partizipation der Bevölkerung einfließt. Von den 21 (2013) an STERN teilnehmenden Städten wurden vorerst jene ausgewählt, zu welchen mittels Internetrecherche auf den Homepages der jeweiligen Stadt Konzepte, Leitbilder der Stadterneuerung oder Protokolle von STERN-Treffen gefunden wurden, aus denen hervorgeht, dass sie sich konkret mit Innenstadtaufwertung auseinandersetzen. Diese Städte wurden nach Größe und Lage zu Wien gereiht. Um den räumlichen Einfluss der Hauptstadt gering zu halten, wurden für die Analyse drei Städte ausgewählt, die in gewisser Distanz dazu liegen. Da Einflüsse nicht direkt messbar sind, können sie auch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Dennoch wird so versucht, die für dieses Thema relevanten Einflussparameter zu minimieren.⁵ Aus der Reihung wurden die drei größten, als peripher gelegen eingestuften Städte ausgewählt: Hollabrunn, Mistelbach und Neunkirchen. Es handelt sich um drei Bezirkshauptstädte, was jedoch für die Analyse eher nebensächlich ist.

⁵ Beispielsweise ist Wien für das Bevölkerungswachstum der Städte durchaus relevant. Wie später ersichtlich wurde Hollabrunn auch vom Programm InnoCité der Europäischen Union als im Einfluss einer Großstadt stehend eingestuft.

5.2 Literaturanalyse

Die Literaturanalyse umfasste im Wesentlichen drei Arten von Dokumenten, nach denen mittels Online-Recherche nach Schlagworten gesucht wurde. Dies sind Gesetzestexte, die für das Arbeitsthema von Relevanz sind, Strategiepapiere der Städte und des Landes Niederösterreich, in welchen die zukünftigen Ziele, die sich die jeweilige Gebietskörperschaft oder Akteursgruppe gesteckt hat, verankert sind und Berichte von Aktivitäten, Broschüren über die Umsetzung von Konzepten etc..

Die zweite Gruppe an Texten war teilweise schwer zu finden bis gar nicht verfügbar, da beispielsweise nicht jede niederösterreichische Stadt über ein verordnetes Raumordnungskonzept verfügt. In diesem Fall wurde auf andere Informationsquellen, wie die Experteninterviews oder Informationen der Homepage der Stadt zurückgegriffen.

Aufgrund der Art und der Aktualität der Themen sind viele Informationen lediglich auf Homepages vorhanden, welche ebenfalls gesichtet wurden.

Das gesammelte schriftliche Material wurde nach Wichtigkeit gereiht und die für die Arbeit relevanten Teile daraus mittels qualitativer Inhaltsanalyse ausgewertet.

5.3 Experteninterviews

Zur Gewinnung über die schriftlichen Informationen hinausgehender Hintergründe des Ablaufs der Stadterneuerungsprozesse und weiterer Aspekte, die nicht aus der Literatur zu entnehmen sind, wurden zwischen Februar und April 2014 sieben Experteninterviews durchgeführt. Dabei handelte es sich um qualitative, leitfadengestützte Interviews mit Experten, die aufgrund ihrer Position in ihrem Arbeitsbereich bzw. ihres Standes als politische Vertreter einen Erkenntnisgewinn über spezifisches Wissen bringen sollten. (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2010: 11f) Die Interviews wurden im persönlichen Gespräch mit den Experten durchgeführt, da dadurch neben dem rein Gesprochenen, das unter Zustimmung der Interviewten aufgezeichnet wurde, auch Mimik und Körpersprache sichtbar sind und darüber hinaus direkte Nachfragen gestellt werden können.

Die Interview-Leitfäden wurden in der Fragenzusammenstellung und dem verwendeten Vokabular auf den jeweiligen Experten abgestimmt. Die Leitfäden für die Experten der Städte gleichen sich in den allgemeinen abgefragten Aspekten, unterscheiden sich jedoch in den Detailfragen, abgestimmt auf die Beispielstadt bzw. den Gesprächspartner. Die Leitfragen an die Vertreter der Planungspraxis sollten einen anderen Blickwinkel abdecken und waren dementsprechend anders aufgebaut. Aufgrund der im Verlauf der Experteninterviews gewonnen Erkenntnisse wurden der Aufbau und die Fragen der darauf folgenden Interviews teilweise noch modifiziert. Da es sich um leitfadengestützte Interviews handelte, die an sich relativ offen gehalten wurden, um der/dem Interviewten die Möglichkeit zu geben, sein/ ihr Wissen und über die Fragen hinausgehende Informationen einzubringen, waren Fragenaufbau und -abfolge nicht gänzlich im Voraus planbar. (vgl. EBDA.: 115ff) Es wurden jedoch in allen Gesprächen die festgelegten Themen behandelt.

Ein kritischer Punkt bei der Durchführung von Experteninterviews ist die Auswahl der Gesprächspartner. Experteninterviews erheben nicht den Anspruch, einem statistisch signifikanten Sample zu entsprechen, sondern sollen nicht öffentlich zugängliches Wissen generieren. (vgl. GLÄSER und LAUDEL 2013: 11ff; 117f)

Für diese Forschungsarbeit wurden von Seiten der STERN die Stadterneuerungsbetreuer der drei Beispielstädte Frau Heidemarie BRANDSTETTER für Neunkirchen, Herr Edwin HANAK für Mistelbach und Frau Veronika WIPP für Hollabrunn sowie der Koordinator der landesweiten Stadt- und Dorferneuerung Herr Hubert TRAUNER gemeinsam mit Frau Andrea PRILLER, der Koordinatorin der landesweiten Aktion Stadt- und Ortskernbelebung von der Raumordnungsabteilung des Landes Niederösterreich interviewt. Die Experten des Landes sprechen als Angestellte ihrer Institution, sodass ihre Aussagen auch unter diesem Blickwinkel zu sehen sind. Im Falle des Interviews mit dem Stadterneuerungsbetreuer von Mistelbach, das aus Mangel an zur Verfügung stehendem Zimmer im Büro eines Gemeindebediensteten Herrn Mark SCHÖNMANN durchgeführt wurde, war dieser zusätzlich anwesend sowie für etwa die Hälfte des Gespräches auch der Bauamtsdirektor Herr Helmut BRUCKNER. Diese Konstellation wurde ins Gespräch eingebaut und somit konnten Fragen aus unterschiedlichen relevanten Blickwinkeln beleuchtet werden. Zusätzlich wurde ein Interview mit Herrn Erich FASCHING, dem Citymanager Mistelbachs durchgeführt, welches aufgrund des Zeitdrucks des Experten telefonisch mit Notizaufzeichnung erfolgen musste.

Als Vertreter der Beispielstädte wurden mit Herrn Alfred BABINSKY in Hollabrunn und Herrn Martin FASAN in Neunkirchen jeweils die Vize-Bürgermeister persönlich befragt. Aufgrund des ausführlichen Interviews in Mistelbach, unter Einbringung unterschiedlicher Perspektiven und des Gesprächs mit dem Citymanager, wurde ein zusätzliches Gespräch mit einem Vertreter der Stadt als nicht weiter Erkenntnis bringend erachtet.

Aus planungspraktischer Sicht beleuchteten Herr Peter GÖRGL und Frau Marianne RADINGER die Situation der Stadtkernbelebung in Niederösterreich.

Die so gesammelten Informationen wurden sinngemäß transkribiert, inhaltlich ausgewertet und kritisch reflektiert. Sie dienten einerseits der Ergänzung der aus der Literatur- und Internetrecherche erarbeiteten Informationen zu den Städten, andererseits der Beurteilung und Bewertung der Landesaktion STERN und umgesetzter Stadtentwicklungsmaßnahmen sowie der Diskussion allgemeiner Fragen zur Wichtigkeit des Zentrums einer Stadt und des Partizipationsansatzes.

5.4 Teilnehmende Beobachtung

Um den Prozess der Stadterneuerung kennenzulernen, wurde eine teilnehmende Beobachtung bei zwei Treffen des Neunkirchner Stadterneuerungsbeirates durchgeführt. Dabei handelte es sich um die Beiratssitzung am 11. März 2014 sowie um die Begehung der im Rahmen der STERN durchgeführten Projekte in der Innenstadt mit anschließender Besprechung der weiteren Planungen des Beirats am 3. Juni 2014. Der Beirat war dabei über das Ziel der teilnehmenden Beobachtung im Rahmen dieser Arbeit informiert.

Aufgrund dieses näheren Einblicks in die Prozesse in Neunkirchen können diese genauer dargestellt werden, als dies für Mistelbach und Hollabrunn, wo sich die Erhebung auf die Literaturanalyse und die Experteninterviews stützt, möglich ist. Insofern das Ziel der Arbeit Ableitungen und Empfehlungen allgemeiner Art sind, wird dies jedoch weniger als Einschränkung der Vergleichbarkeit, sondern vielmehr als zusätzliche, sehr wertvolle Informationsquelle gewertet.

6. Kleinstädte – ein Problemaufriss

Bevor nun auf die konkreten Fallbeispiele eingegangen wird und dazu die rechtlichen Rahmenbedingungen abgesteckt werden, sei in der gebotenen Kürze die Situation, in der sich Innenstädte kleiner Städte befinden, umrissen. Dabei müssen auch kritische Fragen gestellt werden. Wird in Zeitungen oder Fachzeitschriften das Thema Innenstadt angesprochen, ist beinahe immer die Rede von der sterbenden Innenstadt – wobei, nebenbei bemerkt, eine interessante Personifizierung eines Raumes zum Ausdruck kommt, die möglicherweise aus der Identifikation der Bevölkerung mit „ihrer“ Innenstadt herrührt. Jedenfalls gibt es kaum je eine positive Darstellung der Situation, die beispielsweise den Wandel des Einzelhandels als Entwicklung der heutigen Zeit sieht. Fast bekommt man den Eindruck, dass hier ein rückwärtsgewandtes Denken vertreten wird, das sich aktuellen Veränderungen entgegenstellt. In diesem Sinne soll hier die Frage diskutiert werden, ob das europäische Stadtmodell in der „Kleinstadt von heute“ noch Bestand hat und angestrebt werden soll. Die folgenden Ausführungen schließen somit als Diskussion an die theoretischen Grundlagen in Kapitel 3.1 an.

6.1 Europäisches Stadtmodell im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Tradition

In vielen Aspekten sind Veränderungen in europäischen Städten Ausdruck der stattfindenden Globalisierung. In diesem Sinne stellt sich die Frage, ob die europäische Stadt sich dem Konvergenzdruck, der de facto eine Angleichung an den US-amerikanischen Städtetypus bedeutet, beugen soll oder ob es besser ist, wenn sie ihre Charakteristika bewahrt und herausstreicht.

Die Städte werden aus diesem Blickwinkel betrachtet von zwei Faktorenbündeln belastet. Einerseits entsteht ein interner Druck, sich an den Vorzeigebildern wie Global Cities und anderen, in Rankings hoch eingestuften, Städten zu orientieren, die oft einer anderen Dimension Stadt in Größe, Beschaffenheit und Historie angehören. Gleichzeitig führen externe Faktoren wie die verstärkte Internationalisierung von Ketten und der zunehmende Austausch an Fachpersonal wie Architekten dazu, dass die Städte rund um den Globus, von den gleichen Leuten mit Leuchtturmprojekten „verziert“, austauschbar werden. (vgl. MARCUSE 2004: 114) Dennoch konstatiert MARCUSE (vgl. EBDA.: 115ff) das Beibehalten der Charakteristika europäischer Städte und begründet dies anhand einiger Punkte, die sich zumeist aus der langen geschichtlichen Entwicklung ableiten lassen. Die Städte sind in ihrer baulichen Struktur aufgrund der Historie festgelegt, sodass wenig Wunsch besteht, Hochhäuser in das niedrige Zentrum zu bauen (bzw. die Bauordnungen dies auch verhindern). Dennoch passiert Suburbanisierung, allerdings mitunter aufgrund fehlender Fläche, in vergleichsweise geringem Ausmaß. Ebenfalls ein Überbleibsel aus der ehemaligen Feudalstruktur stellt die starke öffentliche Planung und die daneben schwache (wobei heute, aufgrund der wirtschaftlichen Veränderungen stärker werdende) Privatwirtschaft im Planungssektor dar, die an der Struktur der europäischen Stadt festhält. Man schätzt neben der Urbanität und Lebensqualität auch die öffentlichen Leistungen und die soziale Absicherung. (vgl. EBDA.)

6.1.1 Gesellschaft und bauliche Stadtgestalt im Konflikt ihrer Rahmenbedingungen

Von diesem derzeitigen Stand der Entwicklung und der städtischen Organisation möchte man heute wieder „zurück“ zur europäischen Stadt. „Die Gesellschaft, die diese Stadtgestalt hervorgebracht hat, existiert nicht mehr. Deshalb verschwindet auch die Gestalt der europäischen Stadt.“ (SIEBEL 2000: 28f) Die Frage nach der Identität der europäischen Stadt fragt in Wirklichkeit „... nach dem Raum, den die Zivilgesellschaft hervorbringt und den diese sich zugleich voraussetzt. Dieser Raum ist in urbanistischer Perspektive zu allererst – der Marktplatz.“ (HASSENPFUG 2000: 16) Wenn SIEBEL (2000: 30) resümiert, dass „[d]as Leitbild der kompakten europäischen Stadt [...] eine rückwärtsgewandte Utopie“ sei, so bringt er damit auf den Punkt, dass

- Entwicklung oft nur Abkehr vom letzten Zustand ist – denn davor war die Moderne die Reaktion auf die negativen Seiten der kompakten, europäischen Stadt
- der Rückblick vielfach verklärende Momente beinhaltet–die für große Teile der Bevölkerung schlechten Lebensbedingungen werden nicht mitgedacht – und
- einerseits – vor allem die physische, baulich verankerte – Tradition einen hohen Stellenwert in der europäischen Gesellschaft hat, andererseits auch die damit verbundenen Charakteristika für die Lebensgestaltung stark im Denken verankert sind. – Zum Einkaufen sollten kleine Geschäfte in den Erdgeschosszonen der Innenstädte vorhanden sein, auch wenn diese schon seit Jahren von großen, viel genutzten Einkaufszentren (meist) an den städtischen Peripherien an den Rand der ökonomischen Überlebensfähigkeit gedrängt werden.

Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, zeigt diese Vorgehensweise allerdings auch die Ambitionen auf, die alten Strukturen nach modernen Grundsätzen zu verändern und damit dem im Kern zu befürwortenden Modell der europäischen Stadt neue Möglichkeiten der Umsetzung zu geben.

Auch auf europäischer Ebene wird das Konzept der nachhaltigen europäischen Stadt vertreten und von den EU-Mitgliedsstaaten dahingehende Anstrengungen in Bezug auf ihre Städte jeder Größenordnung gefordert. Dabei soll allen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft) gleichzeitig und gleichwertig Genüge getan und mit Blick auf die Zukunft den Herausforderungen in den Städten in städtebaulicher wie auch gesellschaftlicher Hinsicht begegnet werden. (vgl. ESPON 2010) Konkretisiert wird dieser Blick in die Zukunft jedoch nicht.

Es zeigt sich somit der permanente Wandel des Begriffes „europäische Stadt“ und die enge Verbindung aus sozialen und baulichen Elementen, die hierbei wirksam wird. In Europa wirkt sich selbiges meist durch eine Übernahme US-amerikanischer Vorbilder aus. So wurden ab den 1980er-Jahren die Einkaufszentren (die der in Amerika lebende Emigrant aus Wien Victor GRUEN als Nachbildung der europäischen Innenstädte mit ihrer Funktion des Handelszentrums konzipierte), die großen, billigen Mode-Marken und auch die Fast-Food-Kultur übernommen. Doch nicht alle waren von diesen Trends begeistert. So wurde in den 1980er-Jahren in Italien die Slow-Food-Bewegung (direkt übersetzt „langsames Essen“) gegründet, mit dem Ziel, der Geschmacksvereinheitlichung entgegenzuwirken und Regionalität und Qualität am Teller wieder mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Einen ähnlichen Ansatz auf Ebene der Stadt vertritt auch die CittàSlow-Bewegung (direkt überletzt „langsame Stadt“). Sie wurde 1999 ebenfalls in Italien, gegründet und vertritt einen ganzen

Katalog an Maßnahmen und Merkmalen, die zu einer nachhaltigen Stadt mit hoher Lebensqualität, die sich nicht der Vereinheitlichung nach amerikanischen Kriterien unterwirft, beitragen. (vgl. Cittaslow International 2014) Dies zeigt die unterschiedlichen Sichtweisen auf die europäische Stadt und ihre Veränderung.

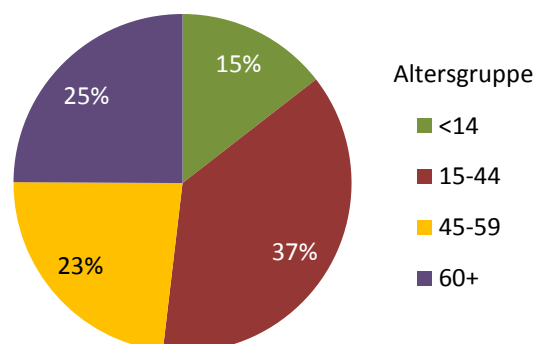
6.2 Kleinstädte in Niederösterreich

An diese Ausführungen anschließend soll nun eine knappe Bestandsaufnahme der Wandlungsprozesse, von denen die Beispielstädte betroffen sind, vorgenommen werden.

Bei den Vorgängen in Kleinstädten handelt es sich um eine Kombination aus unterschiedlichen aktuellen Prozessen, die gleichzeitig und sich teilweise gegenseitig bedingend oder auslösend, stattfinden. Es handelt sich um demographische Wandlungsprozesse, die in Ostösterreich nach einer Studie der Planungsgemeinschaft Ost (PGO) neben dem prognostizierten Wachstum Wiens auch zu einem Bevölkerungswachstum in der Region um die Hauptstadt führen. (vgl. Karte 1; vgl. FASSMANN, GÖRGL und HELBICH 2009: 68) Davon sind auch zwei der Beispielstädte – Hollabrunn und Mistelbach – betroffen. Für Neunkirchen wird in den nächsten Jahren ebenfalls Zuwachs der Bevölkerung prognostiziert. (vgl. HANIKA 2011: 66ff) Ein quantitatives Mehr an Bevölkerung bedeutet jedoch nicht automatisch erhöhte Frequenz in der Stadt. Dazu müssen Attraktivität und Angebot für die Bevölkerung stimmen.

Eine weitere demographische Entwicklung zeigt sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Wie allerorts in Österreich spüren auch die drei Beispielstädte den gesellschaftlichen Alterungsprozess, der sich in geringeren Geburtenraten und Anteilen unter 15-Jähriger und im zunehmenden Segment der über 65-Jährigen ausdrückt. (vgl. Abb. 7) Derartige Veränderungen stellen Städte vor allem vor infrastrukturelle Herausforderungen. Wohnraum, dabei auch jener im Segment altengerechten Wohnens, wird benötigt. Ziehen junge Familien zu, werden soziale Infrastruktur in Form von Schulen, aber auch Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für junge Menschen gebraucht.

Altersstruktur Niederösterreich 2012

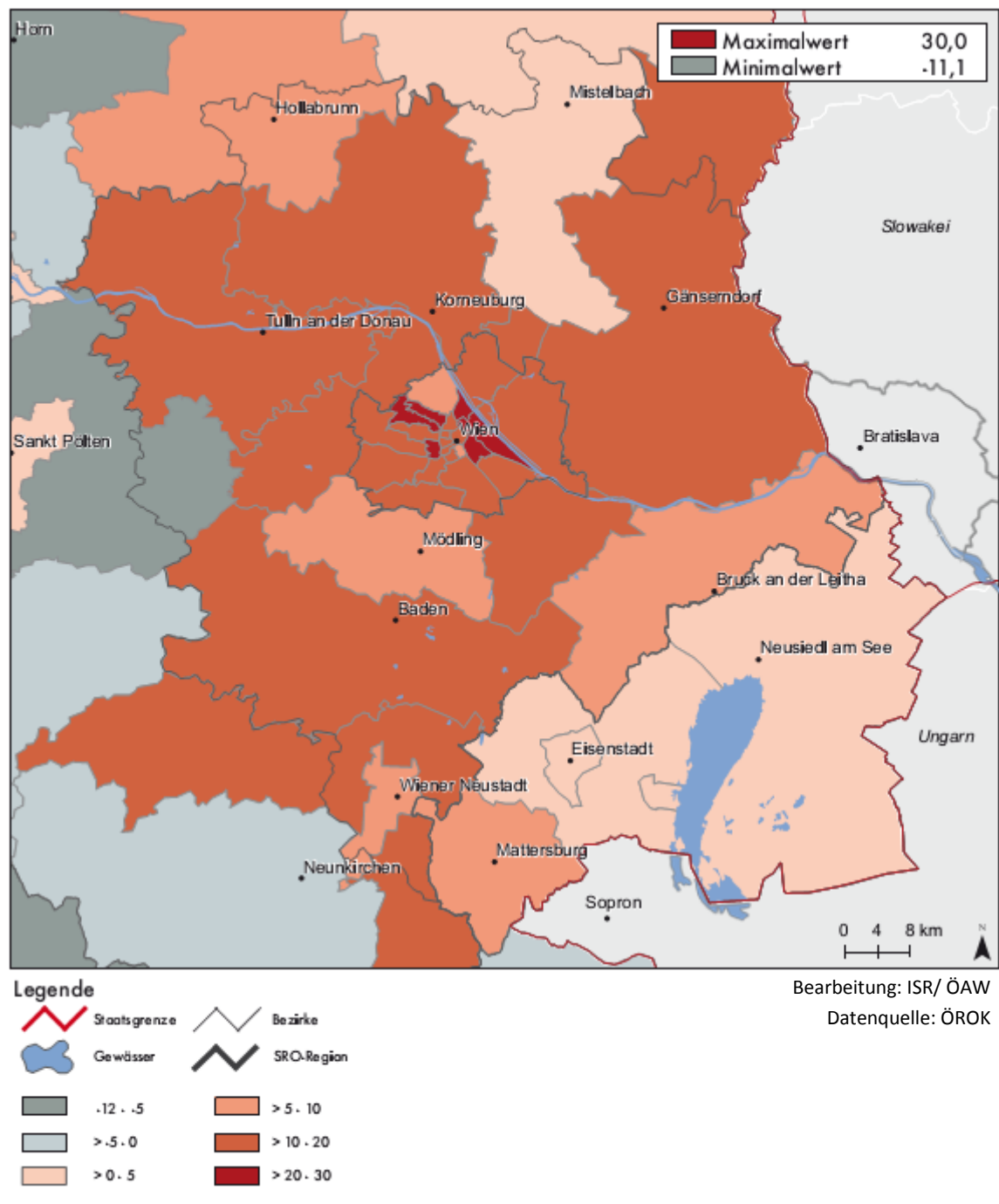


(Datenquelle: AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2012)

Abbildung 7 – Altersstruktur Niederösterreichs (eigene Darstellung)

Hinzu kommt der Wandel der Wirtschaftsstruktur. Auf großer Maßstabsebene spricht man in diesem Zusammenhang von Globalisierung und dem Wettbewerb zwischen Groß-Unternehmen, auf nationalstaatlicher Ebene rückt die Verlagerung von Produktions-, Handels- und Dienstleistungsstandorten in den Fokus der Betrachtung und auf Ebene der einzelnen Stadt zeigte sich, beginnend in den individualverkehrsgeprägten 1970er-Jahren, eine Ausdifferenzierung der Angebote, vor allem im Sektor Handel und Dienstleistungen, zwischen innerstädtischen Lagen und

Bevölkerungsentwicklung 2006—2031 Prognose (in Prozent von 2006)



Karte 1 – Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2031 (Prognose) in Prozent von 2006 (FASSMANN, GÖRGL und HELBICH 2009: 66)

Stadtrand. Dabei war der Trend zum Einkaufszentrum „auf der grünen Wiese“ ein allseits akzeptierter und von den Raumordnungsgesetzen zugelassener. Es war nicht nur für die Investoren günstiger, ein Einkaufs- oder Fachmarktzentrum (FMZ) in Stadtrandlage zu errichten, sondern dieses für die Konsumenten meist auch einfacher zu erreichen, da ein großer, kostenfreier Parkplatz direkt vor einer Fülle an Geschäften in überdachter Lage vorhanden war. Die Einkaufszentren zogen Geschäfte aus der Innenstadt ab und erhöhten zusätzlich aufgrund der Ansiedelung von Filialen von Großketten den Konkurrenzdruck. Selbstverständlich hat auch die Zunahme des Versandhandels durch die Einkäufe via Internet ihren Beitrag zum Wandel der Geschäftsstrukturen getätigt. Eine nicht zu unterschätzende Einflussgröße ist auch der Generationenwechsel, bei dem traditionsreiche, inhabergeführte Betriebe nicht übernommen werden und so handwerkliche Vielfalt verloren geht. Die mit diesen Entwicklungen einhergehende städtebauliche Herausforderung ist der zunehmende Leerstand von Geschäftslokalen in den kleinstädtischen Innenstädten. Damit umzugehen steht für viele Städte an oberster Stelle in der Stadtentwicklungsagenda.

Zeitliche Trends bestehen und ändern sich ständig. Das Nachhaltigkeitsbewusstsein nimmt zu und fließt auch in die private Mobilitätsplanung ein. Nicht nur Personen ohne motorisierten Untersatz fahren mit dem Rad oder gehen zu Fuß. Andererseits wird genau diese Bewegung vielfach gefordert. Allein die technische Infrastruktur ist vielerorts vorwiegend auf die Erreichbarkeit mit dem Auto abgestimmt. Schließlich verändert sich auch der Wert der Regionalität und Qualität von Produkten. Wurden in den 1970er-Jahren Massenware von der Kleidung bis auf den Teller vertreten, nimmt die Schicht der nachhaltig einkaufenden Konsumenten zu, die nach fair, ethisch vertretbar und biologisch hergestellten Produkten verlangt.

Für die Stadtentwicklung ist ein relevanter Aspekt, dass die Bevölkerung durchschnittlich selbstbewusster wird und gefragt werden möchte. (vgl. TRAUNER 2014⁶) Wie schon aus Kapitel 3.5 hervorgeht, verändert sich das Demokratiebewusstsein der Bevölkerung dahingehend, dass es eine Schicht gibt, die Mitsprache über Belange der Allgemeinheit möchte und sich am Gestaltungsprozess der eigenen Umgebung beteiligt.

Es zeigt sich folglich für die Einzelstadt ein vielschichtiges Spannungsfeld aus einem Bevölkerungswachstum, das versorgt werden muss bei gleichzeitig stagnierenden bis zurück gehenden Zahlen am Stellenmarkt. Auch sind die Anforderungen und Wünsche unterschiedlicher Gruppen oft diametral entgegengesetzt.

⁶ Experteninterview

6.3 Diskussion über die aktuelle Relevanz der Innenstadt

Die Diskussionsfrage, wie wichtig ein räumliches Zentrum in Kleinstädten⁷ in Zeiten der Smartphones, des Internets und anderer neuer Medien ist, ist damit noch nicht hinreichend geklärt. Es stellt sich die weiterführende Frage, ob der Hauptplatz / die Innenstadt das Zentrum der Kleinstadt ist / sein muss.

Im Grunde kann eine Vielzahl von Erledigungen, die bis vor einigen Jahren nur persönlich getätigt werden konnten, heute von zuhause oder von jedem anderen Platz aus durchgeführt werden. Formulare findet man online, wo auch die Kirchsteuer bezahlt werden kann, zum Einkaufen geht man auf die Homepage eines Versandhauses und Freunde „trifft“ man im Chat. Doch ist das wirklich alles, was ein Mensch an Ansprüchen an seine Freizeitgestaltung hat? Will die Bevölkerung tatsächlich die nicht in Erwerbsarbeit investierte Zeit alleine verbringen, da sie online ohnehin „mit dem Rest der Welt“⁸ in Kontakt treten kann?

De facto kann und möchte sich kaum jemand ein solches Szenario vorstellen, da den Städten etwas fehlt, wenn sie keinen belebten Kern haben. Der „Inhalt“ des Zentrums kann dabei von Einzelhandel und Lokalen über Kursangebote bis zu Orten der Betreuung reichen. Ob und wie die Stadt, das persönliche Umfeld genutzt wird, ist individual unterschiedlich. Frau RADINGER (2014⁹) zufolge sollte es jedenfalls soll bestehen und die Möglichkeit der Nutzung bieten. Die Problematik, die sich dabei ergeben kann, ist einerseits, dass das in der Innenstadt vorhandene Angebot für die Bewohner äußerer Viertel nicht von hinreichender Relevanz ist, um dorthin zu fahren. Andererseits können sich auf der Basis leerer Geschäftsstraßen auch bottom-up Initiativen entwickeln, wie Herr GÖRGL (2014¹⁰) dies am Beispiel der Kindergruppe in Bruck an der Leitha illustriert, die von einer Elterninitiative in einem leerstehenden Teppich-Geschäft eingerichtet wurde. Wird die Bevölkerung nach ihren Wünschen bezüglich des innerstädtischen Angebotes gefragt, werden meist dieselben Anregungen gegeben: Modegeschäfte mit junger Zielgruppe, ein Kino, ein Hallenbad etc., die jedoch in der Folge nicht oder nicht ausreichend genutzt werden, um für die Betreiber kostendeckend zu sein. (vgl. GÖRGL 2014; vgl. BABSINSKY 2014)

Was ein Stadtkern braucht, um attraktiv zu sein, hängt von der Erwartungshaltung der Bevölkerung ab und ist je nach Stadt unterschiedlich. Nach diesem ersten Ergebnis können folglich anhand von Beispielen Lösungswege dargestellt werden (vgl. Kapitel 8).

Für nachhaltige Innenstadtbelebungen sind laut STIXENBERGER (2009) einige Grundsätze zu beachten:

- Es muss ein für alle verbindliches Netzwerk geschaffen werden und alle Beteiligten müssen die Veränderung mittragen.
- Die Kundenerwartungen der Erreichbarkeit, kundenfreundlicher Parkgebühren, eines optimalen Branchenmixes sowie eines vernünftigen Preis-Leistungs-Verhältnisses sind essentiell.

⁷ Die Einschränkung auf Kleinstädte erfolgt aufgrund des Umstandes, dass das räumliche Zentrum einer größeren Stadt meist schon aufgrund des Tourismus eine wichtige Bedeutung für die gesamte Stadt einnimmt, unabhängig davon, in welcher Form es vermarktet wird und ungeachtet der Bedeutung, die es damit für die ansässige Bevölkerung hat, bekommt oder verliert.

⁸ Dabei wird meist der erhebliche Anteil der Weltbevölkerung, der keinen Zugang zum Internet hat, außen vor gelassen.

⁹ Experteninterview

¹⁰ Experteninterview

- Die Grundfrequenz im Zentrum soll durch Lebensmittelgeschäfte, Trafiken, Arztpraxen, Schulen und Kindergärten gesichert werden.
- Die Geschäfte müssen Service und Kompetenz in der Beratung bieten.
- Die Anbieter sollen auf die Kundenwünsche eingehen.
- Events sollen regelmäßig in kleinerer Form und koordiniert stattfinden, anstatt nur einmal jährlich eine große Veranstaltung zu machen.

Ist eine Innenstadt schon von massivem Leerstand betroffen, sieht STIXENBERGER immer noch die Möglichkeit einer Trendumkehr in Form eines adäquaten Ansiedlungs- und Leerflächenmanagements. „Dabei ist natürlich auch das Gemeindebudget gefordert, und Hausbesitzern stehen dann vor der Herausforderung, mietfähige Geschäftsflächen zu einem vernünftigen Preis anzubieten“, der bei maximal 10€/m² liegt. „Gezielte Ansiedlungsförderungen sind dabei eine ebenso gute Motivation, wie unternehmerfreundliche Behördenverfahren.“ (EBDA.)

Während diese Ansätze vorwiegend von einer bereitstellenden öffentlichen Hand ausgehen, sieht EGGER (2004: 20f) aus der Stadtmarketing-Perspektive den Ball zwar ebenfalls bei der Verwaltung und Politik, jedoch im Austausch mit den Bürgern. „Stadtmarketing ist auch kritische Bürgermeinung“ (EBDA.: 20). Das meint, dass sich Stadtmarketing vor allem „nach innen“ richtet. Eine Stadt muss sich über ihre Spezifika positionieren, um keine 0-8-15-Stadt zu sein. Dabei ist es wichtig, die ortsansässige Bevölkerung in den Markenbildungsprozess einzubinden, da sie auch die Zielgruppe darstellt. Es darf nicht das Konzept einer anderen Stadt kopiert werden.

Bei einem Stadtmarketingprozess stellt sich die Frage, was die Bevölkerung als attraktiv an ihrer Stadt empfindet und was sie dazu veranlasst, in die Innenstadt zu kommen. Daraus können Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, wo Attraktivierungspotential besteht und welche Maßnahmen zur Frequenzsteigerung nötig wären.

Stadtmarketing funktioniert nicht, wenn es „aufgesetzt“ wird. Daher müssen zu Beginn eines Stadtmarketingprozesses alle Beteiligten ins Boot geholt werden: Stadtverantwortliche, Wirtschaftstreibende, Bürger. „Über siebzig Prozent dieser Vorgangsweise ist im psychologischen Bereich zu suchen.“ (EBDA.: 21) So muss sich der Prozess langsam von „unten“ nach „oben“ entwickeln, jedoch sollten nach etwa drei Monaten erste sichtbare Umsetzungen erfolgen. Es muss auch von vornherein klar sein, dass nie alle Beteiligten und Bürger mit allen Maßnahmen einverstanden sein werden. Diese Kritik müssen die Umsetzenden einkalkulieren und sich ihr stellen. (vgl. EBDA.: 21f)

7. Niederösterreich – Rahmen der Analyse

Die Arbeit beschäftigt sich mit stadtpolitischen Entscheidungen in drei Städten in Niederösterreich und dem dazu bestehenden formellen Rahmen. Daher ist es für die gedankliche Einbettung notwendig, einige Daten und Grundlagendokumente zum Bundesland zu kennen, um das Folgende einordnen zu können. Zusätzlich sollen die Förderschienen des Landes im Bereich Stadtentwicklung untersucht werden.

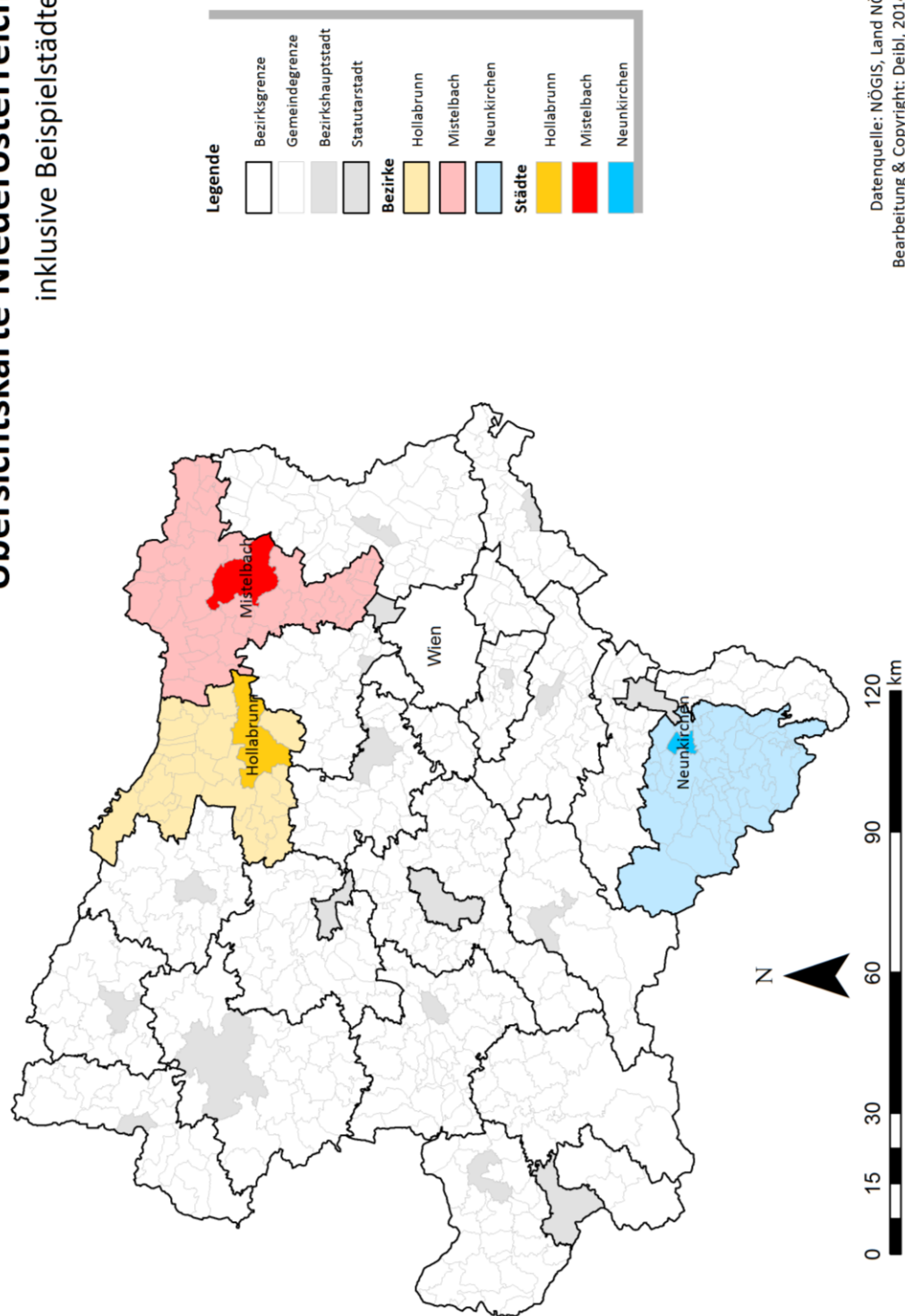
Niederösterreich, im Nordosten Österreichs gelegen, ist mit einer Fläche von 1.918.626 ha das größte der neun österreichischen Bundesländer und reiht sich mit 1.618.592 Einwohnern (Stand 1.1.2013) an zweiter Stelle nach Wien in der Bevölkerungsstatistik ein. Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den 1980er-Jahren stagnierend um einen Einwohnerstand von etwa 1.435.000 Personen. Seit den 1990er-Jahren erfolgte eine stetige Zunahme der Bevölkerung um etwa 180.000 Einwohner bis 2011. (vgl. Abb. 8)

Das Land gliedert sich in 21 Bezirke und diesen zugeordnet in 573 Gemeinden, darunter 72 Städte (Gemeinden mit Stadtrecht), dazu kommen noch vier Statutarstädte (vgl. 7.1). Diese sind in Karte 2 ersichtlich, woraus auch die Lage der drei Fallbeispielstädte Hollabrunn, Mistelbach und Neunkirchen abzulesen ist. Im österreichischen Bundesländervergleich zählt Niederösterreich damit mehr als doppelt so viele Städte, wie das an zweiter Stelle stehende Oberösterreich mit 32 Städten.

Vor allem der südliche Teil des Landes (südliches Most- und Industrieviertel) ist hügelig bis gebirgig, was eine Einschränkung der besiedelbaren Fläche darstellt. Die beiden Viertel nördlich der Donau eignen sich von der physischen Struktur beinahe flächendeckend für Besiedelung, sind jedoch aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur sowie geschichtlich bedingter Entwicklungen spärlicher besiedelt. Deutlich sichtbar zeichnet sich auch der Agglomerationsraum Wiens ab, der vor allem im Süden eine hohe Besiedelungs- und Wirtschaftsdichte aufweist.

In unterschiedlichem Kontext wird Niederösterreich vielfach als „Land um Wien“ verstanden und so vor allem und nicht ganz unbegründet, wenn die Thematik der Stadtentwicklung angesprochen wird. Selbstverständlich übt Wien dabei großen Einfluss, vor allem auf die umliegenden Gemeinden und Städte, den Agglomerationsraum der Stadt, aus – man denke nur an die Suburbanisierung des Wohnens oder den Abzug an Arbeitskräften und der Kaufkraft in die Stadt.

Übersichtskarte Niederösterreich inklusive Beispielstädte



Datenquelle: NÖGIS, Land NÖ
Bearbeitung & Copyright: Deibl, 2014

Karte 2 – Übersichtskarte Niederösterreich inklusive Beispielstädte

Die Bevölkerung Niederösterreichs soll nach Prognosen der STATISTIK AUSTRIA, wie der gesamte Osten Österreichs in den Jahren bis 2050 ein Wachstum erleben. Wie in Abb. 8 ersichtlich, ähnelte sich die Entwicklungsdynamik in den Städten. Zur Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert war ein deutlicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, später ein Einwohnerverlust und schließlich in den letzten Jahren ein stagnierender bis leicht steigender Verlauf der Einwohnerzahlen. Hollabrunn, das bei der ersten amtlichen Volkszählung 1869 bei höherer Einwohnerzahl als die Vergleichsstädte startete, erlebte einen längeren, flacheren Anstieg der Bevölkerung bis zum Zweiten Weltkrieg und daraufhin einen deutlicheren, rascheren Bevölkerungsrückgang bis in die 1980er-Jahre. Danach stieg die Einwohnerzahl wieder stetig an. In Neunkirchen war der Verlauf flacher und zeitlich etwas verzögert, in Mistelbach entwickelten sich die Zahlen generell ausgewogener. Die Altersverteilung ist, wie in Kapitel 8 gezeigt wird, in allen drei Städten sehr ähnlich und entspricht mit knapp 40% 15-44-Jährigen, 20-25% 45-59- sowie über 60-Jährigen und etwa 15% an unter 14-Jährigen dem niederösterreichischen Durchschnitt.

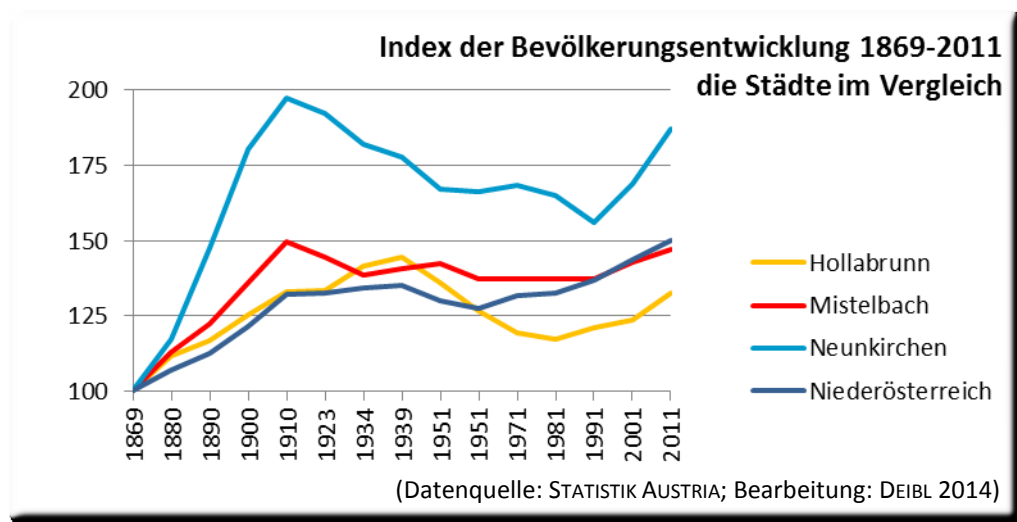


Abbildung 8 – Index der Bevölkerungsentwicklung 1869-2011 – die drei Städte im Vergleich (eigene Darstellung)¹¹

Wien, Niederösterreich und das Burgenland, aber auch Vorarlberg im Westen werden dabei über dem österreichischen Durchschnittswert liegen, den anderen vier Bundesländern, mit Ausnahme Kärntens, wird ebenfalls ein Wachstum in diesem Zeitraum prognostiziert. (vgl. Abb. 9¹²) Das größte Plus wird der Stadt Wien vorausgesagt, dahinter folgt im Bundesländervergleich Niederösterreich, das seine Bevölkerungszahl bis 2030 um 12% (auf 1,8 Mio. Einwohner), bis 2050 um 21% (auf 1,94 Mio. Einwohner) steigern soll (Basisjahr: 2008)¹³. (vgl. HANIKA 2011: 26f) Dabei wird dem Wiener Umland zwischen 2030 und 2050 ein Wachstum von 36% im Süden bzw. 38% im Norden

¹¹ Die Daten der Diagramme zur Bevölkerungsentwicklung entstammen der Registerzählung vom 31.10.2011 der STATISTIK AUSTRIA

¹² Datenquelle der Prognose: STATISTIK AUSTRIA: Bevölkerung zum Jahresdurchschnitt 1952-2075.

¹³ Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Prognosen keine fix eintretenden Ereignisse sind und keine politischen Zielzahlen festlegen. Sie stellen lediglich Anhaltspunkte zur Entscheidungsfindung dar und werden in regelmäßigen Abständen aktualisiert. (vgl. PGO 2011: 41) Aufgrund der zunehmenden Ungenauigkeit der Zahlen bei wachsendem Zeitabstand zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung wird hier nur der Bezug zu den Zahlen bis 2050 hergestellt.

prognostiziert. (vgl. EBDA.: 68) Dementsprechend gibt es auch Regionen in Niederösterreich, die nicht von starkem Wachstum betroffen sind.

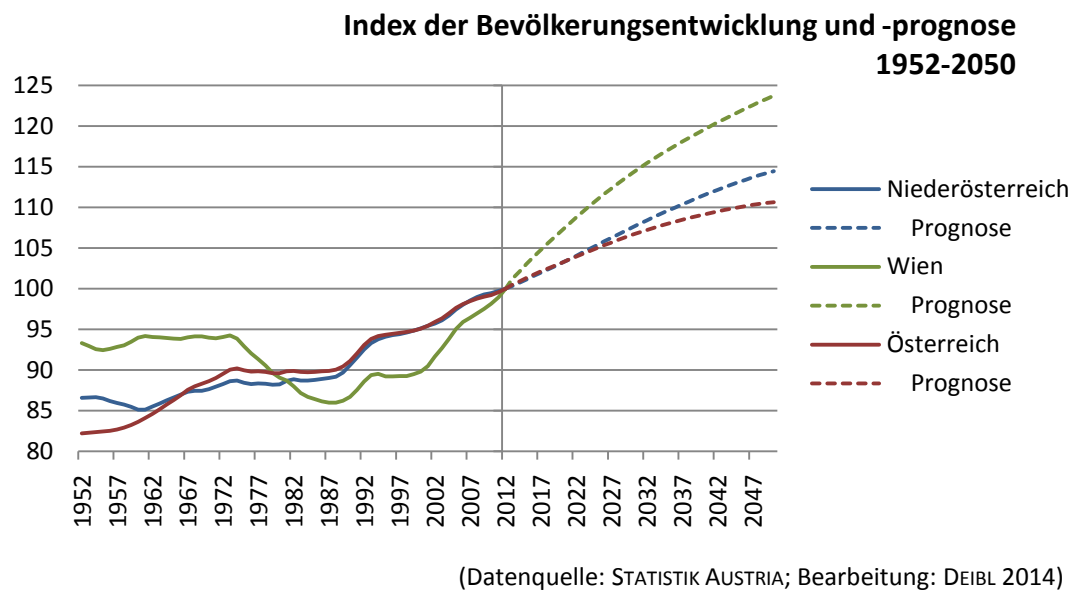


Abbildung 9 – Index der Bevölkerungsentwicklung und -prognose Österreich, Wien und Niederösterreich im Vergleich

Die Lage Wiens innerhalb der niederösterreichischen Grenzen hat bei der inneren Bevölkerungsverteilung einen erheblichen Einfluss. Das Wachstum der Hauptstadt wird sich aufgrund fehlender Wohnraumkapazitäten innerhalb der Stadtgrenzen auf den Agglomerationsraum um Wien und in weiterer Folge sukzessive auf weiter entfernte Gemeinden und Städte ausdehnen. Damit können die Vorteile einer Großstadt mit denen des Stadtumlands verbunden werden. Vor allem Jungfamilien ziehen gerne ins Grüne, aber auch Zuwanderung aus anderen Teilen Österreichs sowie aus dem Ausland passiert vielfach direkt ins Stadtumland. (vgl. PGO 2011: 38) Da der südlich von Wien gelegene Raum schon von dicht besiedelten Orten geprägt ist, wird sich dieses Bevölkerungswachstum – so die Prognose – einerseits nördlich von Wien, andererseits in immer weiter entfernten Gemeinden rund um die Bundeshauptstadt ansiedeln. Das bedeutet für die Städte dieser Analyse einen prognostizierten Bevölkerungsgewinn in den nächsten 20 Jahren, der teilweise auch schon eingesetzt hat. (vgl. HANIKA 2011: 64ff) Diesem Mehr an Einwohnern muss selbstverständlich auch mit einem Ausbau der technischen und sozialen Infrastruktur, der Wohnfläche etc. begegnet werden.

Nach dieser Einführung in die Struktur Niederösterreichs folgt im restlichen Kapitel eine Vertiefung in die rechtlichen Rahmenbedingungen, die für Städte relevant sind.

7.1 Die niederösterreichische Stadtgemeinde als Körperschaft - Rechte, Pflichten und Aufgaben

Niederösterreichische Städte haben den Status von Gebietskörperschaften mit Recht auf Selbstverwaltung und sind zugleich Verwaltungssprengel und auch selbständiger Wirtschaftskörper (innerhalb der Schranken der Bundes- und Landesgesetzgebung). (vgl. §1 LGBL. 1000-21) „Gemeinden, denen eine überragende Bedeutung zufolge ihrer Bevölkerungszahl sowie ihrer geographischen Lage und ihres baulichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gepräges zukommt, können auf ihren Antrag durch Landesgesetz zur Stadt erhoben werden; sie führen die Bezeichnung „Stadtgemeinde“. (§3 (1) LGBL. 1000-21) Niederösterreich umfasst 76 Stadtgemeinden, darunter vier Städte mit Statut. Statutarstädte unterscheiden sich von Städten ohne Statut insofern, als sie keiner Bezirkshauptmannschaft zugeordnet sind, sondern selbst im Magistrat das gesamte Stadtgebiet verwalten.

Für niederösterreichische Städte mit Statut bildet das Niederösterreichische Stadtrechtsorganisationsgesetz (NÖ STROG) die rechtliche Grundlage. (vgl. §1 (1) LGBL. 1026-9) Eine Stadtgemeinde (ohne Statut) ist, wie jede Gemeinde nach der Niederösterreichischen Gemeindeordnung 1973, für die Behandlung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich zuständig. Dabei handelt es sich vorwiegend um Aufgabenbereiche, die ausschließlich oder überwiegend die Interessen der jeweiligen Gemeinde betreffen. (vgl. §32 LGBL. 1000-21) Außerdem ist sie nach Maßgabe der Bundes- und Landesgesetze im Auftrag des Bundes oder Landes für Angelegenheiten im übertragenen Wirkungsbereich zuständig. (vgl. §39 LGBL. 1000-21)

Die drei Fallbeispiele Hollabrunn, Mistelbach und Neunkirchen werden nach dem Zentralen-Orte-Raumordnungsprogramm des Landes Niederösterreich (vgl. LGBL. 8000/24-1) als Zentrale Orte der Stufe V (von VI, wobei in Niederösterreich nur die Landeshauptstadt Sankt Pölten in die höchste Zentralitätsstufe fällt; vgl. Karte2) eingestuft. Das bedeutet, dass sie als Bezirkshauptorte für ihren Bezirk regionale Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

Das Ziel der Einteilung in Orte unterschiedlicher Zentralitätsstufen im Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm (LGBL. 8000/24-1) dient der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Güter- und Dienstleistungsangeboten sowie Infrastruktur bei möglichst geringer Mehrfachausstattung. „Die Bevölkerung soll die Möglichkeit haben, alle Arten von zentralen Einrichtungen innerhalb zumutbarer Entfernung und mit einem zumutbaren Aufwand an Zeit und Kosten in Anspruch nehmen zu können.“ (§1 LGBL. 8000/24-1)

In §2 NÖ Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm 1973 (LGBL. 8000/24-1) kommt die Relevanz der genauen räumlichen Verortung der Einrichtungen zum Ausdruck. Zentrale Orte sind demnach „das baulich zusammenhängende Siedlungsgebiet, das innerhalb einer Gemeinde die Funktion des Hauptortes erfüllt und im besonderen Maße Standort zentraler Einrichtungen ist, die in der Regel nicht nur die Bevölkerung der eigenen Gemeinde, sondern auch die Bevölkerung der Umlandgemeinden versorgen.“ (§2 LGBL. 8000/24-1) Das spricht klar gegen die Stadtrand-Wanderung tertiärer Einrichtungen (wie Einkaufszentren).

7.2 Rechtliche Grundlagen und Institutionen auf Ebene des Landes Niederösterreich

Die im Folgenden analysierten Beispielstädte, sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen sind in gewisse rechtliche Gegebenheiten, die vor allem vom Land Niederösterreich vorgegeben werden, eingebettet. Hinzu kommen informelle Dokumente und Handlungsgrundsätze, die ebenfalls bedeutsam sind. Dieser Hintergrund ist Inhalt des Kapitels 7.2.

Die Prozesse der Stadtentwicklung und -gestaltung müssen selbstverständlich gewissen Grundregeln genügen, wie sie in Österreich im Bereich der Raumordnung vorderhand durch die Landesraumordnungsgesetze festgelegt sind. Österreich ist ein Staat mit föderalem Aufbau, in dem das Recht auf dem Subsidiaritätsprinzip (Entscheidungen höherer Ebene stehen über Entscheidungen niedrigerer Ebene und Entscheidungen sollen auf der sie betreffenden niedrigst möglichen Ebene getroffen werden) basiert. Aufgrund der Ländervereinbarung zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung (Art. 15a B-VG) obliegt diese den Ländern, so es sich nicht um länderübergreifende Angelegenheiten handelt.

Die beiden auf Ebene des gesamten Bundeslandes Niederösterreich bedeutsamsten Dokumente für die räumliche Entwicklung sind das *Landesraumordnungsgesetz (NÖ ROG 1976, LGBL. 8000-26)*, das die rechtlich verbindliche Grundlage für die Raumordnung darstellt, sowie das *Niederösterreichische Landesentwicklungskonzept (NÖ LEK 2004)*, in dem die strategische Entwicklungsrichtung und die langfristigen Ziele der Landesregierung verankert sind, das jedoch keinen verbindlichen Charakter aufweist. Da es sich um Dokumente auf Landesebene handelt, finden sich in beiden eher spärlich Aussage zur Stadtentwicklung. Es besteht des Weiteren noch eine Verordnung über ein *Regionales Raumordnungsprogramm Wiener Neustadt – Neunkirchen (LGBL. 8000/75)*, welches sich jedoch so spärlich mit der Thematik der Siedlungsentwicklung beschäftigt, dass hier nicht näher darauf eingegangen wird.

Darüber hinaus ist Stadtplanung Thema in weiteren Dokumente formeller und informeller Art. Neben der *Gemeindeordnung (NÖ GO 1973, LGBL. 1000)* und dem *Stadtrechtsorganisationsgesetz (NÖ STROG, LGBL. 1026)* ist das *Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm (LGBL. 8000/24-1)* von bindendem Charakter. Wichtige informelle Strategiepapiere sind das gültige *Landesentwicklungskonzept 2004 (AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2004)* sowie der Leitfaden *Projektmanagement in der Stadtkernbelebung (SCHUBIGER 2006)*.

Die nicht bindenden Dokumente bauen auf den bindenden auf, darum werden weitere nun vorangestellt behandelt. In 7.3 folgen die Erläuterungen zu den Niederösterreichischen Landesaktionen. Dabei wird jeweils vorwiegend auf die für die Themenbereiche Stadtentwicklung und Innenstadtaufwertung relevanten Teile der Dokumente und Programme eingegangen, um eine allgemeine Einbettung zu gewährleisten.

7.2.1 Niederösterreichisches Raumordnungsgesetz (NÖ ROG 1976), LGBL. 8000-26

Im NÖ ROG wird das Thema Stadtentwicklung nur gestreift bzw. im Rahmen anderer Themen implizit angesprochen.

In §1 (1) LGBL. 8000-26 werden Stadt- und Dorferneuerung als „besondere Maßnahmen, die in Abstimmung mit dem örtlichen Raumordnungsprogramm auf die Verbesserung der räumlich-strukturellen Lebensbedingungen im Bereich der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Kultur und der Ökologie in Städten und Dörfern ausgerichtet sind“, (§1 (1) LGBL. 8000-26) beschrieben. In §20a ist überdies festgeschrieben, dass das Land die Gemeinden bei der Durchführung von Dorf- und Stadterneuerungsmaßnahmen, die auf Initiative und unter Beteiligung der Bürger erfolgen, zu unterstützen hat. (vgl. §20a LGBL. 8000-26) Damit sind die gesetzlichen Grundlagen für Stadterneuerung hinreichend gegeben.

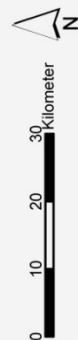
Ebenfalls relevant sind die Regelungen zur Errichtung von Handelseinrichtungen. Bei der Erstellung von Flächenwidmungsplänen ist auf Zentrumszonen Bedacht zu nehmen. Als solche können bestehende oder geplante Ortskerne im Flächenwidmungsplan festgelegt werden, wenn sie folgende Kriterien erfüllen: Für die Ausweisung einer Zentrumszone muss eine zusammenhängende Siedlungseinheit mit mindestens 1800 Einwohnern, bzw. eine Ortschaft oder ein Teil davon mit mindestens 1000 Einwohnern und einem Einzugsbereich von weiteren 800 Einwohnern vorliegen. Außerdem muss eine gute Verkehrsanbindung für den individuellen und/ oder öffentlichen Verkehr vorliegen, welche auch die Ansiedlung von Handelseinrichtungen zulässt. Die Baustruktur muss dichter sein, als im Umgebungsbereich und der Nutzungsmix höher als in Wohngebieten üblich. (vgl. §14 (2) 16. LGBL. 8000-26) Die Widmung „Bauland-Kerngebiet Handelseinrichtung“ innerhalb der Zentrumszone erlaubt den Bau von Handelseinrichtungen ohne Einschränkungen hinsichtlich Verkaufsfläche oder Bruttogeschossfläche. (vgl. §17 (1) LGBL. 8000-26) „Innerhalb des geschlossenen, bebauten Ortsgebietes [...] darf die Bruttogeschossfläche von Handelsbetrieben [ansonsten] nicht mehr als 1.000m² betragen.“ (§17 (2) LGBL. 8000-26)

Die Zentrumszone ist insofern für das Thema florierender Innenstädte von Belang, als es seit der Novellierung des Raumordnungsgesetzes 2005 nur mehr innerhalb ebendieser gestattet ist, Einkaufs- und Fachmarktzentren zu errichten. (vgl. §30 (9) LGBL. 8000-26)

Damit soll dem Wildwuchs an Handelseinrichtungen in preisgünstigeren Bauland-Lagen auf der „grünen Wiese“ Einhalt geboten und so zur Belebung der Innenstädte beigetragen werden.

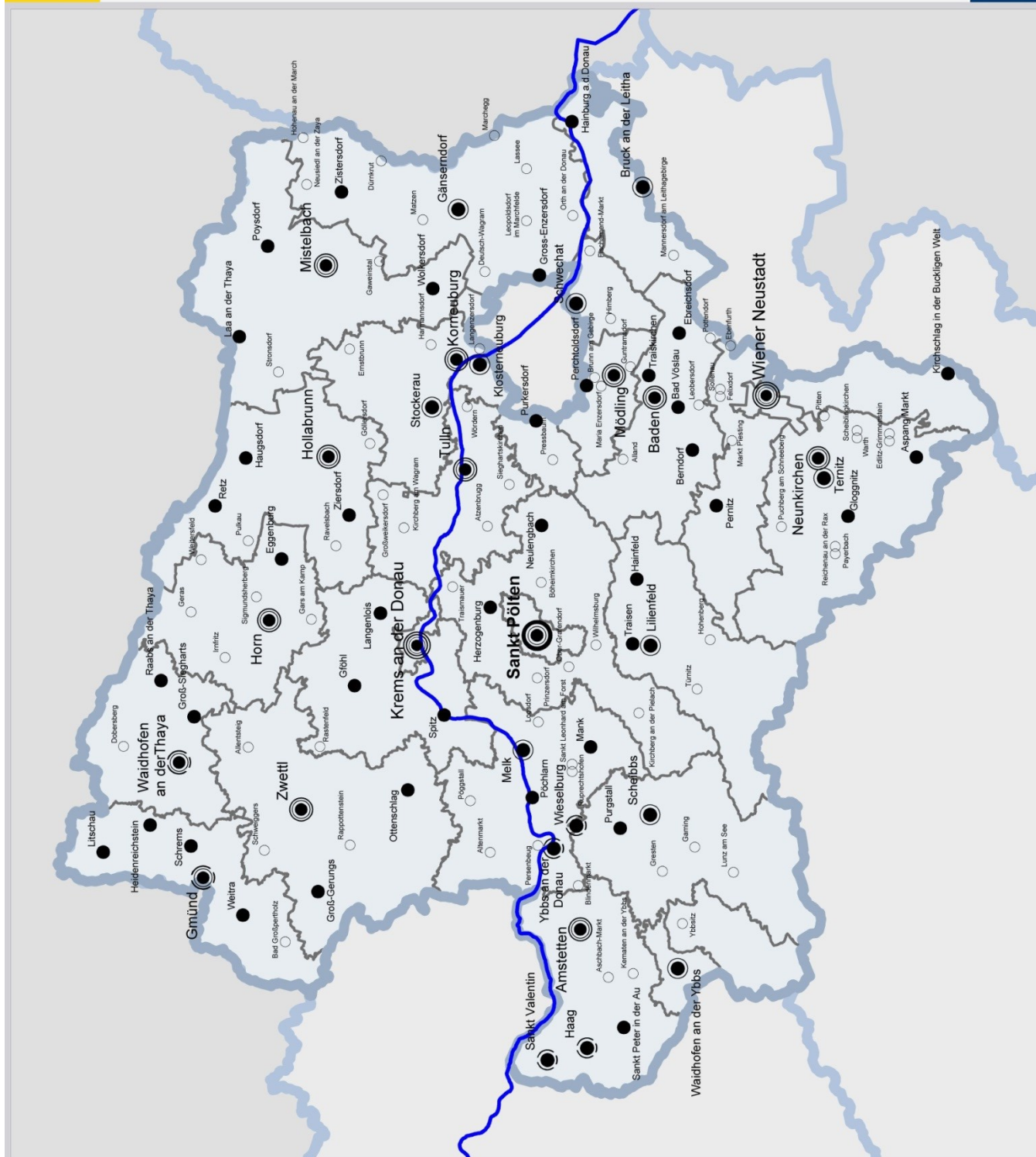
ZENTRALE ORTE IN NIEDERÖSTERREICH

- Zentraler Ort der Stufe VI
- Zentraler Ort der Stufe V
- Zentraler Ort der Stufe IV
- Funktionsteilung auf der Stufe IV
- Zentraler Ort der Stufe III
- Funktionsteilung auf der Stufe III
- Zentraler Ort der Stufe II
- Zentraler Doppelort der Stufe I
- Zentraler Ort der Stufe I



Quelle: Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm,
LGBL 8000/24-1
Verwaltungsgrenzen: BEV, Gr.L., 1080 Wien, NOGIS
Bearbeitung: RUZ, RU-SIS
Datum: 13.07.2004

Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik
<http://www.noee.gv.at>
Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Urhebers



Karte 3 – Zentrale Orte in Niederösterreich (LGBL 8000/24-1)

7.2.1 Das Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm, LGBL. 8000/24-1

Das Hauptanliegen des Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramms ist eine hierarchische Gliederung des Landesgebietes nach Funktionen. (vgl. Anhang 1) Es legt fest, dass „[d]ie Bevölkerung Niederösterreichs [...] die Möglichkeit haben [soll], alle Arten von zentralen Einrichtungen innerhalb zumutbarer Entfernung und mit einem zumutbaren Aufwand von Zeit und Kosten in Anspruch nehmen zu können.“ (§1 (1) LGBL. 8000/24-1) So sollen höherrangige Dienstleistungen und Güter in größeren Städten gebündelt und das Verkehrssystem darauf abgestimmt werden, sodass der Fokus auf der Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes höherer Ebene liegt und dabei die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln forciert wird. (vgl. §1 LGBL. 8000/24-1)

Als Zentraler Ort definiert ist ein „baulich zusammenhängendes Siedlungsgebiet, das innerhalb einer Gemeinde die Funktion des Hauptortes erfüllt und im besonderen Maße Standort zentraler Einrichtungen ist, die in der Regel nicht nur die Bevölkerung der eigenen Gemeinde, sondern auch die Bevölkerung der Umlandgemeinden versorgen.“ (§2 (1) LGBL. 8000/24-1) Im Falle benachbarter Hauptorte unterschiedlicher Gemeinden, die sich wichtige Funktionen aufteilen, können diese auch gemeinsam einen Zentralen Ort darstellen. (vgl. §2 (2) LGBL. 8000/24-1)

„Zentrale Einrichtungen sind öffentliche und private Einrichtungen, die der Bevölkerung Güter und Dienstleistungen bereitstellen.“ (§3 LGBL. 8000/24-1) Einrichtungen vor allem der öffentlichen Hand sollen in Zentrale Orte dezentralisiert, sprich dezentral konzentriert werden. (vgl. § 13b LGBL. 8000/24-1) Auch das Landesentwicklungskonzept äußert sich zum Thema Zentrale Orte (vgl. 7.2.3).

7.2.2 Niederösterreichisches Landesentwicklungskonzept 2004 (NÖ LEK)

Das NÖ LEK ist als strategisches Steuerungselement rechtlich nicht bindend. Es gibt lediglich die Grundzüge der räumlichen Ordnung und die Prinzipien der Landesentwicklung vor. Daher ist der Konkretisierungsgrad, wie im Folgenden deutlich wird, eher gering.

Das NÖ LEK befasst sich mit Städten von einer höheren Maßstabsebene aus und fasst sie als Ganzes und ihrer räumlichen Allokation. Niederösterreich verfolgt die derzeit allgemein gültigen räumlichen Entwicklungsziele: Stärken stärken, endogene Potentiale nutzen, dezentrale Konzentration fördern und strukturschwache Regionen fördern.

Dabei zielt es darauf, Zersiedelung zu verhindern, bauliche Strukturen zu bündeln und eine funktionsfähige Zentrenstruktur gemäß dem Konzept der Zentralen Orte zu schaffen. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2004: 34ff) „Dieses Netz von Städten (Zentralen Orten) soll in seiner Dichte und Verteilung der „Knoten“ jedenfalls so gestaltet sein, dass der räumliche Aspekt der gleichwertigen Lebensbedingungen und die Erreichbarkeit höherrangiger öffentlicher Einrichtungen gewahrt wird.“ (EBDA.: 36f) Die Ziele sind dem Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm entnommen (vgl. 7.2.2).

„Zentren sollen in der Region die Funktion von Arbeitsplatzschwerpunkten haben.“ (EBDA.: 36) „Zentren mit regionaler Bedeutung sollen die Aufgabe eines wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Mittelpunkts einer Region – in der Regel der Verwaltungsbezirke – wahrnehmen.“ (EBDA.: 37) Monofunktionelle Standorte wie Wirtschaftsparks sind tunlichst zu vermeiden. (vgl. EBDA.: 38)

Daraus geht zwar das generelle Anliegen des Landes hervor, die Umsetzung ist jedoch in keiner Weise anhand von Maßnahmen konkretisiert, denn „zumutbare Entfernungen“ und „vertretbarer Aufwand“ haben allemal einen erheblichen Auslegungsspielraum. In dieser Form sind variable Umsetzungen für die einzelnen Städte möglich.

Im Rahmen der „Siedlungsentwicklung“ wird das NÖ LEK konkreter und spricht gezielt die Orts- und Stadtkernentwicklung an. Zentral seien deren Multifunktionalität und eine ausgewogene Mischung aus Wohnungen, öffentlichen Einrichtungen und Handels- und Dienstleistungsbetrieben in den Zentren, (vgl. EBDA.: 67) was im Wesentlichen dem heute in der mitteleuropäischen Stadtplanung vertretenen Modell der europäischen Stadt, wie in Kapitel 3.1 und 6.1 erläutert, entspricht. Die als Kriterium dafür angesprochenen „funktionstüchtigen Verkehrslösungen“ und das „ausreichende[...] Stellplatzangebot[...] an geeigneten Punkten“ (EBDA.: 67) zeigen dabei die stete Wichtigkeit des motorisierten Individualverkehrs in kleinen Städten. „Die Ansiedlung konkurrenzierender Einrichtungen an den Ortsrändern (insbes. Einkaufszentren) sowie öffentlicher Einrichtungen sind zu vermeiden. Vielmehr gilt es, „Frequenzbringer“ gezielt anzuwerben und in den Stadtkernen zu verankern.“ (EBDA.)

Dies kann als klares Statement für die Belebung der Innenstädte gewertet werden, deren Gelingen nur durch den gekoppelten und gemeinsamen Einsatz der relevanten Instrumente Flächenwidmungsplan, örtliches Entwicklungskonzept (das von jeder Gemeinde verpflichtend zu erstellen ist (vgl. §13 (2) LGBL. 8000-26), Verkehrskonzept, Bebauungsplan, NAFES, Stadt- und Dorferneuerung, Innenstadtmanagement und Denkmalschutz erreicht werden. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2004: 67)

Im Bereich der Dorf- und Stadterneuerung wird das LEK noch ein Stück konkreter. Diese soll permanent und systematisch in die Siedlungsentwicklung einfließen, mit dem Ziel, die Identität zu stärken, brachliegende Substanzen zu revitalisieren und für die Entwicklung notwendige Flächen verfügbar zu machen. Neben den traditionellen Instrumenten der örtlichen Raumordnung werden dafür Ideenwettbewerbe und kommunale Bodenmobilisierungsmaßnahmen angeregt, wobei in der Erneuerung und der neuen Bebauung die Prinzipien des ökologischen Bauens berücksichtigt werden sollen. In den örtlichen Entwicklungskonzepten sind die kommunalen Siedlungsleitbilder festzulegen und die Ziele schrittweise mittels des Flächenwidmungsplanes umzusetzen. (vgl. EBDA.: 68)

7.2.3 Schutzzonenkonzept

Die Möglichkeit der Festlegung von „Schutzzonen für einen baukünstlerisch oder historisch erhaltenswürdigen Baubestand“ im Bebauungsplan einer Stadt ist nach der Niederösterreichischen Bauordnung 1996 § 69 (2) gegeben. (vgl. LGBL. 8200-15) Die diesbezüglichen Ausführungen sind wenig spezifisch, wodurch differenzierte Schutzerfordernisse bei gleichzeitiger Flexibilität für die Schaffung zeitgemäßer Wohn- und Arbeitsstandards schwierig umzusetzen waren. Daher hat die Stadt Baden 2008 eine Änderung ihres Bebauungsplanes aus dem Jahr 1986 verordnet, die mit 2.1.2009 in Kraft trat und die erlaubten und erwünschten Maßnahmen in Schutzzonen genauer und differenzierter festlegt. (vgl. STADTGEMEINDE BADEN BEI WIEN 2008) Zeitgleich bzw. davon inspiriert haben fünf weitere niederösterreichische Städte – darunter auch Neunkirchen (vgl. Kapitel 8.3) – in Form von Pilotaktivitäten ihre Bauordnungen hinsichtlich des Denkmalschutzes in Schutzzonen und

der Erhaltung des charakteristischen Ortsbildes überarbeitet. Durch eine Eingliederung der „Schutzzonen“-Projekte in die STERN konnte zusätzlich die Bürgerbeteiligung und somit die Akzeptanz für die Projekte erhöht werden. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2013a: 5)

Die Ausgangssituation für die Einführung der Schutzzonen ergibt sich vor allem aufgrund des Siedlungs- und Wohnraumdrucks. Fehlender zeitgemäßer Wohnstandard und langfristiger Leerstand sind vielfach Probleme historischer Gebäude. Ziel der Schutzzonen ist, „die **Erhaltung der bauhistorisch schützenswerten Bausubstanz** und des charakteristischen Ortsbildes sowie seine **strukturverträgliche Weiterentwicklung**“ und die Anpassung an zeitgemäße Wohn- und Arbeitsstandards. Dies war durch die rechtskräftigen Planungen des Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes zuvor nicht in ausreichender Form möglich. (EBDA.: 6ff; Hervorhebungen im Original)

Schützenswert ist die Schutzzone in allen sechs Städten aufgrund ihres Alters und der historisch charakteristischen Bauweise. Die Gründe für die Einführung des „Neuen Schutzzonenmodells“, wie es in Abgrenzung zur eher schwammig formulierten Schutzzonen-Bestimmung in der NÖ Bauordnung formuliert wird, waren meist der drohende Verlust nicht denkmalgeschützter, jedoch bauhistorisch wertvoller Bausubstanz, die Gesamtüberarbeitung des Örtlichen Raumordnungskonzeptes oder die Teilnahme an der NÖ Dorf- und Stadterneuerung (vgl. EBDA.: 12f), was rückblickend auch als empfehlenswert eingestuft wurde. (vgl. EBDA.: 30)

Die Umsetzungsphase (Ablauf vgl. Abb. 10) umfasste nach der Abgrenzung des Untersuchungsrahmens eine Begehung vor Ort inklusive einer Fotodokumentation der Gebäude, darauf aufbauend eine Kategorisierung und Typisierung selbiger, um schließlich zu einem Entwurf zu kommen, der jedenfalls Politik und Verwaltung, in den Städten mit Bürgerbeteiligung auch der Öffentlichkeit, zur Diskussion vorgelegt wurde. Der daraufhin überarbeitete Entwurf zur Abänderung des Bebauungsplans wurde in Folge nach §72 der NÖ Bauordnung (LGBL. 8200-15) sechs Wochen zur Einsicht, mit der Möglichkeit einer Stellungnahme, aufgelegt, bevor er vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Die verordneten Schutzzonen wurden zwar nach den gleichen Prinzipien, jedoch stadtspezifisch sehr unterschiedlich, erstellt. (EBDA.: 22)

In einer ersten Abfrage nach den Ergebnissen der Neuen Schutzzonenmodelle kam heraus, dass die Auswirkungen im Orts- und Stadtbild vorwiegend positiv waren, was mit der Vermeidung negativer Entwicklungen aufgrund des Modells zusammenhängt. Es wird somit seitens der Verantwortlichen ein Schritt in die richtige Richtung gesehen. Die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung ist hingegen noch ausbaufähig, was sich durch vermehrte Bürgerbeteiligung verwirklichen ließe. (vgl. EBDA.: 30f)

Die Kommunikation zu den Bürgern, wie auch zwischen den Gemeinden, sollte, eventuell unter Begleitung der STERN, verbessert werden. Als weitere Verbesserungen werden stadunabhängig einheitliche Schutzkategorien sowie eine konkrete Beachtung im Baurecht vorgeschlagen. (vgl. EBDA.: 32)

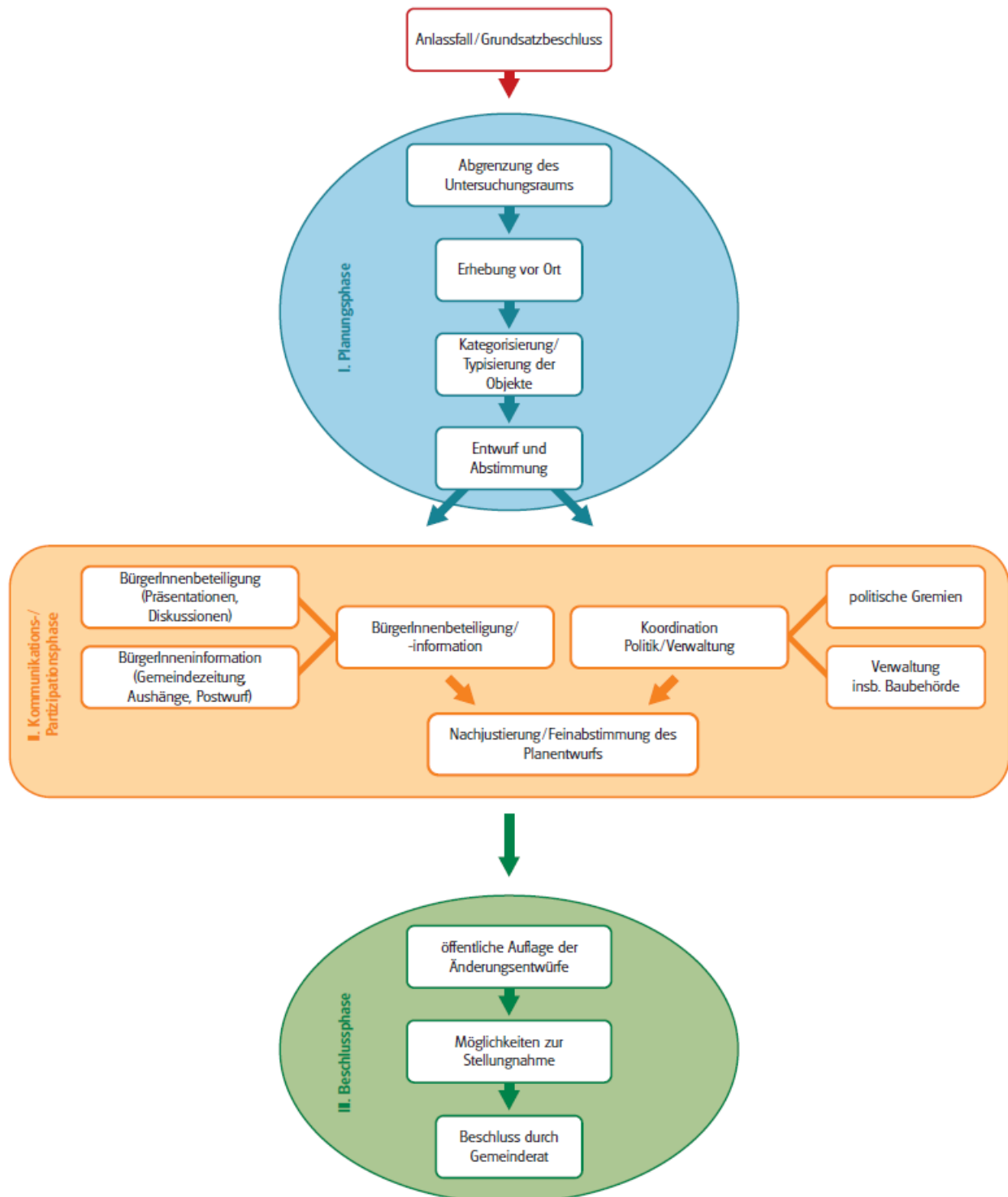


Abbildung 10 – Leitfaden zur Implementierung neuer „Schutzzonenmodelle“
(Darstellung: ZT-Büro DI Liske 2012; Quelle: Amt der NÖ Landesregierung 2013a: 35)

7.3 Landesaktionen

Vor dem Hintergedanken „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat das Land Niederösterreich Landesaktionen begründet, zu welchen die Gemeinden über die Raumordnungsabteilung des Landes Zugriff haben. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2014a) Im Folgenden wird auf selbige näher eingegangen, soweit sie für das Thema dieser Arbeit relevant sind: Stadterneuerung (STERN), Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadt- und Ortszentren (NAFES) und Stadt- und Ortskernbelebung.

7.3.1 Stadterneuerung Niederösterreich (STERN)

Im Bereich der niederösterreichischen Stadtentwicklungspolitik entwickelte sich Ende 1992 die Stadterneuerung (STERN) im Rahmen der Niederösterreichischen Dorf- und Stadterneuerung, dem Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung, sozusagen aus der schon seit 1984 bestehenden Dorferneuerung. Der Grund dafür, dass die Stadterneuerung erst später eingeführt wurde, könnte daran liegen, dass die niederösterreichischen Städte im internationalen Vergleich als Mittel-, Klein- und Kleinststädte zu bezeichnen sind. Möglicherweise war es auch der Glaube, Städte hätten ein größeres Entwicklungspotential als Dörfer, der zu dieser Entscheidung führte. (vgl. TRAUNER 1996: 14) Die Stadterneuerung fokussiert auf die Kernstädte (inkl. Stadtteile). In Städten, die aus einem abgegrenzten Stadtkern und einzelnen, nicht im direkten Siedlungsverbund angrenzenden Katastralgemeinden bestehen, kann innerhalb eines Stadtgebietes sowohl Stadterneuerung, als auch Dorferneuerung in den Katastralgemeinden stattfinden.

Beim Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung handelt es sich um einen gemeinnützigen, dezentral organisierten Verein, der sich für die Interessen seiner Mitglieder – niederösterreichische Städte und Gemeinden – einsetzt und diese unterstützt. (vgl. NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013a; 2013b) Dazu ist er in vier Regionalbüros (eines je Viertel) mit zugeordneten Betreuern organisiert, (vgl. Abb. 11) die sich vorwiegend um den Anstoß von Prozessen der Dorf-bzw. Stadtgestaltung und deren Begleitung kümmern. (vgl. EBDA.)

Auch vor der Einführung des Programmes STERN gab es schon diesbezügliche Initiativen einzelner Städte, die durch diesen institutionellen Rahmen forciert und unterstützt wurden.

Zusätzlich betreut der Verband auch die Initiative Gemeinde 21 (G21) des Landes Niederösterreich. (vgl. NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013a) Deren Ziel ist die Umsetzung der Lokalen Agenda 21, die seit 2004 besteht, auf Ebene der Gemeinde. Nachhaltigkeit, Partizipation und Chancengleichheit sollen auf lokaler und regionaler Ebene mittels Aktivitäten der gesamten (Stadt-)Gemeinde (im Gegensatz zur Dorf- und Stadterneuerung, die jeweils nur auf einen Teil der Gemeinde fokussieren) umgesetzt werden. (AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2005: 6ff) Auf G21 wird in dieser Arbeit nicht näher eingegangen.

Die Aktion STERN wurde zwischen 1997 und 2014 von der EU mit ca. 10 Mio. € kofinanziert. 2007 wurde das Programm bei den Open Days der Europäischen Kommission als Good Practice vorgestellt. Seither wurden etwa 250 Projekte mit EU-Mitteln umgesetzt. (vgl. TRAUNER - persönliche Kommunikation via e-mail am 16.6.2014)

NÖ Landesgeschäftsstelle Dorferneuerung

NÖ Landeskoordinierungsstelle Stadterneuerung

Sonstige AuftraggeberInnen

Gemeinden, Regionen, Land NÖ



Abbildung 11 – Organigramm der Dorf- und Stadterneuerung Niederösterreich
(NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013c)

Leitbild, Ziele und Themen der STERN

Das Leitbild der niederösterreichischen Stadterneuerung ist die „menschenfreundliche Stadt“. In diesem Sinn wurden die folgenden vier Leitziele formuliert:

- Demokratisierung und Interessenausgleich: Informationen, Strukturen und Einrichtungen fördern die Beteiligung der Bevölkerung. Dabei werden sozial Schwache und Benachteiligte besonders berücksichtigt.
- Ökologie: Allen Entscheidungen liegen ökologische Kriterien zugrunde. Es wird auf das langfristige Zusammenspiel aus Mensch und Natur geachtet und im Umgang mit Boden, Luft, Wasser, Infrastruktur und Mobilität sind die Grundsätze der Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.
- Regionale Verantwortung: Die Probleme der Stadt werden nicht isoliert vom Umland sondern in einem größeren regionalen Kontext gesehen und so wird gemeinsam an Lösungen gearbeitet.
- Verwaltung als Dienstleistung: Die Stadtverwaltung sieht sich als Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für alle.

(vgl. ROSSKOPF und TRAUNER 1999: 2)

Die Idee der STERN

Generell soll die Stadterneuerung den Anstoß für das selbständige Handeln der Akteure in den Städten sein. ZITA formulierte dies 1995 in einem Beitrag folgendermaßen: „Der Planer ist wie eine Krücke, die als Gehilfe notwendig ist. Je früher ich diese Hilfe beiseite stellen kann, desto rascher ist der Erfolg im fachlichen Bereich gegeben. Der Verein ist ein methodisches Instrument zur Demokratisierung in unseren Orten. Je selbstverständlicher die Bürgerbeteiligung, die Mitverantwortung des Einzelnen wächst, desto früher hat er sein Ziel erreicht, wenngleich sich auch seine Notwendigkeit erübrigen sollte.“ (EBDA.: 21) Er beschreibt die Rolle des Planers im Prozess als Moderator, der sich zwar fachlich einbringen, jedoch die Impulse der Bevölkerung aufnehmen soll und gegebenenfalls auch warten können muss, bis sich die ansässigen Einwohner in ihre Rolle als Ideengeber eingefunden haben. So werden unter Umständen aus fachlicher Sicht nicht alle Ressourcen maximal verwertet und es bleibt hier und da noch Optimierungsmöglichkeit, jedoch steht für die Verantwortlichen der STERN der gesellschaftliche Prozess im Mittelpunkt. Wichtig ist, was zwischen und mit den Akteuren passiert. Nach den 1960er- und 1970er-Jahren mit ihren allumfassenden Raumordnungsplänen und Konzepten war die Bevölkerung nicht daran gewöhnt, Projekte präsentiert zu bekommen, die noch nicht in Stein gemeißelt waren und zur Mitsprache aufgerufen zu werden. (EBDA.: 20f) Andererseits mussten Politik und Verwaltung erst lernen, die Bevölkerung aktiv nach ihrer Meinung zu fragen, wofür zu Beginn der STERN Überzeugungsbedarf nötig war. (vgl. TRAUNER 2014¹⁴) „Mit der Erstellung des Stadterneuerungskonzeptes in den Städten ist es auch durchwegs gelungen, daß die Menschen erkennen, daß sie selbst die Aufgabe der Stadterneuerung in die Hand nehmen müssen und nicht warten, daß der Stadterneuerungsberater die Aktion für sie durchführt. Denn dann ist diese Aktion in der Stadt von vornherein zum Scheitern verurteilt.“ (TRAUNER 1996: 18)

Das Ziel ist, den niederösterreichischen Städten Entwicklungsimpulse zu geben und die Bevölkerung aktiv in die Gestaltung einzubinden. Dabei umfasst die Initiative soziale, kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Ziele, die mittels einiger Maßnahmen erreicht werden sollen. Dazu gehört die Bildung von Netzwerken und Kooperationen, um durch lokale, regionale und internationale Zusammenarbeit Synergien zu nutzen. Entwicklungen sind stets individuell auf die lokale/ regionale Situation anzupassen und die spezifische Identität ist zu betonen. Alle Maßnahmen sollen unter Beteiligung der Bevölkerung erfolgen und mittels Öffentlichkeitsarbeit gilt es die Initiativen, die Prozesse und deren Ergebnisse zu kommunizieren. (vgl. NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013d) Dabei ist in jedem Stadterneuerungsprozess der ganzheitliche Aspekt zu wahren. Dennoch sind die fünf Leitthemen Innenstadt, Jugend, Social Media, Kunst und Kultur sowie Netzwerke und Kooperation hervorzuheben. (vgl. EBDA.) Die konkreten Projekte werden im Rahmen der Beteiligungsprozesse von den teilnehmenden Bürgern selbst erarbeitet und sind stadtspezifisch unterschiedlich. Es lassen sich allerdings gewisse zeitliche Trends ausmachen, die wahrscheinlich aus den aktuell in der Presse diskutierten Themen oder durch das Wahrnehmen, was in anderen Städten passiert, entstehen. Das Koordinationsbüro der Stadterneuerung versucht, den Städten gewisse Themen vorzuschlagen. Ob diese von den Städten aufgenommen werden, ist jedoch deren Entscheidung. Umgekehrt werden aber auch viele Themen aus den Städten in die Verwaltung kommuniziert. (vgl. TRAUNER 2014)

¹⁴ Experteninterview

Die Themen sind mitunter im Zeichen der Zeit zu sehen. Ende der 1980er-, Anfang der 1990er-Jahre hatten Städte mit den Planungen der 1970er-Jahre zu „kämpfen“, in denen die Entmischung der Lebensbereiche und die Funktionentrennung forciert wurden und Städte autogerecht (um-)gestaltet wurden. Dabei wurde die ästhetische Komponente von Plätzen außer Acht gelassen. Sie wurden kurzerhand zu Parkplätzen umfunktioniert – später im Typ der Kurzparkzone, was dem innerstädtischen Handel zusätzlich schadete, da man am Parkplatz von Einkaufszentren gratis parken kann – ohne darauf zu achten, dass damit Aufenthaltsqualität verloren geht. Damit einher geht auch die Abkehr vom nicht-motorisierten Individualverkehr. Später wurden zusätzlich Einkaufszentren in Stadtrandlage, ebenfalls mit dem Argument der besseren, autogerechteren Erreichbarkeit, modern. (vgl. Kapitel 3)

Die Organe der STERN

Die **Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung** ist in der Abteilung für Raumordnung und Regionalpolitik (R2) des Landes Niederösterreich eingerichtet und für die Festlegung der Rahmenbedingungen der STERN, die Koordinierung von PROSTERN (vgl. im Folgenden), die finanziellen Aspekte des Programmes und die Kontrolle der rechtskonformen und widmungsgetreuen Umsetzung zuständig.

Die **Prozessbegleitung für Stadterneuerung (PROSTERN)** setzt sich aus Vertretern des Bundesdenkmalamtes-Landeskonservatorats für Niederösterreich und Vertretern von acht potentiell durch die Maßnahmen betroffenen Abteilungen des Amtes der Landesregierung zusammen. Zusätzlich können bei Bedarf Stadterneuerungsberater der jeweiligen Stadt und Landes- oder Bundesdienststellen zur fachlichen Beratung teilnehmen. Die Aufgaben der PROSTERN umfassen unter anderem die Auswahl der Städte, die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und die Kooperation mit Interessensvertretungen unter Einhaltung und Interpretation der Vorgaben der Landeskoordinierungsstelle.

In den beteiligten Städten ist ein **Stadterneuerungsbeirat** einzurichten, der sich aus Vertretern der Verwaltung, der Gemeindepolitik und der Bürgerschaft zusammensetzt. Dessen Aufgaben sind die Erarbeitung von Zielen und Maßnahmen, die Information der Bürger, die Prozessbegleitung, die Abgabe von Empfehlungen sowie die Abstimmung der Ziele der Arbeitskreise bzw. der Gemeinde.

Gegebenenfalls sind auch Arbeitskreise zu einzelnen Themen in den Städten einzurichten, die den Beirat unterstützen. Sie bearbeiten eine Fragestellung detailliert und erstatten dem Beirat Bericht. (vgl. ROSSKOPF und TRAUNER 1999: 5ff)



Abbildung 12 – Zusammensetzung des Stadterneuerungsbeirats
(NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013e)

Der Ablauf eines STERN-Prozesses

Welche Städte in den Stadterneuerungsprozess aufgenommen werden, ist von deren Engagement abhängig.

Die Weichen für einen STERN-Prozess müssen schon lange vor der ersten konkreten Idee gestellt werden. Dazu informieren die Regionalbüros die Städte über die Initiative, worauf diese sich um die Aufnahme in die Aktion NÖ Stadterneuerung bewerben können. Dafür genügt ein formloses Ansuchen der Stadtgemeinde bei der Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung um Aufnahme in STERN. Diesem sind eine Situationsbeschreibung, geplante und durchgeführte Maßnahmen, Kurzbeschreibungen der mittels STERN umsetzbaren Ideen und der Bürgerbeteiligungssituation, Pläne sowie die Nennung von Ansprechpersonen beizulegen.

Die Landeskoordinierungsstelle stützt die Auswahl der Städte auf die eingereichten Dokumente, die Verteilung auf die Verwaltungsbezirke, die Berücksichtigung strukturschwacher Gebiete und schon geleisteter Vorarbeiten, vor allem seitens der Bürger sowie auf das Vorhandensein ausreichender Landesmittel zur Unterstützung der geplanten Projekte. Es besteht jedoch kein Rechtsanspruch seitens der Städte, in das Programm aufgenommen zu werden.

Wurde eine Stadt aufgenommen, wird ein Arbeitsübereinkommen zwischen Stadt und Landesverband geschlossen und die Stadt tritt dem Verband bei. Erst dann kann ein STERN-Prozess unter diesem Namen zu laufen beginnen, wozu ein Stadterneuerungsberater für die Koordination vor Ort nominiert und ein Stadterneuerungsbeirat (vgl. Abb. 12) eingerichtet wird. (vgl. NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013f) Die Betreuungsleistung wird von der Stadt an das Land Niederösterreich bezahlt, variiert jedoch je nach Stadt etwas.

Die Aufgabe des Stadterneuerungsbetreuers beginnt mit der Kommunikation mit den Vertretern aus Politik und Verwaltung, um generelle Rahmenbedingungen abzustecken sowie die Erstellung eines Stadterneuerungskonzeptes unter Einbezug der Bevölkerung. Dazu werden Vorstellungen, Ideen, Anliegen etc. der Bevölkerung gesammelt und in Arbeitskreisen der partizipierenden Bürger in Projekte gefasst. Dieses Stadterneuerungskonzept ist ein Entwicklungskonzept, das von den Leitzielen der Stadterneuerung ausgeht und den Soll-Zustand der Stadt sowie ihre Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen soll. In der Umsetzung der Projekte tritt der Stadterneuerungsbetreuer vielfach vordergründig als Moderator auf und stellt im Hintergrund die Rahmenbedingungen zur Verfügung. Die vorgegebenen Schwerpunkte, die jedenfalls enthalten sein müssen, sind: eine Strukturanalyse (Stärken-Schwächen, Chancen-Risiken), das Leitbild, die Leitziele (Umwelt & Ökologie, Funktion für das Umland, Wohnen & Bevölkerung, Arbeiten & Wirtschaft, Soziales & Gesundheit, Grünraum & Erholung, Verkehr & technische Infrastruktur, Kultur & Bildung, Tourismus & Landwirtschaft) sowie Maßnahmen und konkrete Projekte der Umsetzung für die vierjährige Programmperiode. Dieses Konzept wird anschließend dem Gemeinderat vorgelegt und wenn es dort beschlossen wird, zur Anerkennung durch die Landeskoordinierungsstelle für Stadterneuerung weitergeleitet. (vgl. ROSSKOPF und TRAUNER 1999: 3ff)

Wenn alle Formalitäten abgeschlossen sind, beginnt die projektbezogene Umsetzung. Die Planungs- und Maßnahmenförderung läuft über einen Zeitraum von vier Jahren und wird danach eingestellt:

Das 1. Jahr wird der STERN-Konzept-Erstellung mit Bürgern, Verwaltung und Politik gewidmet. Darin werden die Projekte für die vier STERN-Jahre entwickelt. Im 2. Jahr werden die Maßnahmen konkretisiert und weiter entwickelt sowie nach Prioritäten sortiert. Es wird ein Zeit- und finanzieller Rahmen aufgestellt und mit der Umsetzung begonnen, die im 3. und 4. Jahr weitergeführt wird. Das

letzte Jahr ist der Fertigstellung der Projekte gewidmet und schließlich dem Abschluss der STERN-Periode. (vgl. BRANDSTETTER 2014; vgl. TRAUNER 2014¹⁵)

Nach Ablauf der STERN-Periode werden die Prozesse und Umsetzungen evaluiert. (vgl. NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2013f) Es besteht die Möglichkeit, dass die Städte nach vier Jahren um Verlängerung der STERN-Förderung bzw. um Wiederaufnahme ansuchen. Falls innerhalb dieser Zeitspanne für länger als zwei Jahre keine nennenswerten Aktivitäten verwirklicht werden, endet der STERN-Prozess schon früher. (vgl. ROSSKOPF und TRAUNER 1999: 8ff) Einen Prozess mit freiwilliger Partizipation langfristig anzulegen ist insofern nicht zielführend, als man die Beteiligten nicht so lange binden kann. Darum eignen sich Pakete von einem bis zwei Jahren, um aktive Teilnahme zu gewährleisten. (vgl. TRAUNER 2014)

Finanzierung und Förderung

Die Finanzierung der STERN-Projekte erfolgt über die Städte und gegebenenfalls über Förderungen seitens des Landes Niederösterreich (Co-Finanzierung). „Förderungswürdig im Rahmen der Stadterneuerung sind solche Projekte, die impulsgebend für die weitere Entwicklung der Stadt und die Umsetzung weiterer Maßnahmen sind.“ (ROSSKOPF und TRAUNER 1999: 10) Dies ist im Zeitraum einer Umsetzungsperiode von vier Jahren vorgesehen. Förderungen können nur für einzelne Projekte beantragt werden, die vom Gemeinderat beschlossen wurden. Voraussetzung dafür ist die Einhaltung der Vorgaben, die Erstellung eines Finanzierungs- und eines Terminplanes, die widmungsgemäße Verwendung der Fördermittel sowie die Abrechnung im Nachhinein. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Finanzkraft der Gemeinde und der Möglichkeit zur teilweisen Eigenfinanzierung, den Budgetmitteln des Landes und der Bedeutung der Vorhaben. Die Stadt kann um finanzielle Unterstützung für folgende Teilaspekte der Stadterneuerung ansuchen (vgl. EBDA.: 10f):

Tabelle 2 – Finanzierungsmodell der STERN (vgl. EBDA.: 11f; eigene Darstellung)

Tätigkeit	Finanzierungsrahmen
Erstellung des STERN-Konzeptes	bis zu zwei Drittel der Gesamtkosten
Verwirklichung der STERN-Projekte	bis zur Hälfte der Gesamtkosten
Verwirklichung beispielgebender Einzelmaßnahmen und Projekte	bis zu einem Drittel der Gesamtkosten
Vorhaben im Sinne der STERN, für die auch Mittel des Bundes/ der EU beansprucht werden können	bis zur Höhe der Bundes-/ EU-Fördermittel
Beratungstätigkeit	bis zu 50% der Personalkosten

¹⁵ Experteninterviews

7.3.2 NAFES (Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadt- und Ortszentren)

Im Bereich Handel gibt es seit 1998 die *Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren (NAFES)*. Sie macht ihren Namen zum Programm und unterstützt neben bestehenden Handelsstrukturen in Innenstädten und Neuansiedelungen mit Schwerpunkt auf Nahversorgung auch die dazu nötigen Infrastrukturausbauten.

Ausgangspunkt dafür war der Wettbewerb „Ortskern kreativ“ im Jahr 1997, in dem als Reaktion auf die Ende 20. Jahrhunderts vermehrt „auf der grünen Wiese“ errichteten Einkaufs- und Fachmarktzentren. Um die Orts- und Stadtkerne zu beleben, sollten Ideen seitens der Gemeinden und der ansässigen Wirtschaftstreibenden eingebracht werden. Dabei werden jedoch nicht nur „alte“ Strukturen revitalisiert, sondern beispielsweise auch Fachmarktzentren errichtet. Darüber hinaus werden auch Marketingmaßnahmen zur nachhaltigen Aufwertung der Stadtzentren gesetzt. Der große Erfolg dieses Wettbewerbs führte im folgenden Jahr zur Gründung der NAFES, für welche von Experten Förderschwerpunkte und Förderrichtlinien ausgearbeitet wurden. In einem Kooperationsvertrag des Landes Niederösterreich mit der Wirtschaftskammer Sparte Handel wurden 60 Mio. Schilling¹⁶ Fördervolumen sowie zusätzliche Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE; da Niederösterreich im Ziel-2-Gebiet der EU-Regionalförderung lag) für eine fünfjährige Programmdauer zur Verfügung gestellt. (vgl. NAFES 2008: 7) Aufgrund der seitens des Landes und der Wirtschaftskammer als lohnenswert eingestuften Ergebnisse wurde die Initiative NAFES stets um weitere fünf Jahre verlängert – zuletzt 2013 bis 2017.

Der Fokus hat sich im Laufe der Zeit leicht geändert und liegt nun neben den schon bestehenden Punkten „Infrastrukturelle Maßnahmen“, „Erhaltung der Nahversorgung“, „Marketingmaßnahmen“ und „innerstädtische Pilotprojekte“ zusätzlich auf der „Professionalisierung der Werbegemeinschaften“, „altersgerechten innerörtlichen Gestaltungsmaßnahmen“, „Bürgerinnenbeteiligungsmodellen zur Erhaltung der Nahversorgung“, „Mobilität und Infrastruktur für RadfahrerInnen und FußgängerInnen“ und „Public-Private-Partnerschaftsmodellen“. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2013b: 3)

7.3.3 Stadt- und Ortskernbelebung in Niederösterreich

Eine weitere Initiative ist das Modulprojekt *Stärkung des Handels in Stadt- und Ortskernen*, bei der elf Pilotgemeinden über zwei Jahre Möglichkeiten der Belebung des Handels in ihren Zentren erarbeitet und umgesetzt haben. Daraus ging der Leitfaden *Projektmanagement in der Stadtkernbelebung* hervor, der all diese Initiativen, Ziele, Fördermöglichkeiten, Praxisbeispiele und Umsetzungsstrategien behandelt.

Die Aktion Stadt- und Ortskernbelebung in Niederösterreich wurde 2005 zur Bündelung schon bestehender Initiativen ins Leben gerufen. Als Innovation dieser Initiative kann gewertet werden, dass dabei verschiedene Organisationen und Förderinstrumente des Landes (in alphabetischer Reihenfolge: ecoplus¹⁷ GmbH, NAFES, „NÖ gestalten“¹⁸, NÖ Stadterneuerung (vgl. Kapitel 7.3.1) und

¹⁶ Die Geldangabe bezieht sich auf den damaligen Schilling-Wert und schwer auf den heutigen Euro-Wert umzurechnen.

¹⁷ Bei „ecoplus“ handelt es sich um die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich.

Wohnbauförderung NÖ (vgl. im Folgenden) zusammenarbeiten. (vgl. ZODL 2008: 14) Das Ziel der Aktion ist vor allem die Stärkung des Handels in Stadt- und Ortskernen sowie die gezielte zur Wohnbauförderung zur Stadt- und Ortskernbelebung (vgl. im Folgenden).

Aus der Erfahrung eines zweijährigen Pilotprojekts zur Stadtkernbelebung 2005-2006, an dem elf Städte – darunter auch Mistelbach (vgl. Kap 8.2) – teilnahmen, wurde der Leitfaden „Projektmanagement in der Stadtkernbelebung“ (SCHUBIGER 2006) abgeleitet. Die Evaluierung zeigte, dass Städte, die auf Strukturen aus der STERN aufbauen konnten, in ihrer Stadtkernbelebung erfolgreicher waren. Deshalb wurde „Stadtkernbelebung“ als Schwerpunkt in den vierjährigen STERN-Prozess ab 2007 integriert.

Die Erfahrungen zeigten folgende Erfolgskriterien auf:

- rasche Einigung und Mobilisierung aller Beteiligten
- Analyse der Kundenstruktur
- Nicht-Handels-Branchen wie Tourismus, Gastronomie und Dienstleistungen einbinden
- Klare Organisationsstrukturen schaffen, Aufgaben verteilen
- Finanzierung anstehender Maßnahmen absichern
- Beiträge der Wirtschaft mit den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden abstimmen
- Projektdauer abgrenzen, aber feste Verpflichtungen eingehen
- schnelle Umsetzung erster Maßnahmen

(vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2007: 3)

Dieser Leitfaden zur Stadtkernbelebung (SCHUBIGER 2006) stellt im Wesentlichen einige grundlegende Herangehensweisen an die Herausforderung der sinkenden Frequenz in Stadtkernen dar. Dabei wird allerdings lediglich auf den Bereich Handel und Dienstleistungsangebot fokussiert, unter Auslassung wichtiger anderer Sektoren wie Wohnen oder Grünflächengestaltung.

Als Ziel der Stadtkernbelebung wird die Erhöhung der Besucher- und Kundenfrequenz und damit die Verhinderung von Kaufkraftabflüssen, das Aufrechterhalten bzw. Ausbauen des Gesamtangebotes (Handel, Dienstleistungen, Gastronomie etc.) und die diesbezüglichen Anpassungswünsche an die Kunden sowie Gestaltungen in den Bereichen Verkehr und Atmosphäre gesehen. Als Akteur in diesem Feld wird vor allem die Stadtgemeinde genannt, die einerseits für die Pflege bestehender Strukturen, andererseits auch für die Vermittlung des Gedankens, dass Konkurrenz einen belebenden Faktor in der Wirtschaft darstellen kann, zuständig ist. (vgl. EBDA.: 8f)

Den Städten wird nahe gelegt, ihre Individualität anzuerkennen und in Wert zu setzen. Ausgehend von den fünf Daseinsgrundfunktionen eines Menschen: Wohnen, Versorgung, Arbeiten, Bildung und Erholung soll ein darauf abgestimmter Angebotsmix eine möglichst hohe Lebensqualität ermöglichen. Beim damit verbundenen Thema des Verkehrs, der in einer gewachsenen Stadt meist fußläufig zwischen den einzelnen Lebensbereichen bewältigbar war, wird die Spaltung aufgrund diverser Interessen immanent. Hier gibt der Leitfaden keine klare Antwort. Es wird die langjährige Diskussion darüber, dass die kostenfreien Parkmöglichkeiten bei Einkaufszentren einen positiven Effekt auf die Konsumentenzahl hat, angeführt und ausgeführt, dass innenstädtische Einkaufsmöglichkeiten mit einem Verkehrssystem, das beispielsweise den Schwerverkehr nicht durch die Innenstadt leitet und gleichzeitig Parkplätze direkt vor den Geschäften bereitstellt, dem Handel

¹⁸ „NÖ gestalten“ ist eine Initiative der Baudirektion des Landes Niederösterreich zur baulichen, architektonischen und landschaftlichen Gestaltung des Landes.

entgegenkommt. Als Alternative zur kostenpflichtigen Kurzparkzone wird die Variante der Parkraumbewirtschaftung mit Parkscheiben genannt. Dennoch könne sich der Fußweg zwischen Auto und Geschäft bei zunehmender Distanz negativ auf das Kaufverhalten auswirken. Dabei wird klar die handelszentristische Sicht auf das Thema Innenstadtgestaltung sichtbar, denn Aspekte wie Sicherheit und Kinderfreundlichkeit durch Grünzonen oder die Möglichkeit, die als Parkplätze genutzten Flächen einer Nutzung zum persönlichen Aufenthalt zu widmen, bleiben gänzlich unerwähnt. Gleichzeitig ist der Handel die tragende Komponente einer florierenden Innenstadtsituation, weshalb die Stadtgemeinden in die Stärkung ihrer Innenstädte investieren sollten. In diesem Zusammenhang ist auch klar, dass die Stadt den Handel braucht, während der Handel auch ohne die Stadt auskommt. Die Kaufkraft steigt österreichweit, was nicht nur zu einem Wettbewerb zwischen den Städten, sondern auch zwischen den Standorten innerhalb einer Stadt führt. 42% der Kaufkraft fließt in Einkaufs- und Fachmarktzentren, 38% in Geschäfte in innerstädtischer Lage und 10% in Streulagen (Stand 2006). (vgl. SCHÖBER 2006 in SCHUBIGER 2006) Um diese „verlorene“ Kaufkraft zurück in die Innenstädte zu bringen, müssen diese zusätzlich zum Angebot noch attraktive Rahmenbedingungen stellen. Diese wurden im Leitfaden als die „vier A's“ bezeichnet: Angebot, Anfahrt, Atmosphäre sowie Attraktivität und Auftritt (vgl. Abb. 13). Diese Anforderungen müssen im Sinne der Konsumenten ausgerichtet sein, damit sie den Standort als Einkaufsort wählen. (vgl. SCHUBIGER 2006: 18) Allerdings empfiehlt sich ein Nutzungsmix mit Wohnraum in den Innenstädten, denn der Wohnbau

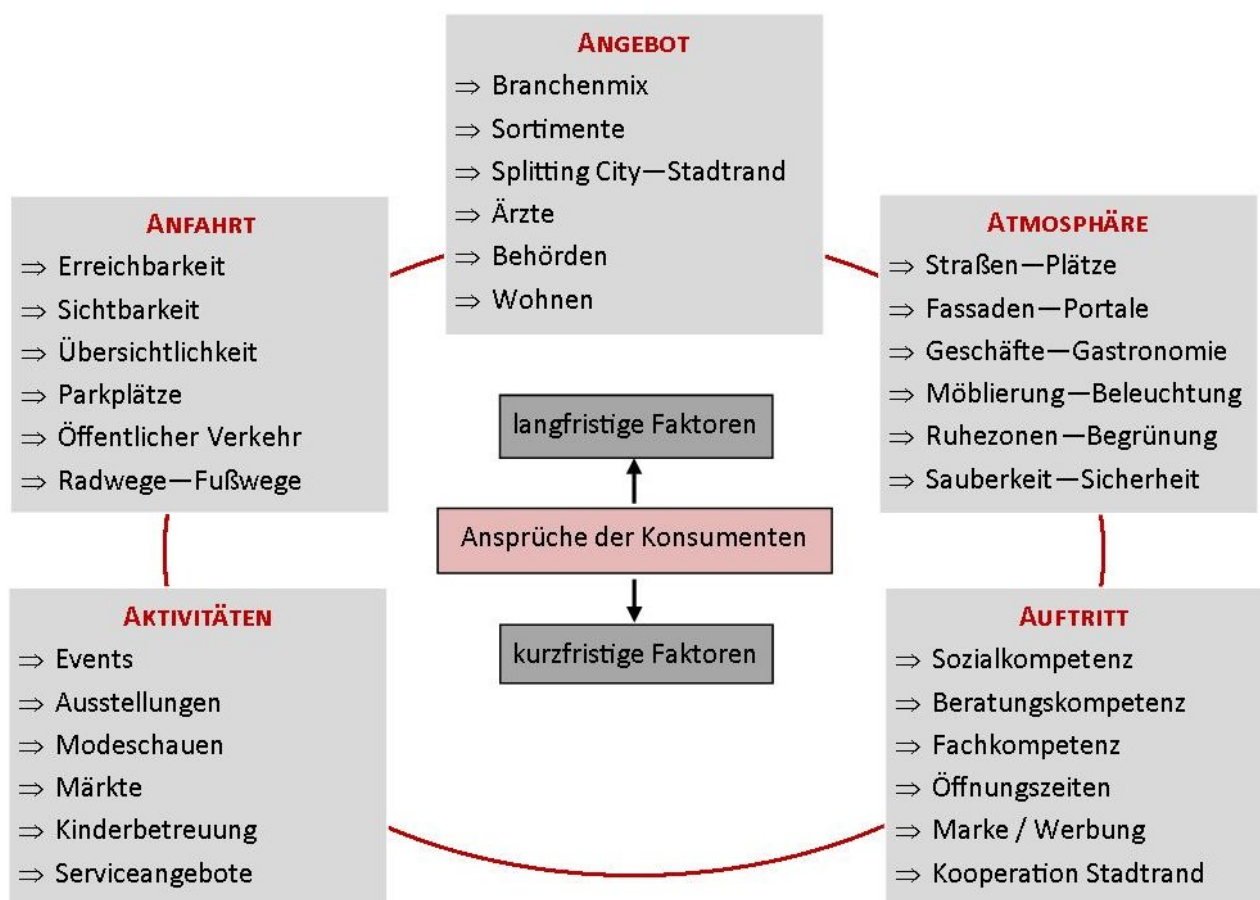


Abbildung 13 – Die relevanten „A's“ eines Handelsstandorts
(in Anlehnung an Stefan LETTNER 2005; nach SCHUBIGER 2006: 19)

an der Peripherie zieht auch Handels- und Dienstleistungsangebot aus den Innenstädten an die Peripherie ab. Des Weiteren wird die Zusammenarbeit zwischen Peripherie und Zentrum in Form eines gemeinsamen Stadtmarketings empfohlen. (vgl. EBDA.: 12ff)

Dementsprechend bietet das Land Niederösterreich eine gezielte Wohnbauförderung zur Stadt- und Ortskernbelebung an, die in der aktuellen Form zumindest bis 2015 beibehalten wird. Die Förderung, um die eine Gemeinde oder ein Bauträger ansuchen kann, betrifft Nutzungskonzepte für Bauten in der Innenstadt und ist an folgende Kriterien gebunden:

- Es muss ein Gesamtkonzept über noch nicht realisierte Projekte vorliegen.
- Der Inhalt des Projektes, das auch Wohnraum schaffen muss, bezieht sich auf ein Gebäude beziehen.
- Die Gemeinde muss an der Umsetzung beteiligt sein

Um die Förderung zu erhalten, muss das Projekt eingereicht werden und wird von einer Jury nach folgenden Gesichtspunkten bewertet:

- Belebung des Ortskerns, wofür ein Gesamtkonzept vorhanden sein muss (zB. Stadterneuerungskonzept)
- Die Belebung des Ortskerns muss nachhaltig sein.
- Das Projekt muss finanzierbar, also generell förderfähig sein und wirtschaftlich so angelegt, dass es langfristig ohne Zuschüsse überleben kann.
- Es muss ein Nutzungsmix innerhalb des Gebäudes bestehen (Wohnen, Einkaufen, Arztpraxen, ...)
- architektonische Qualität des Projektes

Für derart ausgestaltete Projekte werden jährlich 10 Mio. € vom Land in Form eines Darlehens oder eines Zinsenzuschusses ausbezahlt. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2014b)

Zusammenfassend ist zu den Landesaktionen anzumerken, dass es sich um Förderschienen mit Schwerpunkten handelt, die sich ergänzen, jedoch inhaltlich und hinsichtlich des Förderaspekts nicht überschneiden sollen. Eine gegenseitige Ideen-Befruchtung stellt dabei einen positiven Faktor dar, um ein stimmiges Ganzes zu erhalten. Wird also eine Maßnahme in einem STERN-Prozess konzipiert, kann sie sehr wohl über NAFES gefördert werden, so keine STERN-Förderung dafür verwendet wird. Der Charakter der Partizipation und die damit verbundene breitere Basis der Meinungsbildung wird nicht nur von der Politik sondern auch von anderen Fördergebern als positiv erachtet, wodurch die Projekte hier gute Chancen auf zusätzliche Mittel haben. (vgl. TRAUNER 2014)

8. Stadtentwicklung in der Praxis anhand von drei Beispielstädten

Im Zuge der empirischen Arbeit wurden, nach der in Kapitel 5 erklärten Vorgangsweise, die drei niederösterreichischen Städte Neunkirchen, Mistelbach und Hollabrunn einer detaillierten Analyse hinsichtlich ihrer Aktivitäten im Rahmen des Stadterneuerung Niederösterreich-Programms sowie gegebenenfalls ähnlicher Stadtentwicklungsansätze unterzogen. Die Wahl begründet sich, wie in Kapitel 5 erklärt, durch objektive Gegebenheiten, die eine Vergleichbarkeit der drei Städte gewährleisten sollen. Dabei waren neben der Stadtgröße (gemessen an der Einwohnerzahl) und der peripheren Lage, auch die Stellung als Bezirkshauptstadt und gleichzeitig als Zentraler Ort der Stufe IV (vgl. Kapitel 7), was mit dem Vorhandensein gewisser sozialer wie auch technischer Infrastruktur einhergeht, von Belang.

Kapitel 8 widmet sich der Darstellung der Städte und der darin stattfindenden Initiativen im Bereich Innenstadtentwicklung, um daraus Schlussfolgerungen und Ableitungen für andere Städte zu erlangen. Die Kapitelgliederung ist für alle drei Städte gleich angelegt mit gewisser Schwerpunktsetzung. Beginnend mit einer historischen Einführung in die Stadtgründung und -entwicklung, die für jede Stadt eine grundlegende Determinante der weiteren Tätigkeiten und Entwicklungen darstellt und daher als besonders wichtig eingestuft wird, sollen die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur in ihrer Veränderung seit dem 19. Jahrhundert umrissen werden. Die anschließenden Absätze widmen sich der (aktuellen) Stadtentwicklung sowie den Zielen und Prozessen, die im Rahmen der STERN-Mitgliedschaft sowie anderer Innenstadt-bezogener Initiativen angestrebt und durchgeführt wurden bzw. werden. Auf die stadtbezogene Darstellung der Maßnahmen im Bereich Innenstadtaufwertung schließen jeweils die Analyse und Bewertung selbiger an. Eine gelegentliche Vermischung der einzelnen Themenbereiche ist nicht zu vermeiden und wird auch bewusst eingesetzt, um das Ineinandergreifen der Entwicklungen und ihre gegenseitige Einflussnahme darzustellen.

Als Indikator für die aktuelle Handelssituation der Innenstädte¹⁹ werden die niederösterreichweiten *Kaufkraftstrom- und Einzelhandelsstrukturuntersuchungen Niederösterreich (KANO) 2006* (CIMA 2006) und *KANO 2013* (CIMA 2013)²⁰ herangezogen, die vom Kommunal- und Regionalberatungsbüro CIMA erstellt wurden. Daraus werden jedoch jeweils nur einzelne, aussagekräftige Punkte herausgegriffen und sowohl hinsichtlich der Innenstadt²¹ behandelt, als auch in den Gesamtkontext

¹⁹ Die aktuelle Situation der Wirtschaft in den Städten wird ausgespart, da für die Innenstadtentwicklung vorwiegend die Handelsstruktur von Bedeutung ist. Selbstverständlich müssen auch andere wirtschaftlich Einflussfaktoren im Hinterkopf behalten werden und sind bei Relevanz hier und da eingestreut.

²⁰ Anzumerken ist, dass die Studien nach der Festlegung des §30 (9) NÖ ROG (LGBL. 8000-26), wodurch die Errichtung von Einkaufs- und Fachmarktzentren nur noch in der Zentrumszone errichtet werden dürfen (vgl. Kapitel 7.2.1), erstellt wurden.

²¹ In der Studie werden vier Einkaufslagen unterschieden:

Lage 1: Innenstädtische 1-A-Lage mit hoch verdichtetem, durchgängigen Geschäftsbesatz und hoher Agglomeration von Einzelhandelsangeboten

Lage 2: Innenstädtische 1-B-Lage mit dichtem Geschäftsbesatz, jedoch bereits erkennbar geringerer Agglomeration von frequenzstarken Angebotsstrukturen

Die Lagen 1 und 2 bilden die „Innenstadt-/Ortszentrums-Lagen“.

Lage 3: restliches Stadtgebiet, welches nicht zu den Lagen 1, 2 oder 4 zuzuordnen ist; klassische „Streulage“

Lage 4: Agglomerationen von Einkaufsangeboten in peripher gelegenen Stadtrandlagen (inkl. Nachbargemeinden), insbesondere Standorte von Fachmärkten und Einkaufszentren; klassische „Peripherie-Lage“

Die Lagen 3 und 4 werden unter „Streu-/ Peripherie-Lagen“ zusammengefasst. (vgl. CIMA 2013: 9)

der Stadt gestellt. Wichtige Einflussfaktoren für die Berechnung des Handelsindikators Kaufkraftvolumen und damit auch der Kaufkraftindizes sowie des Bedarfs an unterschiedlichen Güterkassen (kurz-, mittel-, langfristige Bedarfsgüter) sind die Einwohner- und teilweise auch die Haushaltszahlen, die Konsumausgaben privater Haushalte, die Tourismusintensität und das Wohlstandsniveau der Bevölkerung. (vgl. CIMA 2013: 13) Zusätzlich zu den wirtschaftlichen hard-facts wurde im Rahmen der KANO-Studie 2013 auch ein City-Check vorgenommen, bei welchem weiche Faktoren der Standortqualität überprüft wurden. Dabei wurden „Schönheit“, Aufenthaltsqualität und Infrastruktur der Innenstadt, räumlich nach Straßenzügen und Plätzen gegliedert, bewertet. (CIMA 2013: 23) Davon sollen je Stadt die prägendsten Eindrücke dargestellt werden.

Die historische Entwicklung der Städte zeigt auf, dass es sich in allen drei Fällen um gewachsene, aus alten Siedlungen entstandene, nicht auf dem Reißbrett entworfene Städte handelt. Das erklärt auch ihre morphologischen Grundstrukturen. Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen ähnelt sich, wie in Kapitel 7 dargestellt wurde.

8.1 Hollabrunn

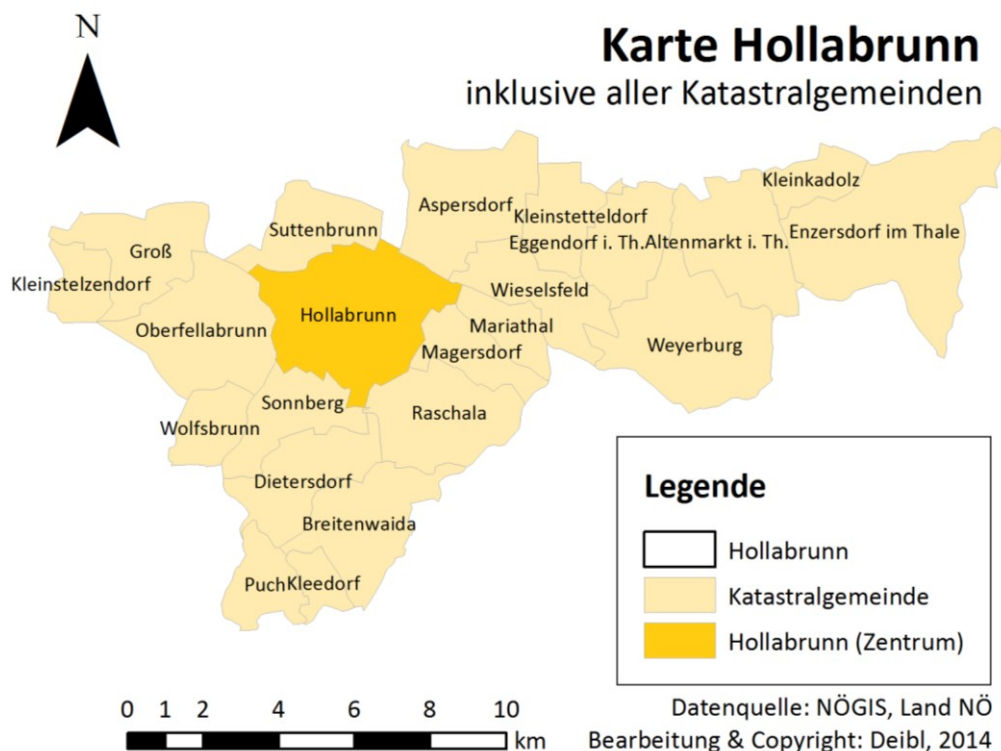


Abbildung 14 – Logo der Stadt Hollabrunn

In der Stadt Hollabrunn im Norden Niederösterreichs (vgl. Karte 2) leben auf einer Gemeindefläche von 152,42 km² in 22 Katastralgemeinden 11.563 Einwohner (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2014²²), woraus sich eine Bevölkerungsdichte von etwa 76 Einwohnern/ km² ergibt. Davon hat etwa die Hälfte den Hauptwohnsitz in der Katastralgemeinde (KG) Hollabrunn.

Die geologischen Bedingungen einer Grundlage aus Granit und Gneis und darauf abgelagerten Lössvorkommen in der hügeligen Landschaft bieten eine gute Basis für die Landwirtschaft. (DIEM 1993: 250ff) Hollabrunn liegt auf der Verkehrsachse Wien – Znojmo (dt. Znam), einer wichtigen Transitroute für den grenzüberschreitenden Verkehr, die von manchen, wie dem Vizebürgermeister als „Achse der Zukunft“ bezeichnet wird. Die Stadt ist als Schulstadt bekannt und möchte sich im nächsten Jahr im Sektor Bildung durch die Ansiedelung einer Fachhochschule mit zwei Studienrichtungen in Kooperation mit der FH Krems und der Hochschule Brno (dt. Brunn) im landwirtschaftlichen Bereich weiterentwickeln. (BABINSKY 2014²³)

In der politischen Regierung stellt die Volkspartei Hollabrunn mit absoluter Mehrheit im 36-köpfigen Gemeinderat den Bürgermeister und den Vizebürgermeister.



Karte 4 – Hollabrunn inklusive aller Katastralgemeinden

Die Besonderheit in Hollabrunn ist neben dem Umstand, dass es schon zum zweiten Mal in STERN vertreten ist und die sozialen Projekte der ersten Periode teilweise immer noch laufen, dass die Stadt auch an InnoCité teilgenommen hat.

²² Die Bevölkerungsdaten der Stadtgemeinden beziehen sich auf den Beginn des 1. Quartals 2014.

²³ Experteninterview

8.1.1 Die Geschichte und das Wachstum der Stadt Hollabrunn

Aufgrund alter Funde geht man von einer Besiedelung des heutigen Hollabrunner Raumes seit der Jungsteinzeit aus. (LAMM 2001: 7) Die erste urkundliche Nennung ist auf das Jahr 1135 n. Chr., die Erhebung zum Markt auf vor 1377 datiert. (vgl. FITTNER und HUEBNER 2010: 1; KUSTERNIG und WELTIN 1993: 711) Der ursprüngliche Ort, aus dem sich die Stadt Hollabrunn entwickelte, bestand aus zwei Siedlungen, die noch heute im Stadtplan erkennbar sind: Wilolfisdorf im Norden, um den heutigen Lothringerplatz und die Kirchensiedlung Oberhollabrunn im Süden, die um den spätmittelalterlichen Hauptplatz angelegt wurde. (vgl. MARTISCHNIG 2010: 16) Im 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts wurde Hollabrunn mehrfach von der Pest heimgesucht. Die Stadt hat im Dreißigjährigen Krieg große Verluste erfahren und wurde bis ins 19. Jahrhundert mehrmals von großen Bränden teilweise zerstört. (vgl. FITTNER und HUEBNER 2010: 4ff) Im Jahr 1850 wurde Hollabrunn superior Bezirksvorort. 1908 erhielt die Stadt das Stadtrecht. (LAMM 2009: 8) Oberhollabrunn war schon damals gut mittels der Bahn angeschlossen. Während des Ersten Weltkriegs wurden Baracken südlich der Stadt errichtet, um Flüchtlinge aufzunehmen, und später von der Stadt Wien sie als Unterkünfte für Kinder- und Jugendliche genutzt wurden. 1922 wurde das Gelände von der Stadt in die heutige „Gartenstadt“ umgewandelt und diente der Stadterweiterung. 1927 erfolgte die Umbenennung von Oberhollabrunn in Hollabrunn. (vgl. EBDA.: 45ff) 1969 und 1972 erfolgte die Eingemeindung der umliegenden Gemeinden zur Großgemeinde Hollabrunn. (vgl. FITTNER und HUEBNER 2010: 18)

8.1.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

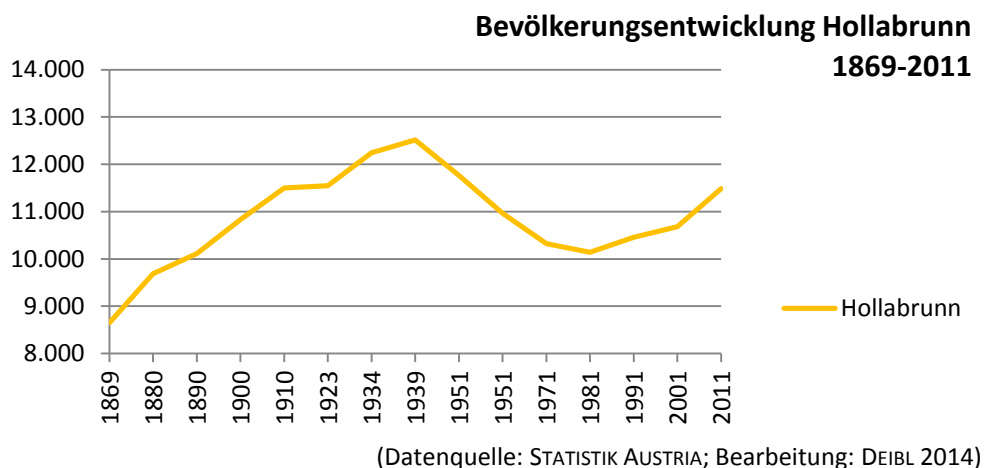


Abbildung 15 – Bevölkerungsentwicklung Hollabrunn 1869-2011

Die Bevölkerungszahl seit 1869 unterlag einigen Schwankungen. (vgl. Abb. 15) In einem raschen Anstieg wurde noch vor der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert die 10.000er-Marke überschritten. Diesem Trend folgend stieg die Zahl bis zur Volkszählung 1939 auf über 12.500 Einwohner, um in weiterer Folge zu fallen. Der Tiefststand war Anfang der 1980er-Jahre mit knapp über 10.000

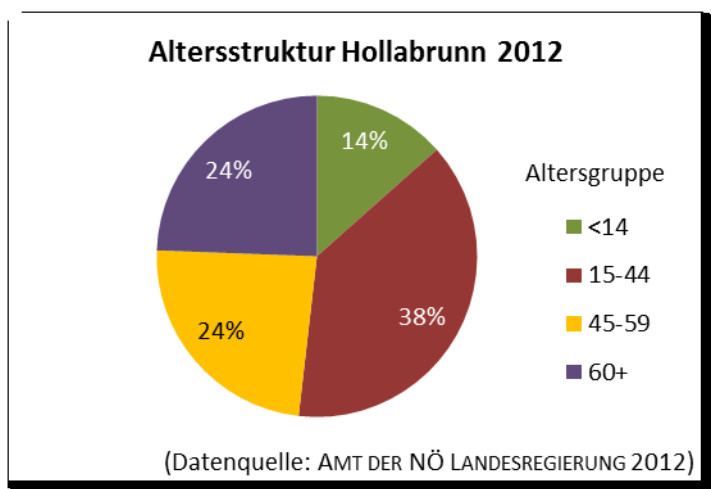


Abbildung 16 – Altersstruktur Hollabrunns 2012
(eigene Darstellung)

Einwohnern erreicht. Es folgte ein neuerlicher stetiger Anstieg der Bevölkerung um etwa 1.500 Personen

bis 2011, weshalb man von einer leicht steigenden Bevölkerungsentwicklung sprechen kann. Die Altersstruktur und die Verteilung auf nach den fünfjährigen Altersgruppen (vgl. Abb. 16 und 17) entspricht dem niederösterreichischen Durchschnitt.

Wie in Kapitel 8.2.1 angesprochen, wird Hollabrunn ein Bevölkerungswachstum prognostiziert. (vgl. FASSMANN, GÖRGL und HELBICH 2009: 66ff) Das bringt neben dem zusätzlichen Bedarf an Wohnraum, dem seitens der Stadt in Form von Wohnbauprojekten begegnet wird (vgl. BABINSKY 2014), auch die Notwendigkeit mit sich, Arbeitsplätze zu schaffen, um nicht zur Schlafstadt zu verkommen. Diesbezüglich ist die Situation Hollabrunns mit jener Mistelbachs vergleichbar (vgl. Kapitel 8.2). Trotz der historischen Aufteilung in unterschiedliche Gemeinden wird heute von einer Hollabrunner Identität in allen Katastralgemeinden gesprochen. (vgl. BABINSKY 2014)

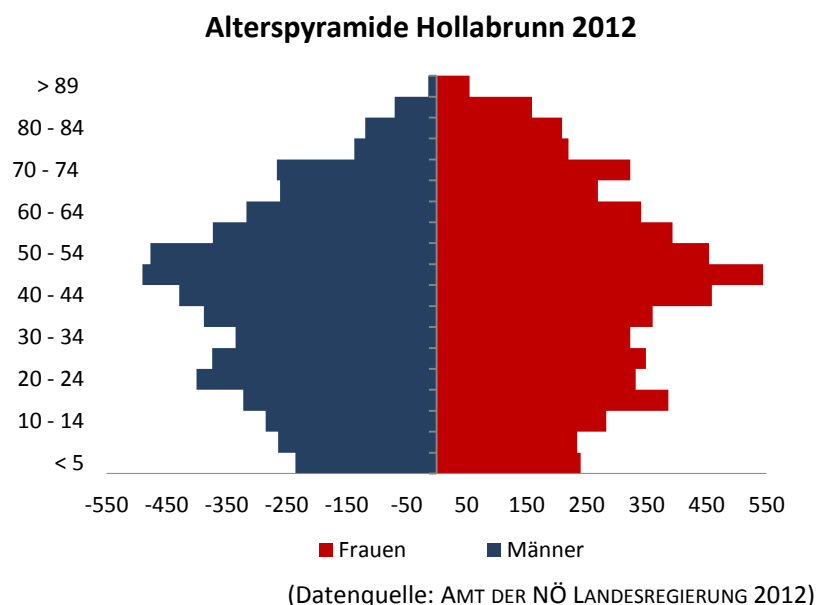


Abbildung 17 – Alterspyramide Hollabrunns 2012 (eigene Darstellung)

8.1.3 Wirtschaftsstruktur – Hollabrunn nach der landwirtschaftlichen Prägung

Wirtschaftlich profitierte Hollabrunn, wie schon angesprochen, von den naturräumlichen Bedingungen und der dadurch entstandenen Landwirtschaft. Überregional bedeutsame (ehemalige) Industrie-Betriebe sucht man hier vergeblich, jedoch gab es im 19. Jahrhundert viele kleine Betriebe. Der wirtschaftliche Aufschwung der 1870er-Jahre brachte die Eröffnung der ersten Bank mit sich. Aus dieser Blütezeit stammen auch die Jugendstil-Häuser, die sich beispielsweise am Hauptplatz finden. Mit dem Ersten Weltkrieg wurde die wirtschaftliche Lage schwierig und vor allem die Nahrungsversorgung der Bevölkerung konnte zunehmend schlechter sichergestellt werden. Im Laufe des Zweiten Weltkriegs wurden viele Wirtschaftsbetriebe geschlossen. (vgl. LAMM 2001: 79f)

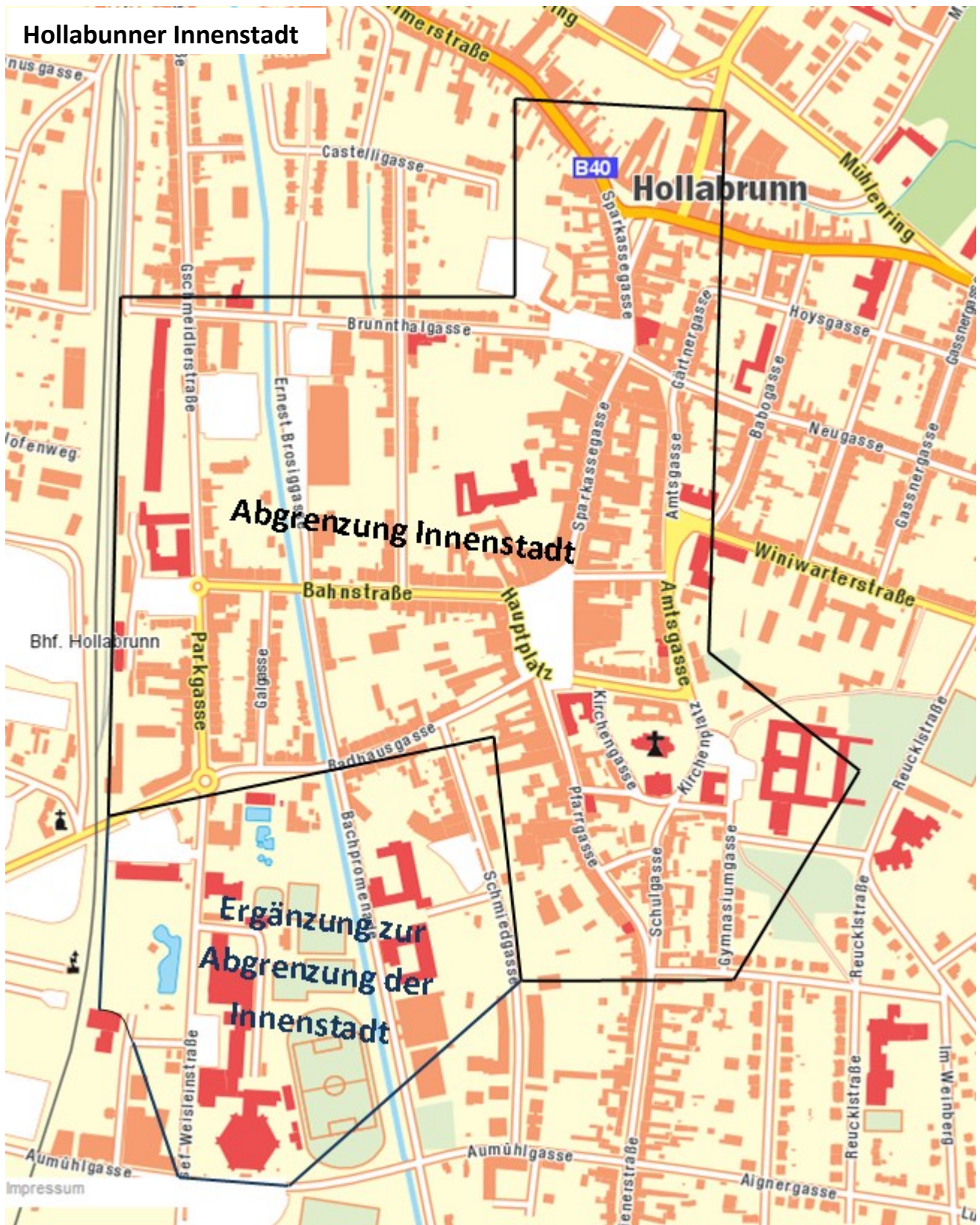
Hollabrunn verfügt über eine Zentrumszone, innerhalb derer Flächen für Handel gewidmet werden können. Das Kaufkraftvolumen Hollabrunns wurde 2013 zu beinahe der Hälfte mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs erhandelt, zu einem knappen Drittel mit Gütern des langfristigen Bedarfs. Auffällig ist der hohe Anteil an Lebensmittelangebot. Kaufkraftabflüsse sind vor allem im Bereich Möbel und Einrichtung zu verzeichnen, worauf auch seitens der Stadtgemeinde reagiert wird (vgl. Kapitel 8.1.4). Die wirksame Kaufkraft insgesamt ist zwischen 2006 und 2013 gestiegen und teilt sich zwischen 70 innenstädtischen Geschäften mit insgesamt rund 14.500m² Verkaufsfläche und 70 Geschäften in Streulage mit etwa 26.000m² Verkaufsfläche auf. Dabei ist ein Zuwachs von 46% bei den mittel- bzw. 44% den langfristigen Bedarfsgütern zu verzeichnen, der sich in der Errichtung des Einkaufszentrums KAUFen am Mühlenring 2012 (vgl. Karte 5) begründet. Das EKZ Eurocenter daneben besteht schon seit 2000. Der Filialisierungsgrad ist in Hollabrunn insgesamt zwischen 2006 und 2013 von 52% auf 59% gestiegen und liegt nun in der Innenstadt bei 49%, in Streulagen bei 70%, wobei der Verkaufsflächenanteil der Filialen beinahe gleich geblieben ist. Im City-Check erhielt Hollabrunn von CIMA (2013) die Note 2,4²⁴. Dabei wurde der Hauptplatz als zweigeteilt betrachtet. Während der nicht befahrene Teil in seiner Aufenthaltsqualität positiv bewertet wurde, stellt die Verkehrsbelastung daneben eine Minderung des Flairs dar. Die Fußgängerzone Sparkasse-gasse (vgl. Karte 5) wird in ihrer Ausgestaltung positiv gesehen. Der Branchenmix weist hingegen Optimierungspotential auf. In der Innenstadt fehlen Einzelhandelsbetriebe als Kundenmagneten sowie ein gutes Besucherleitsystem. (vgl. CIMA 2013: 24ff) Im Zuge der aktuellen Adaptierungsmaßnahmen wurden die Kritikpunkte seitens der Stadtverwaltung aufgegriffen.

Auch für Hollabrunn ist Leerstand ein Thema, wobei das Sportgeschäft in der Sparkasse-gasse ins EKZ übersiedelt ist. Der Libro am Eugen Markus-Platz ist ebenfalls dorthin abgewandert, jedoch wurde das Geschäftslokal wieder mit einem Papierwarengeschäft gefüllt, das von der innerstadtnäheren und damit schulnäheren Lage profitiert. Die restlichen Leerstände sind älteren Datums. Zwischennutzungen, wie in Neunkirchen (vgl. Kapitel 8.3.4), finden in Hollabrunn nicht statt. Die Vertretung der innerstädtischen Handelsunternehmen, der Wirtschaftsverein „Wir in Hollabrunn“ steht jedoch in Verhandlungen mit den Hausbesitzern, um die Leerstände dauerhaft mit Geschäften zu füllen und versucht, auch die Jugend mit in ihren Wünschen nach neuen Geschäften für die Innenstadt in die Ideenfindung miteinzubeziehen. (vgl. BABISNKY 2014; WIPP 2014b²⁵; vgl. Kapitel 8.1.4) Die Stadterneuerungsbetreuerin streicht außerdem heraus, dass der Wirtschaftsverein viele Veranstaltungen organisiert, wobei er seit dem Bestehen des Einkaufszentrums immer mit diesem kooperiert. Seither gehen Straßenfeste oder lange Einkaufsnächte nicht mehr nur vom Hauptplatz bis

²⁴ Es wurde das österreichische Notensystem von 1 bis 5 verwendet.

²⁵ Experteninterview

zum Eugen Markus-Platz, sondern führen nun weiter bis zum Einkaufszentrum, das dabei aktiv eingebunden wird. (vgl. WIPP 2014b)



Karte 5 – Innenstadtabgrenzung Hollabrunn (Kartengrundlage: SCHUBERT & FRANZKE 2009; Bearbeitung DEIBL 2014, nach ZODL und WIPP 2009: 3: Innenstadtabgrenzung im Zuge der 2. Sitzung des AKs Ortskernbelebung)

8.1.4 Innenstadtssituation, Stadtentwicklung und Ziele und Projekte der Stadterneuerung

Die Stadt Hollabrunn verfügt nicht über ein Stadtentwicklungskonzept, welches die Ziele und Strategien für die gesamte Stadt festlegt und an welchem die gesetzten Maßnahmen ausgerichtet werden.

In diesem Sinne kann das STERN-Konzept als wichtiges Dokument betrachtet werden, da hier die partizipativ gesammelten Ideen verankert sind, die auch vom Gemeinderat beschlossen wurden. Somit stellt es gewissermaßen die Grundlage der Maßnahmen zur städtischen Entwicklung dar. Hollabrunn ist aktuell zum zweiten Mal aktiv in STERN. In der ersten Periode 1999-2003 wurden einige Projekte verwirklicht, die auch heute noch Bestand haben. Die thematische Breite reichte dabei von Initiativen für die Jugend, bis zur Sanierung der Gerichtsbergkellergasse, um diese für Veranstaltungen zu adaptieren. (vgl. GRILL 2004)

Das Thema der Innenstadtgestaltung war damals im Arbeitskreis „Ortsbild, Wohnen, Bauen, Verkehr“ integriert. Diesbezüglich gab es fünf nennenswerte Projekte. Das „Radwegekonzept“ und die „Radwege in der Stadt“ hatten zum Ziel, mehr Radwege zur Verfügung zu stellen und diese auch sicher zu gestalten. Dabei wurde die Adaptierung der Wiener Straße, welche große Teile der Wohngebiete mit dem Zentrum verbindet, vom Kuratorium für Verkehrssicherheit als besonders dringende Maßnahme eingestuft. Außerdem wurden in mehreren 30er-Zonen Fahrradstreifen gegen die Einbahn eingerichtet.

Zwei weitere Projekte beschäftigten sich mit der Renovierung der Kirchenstiege. Einerseits nimmt die Kirche in Hollabrunn eine dominante Stellung ein, da sie zentral und etwas erhöht liegt. Zum anderen bildet sie eine wichtige Fußgänger-Verbindung von der Amtsgasse zum Hauptplatz. (vgl. Karte 5)

Damit in Verbindung stand das fünfte innerstädtische Projekt, der Rathaus-Umbau, der zum Ziel hatte, den Eingangsbereich und den Zugang zum Bauamt, den von Bürgern meist frequentierten Räumlichkeiten, bürgerfreundlicher und -näher zu gestalten.

Die weiteren umgesetzten Projekte beziehen sich vorwiegend auf die Bereiche Kultur und Jugend. Hervorzuheben ist die Nachnutzung des ehemaligen Schlachthofes im Südwesten der Stadt, der am Rand der Innenstadt liegt (vgl. Karte 5: Vorschlag zur 2. Innenstadtabgrenzung). (vgl. GRILL 2004) Das dort eingerichtete freie multikulturelle Jugendradio *Radio Ypsilon* macht Radio für die Region und hat dabei auch Berichterstattung aus Tschechien im Programm. (vgl. RADIOYPSILON 2014) Außerdem haben im Alten Schlachthof sieben Vereine – vom Rollerverein bis zum Briefmarkensammelverein – Unterkunft gefunden. (vgl. GRILL 2004: 10)

Ein wichtiger Faktor für die Innenstadtbelebung Hollabrunns in den letzten 6 Jahren war neben der erneuten Teilnahme der Stadt an STERN (ab 2009 wurde das Stadterneuerungskonzept als vorgezogenes Sonderprojekt erstellt, die Periode dauerte von 2010-2013, Hollabrunn befindet sich 2014 im Verlängerungsjahr) auch, dass Hollabrunn ab 2008 InnoCité²⁶-Stadt war. Beide Initiativen griffen sozusagen ineinander und wurden auch gemeinsam vom Team der STERN betreut. Darüber hinaus waren zwischen 2008 und 2013 neben weiteren inhaltlichen Impulsen auch zusätzliche

²⁶ InnoCité war ein Programm im Rahmen des Alpine Space Programme der Europäischen Union, das innerhalb der Priorität 1 „Competitiveness and Attractiveness“ (deutsch: „Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität“) der European Territorial Cooperation 2007-2013 aufgestellt und vom EFRE (Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung) finanziell unterstützt wurde. Ziel ist die Förderung von Klein- und Mittelstädten in Einflussbereich von Großstädten. Unter den neun teilnehmenden Städten waren Bad Vöslau und Hollabrunn aus Österreich vertreten. (vgl. PREUILH o. J.)

finanzielle Ressourcen aus dem EFRE (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) vorhanden, um die Stadt zu entwickeln.

Von den sechs Arbeitskreisen „Umwelt und Mobilität“, „Freizeit und Tourismus“, „Ortsbild und Grünraum“, „Bildung und Kultur“, „Ortskernbelegung“ und „Jugend“ wurden die letzten beiden vorwiegend über InnoCité abgewickelt. Das bedeutete, dass die eingereichten Projekte eine Förderung von bis zu 50% erhielten, wobei die Fördersumme zur Hälfte aus EFRE-Mitteln und zur Hälfte aus STERN-Mitteln finanziert wurde. Veranstaltungen, Informationstage, Vernetzungstreffen oder spezielle Studien für Ortskernbelegung, welche aufgrund der Kriterien des Landes Niederösterreich bei STERN nicht eingereicht werden konnten, wurden im Rahmen von InnoCité rein aus EU-Mitteln gefördert. (vgl. WIPP – persönliche Kommunikation via e-mail am 18.6.2014)

Die Ausgangssituation Hollabrunns 2008 lässt sich aus der im Zuge von InnoCité erstellte SWOT-Analyse ablesen. Sie hebt für die Innenstadt folgende Punkte hervor (vgl. Tab 3):

Tabelle 3 – SWOT-Analyse Hollabrunn (KRASSER und BISCHOF 2010: 11)

STÄRKEN	SCHWÄCHEN
- Fußgängerzone - keine Parkgebühren in der Innenstadt - wöchentlicher Markt in der Innenstadt - Aktivitäten des City-Marketings	- kein zusätzlicher Raum in der Innenstadt verfügbar - zu wenig Parkplätze in der und um die Innenstadt - Fußgängerzone mit Kopfsteinpflaster ist nicht barrierefrei - Mix an Geschäften (kein Lebensmittelgeschäft in der Innenstadt) - zu wenig Shops für die Jugend - kein Kommunikationszentrum für die Jugend - wenig Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, kein Kino
CHANCEN	HERAUSFORDERUNGEN
- Lokale Politik legt Fokus auf Innenstadtentwicklung - Bevölkerungszuwachs - viele junge Menschen in der Stadt	- keine nachhaltigen Wirtschaftskonzepte verfügbar - Abwanderung Junger aufgrund fehlender Job-Aussichten

2. Periode STERN in Hollabrunn ab 2010

Die Stadterneuerung in Hollabrunn 2011 begann mit einer Auftaktveranstaltung, bei der etwa 70 Bürger anwesend waren. Es bildeten sich die genannten sechs Arbeitskreise und ein STERN-Beirat, bestehend aus 18 Personen (acht Vertreter des Gemeinderates, acht Bürger und zwei Verwaltungsmitarbeiter).

Im STERN-Konzept (MARTISCHNIG 2010) wurden Handlungsziele und Maßnahmen zur Ortskernbelegung festgelegt.

Die Handlungsziele lauten:

- Die Funktion des Ortskerns als öffentliches Wohnzimmer stärken
- Erreichbarkeit und Mobilität des Ortskerns verbessern
- Wirtschaftliche Entwicklung unterstützen

Dafür wurden folgende Maßnahmen angedacht:

- Angebot für Jugend im Ortskern verbessern
- Mobilität/Verkehr: Shared Space, Verkehrskonzept überarbeiten, Radabstellanlagen schaffen
- Möglichkeit für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität, um Verweilzeit zu erhöhen (Bänke, Natur im Zentrum, Attraktionen für Kinder, künstlerische Attraktionen)
- neue Geschäfte, neue Angebote, regionale Angebote ins Zentrum bringen

Im AK Ortsbild und Grünraum wurden ebenfalls Projekte, die für die Innenstadt relevant sind, angedacht. Darum wird darauf ebenfalls kurz eingegangen:

- Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes
- Stadtmöblierung

Im Bereich Jugend wurde zusätzlich eine Sozialraumanalyse angeregt, um die Bedürfnisse und Wünsche der Hollabrunner Jugend ebenfalls in die Stadtentwicklung einfließen zu lassen. (vgl. EBDA.: 76ff)

Anhand des Evaluierungsberichtes (WIPP 2014a), der im Mai 2014 fertiggestellt wurde, ist abzulesen, welche Projekte innerhalb der STERN- und der InnoCité-Periode umgesetzt wurden, wobei zu beachten ist, dass sich die STERN in Hollabrunn im Verlängerungsjahr befindet und somit noch bis Ende 2014 Projekte abgeschlossen werden können.

Die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes war laut WIPP (2014b) ein prioritäres Ziel der Bevölkerung. Das Projekt gliederte sich in zwei Teile: die Planung und die Umsetzung. Die Notwendigkeit der Umgestaltung war aufgrund mangelnder Attraktivität und Sicherheit an diesem, vorwiegend von Schülern genutzten Platz, gegeben. In einer Befragung von 160 dort wartenden Personen, wovon 75% Jugendliche waren, wurden die Maßnahmen festgelegt. Die Wartepattformen wurden verbreitert, Windschutzwände errichtet und mehr Bänke aufgestellt. Begrünung konnte aufgrund der gegebenen Gasleitungen im Untergrund nicht durchgeführt werden und ein Kiosk wurde abgelehnt, da die Versorgungssituation von den Befragten als ausreichend eingestuft wurde. Der Umbau beinhaltete außerdem ein taktiles Leitsystem, um den Platz behinderten- und altengerechter zu machen, was trotz der Befragung vorwiegend junger Menschen als wichtiges Element der Neugestaltung eingebracht wurde. Die Planung wurde zu 50% aus STERN- und EFRE-Mitteln finanziert, die sehr teure Umsetzung zu knapp 20%.

Eine weitere städtebauliche Maßnahme war die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs Parkgasse/Anton Ehrenfriedgasse, indem dieser zu einem Kreisverkehr mit einer Brunnengestaltung umgebaut wurde. Die Bevölkerungsbeteiligung in diesem Projekt lag in der Einreichung von Gestaltungsvorschlägen. Schließlich wurde ein Steinbrunnen in Form eines „H“ für Hollabrunn an diese Ortseinfahrt gesetzt. Die Kofinanzierung durch STERN und EFRE betragen hier etwa 50%, den Rest trägt die Stadtgemeinde.

Im Rahmen einer Ortsbegehung 2011 zur Überprüfung der Barrierefreiheit wurde in der gesamten Stadt Handlungsbedarf gesehen, um taktile Leitsysteme, wie Blindenfräsungen im Boden, glattere Bodenbelege, anstatt des in der SWOT-Analyse angesprochenen Kopfsteinpflasters und abgeschrägte Gehsteigkanten einzuführen. Diesbezügliche Umbauten haben bereits begonnen, sind jedoch für den gesamten öffentlichen Raum auch für die nächsten Jahre noch vorgesehen. Dieses Projekt wurde zu beinahe 50% aus EFRE-Mitteln gefördert.

Der Eugen Markus-Platz, der bisher vorwiegend als Parkplatz genutzt wurde, soll zur Begegnungs- und Kommunikationszone umfunktioniert werden. Dazu wurde die Bevölkerung nach Ideen und Anregungen befragt, welche in die Planung, die im Rahmen der STERN stattfand und mit rund 50% gefördert wurde, miteingeflossen sind. Der Platz befindet sich aktuell in der Umgestaltung. Die Umsetzung wird im Herbst 2014 ebenfalls zur STERN-Förderung eingereicht. (vgl. WIPP – persönliche Kommunikation via e-mail am 18.6.2014)

Das letzte innerstädtische städtebauliche Projekt betrifft die Kreisverkehrsgestaltung am Mühlenring, auf dem ein altes Mühlenrad angebracht wurde, ein Bürger-Vorschlag des 2013 gegründeten Vereins „Österreichische Gesellschaft der Mühlenfreunde – Herkunft – Zukunft“. Die bauliche Maßnahme wurde ebenfalls mit knapp 50% von der STERN gefördert. (vgl. WIPP 2014a)

In der gemeinsamen Umsetzung von STERN und InnoCité wurden zusätzlich Initiativen im Bereich „Ortskernbelebung“ und „Jugend“ gesetzt. „Im Zuge des InnoCité Projektes wurden diverse Daten für die Innenstadt wie Leerflächen, Lage und Frequenzmessung erhoben. Eine wichtige Maßnahme von InnoCité war eine attraktive Gestaltung und Weiterentwicklung der Innenstadt.“ (WIPP 2014a: 29) Die Förderabwicklung der so geschaffenen Sitzgelegenheiten, der energiesparenden Beleuchtungen sowie der Transparente zur optischen Abgrenzung der Fußgängerzone, die auch im CIMA-Bericht 2013 positiv hervorgehoben wurden (vgl. Kapitel 8.1.3), wurden mithilfe einer NAFES-Förderung getätigt.

Ein Schwerpunktthema der InnoCité in Hollabrunn war „Jugend im Ortskern“. In diesem Rahmen wurden die ansässigen Jugendlichen partizipativ aktiv in die Ideenfindung und die Auseinandersetzung mit Stadtentwicklung in ihrer Heimatstadt eingebunden. Der lokale und freie Radiosender Ypsilon brachte zusätzlich mit „lollypop“ eine eigene Sendereihe, die sich mit Themen der Stadtentwicklung wie Ortskernentwicklung, Lebensqualität und öffentlichem Raum beschäftigte und zu 100% aus EFRE-Mitteln finanziert wurde. (vgl. WIPP – persönliche Kommunikation via e-mail am 18.6.2014)

Die im STERN-Konzept angedachte Sozialraumanalyse wurde durchgeführt und auch von der STERN gefördert. Ihre Ergebnisse wurden für die auf Jugend bezogenen Projekte herangezogen. Innenstadtrelevant war dabei die schon angesprochene Befragung der Jugendlichen nach Geschäftswünschen (vgl. Kapitel 8.1.3). Im Jahr 2009 wurden interessierte Jugendliche zu drei runden Tischen mit dem damaligen Citymarketingmanager sowie dem Obmann und dessen Stellvertreter von „Wir in Hollabrunn“ eingeladen, um so zu eruieren, woran der Jugend im Branchenmix gelegen wäre. Die geäußerten Wünsche waren moderne Modegeschäfte, trendige Cafés und ein Kino. (vgl. WIPP 2014a: 29ff) Das Engagement des Wirtschaftsvereins, diesen Wünschen nachzukommen und Modemarken in der Innenstadt zu verankern, konnte trotz großer Bemühungen nicht verwirklicht werden. Im 2012 errichteten Einkaufszentrum sind nun jedoch zwei derartige Filialen vertreten. Ein Kino ist in der aktuellen Planung des Umbaus eines Hauses in der Sparkassegasse, das dann zusätzliche Geschäfte sowie einen Lebensmittelhandel beherbergen soll, verankert. Ob dieses Projekt umgesetzt werden wird, ist jedoch noch nicht sicher (Stand April 2014; vgl. BABINSKY 2014).

8.1.5 Diskussion der Stadtentwicklung in der Hollabrunner Innenstadt

Somit kann zusammengefasst werden, dass die Projekte mit Innenstadtbezug im Rahmen der beiden STERN-Perioden und der Initiative InnoCité in Hollabrunn zu einem großen Teil baulicher Natur waren und sich dennoch wenig mit der Thematik des Leerstandes beschäftigten. Dieses Themenfeld wird laut Vizebürgermeister BABINSKY (2014) vorrangig durch den Wirtschaftsverein in Kooperation mit der Stadtgemeinde behandelt. Die Zentrierung auf Verkehrsprojekte zur Verbesserung der Situation für den motorisierten (Individual-)Verkehr zeigt die von Stadterneuerungsbetreuerin WIPP (2014b) angesprochene geringe Bedeutung des Radverkehrs. Dem widerspricht BABINSKY (2014) jedoch. Seiner Ansicht nach fahren viele Hollabrunn mit dem Rad und seitens der Stadtverwaltung werden viele Initiativen für den Radverkehr gesetzt. So werden in allen Straßenumbauten Radstreifen eingeplant. Eine Lösung, um die Bevölkerung, und dabei vor allem die Kinder, am Rad in die Stadt zu leiten, ist nach Meinung von Frau WIPP (2014b) nicht in Sicht. Die Nutzung des Rades hängt jedoch auch immer von der Bevölkerung ab.

In der zweiten STERN-Periode wurden auch einige Projekte mit sozialem Fokus umgesetzt, wenngleich kleinere, als in der ersten Periode. Dabei wurde vor allem versucht, die Jugend anzusprechen und einzubinden, womit auf die Herausforderung der Abwanderung junger Bevölkerungsschichten, die in der SWOT-Analyse angesprochen wurde, eingegangen wurde. Für Jugend-Projektemerkt TRAUNER (2014²⁷) an, dass immer auf die Kurzlebigkeit der Interessen und auf den schnellen Wandel der Betroffenen geachtet werden muss.

Bezugnehmend auf die SWOT-Analyse zu Hollabrunn kann gesagt werden, dass die Stärken und Chancen der Stadt aufgegriffen und für die Stadt genutzt wurden. Mit den Schwächen und Herausforderungen setzt sich die Stadt auseinander und diese scheinen auch den aktiven Bürgern bewusst zu sein. Ein klares Konzept lässt sich dabei vor allem in Hinblick auf die Ansiedlungspolitik von Geschäften nicht erkennen.

Auffällig ist, dass das Thema der Hauptplatzgestaltung, zugunsten einer anderen Verwendung denn als Parkplatz, gar nicht angesprochen wird. Dies wird nach Meinung der Stadterneuerungsbetreuerin von Seiten der Politik nicht auf die Agenda gesetzt, da die Mehrheit der Bevölkerung dagegen wäre. (vgl. WIPP 2014b) Somit wurde es auch im Partizipationsprozess nicht behandelt. Dabei wäre ein Impuls von außen an die Bevölkerung durchaus denkbar, um sie zumindest zum Nachdenken über eine andere Hauptplatznutzung anzuregen.

Die Bürgerbeteiligung war nicht herausstechend hoch, wurde von der STERN-Betreuerin jedoch als „gut“ eingestuft. (vgl. WIPP 2014a: 33)

Anhand der umgesetzten Projekte stellt sich die Frage, ob diese tatsächlich die von den Bürgern beklagten Punkte behandelten oder die Förderungen des Landes doch vorwiegend für städtebauliche Initiativen Verwendung fanden, die seitens der Stadtverwaltung als notwendig erachtet und daher in die Diskussion mit den Bürgern eingebracht wurden.

²⁷ Experteninterview

8.2 Mistelbach



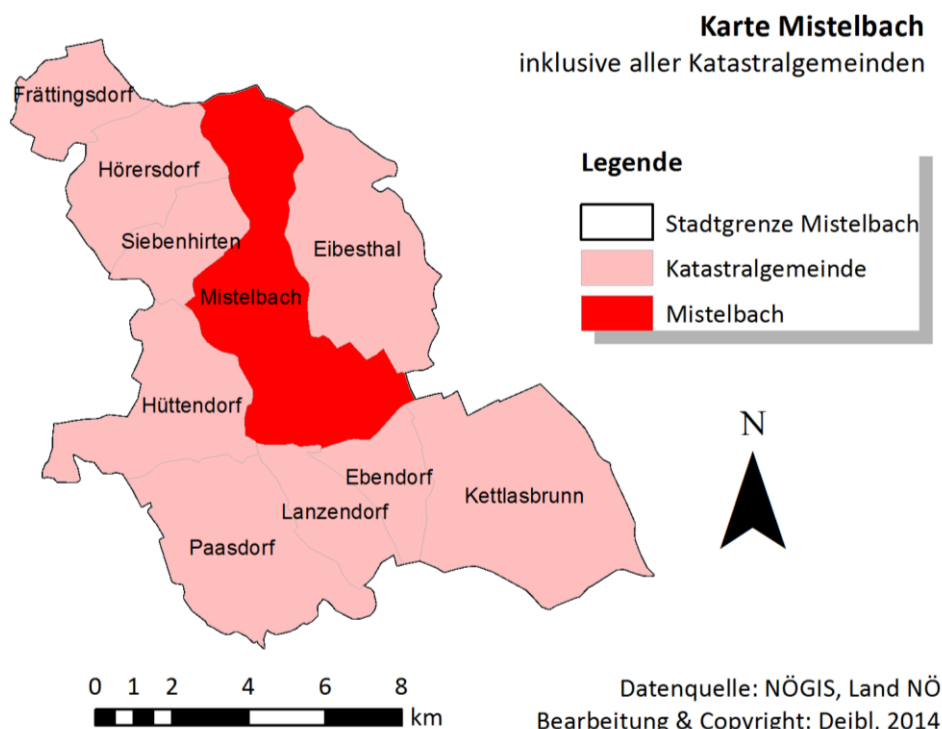
Abbildung 18 – Marke Mistelbach **mistelbach**

Die Stadtgemeinde Mistelbach am gleichnamigen Mistelbach, einem Zufluss der Zaya, gelegen, befindet sich im Norden Niederösterreichs, unweit der tschechischen und der slowakischen Grenze (vgl. Karte 2). Seit der 1972 erfolgten Eingemeindung der neun umliegenden Gemeinden beträgt die Fläche 131,56 km², auf welchen 11.136 Einwohner (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2014) leben, was eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von beinahe 98 Einwohnern/km² ergibt. Knapp die Hälfte der Bevölkerung wohnt in der KG Mistelbach. Die ehemaligen Einzelgemeinden sind jedoch nicht nur aufgrund ihrer Lage baulich getrennt, (vgl. Karte 6) die Bewohner identifizieren sich auch vorrangig mit dem Stadtteil, der früher ein eigenständiger Ort war, und erst danach mit der Stadt Mistelbach. Dabei sehen sich die Bewohner der KG Lanzendorf und Ebendorf, die baulich direkt an das Stadtzentrum anschließen, eher als Städter. (vgl. SCHÖNMANN 2014²⁸)

Mistelbach wird von einem 37-köpfigen Gemeinderat mit absoluter Mehrheit der Volkspartei Mistelbach regiert, die sowohl den Bürgermeister, als auch den Vizebürgermeister stellen.

Die naturräumlichen Gegebenheiten der hügeligen Landschaft, in der sich Mistelbach befindet, erlauben rege landwirtschaftliche Nutzung, jedoch ist der Waldanteil vergleichsweise gering. In der Flächenwidmung wird auch darauf Bedacht genommen, die eher landwirtschaftlich wenig ertragreichen Flächen als Bauland auszuweisen und den Wald zu erhalten. (vgl. STADTGEMEINDE MISTELBACH 2014)

Die Stadt Mistelbach weist in Bezug auf das Thema dieser Arbeit zwei Besonderheiten auf. Einerseits ist es Pilotgemeinde der niederösterreichischen Initiative „Zentrumsentwicklung“, andererseits wurde im Februar 2014 ein Citymarketing eingerichtet (vgl. 8.2.4).



Karte 6 – Mistelbach inklusive aller Katastralgemeinden

²⁸ Experteninterview

8.2.1 Die historische Entwicklung zum wirtschaftlichen Zentrum des Weinviertels

Anhand von Ausgrabungen wurde eine erste dauerhafte Besiedelungstätigkeit des heutigen Mistelbacher Raumes auf das 4. Jahrhundert v. Chr. datiert. Anhand von Scherben- und Gräberfunden konnten römische und germanische Besiedelungen (100 v. – 100 n. Chr.) festgestellt werden. (vgl. MITSCHA-MÄRHEIM 1974)

Wirtschaftlich gesehen kam Mistelbach seine geologische, klimatische und geographische Lage zugute. Die Lössböden ermöglichten Landwirtschaft (Getreide, Wein- und Obstbau), während die zentrale Lage im Hügelland Mistelbach zum Verkehrsknotenpunkt machte. Beides führte zur Herausbildung als Handelspunkt. Die intensive Erschließung des Gebietes erfolgte im 11. und 12. Jahrhundert, 1130 wurde Mistelbach erstmals unter diesem Namen urkundlich erwähnt und im Jahr 1372 zur Marktgemeinde erhoben und dadurch zum wirtschaftlichen Zentrum der Region. (vgl. KOCH 1974)

Ab dem 15. Jahrhundert wurde Mistelbach von unterschiedlichen Katastrophen heimgesucht, die zu großen Zerstörungen und menschlichen Verlusten führten - erst waren es Kämpfe, im 17. Jahrhundert Brandkatastrophen und die Pest und schließlich nach der Schlacht bei Königgrätz 1866 die Cholera. Die Erhebung zur Stadt erfolgte 1972. (VERWALTUNGSBEZIRK MISTELBACH o.J.: 133f)

Nach den beiden Weltkriegen und der russischen Besatzung ab April 1945 erholte sich Mistelbach, das bis dahin nur aus dem heutigen Ortsteil Mistelbach bestand, langsam und nahm an Bevölkerung zu. Heute ist Mistelbach bekannt als wirtschaftliches Zentrum des Weinviertels, in dem Handel und Dienstleistungen dominieren (vgl. Kapitel 8.2.3). (vgl. STADTGEMEINDE MISTELBACH 2014)

8.2.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

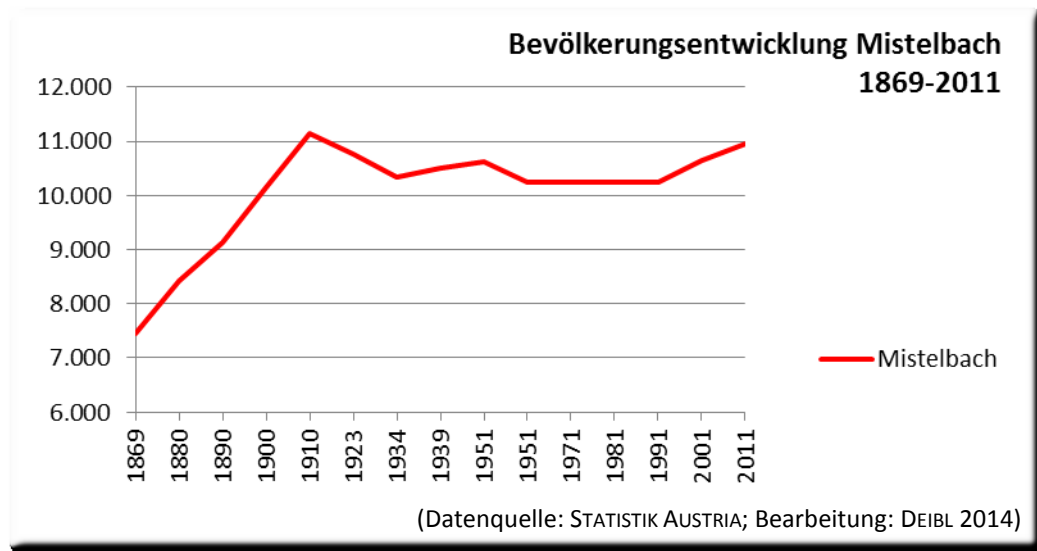


Abbildung 19 - Bevölkerungsentwicklung Mistelbachs 1869-2011

Sieht man sich die Bevölkerungsentwicklung (gesamte heutige Stadtfläche) an (vgl. Abb. 19), so ist ein starker Anstieg von knapp 7.500 Personen zur ersten amtlichen Volkszählung 1869 bis vor dem Ersten Weltkrieg erkennbar. Seither pendelt die Einwohnerzahl auf einem in etwa gleichbleibenden Niveau zwischen 10.000 und 11.200 Einwohnern, wobei kriegsbedingte Verluste und die wirtschaftliche Entwicklung an der Bevölkerungskurve abzulesen sind.

Aktuell entspricht die Altersstruktur Mistelbachs genau dem niederösterreichischen Durchschnitt (vgl. Abb. 20 und 21). Der Stadt wird ein weiterer Bevölkerungszuwachs prognostiziert. (vgl. FASSMANN, GÖRGL und HELBICH 2009: 66ff; vgl. Kapitel 7.2.1)

Die Situation Mistelbachs muss sich, wie schon angekungen ist, demographischen Herausforderungen stellen, da mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum nicht automatisch Arbeitsplätze einhergehen.

So steht die Stadt vor der Herausforderung, sich als attraktiver Standort für Wirtschaftstreibende zu positionieren, um Betriebe anzusiedeln und nicht zur Schlafstadt zu werden, aus der morgens Arbeitskräfte auspendeln und abends heimkommen und somit tagsüber weder die Stadt beleben noch Kaufkraft bei den lokalen Anbietern lassen. Dabei ist Mistelbach in einer ähnlichen Situation wie Hollabrunn (vgl. Kapitel 8.1).

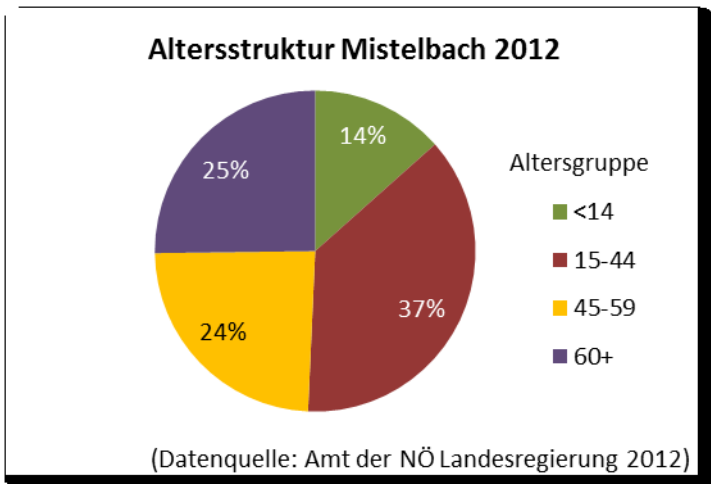
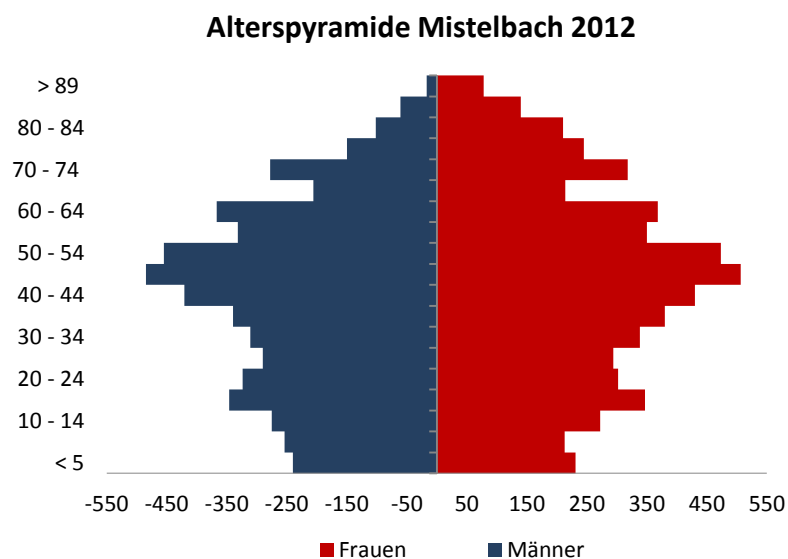


Abbildung 20 – Altersstruktur Mistelbachs
(eigene Darstellung)



(Datenquelle: AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2012)

Abbildung 21 – Alterspyramide Mistelbachs 2012 (eigene Darstellung)

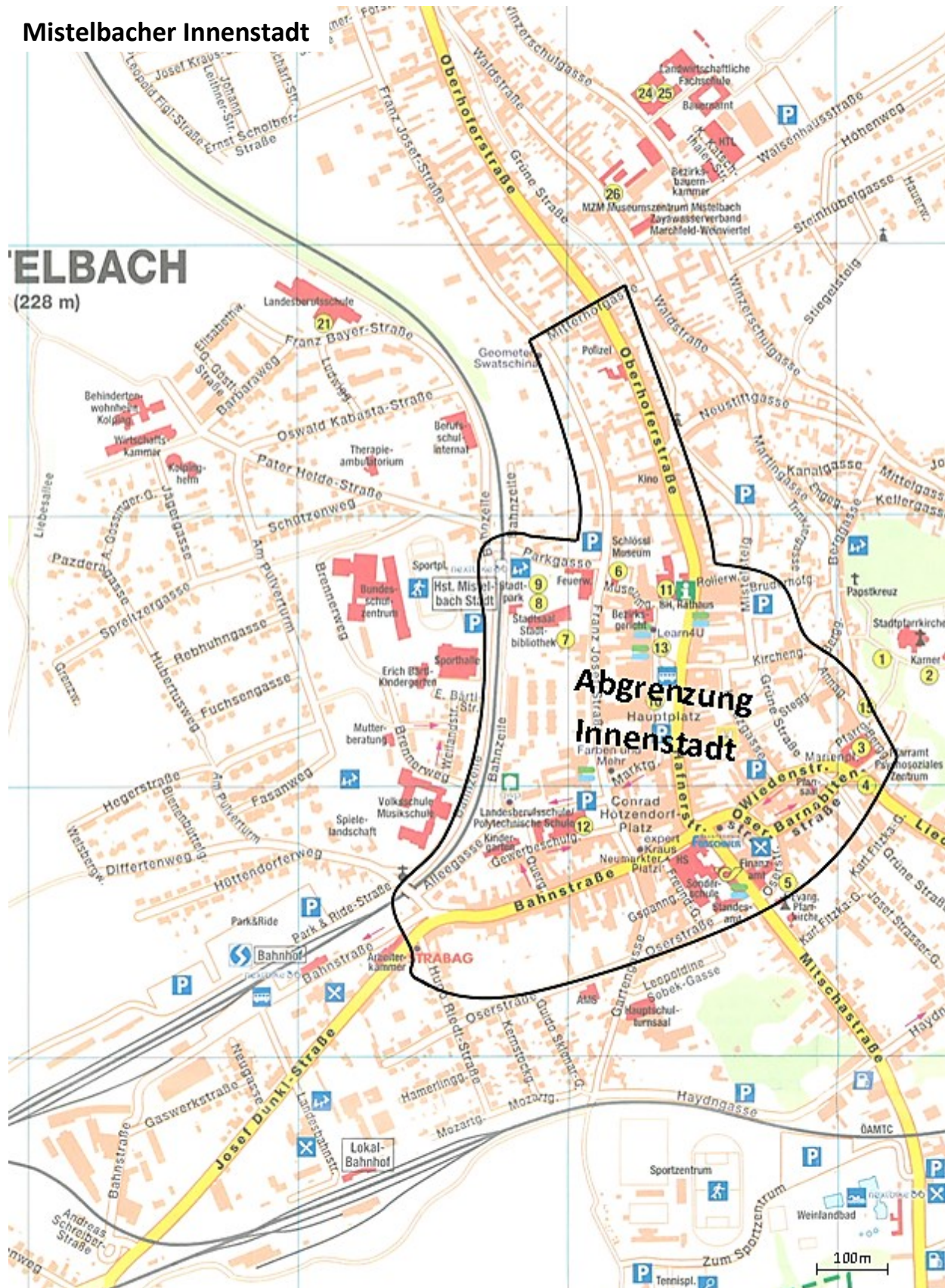
8.2.3 Wirtschaftsstruktur – Mistelbach als Einkaufsstadt

Mistelbach ist heute als Bezirkshauptstadt des Bezirks Mistelbach vor allem für dessen Gemeinden von Bedeutung, da hier neben den öffentlichen Anlaufstellen auch Schulen, Gesundheitseinrichtungen und überregionale Handelsangebote zur Verfügung stehen. Die drei letztgenannten Bereiche sind auch jene, mit denen Mistelbach wirbt. Aufgrund der geringen Stadtgröße und des hohen Angebotes in der gesamten Region Weinviertel ist der Einzugsbereich an Kunden jedoch beschränkt.

Die Stadt hat sich von einer Handelsstadt, die allerdings vergleichsweise von geringerer Bedeutung war, zu einer von Dienstleistungsangebot geprägten Stadt entwickelt. Dies lässt sich an den Zahlen der Arbeitsstätten und der in Mistelbach Beschäftigten (nach Abschnitten der ÖNACE 2008) ablesen. 28,5% der Beschäftigten arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen, etwa 20% im Handel und 12,1% in der öffentlichen Verwaltung. Dem stehen 191 Beschäftigte (2,6%) in Land- und Forstwirtschaft gegenüber. Beherbergung und Gastronomie sind mit 3,8% (48 Betriebe) gering vertreten. (Stand 2011; vgl. STATISTIK AUSTRIA 2011a) Mit beinahe doppelt so vielen Einpendlern, wie Auspendlern ist Mistelbach eine Einpendlergemeinde, was sich aus der Stellung als Bezirkshauptstadt erklärt. (Stand 2011; vgl. STATISTIK AUSTRIA 2011b)

Die Verteilung der Verkaufsfläche fällt in Mistelbach klar zugunsten der Peripherie und der Streulagen aus. Dort findet sich beinahe die eineinhalbfache Anzahl an Geschäften (Innenstadt: 60, Peripherie: 87). Die Verkaufsfläche hat im Vergleich zu 2006 um 8% zugenommen, wobei die Streulagen 10% Zuwachs, die Innenstadt 3% Abnahme zu verzeichnen hatten. Im Bereich der kurzfristigen Bedarfsgüter, auf den etwa die Hälfte des Kaufkraftvolumens entfällt, ergaben sich nur geringfügige Änderungen, die langfristigen Bedarfsgüter hingegen nahmen in der Peripherie um 13% an Fläche zu, während sie in der Innenstadt um 8% abnahmen. Lag der Filialisierungsgrad dabei 2006 noch bei 46% (für die gesamte Stadt), ist er bis 2013 auf 65% gestiegen, in Innenstadtlage hat sich der Anteil von 25% auf 33% erhöht. Mistelbach verzeichnet vor allem für langfristige Bedarfsgüter einen höheren Wert der Kaufkraft-Abflüsse. (CIMA 2013)

Mistelbacher Innenstadt



Karte 7 – Innenstadtabgrenzung Mistelbach

(Kartengrundlage SCHUBERT & FRANZKE 2012; Bearbeitung DEIBL 2014, nach HANAK und SCHÖNNANN:
Innenstadt-Abgrenzung im Zuge des Experteninterviews 2014)

8.2.4 Innenstadtsituation, Stadtentwicklung und Ziele und Projekte der Stadterneuerung

Die Stadtentwicklung in Mistelbach greift auf ein Örtliches Raumordnungsprogramm sowie einen Stadtentwicklungsplan aus dem Jahr 2006 (dessen erstmalige Erstellung erfolgte 2002) zurück.

Aktuell wird das Örtliche Raumordnungsprogramm abgeändert, indem es durch ein rechtlich verankertes Entwicklungskonzept erweitert wird. Dem Entwurf dieses Entwicklungskonzeptes ist die weitere Linie der angestrebten Stadtentwicklung zu entnehmen, die darauf aufbaut, angesichts des prognostizierten Bevölkerungswachstums den Reiz einer in ländlichen Strukturen eingebetteten Kleinstadt zu erhalten. Die Innenstadtentwicklung wird nicht als eigener Punkt aufgegriffen, sondern schlägt sich in den Kapiteln zu Wohnen und Handel nieder. Generell wird Innen- vor Außenentwicklung forciert, wobei aufgrund des Bestandes Schwierigkeiten gesehen werden, beispielsweise ein größeres Einzelhandelsunternehmen, wie ein Möbelhaus, anzusiedeln. Dementsprechend sind Ausweitungen der Zentrumszone angedacht. Beim Wohnbau sollen durch gezielte Anreize vorzugsweise die drei Katastralgemeinden Mistelbach, Ebendorf und Lanzendorf verdichtet werden. (vgl. STADTGEMEINDE MISTELBACH 2014)

Die räumliche Abgrenzung der Mistelbacher Innenstadt ist Karte 7 zu entnehmen. In diesem Bereich findet sich ein großes Angebot an Handels- und Dienstleistungsunternehmen. SCHÖNMANN (2014) streicht heraus, dass die Innenstadt mehr ist, als nur der Hauptplatz.

Der Hauptplatz, um den sich ein großer Teil der Mistelbacher Geschäfte und das Rathaus reihen, ist „autogerecht“ gestaltet, indem er aus einem PKW-Parkplatz und Bushaltestellen für den überregionalen Bus-Verkehr besteht. (vgl. Karte 7) Diese Umgestaltung des Hauptplatzes zu seiner aktuellen Form war Teil der Anliegen der Bürger in der ersten STERN-Periode (1995-2000). (vgl. HANAK 2012: 26ff) Rund um den Hauptplatz, an dessen Ostseite mit der Hafnerstraße eine höherrangige Straße durch die Stadt führt (vgl. Karte 7), finden sich Geschäfte, Lokale sowie das Rathaus. Die Marktgasse, die in südwestlicher Richtung vom Hauptplatz weg führt (vgl. Karte 7), ist zwar mit Pflastersteinen und Begrünung wie eine Fußgängerzone gestaltet, jedoch nicht als solche ausgewiesen. Dies war ebenfalls ein Projekt der ersten STERN-Periode, in welcher auch die Hafnerstraße gestaltet und die Kirchenstiege renoviert wurden. (vgl. EBDA.) Im City-Check der CIMA werden am Hauptplatz fehlende Aufenthaltsflächen angemerkt sowie die Möblierung, Beleuchtung und der Bodenbelag als verbesserungswürdig eingestuft. Neben dem positiven Aspekt einiger hochwertiger Geschäfte, werden Leerstände negativ kritisiert. Daraus ergibt sich die Gesamtnote 3, wodurch Mistelbach im Vergleich mit den anderen niederösterreichischen Städten schlechter abschneidet. (vgl. CIMA 2013: 24f)

Mistelbach hat keine Schutzzone nach dem neuen Modell, jedoch eine ausgewiesene Zentrumszone, die nach den Plänen des Entwicklungskonzeptes (vgl. im Folgenden) noch geringfügig ausgebaut bzw. durch Subzentren ergänzt werden kann.

2004 wurde mit der M-City²⁹ ein Fachmarktzentrum an den Rand der dicht besiedelten Fläche der Katastralgemeinde Mistelbach (Kernstadt) gebaut. Dieses wird als innerstädtisches Fachmarktzentrum tituliert, befindet sich jedoch de facto etwa 1,7 km vom Hauptplatz entfernt und ist gemeinsam mit zwei Fachmarktzentren umringt von unbebauten Feldern und nur über die B 40 – und somit vorzugsweise motorisiert – zu erreichen. Dennoch verweist BRUCKNER auf das Mistelbacher Kundeneinzugsgebiet von etwa 120.000 Personen, wovon nur zwischen 5.000 und 6.000 Personen

²⁹ Der Name kommt von der Gebäudeform, die in der Vogelperspektive ein „M“ für Mistelbach darstellen soll.

zentrumsnah wohnen. Aufgrund des weitläufigen Stadtgebiets und der Stellung als Bezirkshauptstadt fährt der Großteil der Einkäufer mit dem Auto, wobei das Verkehrsaufkommen insgesamt gleich bleibt, unabhängig davon, ob der Einkauf in einem Fachmarktzentrum oder in der Innenstadt getätigt wird. (vgl. Telefonat mit BRUCKNER am 12.6.2014)

Weitere Stadtentwicklungsmaßnahmen, die in der Innenstadt außerhalb des Programms STERN umgesetzt wurden, umfassen außerdem die Teilnahme an der Pilotaktion Orts- und Stadtkernbelebung des Landes Niederösterreich (2005 – 2006). In der Analyse wurde deutlich, dass in Mistelbach Innenstadt und Peripherie als Einheit betrachtet werden und die Stadt als Ganzes als Einkaufsstadt weiterentwickelt und beworben werden soll. (vgl. SCHUBIGER 2006: 45)

Die Herausforderungen, mit denen die Innenstadt Mistelbachs arbeiten muss, betreffen, verglichen mit den anderen beiden Städten, kaum den Leerstand. Dieser ist zwar vorhanden, sticht jedoch nicht besonders ins Auge, weil er sich an den Straßen und nicht um den Hauptplatz befindet. Als Ziel wird im Entwicklungskonzept (STADTGEMEINDE MISTELBACH 2014) die Attraktivierung des Handelsstandortes Mistelbach genannt. Als Maßnahme dafür wird „die Erhöhung der Verweildauer und Fußgängerfrequenz in der Stadt mit einer Verbesserung der Freiflächen- bzw. der Straßenqualität und des gastronomischen Angebotes“ angegeben. Weiters wird die Notwendigkeit der Umgestaltung und Neuschaffung der Parkflächen gesehen. Eine Konkretisierung der Maßnahmen findet im Entwicklungskonzept nicht statt.

Es wird davon ausgegangen, dass sich Leerstände aufgrund der schon jetzt hohen Frequenz und des guten Angebotes an Handel und Dienstleistungen in Anbetracht der Bevölkerungszunahme und der damit eingerechneten Kaufkraft füllen werden, sodass es positiv ist, diese Flächen in unterschiedlicher Form und Größe zur Verfügung zu haben. Dennoch ist ein Baulandmanagement in Form einer Broschüre oder einer Datenbank mit Leerstandsflächen, um aktive Bodenpolitik betreiben zu können, angedacht. (vgl. STADTGEMEINDE MISTELBACH 2014)

STERN in Mistelbach

Mistelbach nahm ab Anfang 2012 zum zweiten Mal an der STERN teil. Beginnend wurden Fragebögen an alle Haushalte versandt, mit Fragen zur Einschätzung Mistelbachs und zu den Anliegen der Bevölkerung. Der Rücklauf betrug 242 Stück. Bei der Auftaktveranstaltung im April 2012 wurden fünf Arbeitskreise gebildet:

- Generationen & Freiwillige
- Lebendiges Mistelbach
- Gesundheit und Prävention
- Raumplanung & Stadtentwicklung
- Verkehr 2020

(vgl. HANAK 2012)

Die Themen der Innenstadtbelebung werden in Mistelbach Arbeitskreis-übergreifend behandelt und im Stadterneuerungskonzept verankert. Der AK „Lebendiges Mistelbach“ setzte sich zum Ziel, „Ideen zur Belebung und Attraktivierung des Stadtzentrums“ auszuarbeiten, wobei höhere Besucherfrequenz und das Halten bestehender sowie die Ansiedelung neuer Betriebe angestrebt werden. Im AK „Raumplanung & Stadtentwicklung“ wollte man sich mit dem Bevölkerungswachstum auseinander setzen, was indirekt auch einen Einfluss auf die Innenstadt hat, da die Personen als

Kunden, Schüler, Kindergartenkinder und potentielle Arbeitskräfte in der Stadt auftreten. (EBDA.: 17)
Der AK „Verkehr 2020“ setzte sich mit den Weglängen innerhalb der Stadt auseinander.

Die Innenstadt-bezogenen Vorhaben der beiden Arbeitskreise umfassten 2012 folgende Projekte:

1. WLAN-Wolke über Mistelbach
2. Mistelbach ganz schön in Bewegung
3. Einkaufsführer für Mistelbach

Das erste Projekt konnte in Kooperation zwischen der Stadtgemeinde und der STERN umgesetzt werden. In der Mistelbacher Innenstadt kann man nun freies WLAN nutzen, was zu einer längeren Verweildauer der Personen im Stadtzentrum führen soll. (vgl. EBDA.)

Die Bewegung der Mistelbacher Bevölkerung soll im Sinne der Gesundheit und Fitness der Bevölkerung verstärkt werden. Im Projekt „Mistelbach GEHT!“, das vom AK Verkehr 2020 ausgearbeitet wurde, wurde eine Schablone gestaltet, die, wenn man sie über einen maßstäblich dazu passenden Stadtplan Mistelbachs legt, anzeigt, welche Wegstrecken innerhalb von 5, 10 oder 15 Minuten zu Fuß zurück gelegt werden können. (vgl. NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG 2014)

Das dritte Projekt soll eine Informationsbroschüre für die Mistelbacher Kunden werden, um das aktuelle Geschäftsangebot gebündelt erfassen zu können. Das Endprodukt wird von der Igm³⁰ (Leistungsgemeinschaft Mistelbach) erstellt und befindet sich in Ausarbeitung. Die Idee, die im Prozess des Stadterneuerungskonzeptes entwickelt wurde, wird nun von den Gewerbetreibenden selbst umgesetzt und finanziert. (Stand Juni 2014) (vgl. HANAK– persönliche Kommunikation via e-mail am 3.6.2014)

Ein weiteres, kleineres Projekt, das im Rahmen der STERN entstanden ist, war die Errichtung eines offenen Bücherschranks am Conrad Hötzendorf-Platz vor der Landesberufsschule und der Polytechnischen Schule, indem eine ehemalige Telefonzelle umfunktioniert und damit nachgenutzt wurde. SCHÖNMANN (2014) erläutert dazu, dass die Initiative von zwei jungen Mistelbachern kam, die konkret mit dieser Idee an die Stadterneuerung herangetreten sind, um sie verwirklichen zu können. Für alle genannten Beispiele war aufgrund der niedrigen Kosten keine STERN-Förderung nötig.

Für die restliche STERN-Periode sind noch weitere Projekte geplant, die sich aktuell in der Konzeption befinden. Das Mistelbacher Markt-Angebot soll durch einen Frischmarkt ergänzt werden. Im Themenfeld des innerstädtischen Verkehrs wird aktuell ein Car-Sharing-Konzept und der Ausbau des innerstädtischen Radroutennetzes ausgearbeitet. (Stand Juni 2014) (vgl. HANAK – persönliche Kommunikation via e-mail am 3.6.2014; 12.6.2014)

³⁰ Die Leistungsgemeinschaft Mistelbach (LGM) ist die Vereinigung zentrumsnaher Wirtschaftsbetriebe

Citymanagement Mistelbach

Mistelbach hat seit Februar 2014 einen Citymanager³¹. Das Mistelbach Marketing (MIMA GesmbH), deren zwei Gesellschafter die Stadtgemeinde Mistelbach und die Leistungsgemeinschaft Mistelbach sind, hat für drei Jahre ein Budget von 160.000€/Jahr (120.000€ von der Stadtgemeinde, 40.000€ von der Igm). Hinzu kommen noch etwaige projektbezogene Förderungen.

Seine Aufgabe als Citymanager vergleicht Herr FASCHING (2014³²) mit jener eines Produktmarketings. Das „Produkt“ Stadt soll verkauft werden. Das bedeutet einerseits die Vermarktung der Stadt „nach außen“, indem sie attraktiviert wird, um Kunden und Touristen anzuziehen, aber auch die Bewusstseinsbildung „nach innen“, die der ansässigen Bevölkerung den Wert ihrer Wohnumgebung und das vorhandene Angebot in den Blick rücken soll. Damit umfasst das Citymarketing vor allem wirtschaftliche Interessen. Die vom Aufsichtsrat, bestehend aus dem Bürgermeister und Vertretern der Politik und Wirtschaft, festgelegten Aufgaben sind die Stärkung des Einzelhandels und eines ausgewogenen Branchenmixes in der Stadt, Kundenbindung, eine einheitliche Einkaufswährung (die in möglichst vielen Mistelbacher Geschäften wie Bargeld angenommen wird), Immobilienentwicklung wie Leerstandsmanagement und die Veranstaltung von Märkten, aber auch Betriebsansiedelungen. Beim Einzelhandel wird auch versucht, die Kooperation mit der M-City auszubauen, da die Bevölkerung das Fachmarktzentrum mit seinem Handelsangebot und der guten Parkplatzausstattung annimmt.

Bei der Erstellung der Strategien arbeitet der Citymanager mit Politik, Verwaltung und den Wirtschaftstreibenden eng zusammen. Selten entsteht auch eine Kooperation mit Vereinen. Das wirtschaftliche Konzept der MIMA sieht keine Bürgerbeteiligung vor und Herr FASCHING (2014) ist auch überzeugt, dass eine Stadt mit gut funktionierendem Marketing keine Stadterneuerung braucht. Dennoch findet eine laufende Abstimmung mit dem Stadterneuerungsbetreuer statt.

Marke Mistelbach

Im Sinne der Positionierung der Stadt im Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen hat Mistelbach eine Stadtmarke kreiert. Im dahinter liegenden Prozess wurde versucht, all das, wofür Mistelbach steht, bestmöglich in Form einer visuellen Darstellung, wiederzugeben. Das Ergebnis ist in Abb. 18 zu sehen. Der zum roten Markenlogo gehörende Spruch „ganz schön mistelbach“ kann je nach Einsatzgebiet des Logos durch unterschiedliche Claims wie „ganz schön kultig“ erweitert werden. Durch die Verwendung des Stadtnamens als Adjektiv wird er zur inhaltlichen Beschreibung (etwas kann „mistelbach“ sein und beinhaltet damit die in der Marke mitgedachten Charaktereigenschaften der Stadt).

Durch die Marke soll vor allem die Vielfältigkeit der Stadt zum Ausdruck kommen. Mistelbach versteht sich als DorfStadt, welche die Vorzüge einer Stadt mit jenen eines Dorfes verbindet. Mit diesem Begriff sind auch die vorhandenen Gegensätze klar angesprochen, die dadurch in Wert gesetzt werden sollen. Die Botschaft ist, dass die Stadt überraschend vielseitig ist. Außerdem soll die Marke die Stadt als erdverbunden (bodenständig, heimatlich) darstellen und verwendet Feuer als das Element, das die Mistelbacher Kräfte bündeln kann – Mut, Kraft und Dynamik (aufstrebend, mutig). (vgl. STADTGEMEINDE MISTELBACH 2007)

³¹ Die von der MIMA GmbH beauftragte Person, die sich um die Vermarktung der Stadt kümmern soll, trägt die Bezeichnung Citymanager, wobei es sich de facto um ein Stadtmarketing handelt. Daher wird im Weiteren der Begriff Stadtmarketing bevorzugt.

³² Experteninterview

8.2.5 Diskussion der Stadtentwicklung in der Mistelbacher Innenstadt

Die Ausgangsbedingungen, sowohl in baulicher, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, sind im Stadtzentrum gut, bergen jedoch Potential, das noch ausgeschöpft werden kann. Leerstand ist ein weniger präsent Thema, als dies in Hollabrunn und Neunkirchen der Fall ist. Dennoch zeigt der Entwurf des Stadtentwicklungskonzepts, dass die Thematik ein wichtiger, dauerhafter Agendapunkt ist. Kritisch zu bewerten ist die Verkehrssituation am Hauptplatz, der in seiner Gestaltung ausbaufähig ist, um vermehrt zum Verweilen und Flanieren einzuladen. STERN-Betreuer HANAK (2014³³) kann sich auch eine Ausweitung der Fußgängerzone vorstellen, wohingegen Bauamtsdirektor BRUCKNER (2014³⁴) bauliche Umgestaltungsmaßnahmen insofern einschränkt, als er die derzeitige Gestaltung als Kompromiss zwischen Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung sieht, der im Umbau-Verfahren in der letzten STERN-Periode erarbeitet wurde. Wie in Kapitel 8.2.4 angesprochen bringt die Weitläufigkeit der Stadt motorisierten Verkehr zumindest bis zum Zentrum mit sich. Das widerspricht jedoch nicht der Überlegung, die innerstädtischen Wege fußgänger- und radfahrerfreundlich zu gestalten, was mit dem Projekt „Mistelbach GEHT!“ und dem in Konzeption befindliche innenstädtische Radroutennetz schon angeregt wurde. Die gerade im Bau befindliche Umfahrung der Stadt wird dabei von SCHÖNMANN als Entlastung hinsichtlich des Durchzugsverkehrs angesehen.

Die Mistelbacher Stadtverwaltung versucht, die Stellung als Kleinstadt und die Prägung einer aus vielen Katastralgemeinden bestehenden Stadt mit relativ dörflichem Charakter aktiv aufzugreifen, um dies in Wert zu setzen. Gleichzeitig ist sich die Stadtverwaltung der Herausforderungen, wie sie beispielsweise durch den prognostizierten Bevölkerungszuwachs auftreten werden, bewusst. Diese werden in einer zweigleisigen Auseinandersetzung mit dem Thema Stadtentwicklung bestritten. Einerseits wird über die Stadterneuerung versucht, die Bürger in die Diskussion zu holen, andererseits soll ein Citymarketing die Stadt aus einer wirtschaftlich motivierten Perspektive entwickeln.

Umfangreiche bauliche Maßnahmen wurden im Rahmen der ersten Stadterneuerungsperiode sowie in den darauf folgenden Jahren umgesetzt. Dementsprechend wurde die STERN in der zweiten Periode nicht mehr so sehr als Finanzierungs- sondern mehr als Beteiligungsinstrument genutzt und hatte insofern eine positive Wirkung, als die Zielsetzungen aus dem STERN-Prozess von anderen Akteursgruppen übernommen werden.

Stadtgemeinde, Stadterneuerungsbetreuer und Citymanager stimmen ihre Zielvorstellungen und Umsetzungsmaßnahmen aufeinander ab. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Prioritätensetzung unterschiedlich ist und es wäre nicht sinnvoll, die abgrenzenden Charakteristika so weit zu verwischen, dass alle die gleichen Projekte verfolgen aus derselben Perspektive verfolgen. Dennoch ist Zusammenarbeit wichtig, um für die und mit der Bevölkerung an einer gemeinsamen Identität der Stadt zu arbeiten.

³³ Experteninterview

³⁴ Experteninterview

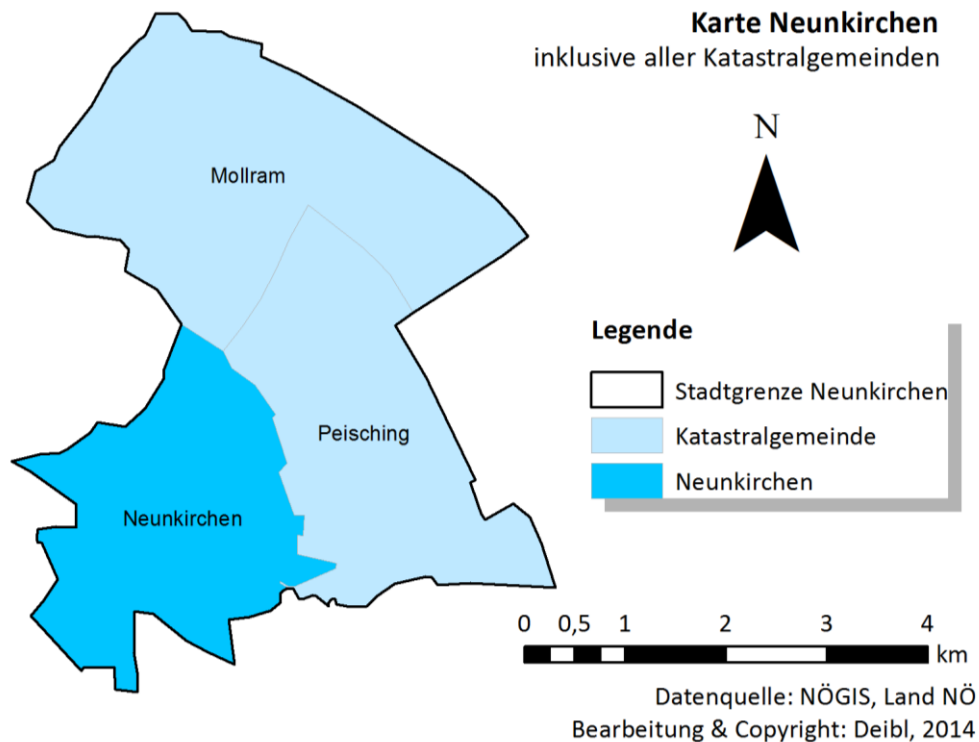
8.3 Neunkirchen



Abbildung 22 – Marke Neunkirchen

Neunkirchen, die Hauptstadt des gleichnamigen Bezirks, liegt an der Schwarza im Süden Niederösterreichs (vgl. Karte 2) und weist mit einer Fläche von 20,38 km² und 12.376 Einwohnern (vgl. STATISTIK AUSTRIA 2014) eine Bevölkerungsdichte von etwa 602 Einwohnern/km² auf. Das Gemeindegebiet Neunkirchens setzt sich aus Neunkirchen (der ehemaligen Ortschaft) mit über 10.000 Einwohnern und den beiden 1969 eingemeindeten Katastralgemeinden Mollram und Peisching zusammen (vgl. Karte 8).

Die Stadt wird seit 2010 trotz einer politischen Mehrheit der SPÖ, die bis dahin die absolute Mehrheit hatte und alleine regierte, von einem 37-köpfigen Gemeinderat unter einer Koalition aus ÖVP (stellt den Bürgermeister) und den Grünen (stellen den Vize-Bürgermeister) regiert, da ansonsten keine Mehrheitsregierung zustande gekommen wäre.



Karte 8 – Neunkirchen inklusive aller Katastralgemeinden

Da in Neunkirchen der erste STERN-Prozess stattfindet und darin der Großteil der Stadtentwicklungsinitiativen integriert ist, wird dies den Schwerpunkt des Kapitels 8.3 bilden. Daneben ist der Unterschied zu den anderen beiden Beispielstädten die wirtschaftliche Prägung der Industrie, die historisch großen Einfluss auf die Stadt ausübte, weshalb darauf auch besonders eingegangen wird.

8.3.1 Die historische und wirtschaftliche Entwicklung Neunkirchens: Von der Siedlung zur Industriestadt zur Einkaufsstadt

Die heutige Stadt Neunkirchen geht auf eine Siedlung zurück, die seit der La Tène-Zeit (150 – 15 v. Chr.) dauerhaft bestand. Daraus wurde eine römische Siedlung an der Blätterstraße, einer wichtigen Verbindungsstraße zwischen Donaauraum und Alpenländern, auf welcher die heutige Neunkirchner Innenstadt basiert. Im 11. Jahrhundert wurde dem Handels- und Verkehrsknotenpunkt das Markt- und das Münzrecht verliehen, welche er jedoch kurze Zeit später an die neu gegründete Stadt Wiener Neustadt abtreten mussten. (vgl. STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN 2014a)

Aufgrund des wenig ertragreichen Bodens entwickelte sich in Neunkirchen keine bedeutende Landwirtschaft. Die geographische Lage an der Schwarza und die gute Verkehrsanbindung brachten der Stadt jedoch schon vor der Industrialisierung eine gewisse wirtschaftliche Rolle in Niederösterreich. So war sie am Beginn des 19. Jahrhunderts ein gewerbliches und industrielles Zentrum des Wiener Beckens. Anfangs siedelten sich Fabriken des Textilgewerbes (Stoffhersteller, Färbereien) an, im Laufe der Industrialisierung dann Firmen, die Metall verarbeiteten (Schwertfabrik, Schraubenfabrik). In dieser Zeit wurden auch die fabriksnah angelegten Arbeitersiedlungen errichtet, die städtebaulich prägend waren. In diesem wirtschaftlichen Aufschwung ist auch der starke Bevölkerungszuwachs in Neunkirchen zwischen 1851 und 1900 begründet (vgl. Abb. 23).

Die wachsende Einwohnerzahl führte einerseits zu höheren Belegungszahlen in den Wohnungen, andererseits zu Wohnbau vor allem nördlich der Schwarza im Steinfeld und im Lerchenfeld (davor erstreckte sich das Siedlungsgebiet vorwiegend am südlichen Schwarza-Ufer). Auch im Stadtkern erfolgte Nachverdichtung, jedoch änderte sich um die Jahrhundertwende der Arbeiterwohnbau dahingehend, dass von Zeilenbebauung auf lockere Bauweise mit Grünflächen umgestellt wurde, was eine hohe Flächeninanspruchnahme mit sich zog. (vgl. FASAN und HAIDER-BERKY 1987) Die Teilung der Stadt in einen nördlich und einen südlich der Schwarza gelegenen Teil ist bis heute weder städtebaulich noch in den Köpfen der Bewohner ganz überwunden. (vgl. BRANDSTETTER 2014³⁵)

Mit dem Ende der Monarchie und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sowie der folgenden Wirtschaftskrise begann der Niedergang der Neunkirchner Industrie. (vgl. FASAN und HAIDER-BERKY 1987) 1920 erhielt der Markt Neunkirchen das Stadtrecht. (STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN 2014a)

8.3.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

Die industrielle wirtschaftliche Entwicklung Neunkirchens bedeutete für die Bewohner andere Lebensumstände, als sie in den landwirtschaftlich geprägten Städten Mistelbach und Hollabrunn vorzufinden waren. Das lässt sich klar an den Bevölkerungszuwächsen Ende des 19. Jahrhunderts ablesen. Die wirtschaftliche Strukturierung als Industriestadt wirkte sich auch auf die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung aus, was sich möglicherweise bis heute in Form verstärkter Partizipation durchschlägt. Die Neunkirchner Bevölkerung hat sich aufgrund der Industrialisierung zwischen 1869 und 1910 beinahe verdoppelt. Während der Weltkriege und der Nachkriegszeit verzeichnete die Stadt einen markanten Bevölkerungsrückgang bis in die 1960er-Jahre. Auf einen leichten Bevölkerungsanstieg bis in die 1970er-Jahre folgte ein erneuter Abfall, wodurch bei der

³⁵ Experteninterview

Volkszählung 1991 ein Tiefststand von knapp über 10.200 Einwohnern zu verzeichnen war. Seither erfolgte, vor allem bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, ein deutlicher Bevölkerungszuwachs. Bis heute kann in Neunkirchen von leicht steigender Bevölkerungszahl gesprochen werden. (vgl. Abb. 23)

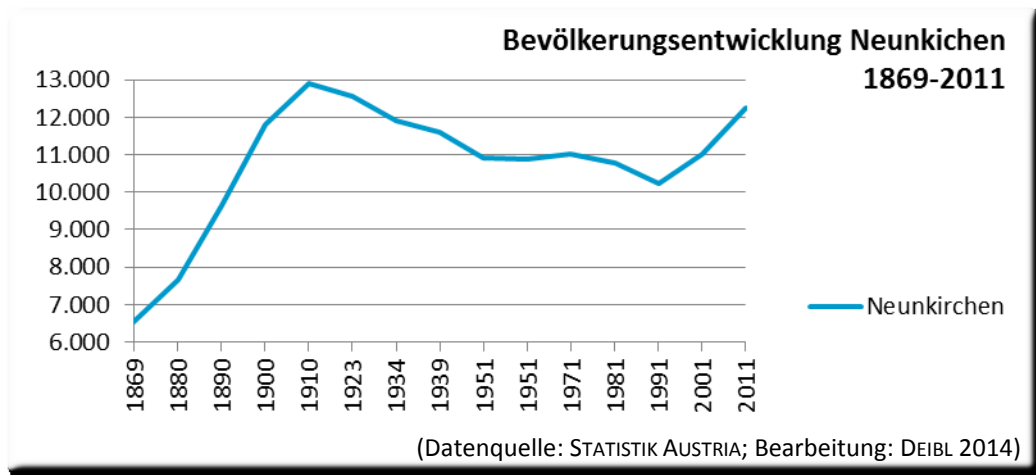
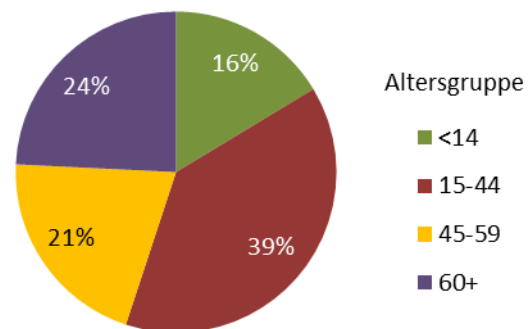


Abbildung 23 – Bevölkerungsentwicklung Neunkirchen 1869-2011

Die Altersverteilung entspricht jener Hollabrunns und Mistelbachs (vgl. Abb. 24). Dennoch zeigt die Alterspyramide eine gleichmäßigere Verteilung auf die 5-jährigen Altersgruppen (vgl. Abb. 25).

In den Katastralgemeinden ortet FASAN (2014³⁶) weiterhin ein gewisses dörfliches Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden. Das Identitätsbewusstsein der Bevölkerung aller Teile als „Neunkirchner“ zeigt sich trotz so mancher „spielerischer Forderung

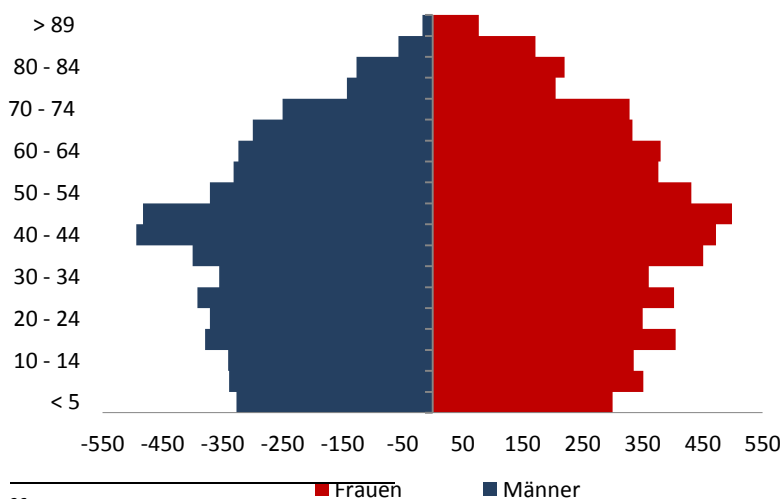
Altersstruktur Neunkirchen 2012



(Datenquelle: Amt der NÖ Landesregierung 2012)

Abbildung 24 – Altersstruktur Neunkirchens 2012
(eigene Darstellung)

Alterspyramide Neunkirchen 2012



nach der Unabhängigkeit der KGs“ in dem Umstand, dass die Bewohner Mollrams und Peischings „ihre“ Katastralgemeinde als den ersten Bezirk Neunkirchens bezeichnen würden. (vgl. FASAN 2014)

Abbildung 25 – Alterspyramide Neunkirchens 2012
(eigene Darstellung)

³⁶ Experteninterview

8.3.3 Wirtschaftsstruktur – Neunkirchen als Handelsstadt

Neunkirchen verkauft sich heute vorrangig als Einkaufsstadt, wobei sich das Einzugsgebiet über den gesamten Bezirk erstreckt, und versucht dabei über Initiativen zur Innenstadtrevitalisierung Einwohner und Kaufkraft anzulocken bzw. zu binden. (vgl. STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN 2014a)

Statistisch gesehen hat Neunkirchen zwischen 2001 und 2011 einen deutlichen Anstieg sowohl der Arbeitsstätten, als auch der Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen. Diese verteilten sich jedoch nicht gleichmäßig über alle Wirtschaftsbereiche.

Die Veränderungen im Einzelhandelsgefüge in Neunkirchen lassen sich anhand der von CIMA erhobenen Daten erläutern (vgl. CIMA 2006; CIMA 2013). Es zeigt sich, dass, trotz einer Zunahme der Bevölkerung, der Kaufkraftindex zwischen 2006 und 2013 abnahm. Das wird vor allem auf die Kaufkraftabflüsse nach Wr. Neustadt (etwa 17km entfernt mit großem Einkaufszentrum Fischapark) sowie die Abflüsse in den Bereich des E-Commerce zurückgeführt. Der Filialisierungsgrad nahm insgesamt zu, bei genauerer Aufgliederung sieht man jedoch, dass davon nur die peripheren Lagen betroffen sind. Dennoch nahm die prozentuelle Verkaufsfläche der Filialen in Innenstadtlagen zu, in peripherer Lage blieb sie relativ unverändert. Die wirksame Kaufkraft (entspricht dem Einzelhandelsumsatz) lag in Neunkirchen 2006 bei 114,5 Mio. €, was im Vergleich mit anderen niederösterreichischen Zentralen Orten ähnlicher Größe ein verhältnismäßig hoher Wert ist. 2013 erfolgte eine Steigerung um 1% auf 115,6 Mio. €. Davon entfielen 2013 51,3% (2006: 50%) auf Güter des kurzfristigen, 23,5% (2006: 21%) auf jene des mittelfristigen und 25,1% auf jene des langfristigen Bedarfs (2006: 29%). Das zeigt einerseits die hohe Bedeutung der Stadt für den Einkauf alltäglicher Güter und andererseits die Konkurrenz Wr. Neustadts für die anderen beiden Güter-Gruppen. Die Aufsplittung des Umsatzes nach Lage der Geschäfte zeigt, dass knapp 2/3 der Umsätze in peripherer Lage erwirtschaftet wurden, jedoch vor allem mittelfristige Güter in Innenstadt-Lage gekauft wurden (2006: 67%). Dies hängt allerdings mit der Häufigkeit des Bedarfs und dem (verglichen mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs höheren) Preis der Güter zusammen. Die Kundschaft kam 2013 zu 41% aus Neunkirchen, 51% waren Zuflüsse aus dem Marktgebiet (Handelseinzugsgebiet Neunkirchens).

An Verkaufsfläche standen den 8.248m² der innerstädtischen Lagen 2013 32.182m² in Streulagen gegenüber. Die Geschäfte in der Innenstadt sind dabei rund um den Hauptplatz sowie teilweise in zwei vom Hauptplatz wegführenden, teilüberdachten Passagen zu finden. Eine auffällige Veränderung brachte die Studie 2013 zutage: Die Verkaufsfläche in der Innenstadt ist zwischen 2006 und 2013 um durchschnittlich 32% zurückgegangen. Dabei gibt es um 50% weniger Verkaufsfläche im Segment des mittelfristigen Bedarfs. (vgl. CIMA 2006; vgl. CIMA 2013)

8.3.4 Innenstadtsituation, Stadtentwicklung und Ziele und Projekte der Stadterneuerung

Die Abgrenzung der Neunkirchner Innenstadt ist schwierig zu treffen. Wie Karte 9 zeigt, wird von der Bevölkerung ein sehr großer Raum als „Innenstadt“ bezeichnet (vgl. BRANDSTETTER 2011: 8). Als Handelszentrum der Stadt definiert, ist die Grenze sehr viel knapper zu ziehen. Da in dieser Arbeit davon ausgegangen wird, dass die Besucherfrequenz aufgrund der Handelsfunktion eine Innenstadt maßgeblich ausmache, sei hier der zweite Bereich als Innenstadt festgelegt, wobei dies im weiteren Verlauf nicht immer trennscharf abzugrenzen sein wird.

Städtebauliche Situation

Seit der Zeit, als alle Funktionen rund um den heutigen Hauptplatz angesiedelt waren, hat sich im Bereich der Innenstadt viel verändert. Der damals mit Kutschen befahrene Platz, um den sich die Wohnhäuser und Werkstätten der Gewerbetreibenden reihten, war mit der Zunahme der Mobilität und des Verkehrs Teil der Route Wien – Triest, wobei die Durchzugsstraße über den Hauptplatz verlief. Mit der Umfahrung der Stadt seit den 1990er-Jahren hat sich die Verkehrsfrequenz reduziert, nahm jedoch innerhalb der nächsten 20 Jahre wieder zu und eine neue Lösung war vonnöten. Diese wurde in einer Straßenführung gefunden, die den motorisierten Individualverkehr tangential am Hauptplatz vorbei führt (Triester Straße und Fabriksgasse in Fahrtrichtung Osten sowie Wiener Straße und Kirchengasse in Fahrtrichtung Westen dürfen befahren werden). Der Hauptplatz an sich ist mit Ausnahme einiger Parkplätze an der Wiener Straße autofrei. Zu einer reinen Fußgängerzone konnte man sich in Neunkirchen neben dem Hauptplatz lediglich in der Herrengasse durchringen. Alle weiteren Straßen und Plätze dürfen befahren werden. Diese Lösung war zur Zeit ihrer Einführung im Sinne aller Beteiligten und ist es heute mit Ausnahme einiger Wirtschaftstreibender immer noch. Eine weitere Ausweitung der verkehrsbefreiten Zone wurde aufgrund der Befürchtung nachlassender Besucherfrequenz nicht vorgenommen. (vgl. FASAN 2014)

Seit 2011 hat Neunkirchen als eine der Pionierstädte eine Schutzzone nach dem Neuen Modell (vgl. Kapitel 8.2.4; Anhang 2). Darin sind die denkmalgeschützten Gebäude inklusive zusätzlicher, für den Erhalt des Ensembles wichtiger, Gebäude ausgewiesen. Dies betrifft allerdings nur wenige Häuser, die infolgedessen auch bei Umbauten oder Fassadengestaltungen strengeren Regeln unterliegen. Der Großteil, der in der Schutzzone befindlichen Gebäude und Flächen, kann ohne erweiterte Auflagen umgestaltet werden.

Die im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgewiesene Kernzone geht über diesen Bereich jedoch hinaus und umfasst in etwa den Bereich, der vom AK Innenstadt(belebung) als „Innenstadt“ definiert wurde (vgl. Karte 9). Dabei ist für die Thematik der Innenstadt als Handelsmittelpunkt vor allem das schon angesprochene zentrumsnahe Areal der ehemaligen Schraubenfabrik, die in den 1990er-Jahren geschlossen wurde und auf deren Areal das Einkaufszentrum Panoramapark errichtet wurde, (vgl. Kapitel 8.3.1; 8.3.3) interessant.³⁷ Die Auswirkungen für die Lebendigkeit des Stadtkerns waren spürbare Frequenzeinbußen und Leerstände, da große Filialen, wie jene von Libro, Intersport

³⁷ Die restliche Fläche wurde für Wohnanlagen und das Einkaufszentrum Panoramapark, das 2011 eröffnet wurde, zur Verfügung gestellt.

oder DM, von der Innenstadt ins EKZ übersiedelten.³⁸ 2014 wurde mit dem Bau einer Möbelix-Filiale auf dem brach liegenden Teil des Geländes begonnen, zusätzliche Wohnhäusern noch sind geplant. In Überlegung ist zudem eine Erweiterung des EKZs (vgl. Karte 9). Dennoch ist zu sagen, dass dieses Einkaufszentrum zumindest innenstadtnah liegt und problemlos fußläufig bzw. mit dem Rad erreichbar ist und somit die Kunden nicht ganz aus dem Kern abzieht. Das Fachmarktzentrum „Am Spitz“ im Westen der Stadt, dessen Angebot ein Kino, Fachmärkte sowie Güter des täglichen Bedarfs beinhaltet, liegt außerhalb der Kernzone (etwa 1km vom Hauptplatz entfernt). Es ist vorrangig mit dem Auto erreichbar und daher problematischer einzustufen.

Der City-Check der CIMA vergibt eine durchschnittliche Gesamtnote von 2,4 für die Neunkirchner Innenstadt. Positiv angemerkt werden neben dem historischen, gut erhaltenen Ambiente vor allem die Beleuchtung, das Besucher- und das Parkleitsystem. Als Kritikpunkte werden fehlende Abfallkörbe sowie der eher bescheidene Branchenmix angebracht. Zusätzlich finden die vielen leer stehenden Flächen in der Innenstadt Erwähnung. Dabei fiel im Juni 2013 (zur Zeit der Erhebung) vor allem das flächenmäßig ausgedehnte leer stehende Lokal am Hauptplatz gegenüber dem Rathaus ins Auge (CIMA 2013: 23ff), welches nun jene Buchhandlung beherbergt, die davor ein anderes Geschäftslokal füllte. Dieses bildet nun den einzigen, und aufgrund der weniger prominenten Lage nicht sehr auffälligen, Leerstand am Hauptplatz. Dieses Beispiel illustriert sehr anschaulich das Faktum, dass Leerstand nicht gleich Leerstand ist. Bei Geschäftsleerständen kommt es laut BRANDSTETTER (2014) nicht nur auf die Größe des Lokals, sondern immer auch auf die Ausdehnung der Auslagenflächen an. Außerdem ist das Gesamtensemble ausschlaggebend. In Neunkirchen ist dabei zu bemerken, dass sowohl in der Post-, als auch in der Herrengasse sowie am Holzplatz wenige bis keine Geschäfte mehr in Betrieb sind und auch die Wiener Straße von Leerstand gesäumt ist. Dieser ist weniger auf die Errichtung des Einkaufszentrums zurückzuführen, sondern vor allem im allgemeinen Strukturwandel begründet, bei dem familiengeführte Einzelbetriebe nicht von der nächsten Generation übernommen wurden. Es kann folglich festgehalten werden, dass nicht die schwindende Kaufkraft die Ursache der augenscheinlichsten Herausforderung für die Stadt, den Leerstand darstellt.

Der Hauptplatz an sich wird das ganze Jahr über für Märkte genutzt. Die Neunkirchner Wirtschaft veranstaltet zweimal jährlich Einkaufsnächte, an denen die Geschäfte bis 22h geöffnet haben. Ein einmaliges Projekt bei der Einkaufsnacht im Sommer 2012 war der 200m² großen Blument Teppich, bei dem auf dem Hauptplatz aus Blumen ein Muster gestellt wurde. (vgl. AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG 2011)

Die Stärken und Schwächen der Stadt werden aus der sehr detaillierten Analyse, die zu Beginn der STERN-Periode erstellt wurde, ersichtlich (vgl. Tab. 4). Im Zuge der Stadterneuerung wurde eine Bevölkerungsbefragung zur Identität der Stadt durchgeführt, worauf der Markenprozess (vgl. im Folgenden) aufsetzte. Daraus geht hervor, dass die historischen Bürgerhäuser am häufigsten als stadtprägender Faktor genannt wurden und die fehlende Attraktivität des Stadtzentrums eine Schwäche darstellt.

³⁸ Geplant war ursprünglich, Filialen anderer Ketten im EKZ unterzubringen, als in der Innenstadt schon vorhanden waren. Allerdings dauerten die Bauarbeiten länger als veranschlagt und aufgrund der Finanzkrise kamen einige der Verträge nicht zustande, wodurch Lokale frei wurden und gegen Innenstadt- Lokale ausgetauscht wurden.

Tabelle 4 – Stärken-Schwächen-Analyse der Neunkirchner Innenstadt (vgl. BRANDSTETTER 2011: 9ff)

STÄRKEN	SCHWÄCHEN
Geschichte und Kultur: baulich-historischer Kern	
- historischer Stadtkern - Hauptplatz - Flair in der Innenstadt	- historischer Altstadt-kern ist zu wenig bekannt, wird zu wenig geschützt - historische Gebäude kommen zu wenig zur Geltung
Verkehr: Bewegen in der Stadt	
- Fußgängerzone, freie Bewegungsmöglichkeit für Kinder - Hauptplatz, Herrengasse autofrei - Parkmöglichkeiten - fußläufige Erreichbarkeiten in der Innenstadt	- Fußgängerzonen - Teilung der Stadt in Nord- und Süd-Teil - Verkehrskonzept - schlechte Radanbindung - Bewusstsein über Parkmöglichkeiten - Parkgebühr
Infrastruktur: Multifunktionale Innenstadt	
- Multifunktionelle Innenstadt - Hauptplatz: Veranstaltungen, Märkte - Spielplätze in der Innenstadt - Stadtcafé - Stadtpark	- Jugend-Angebote - Bauernmarkt mit nur wenigen Ständen - Akzeptanz der Innenstadt-Bewohner
Wirtschaft: Branchenmix	
- Leerflächen als Zukunftspotential - persönliche Fachberatung in Geschäften	- schlechter Branchenmix - räumliche Konzentration von Geschäften von Inhabern mit Migrationshintergrund haben - leer stehende Geschäfte - keine Spezialitäten in der Innenstadt - keine einheitlichen Öffnungszeiten - Kaufkraft wandert ab (FMZ Am Spitz, Fischapark in Wr. Neustadt), dadurch weniger Frequenz in der Innenstadt - Vernetzung der Geschäftsleute - Allgemeiner Pessimismus der Geschäftsleute
Gestaltung des öffentlichen Raumes	
- Stadtbild - Erneuerungsmöglichkeiten - Stadtpark an Innenstadt angrenzend	- Stadtbild über 20 Jahre alt - Attraktivität Einfahrt Eiserne Brücke, Busbahnhof, Minoritenplatz, Wienerstraße - Zu wenige Grünflächen am Hauptplatz - Einbindung des Stadtparks in Stadtattraktionen - zu wenig Sicherheit im Stadtpark
Gastronomie	
- ansatzweise Gastronomie vorhanden - Schanigarten-Feeling	- fehlende Schanigärten - keine Lokalszene
Image nach innen / außen	
- überschaubare Kleinstadt - persönlich - Vereinsleben - motivierte Menschen	- fehlende Identität, fehlendes Alleinstellungsmerkmal, Imageschwäche, mangelnde Außenwirksamkeit - schwache Motivation der Bevölkerung (zB. bei Veranstaltungen) - Konkurrenz von Wr. Neustadt (Umfahrung Neunkirchens auf der Autobahn) - zu wenig bekannt

Stadtentwicklung(splanung) und Stadterneuerung

Wie mit den Potentialen und Herausforderungen gearbeitet wird und welche Maßnahmen für die Innenstadt gesetzt wurden und werden, soll hier zum Ausdruck kommen.

Das im Jahr 1993 verordnete Örtliche Raumordnungsprogramm Neunkirchens (STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN 1993) gibt einige stadtentwicklungsplanerische Grundsätze vor. Viele davon entsprechen dem damaligen und bis heute anhaltenden Trend der Zeit. So wurden vermehrt Umfahrungslösungen angestrebt, die langfristige Siedlungsentwicklung soll auf den dafür ausgewiesenen Flächen innerhalb des Ortsgebietes verwirklicht werden und ein generelles Streben nach ökologischen Gesichtspunkten wie der baulichen Verdichtung und dem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wird deutlich. Schon damals wurde die angestrebte Teilnahme an den Landesaktionen „Dorf- und Stadterneuerung“ sowie „Natur ums Dorf“ festgehalten. (vgl. EBDA.) Es dauerte allerdings bis 2011, bis Neunkirchen erstmals an in die Stadterneuerung eintrat. Peisching ist seit demselben Jahr Mitglied der Dorferneuerung, in Mollram scheiterten die anfänglichen diesbezüglichen Bemühungen an der fehlenden Vereinsstruktur. (BRANDSTETTER 2014) Die 1993 festgelegten Ziele sind teilweise bis heute aktuell. Einige der angesprochenen Punkte werden erst jetzt im Zuge der STERN umgesetzt. (vgl. im Folgenden)

Eine Auffälligkeit an den Zielen des Örtlichen Raumordnungsprogramms ist die wirtschaftliche Positionierung. Neben dem Wunsch der Bereitstellung gewerbe- und industrie-freundlicher Infrastruktur, ohne gleichzeitige Beeinträchtigung der Wohnbevölkerung und mit dem Ziel, das Arbeitsplatzangebot auszubauen, wird die Standortqualität bezüglich des Handels im Vergleich zu Wiener Neustadt konkret angesprochen. (vgl. STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN 1993) Hier besteht eine Konkurrenz-Situation aufgrund der Nähe und der Größe der Nachbarstadt, die sich auch in der Stärken-Schwächen-Analyse des AK Innenstadt(belebung) zeigt. (vgl. BRANDSTETTER 2011: 9ff) Aufgrund des aktuellen (2014) Ausbaus des EKZs Fischapark bleibt dies auch weiterhin ein wichtiger Faktor für den Handel in Neunkirchen.

STERN in Neunkirchen

Erfolgreiche STERN-Projekte entstehen in den Köpfen der Betroffenen, geschehen durch die Hände der Beteiligten und zeigen sich in den Worten der Begeisterten. (vgl. BRANDSTETTER 2014)

Neunkirchen partizipiert seit 2011 erstmals am Stadterneuerungsprogramm des Landes Niederösterreich. Ausschlaggebender Faktor dafür war in vor allem die Initiative des seit 2010 amtierenden Vize-Bürgermeisters Herrn FASAN, der das Programm als Instrument sah, um die neunkirchner Bevölkerung, in ihrem Veränderungswunsch³⁹ zu bekräftigen und diesen in gelenkten Bahnen umzusetzen. Hinzu kam die prekäre Finanzlage der Stadtgemeinde, wodurch eine Kofinanzierung von Projekten auch aus diesem Aspekt einen Weg darstellte, um dennoch Projekte umzusetzen. Dieses, für die Gemeinde durchaus kostspielige, Unterfangen der Teilnahme an STERN wird seitens der Stadtgemeinde mit der großen Gruppe an Menschen, die sich dadurch mit der Stadt beschäftigen, gerechtfertigt. (vgl. FASAN 2014) In Neunkirchen ist die Partizipation an STERN-Aktionen im Verhältnis zu anderen Städten sehr hoch. An der Auftaktveranstaltung am 3. Februar 2011 nahmen beispielsweise rund 300 Personen teil. (vgl. STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN 2014b)

³⁹ abgeleitet aus der Stadtratswahl 2010, in der die SPÖ die absolute Mehrheit verlor

Der Beginn des STERN-Prozesses in Neunkirchen

Um die Bevölkerung auf die Teilnahme Neunkirchens an der STERN aufmerksam zu machen und ihnen die Informationen darüber zur Verfügung zu stellen, wurde die „Baustelle STERN“ inklusive Gerätschaften und einem Informationspavillon am Hauptplatz installiert. Während der Auftaktveranstaltung wurden in einem partizipativen Prozess mit der anwesenden Bevölkerung folgende fünf Arbeitskreise-Themen festgelegt:

- Innenstadt(belebung)
- Stadt(teil)entwicklung
- Kultur und Bildung
- Zusammenleben und Gesundheit
- Erholung und Grünraum

In einer Fragebogenaktion wurden die Neunkirchner Haushalte zur Lebensqualität sowie dem Verbesserungspotential Neunkirchens befragt. Diese brachte 316 Retournierungen.

Am 31. Mai konstituierte sich der STERN-Beirat, im August 2011 war schließlich das STERN-Konzept als Richtlinie für die Stadterneuerungsprozesse in Neunkirchen fertig. (vgl. BRANDSTETTER und ZODL 2011: 9ff) Davon sind für diese Analyse vor allem die Vorhaben, Ziele und Umsetzungen des erstgenannten Arbeitskreises Innenstadt(belebung) von Interesse. Die Abgrenzung der Innenstadt entspricht dabei weitgehend jener in Karte 9, die dem Protokoll der 1. Arbeitskreissitzung entnommen wurde. (vgl. BRANDSTETTER 2011)

In einer Bündelung und Sortierung der Ziele während der ersten STERN-Arbeitskreissitzungen wurden im Stadterneuerungskonzept (BRANDSTETTER und ZODL 2011) strategische Ziele festgelegt. Für die Innenstadt ist davon relevant, dass Neunkirchen als regionaler Netzknoten und Handelszentrum etabliert werden soll, wobei das EKZ nicht als Konkurrenz, sondern als Ergänzung zum innenstädtischen Angebot zu sehen ist. Außerdem ist die Erhaltung der baulich und kulturell wertvollen Substanz und die Beseitigung des Leerstandes zu betreiben.

Als Handlungsziele werden dazu ein Nutzungs- und Entwicklungskonzept für den Leerstand, Maßnahmen zur Frequenzsteigerung wie beispielsweise Märkte, Geschäfte mit qualitativ hochwertigem Angebot und eine überlegte Verkehrslösung genannt. Außerdem ist eine Verbindung der Innenstadt mit dem EKZ wichtig. Am Rande wird noch die Steigerung des Tourismus angesprochen. Als Leitspruch für Neunkirchen wird „Die Stadt, die viel zu bieten hat!“ erkoren. (vgl. BRANDSTETTER und ZODL 2011:43f)

Es wird also deutlich, dass Neunkirchen daran arbeitet, Identität zu stiften und sich seiner Werte bewusst zu werden, die möglicherweise durch die vielfach negativ konnotierte Industriestadt-Prägung etwas abhanden gekommen sind. Dennoch kann die Stadt auf alte, gut erhaltene Strukturen aufbauen und diese auch zu ihrem Vorteil verwenden. Dafür spricht sich die Bevölkerung im Stadterneuerungskonzept aus und darauf sind auch die weiteren Aktionen, wie die Ausweisung einer Schutzzone, abgestimmt.

Konkrete Umsetzungen

Da die Stadterneuerungsinitiative sowie einzelne NAFES-Projekte die wesentlichen Schienen der Stadtentwicklung in Neunkirchen darstellen, werden die darin umgesetzten Projekte kurz dargestellt. Die einzelnen innenstädtischen Maßnahmen der STERN wurden in drei Gruppen eingeteilt (vgl. BRANDSTETTER und ZODL 2014):

„Eine Innenstadt“

1. Attraktive barrierefreie Verbindungswege und -plätze (Wiener Straße, Holzplatz, Hauptplatz)
2. Neugestaltung des Minoritenplatzes
3. Grünraumgestaltung – „Grüne Inseln in der Stadt“

Ziel des ersten Projektbündels war die Verbindung der Innenstadtteile. Städte, deren Entstehung man im Stadtbild ablesen kann, sind aus diesem Aspekt heraus sehr interessant. Dennoch muss die heutige Stadtentwicklungsplanung Wert darauf legen, dass die Einzelteile nicht „auseinander fallen“. Die Gestaltung des Minoritenplatzes an einem der „Innenstadteingänge“ gehört dabei ebenso zum Konzept, wie die gesamte angelegte Gestaltung des Grünraumes, um Aufenthaltsflächen zu schaffen. Die Kosten wurden in der Konzeption für das Projekt 1 auf 3-5 Mio. €, für das Projekt 2 auf etwa 100.000€ und für das dritte Projekt auf unter 50.000€ geschätzt.

Die Umsetzungen der Vorhaben umfassen die Planung der schon angesprochenen Schutzzone in der Neunkirchner Innenstadt, die mit knapp 50% gefördert wurde und nun im Baurecht verankert ist. Über diese Maßnahme wurden die Bürger lediglich informiert.

Die Platzgestaltung am Kardinal-Stickler-Platz, dem Ortseingang an der Eisernen Brücke, wurde unter Beteiligung der Bevölkerung mit einer etwa 25%igen Förderung umgesetzt. Zusätzlich hat sich eine Personengruppe um die Renovierung der Lutterkapelle daneben gekümmert und dies durch Geldspenden und Arbeitskraft aus der Bevölkerung finanziert und errichtet.

Ein zu knapp 50% STERN-gefördertes Spielgerät am Hauptplatz, das mit Beteiligung der Bürger errichtet wurde, fällt ebenso in diesen thematischen Bereich.

„Leerflächenmanagement“

4. Optimierung der Lokalszene
5. Zwischennutzungsagentur

Die vielen Leerflächen sollen im vierten Projekt mit Lokalen gefüllt und dadurch die Besucherfrequenz der Innenstadt erhöht werden. Zusätzlich war die Hoffnung, dass über die einheimische Bevölkerung hinaus ein Ausstrahlen in die gesamte Region passiert und auch Touristen angezogen werden. Das Projekt Zwischennutzungsagentur wurde vom Verein Ideenwerkstatt umgesetzt. Die damit finanzierte zeitlich begrenzte Nutzung der freien Flächen sollte die Bevölkerung auf den Leerstand aufmerksam machen und auf lange Frist eine dauerhafte Nutzung herbeiführen. Die Geschäftslokale werden dabei nicht mit profitorientierten Nutzungen gefüllt. Die Zwischennutzungen umfassten einmalige Essenstreffen („Dinner im Leerstand“) oder die Nutzung der Auslagen zur Ausstellung von Kunst oder Photographie. Die Umsetzung führte zu kurzfristigen Erfolgen, die jedoch keine dauerhafte Füllung der Leerstände zum Ergebnis hatten. Innerhalb der restlichen STERN-Periode denkt der Beirat die Nutzung der Auslagen für eine Ausstellung der Neunkirchner Geschichte bis in die Gegenwart an. Der Kostenpunkt von 25.000€ dafür wurde zu beinahe 50% vom Land getragen. Die Neunkirchner Lokalszene hat sich dabei nur unwesentlich verändert.

„Kulturgut“

6. Renovierung Kesselhaus

7. Ensembleschutz

Das Kesselhaus ist ein „Zeitzeuge“ der Neunkirchner Industriegeschichte. Es liegt westlich des Panoramaparks und sollte sozusagen als gebaute Geschichte erhalten werden. Im Rahmen einer Lehrveranstaltung an der Technischen Universität Wien wurden von Studierenden Pläne für eine Nachnutzung ausgearbeitet. Die aufgezeigten Möglichkeiten reichen von der Einrichtung eines Museums bis zur Nutzung für Veranstaltungen. Derzeit wird geprüft, welcher Verwendung das Kesselhaus schlussendlich zugeführt werden soll.

Das letzte Innenstadt-Projekt bezieht sich ebenfalls auf die bauliche Erhaltung historischer Gebäude. Aus dem Projekt des Ensembleschutzes in der Innenstadt hat sich die Teilnahme Neunkirchens als Pilotstadt des Neuen Schutzzonenmodells ergeben. (vgl. 8.2.4) Die Kosten lagen bei 13.800€, wovon etwa 49% durch die STERN finanziert werden.

Insgesamt belaufen sich diese Innenstadtaufwertungsmaßnahmen in Neunkirchen auf knappe 60.000€, wovon etwa 40% vom Land Niederösterreich im Rahmen der STERN gefördert wurden.

Die Planungen für die zweite Hälfte des Jahres 2014 wurden bei der Beiratssitzung am 3. Juni 2014 besprochen. Neben der angesprochenen historischen Wanderausstellung sind ein Indoorspielfeld und eine Markthalle, um die Positionierung als lebendiger Handelsstandort zu untermauern, geplant.

Zwei weitere Projekte der Stadterneuerung sollen hier angesprochen werden, die sich räumlich nicht konkret auf die Innenstadt beziehen, allerdings dennoch damit in Verbindung stehen. Dabei ist die im Bau befindliche Radfahranlage an der B17 zu nennen. (Stand Juni 2014) Der geteilte Fahrrad- und Fußgängerstreifen führt an der B17 (aus Richtung Wiener Neustadt) entlang zur Eisernen Brücke, der Haupteinfahrtsstraße in die Innenstadt. Dieses Projekt wurde im AK Stadt(teil)entwicklung ausgearbeitet und soll insofern der Innenstadt dienen, als die Kaufkraft von Personen, die das Rad als Verkehrsmittel für Einkaufsfahrten verwenden, in der Stadt bleibt und nicht etwa nach Wiener Neustadt abgezogen wird, wie dies vielfach geschieht, wenn jemand mit dem Auto einkaufen fährt. Über die Projektplanung und -umsetzung wurden die Bürger informiert. Die Kosten von insgesamt 372.195,78€ wurden zu knapp über 50% von der Stadtgemeinde getragen, der Rest wird von STERN kofinanziert.

Das zweite für die Innen- wie die gesamte Stadt bedeutende Projekt ist die Belebung des Stadtparks. Dieses Erholungsgebiet unweit des Zentrums wurde unter reger Bürgerbeteiligung nach dem Motto, Altes zu bewahren und Neues behutsam einzufügen, umgestaltet und attraktiviert. Im Zuge des Projektes wurde ein Kneippweg durch den gesamten Stadtpark angelegt, die Bäume wurden in Form eines Baumbegegnungsweges mit Erklärungen beschildert und gemeinsam mit Kindergartenkindern wurde ein Nützlingshotel errichtet. Im Park befindet sich ein energetischer Kraftplatz, um den ein Labyrinth aus niedrigen Holzstümpfen errichtet wurde, das zur Kraftquelle in der Mitte führt. (vgl. BRANDSTETTER 2014) Die Finanzierung dieses umfangreichen Projektes wurde durch die Gemeinde, die STERN und das Sponsoring einiger ortsansässiger Firmen und Banken aufgestellt. Die Einzelinitiativen wurden in Kooperation mit verschiedenen Personengruppen und Vereinen umgesetzt, die ihre Zeit und Arbeitsleistung zur Verfügung stellten.

Die Evaluierung der STERN-Periode erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2014, wobei der STERN-Beirat und die Bevölkerung mittels zweier unterschiedlicher Fragebögen zum Prozess und der Wirkung der Projekte befragt werden.

Marke Neunkirchen

Der Anfang 2014 abgeschlossene Marken-Bildungsprozess war ebenfalls ein STERN-Projekt. Dabei wurde die Vielfalt der „Stadt, die alles hat“ in den Mittelpunkt gerückt. Die Marke zielt auf „die Integration der verschiedenen Zielgruppen, Miteinander verschiedenster Interessensgruppen, Altersgruppen und Gemeinschaften“ und darauf, dass Neunkirchen Heimat sowie attraktiver Lebens- und Wirtschaftsmittelpunkt für alle ist. (STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN o.J.: 11) Das sichtbare Ergebnis dieses Prozesses ist ein Logo, das je nach Verwendungszweck den fünf Themenbereichen der Submarken zugeordnet werden kann. Diese sind: „Freizeit“, „Leben“, „Wirtschaft“, „Bürgerservice“ und „Bildung und Kultur“ (vgl. Abb. 26).



Abbildung 26 – Submarken der Stadtmarke Neunkirchen

Doch eine Marke ist mehr als ein Logo. Die Markenbausteine, welche die Aspekte darstellen, die Neunkirchen ausmachen, sind zu allererst „harte“ Faktoren wie Bildungseinrichtungen und Verkehrswege, gefolgt von einem attraktiven Naherholungsgebiet, der Schönheit der Stadt aufgrund ihrer Geschichte und Tradition und der hohen Lebens- und Wohnqualität. Die im Rahmen der STERN-Aktionen behandelten Themen attraktiver Veranstaltungen und Märkte, eines einladenden Stadtzentrums, eines attraktiven Sport- und Freizeitangebots sowie eines vielfältigen Kultur- und Kunstangebots kommen erst dahinter. (vgl. STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN o.J.: 12) Aussagen über die Wirksamkeit der Stadtmarke lassen sich erst nach ihrer Etablierung treffen.

8.3.5 Diskussion der Stadtentwicklung in der Neunkirchner Innenstadt

Vorderhand kann in Neunkirchen festgestellt werden, dass die Stadtentwicklung sich insgesamt beinahe ausschließlich auf die Initiativen im Rahmen der STERN beschränkt. STERN hatte in Neunkirchen den positiven Effekt, dass der Wille der Bevölkerung, sich einzubringen, gestärkt wurde. Die hohe Bevölkerungsbeteiligung weist eine gemischte Alterszusammensetzung auf, was sich mitunter aus der aktiven Ansprache von Vereinen durch die Stadterneuerungsbetreuerin erklärt. Außerdem ist die Bevölkerungszahl der KG Neunkirchen innerhalb der Stadt Neunkirchen, im Vergleich zu den KGs Hollabrunn und Mistelbach, weitaus höher und damit eine größere Grundgesamtheit an Personen vorhanden, die sich einbringen kann. Die Projekte zeigen, dass die Bandbreite des Umsetzbaren im Rahmen der STERN sehr vielfältig ist. Ein kritischer Punkt dabei ist

die Finanzierung der Projekte, die bei ambitionierten STERN-Beteiligten umfangreich ausfallen können, wie man am Beispiel Neunkirchen sieht.

Die Umsetzungen in der Neunkirchner Innenstadt sind großteils baulicher Natur und sehr kostenintensiv, gleichzeitig jedoch, mit Ausnahme der Zwischennutzungen im Leerstand, auch langfristig angelegt. Dieses augenscheinliche Problem leerer Erdgeschosszonen konnte trotz der Initiativen des Leerstandsmanagements nicht wesentlich gemindert werden. Positiv zu werten ist, dass nur ein Geschäftslokal direkt am Hauptplatz davon betroffen ist. In den umliegenden Straßen finden sich jedoch nur wenige gefüllte Geschäftslokale. Die diesbezüglich gesetzten Initiativen dienen lediglich der Bewusstmachung für die Bevölkerung. Aktuell sind im STERN-Beirat Maßnahmen der Fassadengestaltung und der punktuellen Begrünung des öffentlichen Raumes in Form von Pflanzentrögen im Gespräch, die jedoch reine Verschönerungsmaßnahmen darstellen würden. Problematisch ist die Situation vor allem für die noch bestehende Wirtschaft in der Innenstadt. Vizebürgermeister FASAN merkt dazu an, dass die Bemühungen um die Revitalisierung erst am Beginn stehen und eine Weiterführung nach Ablauf der STERN-Periode geplant ist, da die Stärkung des Stadtkerns als Prozess gesehen wird. (vgl. FASAN – persönliche Kommunikation via e-mail am 18.6.2014) Die Pläne einer Einkaufszentrumserweiterung sprechen nicht dafür, dass die Nachricht der aussterbenden Innenstadt tatsächlich schon hinreichend in den Köpfen der Entscheidungsträger angekommen ist. Hier wäre eine aktive Politik der Stadtgemeinde hinsichtlich der langfristigen Nachnutzung des Innenstadt-Leerstandes zu empfehlen, wozu verstärkter Kontakt der Gemeinde mit den Gebäude-Besitzern notwendig wäre. Des Weiteren ist die Vernetzung der Wirtschaftstreibenden und eine Kooperation zwischen den innerstädtischen Gewerbetreibenden und dem Einkaufszentrum bzw. den Fachmärkten am Spitz anzuraten. Es stellt sich außerdem die Frage, ob die abnehmende Kaufkraft als Argumentation zur Erweiterung der Handelsflächen reicht und das Attribut der „Handelsstadt“ für Neunkirchen, in unmittelbarer Nähe zu Wiener Neustadt, das prägnanteste sein soll.

Dies leitet zur Identitätsfindung der Stadt und dem Neunkirchner Markenprozess über. Der Slogan der „Stadt, die alles hat“ spricht im Grunde aus, dass Neunkirchen eine Bezirkshauptstadt und ein Zentraler Ort der Stufe IV ist. Darüber hinaus wäre eine Positionierung in einzelnen Sparten, die über das Handelsangebot hinausgehen, zu begrüßen. Positiv zu werten ist hier jedenfalls das Selbstbewusstsein der „Stadt“, die damit ihre Wettbewerbsfähigkeit klar stellt. Die Frage ist allerdings, ob „die Stadt“ auch tatsächlich die Stadtbewohner beinhaltet, denn letztendlich muss die Identität von allen getragen werden. Dazu ist Kommunikation nach „innen“ wie auch nach „außen“ notwendig.

Insgesamt ist zu sagen, dass in Neunkirchen seit 2011 viele große Projekte umgesetzt wurden, für welche ansonsten das Geld, und unter Umständen auch der politische Wille, gefehlt hätte. Die Neunkirchner Wirtschaft scheint in den Stadtentwicklungsprozessen eine weniger aktive Rolle zu spielen, wobei es vor allem in Bezug auf die große Thematik des Leerstandes und der Belebung der Innenstadt wichtig wäre, die Wirtschaftstreibenden verstärkt einzubinden. Die Partizipation ist in Neunkirchen als hoch einzustufen, wenngleich im STERN-Beirat die Dominanz einzelner, vor allem politisch aktiver, Akteure spürbar ist. Die Renovierung der Lutterkapelle zeigt, dass durch den Anstoß aus der STERN weiteres Potential zur Mitwirkung an Stadtentwicklung in der Bevölkerung lukriert werden kann. Nun gilt es, die in diesem Rahmen angestoßenen Prozesse und das Engagement der Bevölkerung zu erhalten bzw. weiterzuführen und dabei gleichzeitig die tatsächlichen Notwendigkeiten und den Finanzhaushalt der Stadt im Blick zu haben.

9. Ergebnisdiskussion und Handlungsempfehlungen

Die folgende Diskussion beschäftigt sich mit der Beantwortung der in Kapitel 4 gestellten forschungsleitenden Fragen. Dazu werden die Ergebnisse des Forschungsprozesses mit den Erkenntnissen des vorgestellten theoretischen Hintergrundes in Beziehung gesetzt, um so zur Ableitung von Handlungsempfehlungen auf Ebene der Städte, wie auch des Landes in Form der Förderpolitik zu kommen.

Eine allgemeine Bemerkung sei an den Anfang dieses Kapitels gestellt. Alle im Rahmen der Arbeit befragten Personen bestätigen, dass das Feld der Innenstadtgestaltung und -aufwertung ein derart diverses ist, dass es keine Good Practice-Beispiele gibt, von denen sich andere Städte gewissermaßen ein ganzes Maßnahmen-Paket „abschauen“ könnten und dieses lediglich für ihre Stadt adaptieren müssten. Dafür sind die Städte in ihrer baulichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausprägung zu heterogen. Das bedeutet jedoch nicht, dass Einzelmaßnahmen nicht in ähnlicher Form auch in anderen Städten funktionieren bzw. gewisse Abläufe aus der Einzelerfahrung generell überdacht werden sollten. Dementsprechend ist die Analyse einzelner Städte erkenntnisbringend, um einerseits die internen Vorgänge zu erklären und zu verstehen und andererseits Anhaltspunkte für andere Städte oder für die übergeordnete Verwaltungsebene in der Entscheidung zur Ausrichtung ihrer Förderpolitik abzuleiten.

Insofern konnte es nicht der Anspruch dieser Arbeit sein, „die eine“ Lösung aufzuzeigen, sondern eine Analyse bestehender Maßnahmen durchzuführen und Handlungsempfehlungen abzuleiten

In Kapitel 6 konnten drei wesentliche Charakteristika ausgemacht werden, die auf die kleinstädtischen Zentren wirken. Einerseits wird die Stadtgröße als ideal bezeichnet, um die Vorzüge einer europäischen Stadt auskosten zu können. Andererseits wirken die Modernisierungs- und Globalisierungseinflüsse im Städtebau noch nach und bescheren den Städten nicht nur in baulicher Hinsicht Herausforderungen. In diesem Kontext sind auch die mit Stadtentwicklung betrauten Personen zu bedenken, unter denen keinesfalls immer ein klarer Konsens darüber vorherrscht, wie sich eine Stadt entwickeln soll. Auch wenn Wissenschaftler, Planungspraktiker und lokale Politiker Innen- vor Außenentwicklung predigen, werden oft (finanziell motivierte) Entscheidungen in eine andere Richtung getroffen.

Dies greift schon über auf den zweiten Aspekt, der angesprochen wurde, die Abkehr vom jeweiligen Letztstand des Mainstreams und damit aktuell auf die (Rück-)Besinnung auf Regionalität und Qualität anstatt des bedingungslosen Annehmens globaler Einflüsse, wobei hier nicht die bauliche Gestaltung sondern die Produktwahl bei Gütern des kurz- und mittelfristigen Bedarfs angesprochen ist. Dieser Trend hat zwar bisher noch nicht die breite Masse der Bevölkerungsschichten erfasst, wird aber spürbarer und hat in einer Kleinstadt im ländlichen Umfeld die besten Bedingungen, um sich zu entfalten. Dies führt einerseits zum Stichwort der Nachhaltigkeit, die sich in städtischen Planungen derzeit gehäuft in Initiativen zur Radverkehrsförderung und gemischten Wohnbauten ausdrückt, und andererseits zur schon angesprochenen Positionierung des eigenen Wohnumfeldes – in diesem Fall der Kleinstadt – indem „eigenes“ geschätzt wird. Es muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass diese Forderungen auf einem abstrakten, wissenschaftlichen Niveau vielfach schon seit längerer Zeit gestellt werden, jedoch deshalb noch lange nicht lokal und beim Einzelnen angekommen sind. Der Prozess braucht Zeit, bräuchte aber auch mehr Vehemenz in den Forderungen der Wissenschaft an

die Politik und eine stärkere Verankerung in den gesetzlichen Grundlagen und den informellen Konventionen.

Schließlich wurde als dritte Entwicklungslinie die wachsende Bevölkerungszahl thematisiert, wobei dies als einschränkender Faktor für die Verallgemeinerung der gegebenen Empfehlungen zu sehen ist. Den drei analysierten Städten wird Wachstum prognostiziert, weshalb sie ihre Maßnahmen darauf ausrichten und in diesem Sinne werden sie auch bewertet.

9.1 Die Wichtigkeit einer räumlich verortbaren Innenstadt

Die erste, sehr allgemein formulierte Forschungsfrage beschäftigt sich mit der Wichtigkeit räumlicher Zentralität in der heutigen Gesellschaft, auf kleinstädtischer Ebene. Die Kleinstadt, in der man sich noch kennt, aber dennoch die städtische Infrastruktur zur Verfügung hat, wird von den lokalen Experten als ideal eingestuft. (vgl. BABINSKY 2014; BRANDSTETTER 2014; FASAN 2014; SCHÖNMANN 2014⁴⁰) Mistelbach wirbt sogar mit dem Attribut, eine „DorfStadt“ zu sein.

Um die Bevölkerung an die Stadt zu binden und sie zur Nutzung des Stadtkerns zu motivieren, ist Identifikation damit notwendig. Personen können sich mit verschiedenen Räumen und Gruppen identifizieren, wodurch sich auch kein Widerspruch ergibt, dass die Identität im eigenen „Grätzel“, meist der Katastralgemeinde, hoch ist, die Bewohner aber dennoch die Innenstadt „ihrer“ Stadt nutzen. Von dieser identitätsstiftenden Wirkung des Wohnortes auf die Bevölkerung geht auch die Markenbildung aus. (vgl. im Folgenden)

Bei all dem stellt sich die Frage, warum Innenstädte aussterben und die Besucherfrequenz abnimmt. Es gibt kein Rezept, was man im Stadtkern umsetzen muss, damit er attraktiv ist. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass ein Nutzungsmix mit ausgewogenem, qualitativ hohem Handels- und Dienstleistungsangebot wichtig ist.

Dies lässt sich auf unterschiedliche Veränderungen in der Gesellschaft zurückführen und beginnt bei der zunehmenden Motorisierung, wodurch große Einkaufs- und Fachmarktzentren am Stadtrand, eine Fehlentwicklung, der mit der Änderung des Raumordnungsgesetzes 2005 weitgehend Einhalt geboten wurde, leicht erreichbar sind. Die meist überdachte Einkaufslandschaft mit ausreichend Gratis-Parkplätzen wirkt einladend. Andererseits sind die Innenstädte mit ihrer kleinteiligen baulichen Struktur auch nicht auf das heutige Handelsvolumen ausgelegt. Einen zweiten Wettbewerbsfaktor stellt das breite Angebot an Tätigkeiten, die mittlerweile online erledigt werden können, dar. Diese Konkurrenzen bestehen, daher müssen die (Innen-)Städte damit arbeiten. Der Blick darf also nicht ausschließlich zurück gerichtet sein, auf die Zeiten, da die Innenstädte florierten. Ist das Ziel, die Innenstadt zu beleben, definiert, müssen innerhalb der aktuellen Rahmenbedingungen Strategien entwickelt werden. In Hollabrunn besteht dahingehend eine gute Zusammenarbeit zwischen den innerstädtischen Gewerbetreibenden und dem Einkaufszentrum, in Mistelbach wird dies durch den Citymanager nun forciert. Neunkirchen scheint hier Nachholbedarf zu haben. In der Kooperation zwischen den Standorten innerhalb einer Stadt können alle Seiten ihre Stärken ausspielen.

Eine reine Fokussierung auf die Funktion als Handels- und Konsumzentrum ist für Innenstädte jedenfalls nicht sinnvoll. Dabei sollte nicht der alleinige Fokus der Innenstadt auf Geschäften mit

⁴⁰ Experteninterviews

qualitativ hochwertigen Produkten liegen, ohne Frequenzbringer wie Lebensmittelmärkte oder Drogerien, sowie Lokale zu etablieren. Ihrer ursprünglichen Bedeutung entsprechend sollen sie einen Mix an unterschiedlichen Nutzungen aufweisen und dabei ausreichend Raum für die eigene Entfaltung der sich in ihr aufhaltenden Bevölkerung lassen. Insofern ist partizipative Innenstadtentwicklung ein sehr guter Weg, wobei allen Beteiligten klar sein muss, dass die gesetzten Maßnahmen nie zu einer flächendeckenden Zufriedenheit führen werden und möglicherweise nur für einen bestimmten Zeitraum passend sind, da sich die Bewohnerschaft ständig verändert. Die Möglichkeit des Verweilens im öffentlichen Raum ohne Konsumzwang ist dabei für Planungspraktiker GÖRGL (2014⁴¹) sehr wichtig. Um dies zu stärken sind mehr Sitzgelegenheit im öffentlichen Raum und eine aufenthaltsfreundliche Verkehrslösung, die Sicherheit beim Flanieren und eine angenehme, ruhige Atmosphäre bietet, von Bedeutung. Neunkirchen und Mistelbach greifen dies, auch im Hinblick auf den zweiten Konkurrenzpunkt in der sich ändernden Gesellschaftsstruktur, das Internet, auf und stellen freies WLAN auf ihren Hauptplätzen zur Verfügung. Die Verkehrslösung der Hauptplätze in Mistelbach und Hollabrunn ist dabei noch ausbaufähig.

Mit unterschiedlichen (finanziellen, baulichen und sozialen) Maßnahmen kann ein Stadtzentrum aufgewertet werden. Welchen Raum die Bevölkerung in welcher Weise nutzt, sieht RADINGER (2014⁴²) als Summe aus Einzelentscheidung, die nur bedingt steuerbar sind. Um dies gewissermaßen zu lenken, muss Identität und Selbstbewusstsein der Bewohner für ihr räumliches Umfeld und das Stadtzentrum geschaffen werden, sodass sie ihren Wohnort attraktiv und lebenswert finden. Das beste Stadtmarketing kann laut FASCHING (2014⁴³) wenig ausrichten, wenn die Bevölkerung eine negative Botschaft über ihre Stadt nach „außen“ trägt, indem die Lebensqualität und die wirtschaftlichen Voraussetzungen negativ gesehen und dargestellt werden. In den drei untersuchten Städten besteht diesbezüglich nach Meinung der Experten ein gutes Ausgangspotential, denn auch die Einwohner der Katastralgemeinden fühlen sich der Stadt, zu welcher der Stadtkern unweigerlich zählt, zugehörig. In Neunkirchen und Mistelbach wird aktiv in Form der Stadtmarken an einer gemeinsamen „inneren“ Identität gearbeitet, welche die Geschichte⁴⁴ der Stadt erzählen und ihr nicht einen neu erfundenen Stempel aufdrücken, der von der ansässigen Bevölkerung belächelt wird und Ortsfremden einen falschen Eindruck vermittelt. Dazu gilt es, auf Bestehendem und auf vorhandenen Images aufzubauen und im Idealfall diese in die Zukunft zu spielen, sodass sich die Stadt auch als zukunftsöffener Ort mit Visionen präsentiert. (vgl. GÖRGL 2014)

Diesbezüglich ist Mistelbach durchaus als good-practice-Beispiel zu bezeichnen, da sich das Logo samt der Farbgebung durch den gesamten Mistelbacher Außenauftritt zieht und die Adaptierungen des Logo-Spruchs auf unterschiedliche Tätigkeitsbereiche angewandt werden können (vgl. Kapitel 8.2.4). Die Wirkung der Marke Neunkirchen (vgl. Kapitel 8.3.4) ist noch nicht abschätzbar. Die Grundlagen der variablen Verwendung für verschiedene Bereiche sind gut, jedoch bleibt dadurch der Fokus, die Grundaussage vage.

Wie am Beispiel Neunkirchens gezeigt wurde, kann mit dem „Zentrum“ auch „gespielt“ werden, denn dieses bedarf nicht unbedingt eines baulichen Umfeldes und einer historischen Bedeutung und muss nicht immer der Hauptplatz sein. Zentren können auch „geschaffen“ werden, wie der Neunkirchner Stadtpark zeigt. Durch die Anlage gestalterischer Elemente rückte der Park stärker ins Bewusstsein

⁴¹ Experteninterview

⁴² Experteninterview

⁴³ Experteninterview

⁴⁴ Hier ist nicht die Historie der Stadt gemeint, sondern die Summe an Elementen, die jene Stadt ausmachen.

der Bevölkerung. Dennoch besteht keine Konkurrenz zwischen dem Park und dem Hauptplatz. Da beides von der Bevölkerung für unterschiedliche Zwecke genutzt wird, handelt es sich vielmehr um eine Ergänzung. (vgl. BRANDSTETTER 2014)

Die abzuleitende Empfehlung ist folglich, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema des Stadtkerns nicht alleine auf der physischen, sondern auch auf einer gesellschaftlichen Ebene passieren muss. Wie dieser Kern, das Zentrum zu definieren und wo er zu finden ist, hängt von der Stadt und ihren Bewohnern ab. Um hier eingreifen zu können und die Bevölkerung dort abzuholen, wo sie steht, braucht es viel Fingerspitzengefühl und Ortskenntnis. Ein Stadtpark kann und soll die Innenstadt mit ihren Funktionen nicht ersetzen. Ist jedoch die Gegebenheit eines zusätzlichen Treffpunktes vorhanden, so soll damit genauso gearbeitet werden, wie mit bestehenden Einkaufs- und Fachmarktzentren, da „die Stadt“ mehr ist, als nur der Hauptplatz mit seiner Handelsfunktion. Jedenfalls hat das räumlich verortbare Zentrum seine Bedeutung nicht verloren. Eine Verankerung des Themenbereichs Innenstadtbelebung und -aufwertung im Rahmen der Gemeindeverwaltung ist insofern anzuraten. Ob diese in Form eines Gemeinderatsausschusses, einer GmbH oder eines Vereins mit Schwerpunkt auf die Kernstadt oder in anderer Weise betrieben wird, wird von der Stadt abhängig sein. Instrumente wie STERN oder InnoCité können dafür als Impulsgeber oder zusätzliche Förderschienen verwendet werden.

9.2 Innenstadtentwicklung in niederösterreichischen Städten – Prozesse und Umsetzungen

Somit kann die weiterführende Frage nach der konkreten Umsetzung der Innenentwicklung in niederösterreichischen Städten in den Blick genommen werden. Jede Stadt sieht sich individuellen Herausforderungen gegenüber. Dennoch lassen sich gewisse Generalisierungen treffen. Die Stadtkernentwicklung kann selbstverständlich nicht unabhängig von den Rahmenbedingungen seitens des Landes gesehen werden, da die Förderlandschaft des Landes Niederösterreich mitunter den größten Treiber der Entwicklungsprojekte in den Städten darstellt. Die behandelten Förderschienen umfassen vorwiegend die STERN im Rahmen der Dorf- und Stadterneuerung, die NAFES und die Wohnbauförderung in Ortskernen. Die Analyse und die Expertengespräche ermöglichen Einschätzungen dazu und stellen auch die Basis für die vorgeschlagenen Adaptierungen und Handlungsempfehlungen.

Als wohl größte Herausforderung für die niederösterreichischen Innenstädte kann der Leerstand ausgemacht werden. Der Fokus liegt zwar auf der Innenstadtentwicklung, jedoch kann diese nicht von der restlichen Stadt, und auch nicht von regionalen Bindungen befreit, gesehen werden, da gesellschaftliche, wirtschaftliche und rechtliche Zusammenhänge wirken. Kämpft die Innenstadt des regionalen Zentrums mit Leerstand, kann dies aufgrund bestehender Verflechtungen für die gesamte Region negative Auswirkungen haben. Insofern ist eine gegenseitige Verantwortung der Stadt und ihres Umlandes auszumachen, die bei guter regionaler Koordination als Gemeinschaftsaufgabe zu sehen ist. Dies ist in Niederösterreich RADINGER (2014) zufolge nicht sehr ausgeprägt, wie in der Besprechung zu Forschungsfrage 3 gezeigt wird.

Leerstand wird vielfach den Einkaufs- und Fachmarktzentren angelastet, was sich aus der Analyse der drei Beispielstädte nicht uneingeschränkt bestätigen lässt. Ein sehr wichtiger Faktor ist hierbei

einerseits der Wandel vom spezialisierten Fachgeschäft zu großen Anbietern mit breitem Sortiment und andererseits der Generationenwechsel, durch welchen die eigentümbetriebenen Geschäfte von der nächsten Generation nicht übernommen wurden. Beides sind keine neuen Phänomene, sondern schon seit vielen Jahren in Orten und Städten jeder Größe sichtbar. Genauso ist Leerstand keine neue, sondern eine gewachsene Herausforderung für die Innenstädte, die sich allerdings in ihrer zunehmenden Ausprägung immer mehr ins Bewusstsein der Stadtbewohner und -besucher und auch der Verwaltung und Politik schiebt. Die Einkaufszentren haben zusätzlich einzelne Leerstände durch Geschäftsübersiedelung hervorgerufen, wirkten jedoch eher als Anziehungspunkt für neu angesiedelte Filialen, die sich somit zwar für die Ansiedelung in der jeweiligen Stadt, jedoch gegen ein innenstädtisches Lokal entschieden. Ohne das Marketing eines Einkaufszentrums wäre die Filiale vielleicht gar nicht entstanden. Damit geht jedenfalls ein zunehmender Filialisierungsgrad einher, wie sich auch anhand der drei Fallbeispiele bestätigen lässt. Der damit verbundene Verlust an Vielfalt im Angebot wiegt hoch, wird jedoch aufgrund des fehlenden Ausdrucks in Zahlen vielfach vernachlässigt. Auf der anderen Seite tut sich damit eine Nische für qualitativ hochwertige, regionale Produktionen auf, die sich im Zentrum ansiedeln und zur Verankerung des Qualitätsmerkmals einer Stadt beitragen können. Ein Citymarketing, wie es in Mistelbach eingeführt wurde, ist für derartige Fragestellungen zur Positionierung im Handelsangebot eine vielversprechende Investition, wobei darauf zu achten ist, dass über die wirtschaftlichen Argumente nicht andere relevante Bereiche unberücksichtigt bleiben.

GÖRGL (2014) unterstreicht die Notwendigkeit, dass die Stadtverwaltungen vehementer in den Dialog mit den Besitzern der von Leerstand betroffenen Häuser treten sollten, um Nachnutzungskonzepte auszuhandeln oder ins Verkaufsgespräch mit Investoren zu kommen. Dazu braucht es ein breiteres Verständnis innerhalb der Bevölkerung, dass Stadtentwicklung und die Gestaltung des öffentlichen Raumes alle betrifft, wie SELLE dies 2012 benannt hat. Die Zunahme partizipativer Ansätze ist dabei nur ein Weg, um dieses Ziel zu erreichen, denn die aktiv Beteiligten, hat die Botschaft schon erreicht und sie übernehmen damit schon Eigenverantwortung. Jene, die unintentierten Akteure sind, weil sie beispielsweise ein Haus am Hauptplatz besitzen, müssen zusätzlich aktiv angesprochen werden.

Die einleitende, auf den ersten Blick abstrakte, Forderung dieses Thema aus einer regionalen Perspektive zu beleuchten, stellt sich bei näherem Hinsehen als integrierte Sichtweise dar, die im Feld der Raumordnung, die mit unterschiedlichsten Fachmaterien Überschneidungspunkte aufweist, von hoher Relevanz ist. (vgl. GÖRGL 2014) Daher plädieren die beiden Experten aus der Planungspraxis GÖRGL und RADINGER dafür, Stadtkernbelebung in den regionalen Zusammenhang der Stadt einzubetten, zumal der Leerstand, der in einem Mittelzentrum besteht, sich auch auf die umliegende Region auswirken kann. Diese regionale Sichtweise muss allerdings erst in die Köpfe der Zuständigen sickern.

Auf der anderen Seite sind der direkte Kontakt der lokalen Akteure und die Nähe zu den Bürgern, wie sie in der STERN praktiziert werden, ebenfalls sehr wertvoll und durch die räumlich enge Abgrenzung auf die innenstädtische Katastralgemeinde einer Stadt kann in diesem Raum und mit den beteiligten Personen inhaltlich in die Tiefe gegangen werden. In einer Stadt braucht es nach Einschätzung der Experten TRAUNER (2014⁴⁵) und GÖRGL (2014) ein Set an „relevanten“ Akteuren, meist etwa fünf Personen, die gemeinsam an einem Strang in eine Richtung ziehen. Idealerweise sind diese schon in einer gebündelten Konstellation vorhanden. Ansonsten ist es die Aufgabe des

⁴⁵ Experteninterview

Stadterneuerungsbetreuers oder einer anderen mit Stadtentwicklung betrauten Person, herauszufinden, wer die angesprochenen Personen für die jeweilige Stadt sind, sie zusammenzubringen und für ihr Thema zu motivieren. Dies ist aus Überlegungen der Partizipation schwierig und birgt selbstverständlich hohes Kritikpotential. Die Berechtigung sich im Rahmen des Stadterneuerungsprozesses vorderhand aktiv einzubringen, die jenen Personen zugesprochen wird, liegt jedoch in ihrem Engagement, das sie für die gemeinsame Sache aufbringen. Selbstverständlich muss es allen Personen frei stehen, sich zu beteiligen und es sollen auch alle Stadtbürger dazu motiviert werden. Dennoch kann es nicht das Anliegen eines partizipativen Ansatzes sein, vorhandene Strukturen ungenutzt zu lassen und damit Potential an Engagement zu ignorieren. Daher ist es durchaus sinnvoll, dort zu beginnen, wenn ein Partizipationsprozess aufgebaut wird. Damit soll selbstverständlich nicht dafür argumentiert werden, dass sich einflussreiche Personen durch das Einsetzen von Machtmitteln selbst bereichern. Für diesen Balanceakt und das weiterführende Motivieren der Bevölkerung, sich für ihre Stadt einzubringen, ist neben der Kenntnis der Stadt und „eingesessener Traditionen“ auch ein hohes Maß an Fingerspitzengefühl nötig.

Eine generelle Regel vor dem Beginn von Stadtentwicklungsmaßnahmen ist GÖRGL (2014) zufolge, die Notwendigkeit einer objektiven Datenbasis, die von externen Personen, beispielsweise eines Raumplanungsbüros, aufbereitet werden sollten. Zusätzlich ist es nach den Erfahrungen von TRAUNER und PRILLER (2014⁴⁶) relevant, gewachsene Strukturen und etwaige Konfliktpunkte in der Stadt zu kennen, denn kein Stadterneuerungsprozess beginnt mit komplett neuen, unvorbelasteten Bedingungen. Für eine abgestimmte Arbeitsweise ist es auch wichtig, alle in einer Stadt vorhandenen Strukturen, wie Vereine, Fördermittel etc. zu kennen, um diese vernetzen zu können.

9.2.1 Stadterneuerung

Da die Stadtauswahl wesentlich auf der Teilnahme der Stadt an STERN beruhte, findet ihre Diskussion Eingang in die Bewertung.

Eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen von Stadtentwicklungsprozessen ist die Arbeit „nach innen“, die Identitätsbildung und -stärkung. Darauf wird in Kapitel 9.1 eingegangen. Die Diskussion der STERN und ihres Einflusses auf die Städte soll in zwei Bereiche unterteilt werden. Hierbei ist einerseits die inhaltliche Ebene von Bedeutung, in der die Relevanz der umgesetzten Projekte zur Debatte steht. Als zweite Komponente ist die Umsetzung durch bürgerschaftliches Engagement, das vom Land gefördert wird, zu analysieren.

Ein großer Vorteil der Stadterneuerung ist ihre Überparteilichkeit, da die Leitung und Moderation der Prozesse von einer ortsunabhängigen Person übernommen wird und sich der STERN-Beirat aus Gemeindevertretern unterschiedlicher Parteien, Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern zusammensetzt, wodurch unabhängig von einseitig parteipolitischen Färbungen gearbeitet wird. Selbstverständlich schafft diese Ausgangslage noch keine gänzliche Abkehr von politisch motivierten Entscheidungen, da sich in sozialen Prozessen nicht immer alle Beteiligten mit gleicher Intensität einbringen, durchsetzen und ihre Ziele vertreten. Dafür ist die Prozess-Moderation umso wichtiger, als sie für derartige Situationen sensibel sein muss.

⁴⁶ Experteninterview

Wie alle partizipativen Ansätze möchte die STERN, die gesamte betroffene Bevölkerung ansprechen. Dafür muss die Bereitschaft auf der „Planer-Ebene“ bestehen, sich die Bedürfnisse, Wünsche, Probleme etc. der Bevölkerung anzuhören und darauf einzugehen. Allerdings ist es kontraproduktiv, Bürgerbeteiligung zu implementieren, weil sie vorgeschrieben ist, ohne den Kern dahinter zu berücksichtigen, der darin besteht, das vorhandene Potential zu nutzen und durch die Abstimmung vieler Meinungen zu einer allgemein anerkannten Lösung zu kommen. Bei den zuständigen Akteuren wie Bürgermeister, Planern oder Politikern ist dahingehend laut TRAUNER (2014) ein zunehmender Umdenkprozess auszumachen. Das Verständnis dafür, dass die Zufriedenheit der Bevölkerung durch die Beteiligungsmöglichkeit gestärkt wird und die vorgebrachte negative Kritik abnimmt, wächst. Dieses Verständnis brauchte nach einer Zeit der restriktiven Planung und der alleinigen Legitimität von Entscheidungen, die im Gemeinderat gefällt wurden, Zeit, um sich zu entwickeln. Nun ist es jedoch vielerorts soweit gediehen, dass die meisten Verantwortlichen den Mehrwert der Partizipation sehen. Interessanterweise hat dennoch keiner der interviewten lokalen Experten auf die Frage nach den Potentialen und Herausforderungen innerhalb der Stadt, die Bevölkerung angeführt.

Aus der Auseinandersetzung der Stadtpolitik und -verwaltung mit den Wünschen der Bevölkerung resultieren über die STERN hinaus auch weitere Projekte, die in einem anderen Rahmen verwirklicht werden. (vgl. WIPP 2014b⁴⁷) So kommt der Aktion gewissermaßen die Aufgabe zu, die ansässigen Akteure zu bündeln und aktiv zum Nachdenken über ihre Stadt anzuregen und ihre Kreativität zu fördern. Dafür ist die Bereitschaft auf Seiten der Bürger nötig, sich in ihrer Freizeit für die Stadt, in der sie leben, einzubringen. Auch hier ist eine zunehmende Tendenz sichtbar. (vgl. Kapitel 3.4) Partizipation kann entweder aus der Notwendigkeit, sich Gehör für die eigenen Anliegen zu verschaffen (vgl. Bürgerinitiativen bei Windkraftwerken) oder aufgrund der Mitsprache-Möglichkeit, die zur Ermunterung und Bekräftigung des eigenen Engagements beiträgt, entstehen. Meist ist die Kerngruppe der Engagierten in unterschiedlichen Feldern aktiv, weshalb es ein weiterer Balanceakt ist, die Motivation zu fördern und zu nutzen und gleichzeitig darauf Acht zu geben, dass das Engagement durchgehend auf einem aktiven Level gehalten werden kann. (vgl. GÖRGL 2014) Das spiegelt sich im Ansatzpunkt der STERN, die Arbeitspakete innerhalb der vier Jahre in überschaubaren Jahres- bis Zwei-Jahres-Schritten zu bündeln, wider. (vgl. TRAUNER 2014)

Zu bedenken gibt GÖRGL (2014) hierbei, dass es sich um einen Prozess handelt und somit nicht von Anfang an gesagt werden kann, was sich in der Folge entwickeln wird. So sind es seiner Meinung nach oft nicht die anfänglichen Kritikpunkte, die das tatsächliche Problem einer Stadt ausmachen, sondern die wahren Konflikte kommen erst im Laufe des Prozesses an die Oberfläche. Daher kann ein Partizipationsprozess sinnvollerweise nicht im Verlauf abgebrochen werden. Sind die Konflikte erst einmal ausgesprochen, müssen sie aufgearbeitet werden, um am Ende zu einer Lösung zu kommen, die im besten Fall zumindest einen Konsens der teilhabenden Parteien umfasst. Als wesentlichen Aspekt erfolgreicher Beteiligungsprozesse bezeichnet GÖRGL das sichtbare Ergebnis, das als Bestätigung für die eingebrachte Arbeitsleistung gesehen werden kann.

Schließlich stellt sich die Frage nach der Legitimation der Entscheidungen nicht gewählter Bürger in einer Demokratie. Auf diese Frage wurde schon in Kapitel 3.4 eingegangen. Das Problem der demokratischen Legitimation besteht beim STERN-Konzept nicht, da es vom gewählten Gemeinderat beschlossen wird. Die später aus Diskussionen im Prozess der vier Jahre Zusammenarbeit

⁴⁷ Experteninterview

entstehenden Projekte, die nicht in der Form im STERN-Konzept verankert sind, sind diesbezüglich rein formal kritischer zu werten. Inhaltlich sind die Entscheidungen mit breiterer Akzeptanz vielfach zu bevorzugen.

Das Thema der Inklusion und Exklusion von Personen und Personengruppen ist zu breit, um es im Rahmen dieser Arbeit ausreichend behandeln zu können. Jedenfalls ist die Form der Ansprache der Bevölkerung von hoher Relevanz. Die Landeskoordinierungsstelle, wie auch manche STERN-Betreuer⁴⁸ sehen jene, die sich nicht am Prozess beteiligen, nicht in der Position, durchgeführte Projekte später negativ zu kritisieren. Dass damit tatsächlich alle Klagen abgewehrt werden können, ist dennoch in Frage zu stellen. Diese Sicht ist jedenfalls sehr einseitig. Hier kommen die in Kapitel 3.4 angesprochenen Stufen der Beteiligung ins Spiel und die Frage nach der konkreten Umsetzung im Einzelfall. Rein der Umstand, dass sich eine Person nicht am Prozess beteiligt, kann nicht als Argument herangezogen werden, dass sie keine Meinung zu den umgesetzten Projekten haben darf. Dies würde der Freiwilligkeit der Partizipation widersprechen.

Die inhaltliche Komponente der STERN ist von den Teilnehmern abhängig, aber auch davon, ob eine Stadt zum ersten oder zum wiederholten Mal an der STERN teilnimmt. TRAUNER (2014) erklärt, dass die meisten Städte beim ersten Mal thematisch breit aufgestellte Projekte einreichen und in weiteren Perioden thematische Schwerpunkte setzen. Dies zeigt sich in ähnlicher Form in den drei Beispielstädten. Während Neunkirchen unterschiedliche große Projekte umsetzte, die teilweise ohnehin Aufgaben der Stadtgemeinde wären, sind die Projekte in Mistelbach und Hollabrunn in ihrer zweiten Periode schon kleiner und spezifischer. Generell ist zu sagen, dass die Stadterneuerung Niederösterreich nicht die finanziellen Mittel hat, um wirklich ausschweifende Projekte zu unterstützen.

Der Outcome der STERN für die einzelne Stadt lässt sich schwer greifen, da er sich nicht in wirtschaftlichen Zahlen messen lässt. Das Ziel sind zwar spürbare Verbesserungen für die Stadt, jedoch ist der partizipative Ansatz eine derart wichtige konstitutive Komponente des Instruments, dass die Maßnahmen an sich teilweise beinahe in den Hintergrund rücken. Wirtschaftliche Probleme wie jenes der innerstädtischen Leerstände, können durch STERN-Maßnahmen kaum dauerhaft behoben werden.

Der Dorf- und Stadterneuerung wird von Kritikern oft vorgeworfen, sich vorwiegend um Blumenschmuck und „unnötige Verschönerungsmaßnahmen“ zu kümmern. Das ist in manchen Fällen auch nicht ganz von der Hand zu weisen, stimmt jedoch bei genauer Analyse, zumindest für die drei Fallbeispiele, nicht. Zur Ideengenerierung findet Bürgerbeteiligung statt. Dies baut darauf auf, dass interessierte Bürger ihre Meinung kundtun und sich auch mit Zeit, Engagement und Arbeitskraft für die Sache einsetzen. Die so ausgearbeiteten und ausgewählten Projekte werden neben der inhaltlichen Abwägung des STERN-Betreuers einer zusätzlichen Prüfung durch die Landeskoordinierungsstelle unterzogen. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, dass die Ideen alleine von der Bevölkerung eingebracht werden, weil diese in einem bestimmten Punkt Veränderungsbedarf sieht. Vergleicht man die Projekte, zeigen sich gewisse zeitliche (Mode-)Trends. Außerdem bringen organisierte Vertretungen Anliegen ein, für die in weiterer Folge Mehrheiten gesucht werden.

⁴⁸ Die Frage wurde in den Experten-Interviews thematisiert.

Für die Vertreter der analysierten Städte ist jedenfalls klar, dass die breitere Auseinandersetzung der Einwohner mit der Stadt und ihrer Entwicklung die Teilnahme an STERN hinreichend begründet. Zusätzlich räumen sie ein, dass auch der finanzielle Aspekt der Kofinanzierung von Projekten durch Landesförderungen ein relevanter Grund für den Prozess war.

Abschließend kann zur Wirksamkeit der STERN gesagt werden, dass hier unter Umständen unterschiedliche Zielsetzungen und Bewertungskriterien von Seiten der Landesaktion, der Städte und der Bevölkerung aufeinander treffen. Wird Aufwertung quantifiziert, so wirken viele der STERN-Initiativen wenig ertragreich, weil damit keine Projekte mit hoher Wertschöpfung umgesetzt werden können. Als Instrument für die Forcierung der wirtschaftlichen Positionierung einer (Innen-)Stadt ist die Landesaktion nicht geeignet, dafür sollte vielmehr ein Ansatz wie jener des Citymarketings bemüht werden. Das Land Niederösterreich stellt für die Förderung wirtschaftlicher Projekte zudem die Landesaktion NAFES zur Verfügung. Die Intention der STERN ist auch nicht die Übernahme ureigener Gemeindeaufgaben, sondern der Einbezug der Bevölkerung, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Zielvorstellungen einzubringen. Dabei wird auf die Einschätzung von Notwendigkeit und finanziellem Rahmen durch den STERN-Beirat, die STERN-Betreuung und den Gemeinderat vertraut. Darin kann mitunter die Problematik verborgen liegen, dass Förderungen auf den ersten Blick sehr gut klingen, jedoch bei näherem Hinsehen ein hohes Maß an Eigenfinanzierung und -arbeit erfordern. Eine 50-prozentige Projektförderung bedeutet schließlich, dass die andere Hälfte die Stadtgemeinde aufbringen muss. Dabei ist genau zu prüfen, ob dieser finanzielle Spielraum überhaupt vorhanden ist und die Initiativen Nutzen versprechen. Insofern ist davon abzuraten, STERN als „Finanzspritze“ anzusehen. Auch geförderte, partizipativ erarbeitete Projekte sind nur sinnvoll, wenn der Nutzen die Kosten rechtfertigt.

Wie in Mistelbach ersichtlich ist, kann der Prozess auch insoweit einen Anstoß geben, als Initiativen umgesetzt werden, die sogar ihre Finanzierung selbst aufstellen.

Jedenfalls kann es nicht dem Instrument vorgeworfen werden, wenn der Umgang damit nicht im intentierten Sinn verläuft. Positiv ist zu werten, dass viele STERN-Prozesse das Thema Innenstadtaufwertung und -belebung direkt, in Form eines eigenen Arbeitskreises, oder indirekt, durch Projekte in anderen Arbeitskreisen, behandeln.

9.3 Landesförderungen – Gießkanne vs. räumlich fokussierte Förderung

Die niederösterreichische Förderlandschaft für Innenstädte ist vielfältig und umfasst Ortsbild, Wohnen, Wirtschaft und Partizipation. Dabei ist eine gezielte Koordinierung und Abstimmung notwendig. Im Rahmen der Analyse konnte festgestellt werden, dass der Ansatz Niederösterreichs eher dem „Gießkannen-Prinzip“ entspricht, bei dem Förderungen gleichmäßig verteilt werden und wenig regionale Bündelung passiert. Zudem arbeiten die einzelnen Stellen GÖRGL (2014) zufolge vielfach nebeneinander her, wodurch es zu Abstimmungsdefiziten kommt.

Lokal betrachtet ist ebenfalls Abstimmung gefordert. Zwischen den Städten funktioniert der Austausch nach den Aussagen der STERN-Experten gut. Es ist, wie schon angesprochen, zu empfehlen, Städte nicht als Solitäre zu sehen und seitens des Landes unabhängige Einzelförderungen auszusprechen. Städte versorgen einerseits die umliegenden Gemeinden und leben andererseits von deren Arbeits- und Kaufkraft. Eine dementsprechende mehrfache Sicht wäre folglich anzuraten und

die derzeitige Landesförderpolitik nicht nur Projekt- bzw. Gemeinde-bezogen, sondern auch auf der Meta-Ebene der Region umzusetzen. Bei allem Engagement, das vor Ort passiert, hilft ein bewusster Abstand in Form der breiteren Ebene, um Gesamtzusammenhänge in den Blick zu bekommen.

Um nun auf die kleinräumige Maßstabsebene der Innenstadt zu wechseln, ist zu sagen, dass die Abstimmung der einzelnen Förderschienen NAFES, STERN, Stadt-und Ortskernbelebung etc. innerhalb der einzelnen Stadt gut funktioniert. Für jede Landesaktion ist klar abgegrenzt, welche Themen damit abgedeckt sind, sodass keine Mehrfachförderungen stattfinden, aber jedes Projekt einem Programm zuordenbar ist. Dabei nimmt die Zusammenarbeit zwischen den umsetzenden Personen eine wichtige Rolle vor Ort ein. Eine verstärkte Einbettung aller Förderschienen in ein großes Gesamtkonzept wäre dabei wünschenswert.

Die Wirksamkeit der Förderungen ist auf zwei Ebenen gegeben. Einerseits gäbe es viele Stadtentwicklungsprojekte ohne den aktiven Aufruf dazu, wie er beispielsweise in Form der STERN passiert, nicht. Andererseits wären die finanziellen Mittel dafür ohne die Kofinanzierung des Landes nicht vorhanden. Zu überlegen wäre allerdings auch inhaltlich eine stärkere Fokussierung. So könnte neben der Förderung des Nutzungsmixes in Einzelgebäuden davor schon die Abstimmung zwischen Besitzern leer stehender Gebäude und der Stadtgemeinde forciert werden. Hierzu sind auch informelle, bewusstseinsbildende Maßnahmen, wie spezifische Vortragsangebote, anzudenken.

Aus der Arbeit geht hervor, dass die Innenstadtaufwertung und -belebung vorwiegend durch Landesinitiativen gefördert passiert. Dazu sei am Schluss noch die weiterführende Frage aufgeworfen, ob nicht ein regionalerer Ansatz zum Einsatz der Landesmittel zu forcieren wäre, der auf die Städte als Knotenpunkte fokussiert, jedoch über die Stadtgrenzen hinaus wirksame Maßnahmen unterstützt.

10. Conclusio

Im Rahmen dieser Arbeit wurde die Innenstadtsituation niederösterreichischer Kleinstädte anhand dreier Fallbeispiele analysiert. Dabei wurde der Rückbezug auf das europäische Städtmodell mit seinem florierenden Stadtzentrum, in dem sich unterschiedliche Nutzungen treffen, auf seine aktuelle Relevanz hin untersucht. Die Handelsfunktion als konstitutive Komponente wurde dabei neben einer historischen Einbettung zur Charakterisierung der Städte herangezogen.

Ein Problemaufriss macht deutlich, dass Kleinstädte vorwiegend mit den Folgen von Leerstand zu kämpfen haben. Dabei treffen zwei Entwicklungslinien aufeinander – die Konkurrenzsituation der Innenstädte mit den meist am Stadtrand platzierten Einkaufszentren und der breite gesellschaftliche Wandel weg von der inhabergeführten Einzelhandelsstruktur, bei der das Geschäft von einer Generation zur nächsten weitergegeben wird. Die Maßnahmen, mit diesem Phänomen Leerstand umzugehen, sind vielfältig. Das Thema ist in den Rathäusern schon angekommen, die tatsächliche Forcierung der Nachnutzung dieser Lokale läuft jedoch schleppend.

Ein positiver Wandel kann am vermehrten Einbezug der Bewohner in die Stadtgestaltung abgelesen werden. Die in dieser Arbeit vorwiegend behandelte Leitaktion des Landes Niederösterreich zur Stadterneuerung ist diesbezüglich ein gutes Instrument, um die Bevölkerung zur Partizipation zu bewegen. Kritiker orten in vielen der umgesetzten Projekte zum einen ausgelagerte Gemeindeaufgaben, zum anderen Verschönerungsmaßnahmen zur Ortsbildgestaltung, die wenig wirtschaftlichen Effekt aufweisen. Viele Projekte sind Klein- und Kleinstmaßnahmen, die jedoch ohne das aktive Zusammenbringen der Menschen nicht zustande gekommen wären. In einigen Fällen sind daraus weitere Initiativen, auch abseits der Förderschiene, ins Leben gerufen worden. Partizipation, die auf freiwilliger, unbezahlter Basis mit verhältnismäßig geringen Mitteln auskommen muss, lässt sich nicht in wirtschaftlichen Zahlen messen, sondern wirkt auf einer sozialen und gesellschaftlichen Ebene. Dennoch wird in Summe seitens des Landes viel Geld in diese Maßnahmen investiert. Daher wird eine Bündelung und regionale Abstimmung gefordert.

Aus den Ausführungen wird deutlich, dass es nicht ein „Rezept“ für Belebung der Innenstadt gibt, das auf jede Stadt angewandt werden kann. Dennoch können gewisse Faktoren ausgemacht werden, die, dem Rezept eines langjährigen Kochs gleich, ohne genaue Mengenangaben, mit viel Fingerspitzengefühl zusammengebracht werden müssen. Im Fall der Innenstädte konnten dafür eine für Entwicklung offene Stadtpolitik, die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung und ein Set aus Schlüsselakteuren, die gezielt angesprochen werden sollten, festgelegt werden. Die innerstädtischen Gewerbetreibenden sollten genauso angesprochen werden, wie Vereine und andere organisierte Gruppen. Zur Koordination des Prozesses empfiehlt sich ein externer Moderator mit objektiver Datenbasis, der sich allerdings mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut gemacht hat und offen ist für die Möglichkeiten, aber auch die Konfliktpotentiale in der Stadt. Alle vorhandenen Gegebenheiten – ein Einkaufs- oder Fachmarktzentrum in Stadtrandlage genauso wie die historische Prägung oder die demographische Zusammensetzung und -entwicklung – sind in den komplexen Prozess zu integrieren. Das Ziel ist vorher nur als grobe Linie an Erwartungen einzugrenzen und entwickelt sich im Prozess. Eine tatsächliche neue Inwertsetzung der kleinstädtischen Innenstadt umfasst einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, der vermehrt die Möglichkeit der konsumfreien Nutzung des öffentlichen Raumes bereitstellt, ein Umdenken bei den Besitzern des Leerstandes hervorruft und diesbezüglich auch den Gemeinden mehr Handhabe gibt und die Wertschätzung des „Eigenen“, des

Lokalen oder Regionalen fördert. Der Weg dahin ist weit, doch er wurde schon beschritten. Nun gilt es, die lenkenden Parameter darauf auszulegen.

Die vielfach in Anspruch genommene Förderung des Landes Niederösterreich ist als ein solcher Parameter zu sehen und bedarf gewisser Abstimmungen, vor allem in Bezug auf eine Sichtweise auf der Meta-Ebene. Ein gutes lokales Zusammenspiel ist mit einer regionalen Perspektive in Einklang zu bringen.

11. Literatur- und Quellenverzeichnis

ALBERS, G. (1996) Stadtplanung. Eine praxisorientierte Einführung. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage. Primus. Darmstadt.

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (1996) NÖ Bauordnung 1996. Ausgegeben am 5.12.2013. – online unter https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrNo/LRNI_2013129/LRNI_2013129.html - Abruf am 20.3.2014

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2004) Landesentwicklungskonzept für Niederösterreich. Prinzipien, Grundsätze und Ziele einer integrierten Raumentwicklung. St. Pölten. – online unter <http://www.noe.gv.at/bilder/d2/Landesentwicklungskonzept.pdf>, - Abruf am 31.3.2014

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2005) Gemeinde 21. Handbuch. Der niederösterreichische Weg zur Gemeinde mit Zukunft. St. Pölten. – online unter http://www.gemeinde21.at/fileadmin/medien/handbuch_gemeinde21.pdf- Abruf am 31.3.2014

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2007) NAFES aktuell. Ausgabe 3. Juni 2007. Scheibbs. o. S. - online unter http://www.nafes.at/aktuell/nafes_aktuell/alle_ausgaben1 - Abruf am 31.3.2014

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG(2011) NAFES aktuell. Ausgabe 12. Dezember 2011. Scheibbs. – online unter http://www.nafes.at/aktuell/nafes_aktuell/alle_ausgaben1 - Abruf am 31.3.2014

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2013a) Neue Schutzzonenmodelle. Wertvolle Bausubstanz erhalten. Ein Leitfaden aufgrund der Erfahrungen in Baden, Bad Vöslau, Brunn am Gebirge, Mödling, Neunkirchen und Wiener Neustadt. Krems. – online unter http://www.raumordnung-noe.at/fileadmin/root_raumordnung/infostand/sonstige_dokumente/gemeinde/landesaktionen/Brosch%C3%BCre_Schutzzonen.pdf – Abruf am 20.3.2014

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2013b) NAFES aktuell. Ausgabe 15. Juni 2013. Scheibbs. – online unter http://www.nafes.at/aktuell/nafes_aktuell/alle_ausgaben1 - Abruf am 31.3.2014

BISCHOFF, A., K. SELLE und H. SINNING (1996) Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. 2. Auflage. Dortmund. (= Kommunikation im Planungsprozeß 1)

BRANDSTETTER, H. (2011) Arbeitskreis Innenstadt(belebung). Protokoll. 1. AK-Sitzung.

BRANDSTETTER, H. und H. ZODL (2011) Stadterneuerungskonzept Neunkirchen. Neunkirchen.

CIMA (2006) Kaufkraftstrom- und Einzelhandelsstrukturuntersuchung Niederösterreich (KANO 2006)- Landesbericht – Hauptergebnisse. 1. Auflage. Ried im Innkreis.

CIMA (2013) Kaufkraftstrom- und Einzelhandelsstrukturuntersuchung Niederösterreich (KANO 2013). Detailauswertung Neunkirchen. Ried im Innkreis.

DIEM, E. (1993) Die Geographie des Bezirkes Hollabrunn. In: BEZEMEK, E. (Hrsg.) Vergangenheit und Gegenwart. Der Bezirk Hollabrunn und seine Gemeinden. Hollabrunn. S. 249-267.

EGGER, T. (2004) Die Wiederbelebung der Innenstädte. Stadtmarketing: mehr als Stadtwerbung. In: Kommunal. 10/2004. Wien.

FASAN, M und W. HAIDER-BERKY (1987) Die Industrie von den Anfängen bis heute. In: HAIDER-BERKY, W.: Geschichte von Neunkirchen. Bd. 4. Neunkirchen. o.S.

FASSMANN, H. (2009) Stadtgeographie I. Allgemeine Stadtgeographie. 2. Auflage. Westermann. Braunschweig. (= Stadtgeographie 1).

FASSMANN, H., P. GÖRGL und M. HELBICH (2009) Atlas der wachsenden Stadtregion. Materialienband zum Modul I des Projekts „Strategien zur räumlichen Entwicklung der Ostregion (SRO)“. PGO. Wien.

FITTNER, W. und G. HUEBNER (2010) Chronik der Stadt Hollabrunn. – online unter:http://www.hollabrunn.gv.at/gemeinden/user/31022/dokumente/chronik_Holl2010.pdf – Abruf am 21.1.2014

GLÄSER, J. und G. LAUDEL (2010) Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Lehrbuch. 4. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.

GRILL, W. (2004) Stadterneuerung Hollabrunn. Abschlussbericht 2004.

HANAK, E. (2012) Stadterneuerungskonzept Mistelbach an der Zaya.

HANIKA, A. (2011) Regionale Entwicklung und Prognose der Bevölkerung. In: HANIKA, A. ET. AL. (Hrsg.) ÖROK-Regionalprognosen 2010-2030. Modellrechnung bis 2050. Bevölkerung, Erwerbspersonen und Haushalte in den NUTS 3-Regionen und Bezirken Österreichs. (= ÖROK-Schriftenreihe 184). S. 23-86.

HANNEMANN, C. (2002) Die Herausbildung räumlicher Differenzierungen – Kleinstädte in der Stadtforschung. In: LÖW, M. (Hrsg.), Differenzierungen des Städtischen. (= Stadt, Raum und Gesellschaft. Bd. 15). Leske + Budrich. Opladen. S. 265-278.

HASSENPFUG, D. (2000) Die europäische Stadt als Erinnerung, Leitbild und Fiktion. In: HASSENPFUG, D. (Hrsg.) Die Europäische Stadt – Mythos und Wirklichkeit. S. 11-47.

HÄUBERMANN, H. (2001) Die europäische Stadt. In: Leviathan. Vol. 29. Nomos. Baden-Baden. S. 237-255.

HERRENKNECHT, A. und J. WOHLFARTH (Hrsg.) (2005) Die vernachlässigten Kleinstädte. Der vergessene Teil des Ländlichen Raumes. (= Pro Regio Online. Zeitschrift für den Ländlichen Raum 3/2005). – online unter: <http://www.pro-regio-online.de/downloads/klein3.pdf>

HOLTKAMP, L. (2007) Local Governance. In: BENZ, A. et.al. (Hrsg.) Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 366-377.

KOCH, B. (1974) Die wirtschaftliche Entwicklung Mistelbachs (bis ins 18. Jahrhundert). In: STADTGEMEINDE MISTELBACH: Mistelbach Geschichte. Bd. 1. S. 245-281. Mistelbach.

KRASSER, R. und D. BISCHOF (2010) SWOT – Handbook für WP 5. for the 5th transnational InnoCité Workshop in Milan, 2010. SIR. Salzburg. – online unter: <http://www.innocite.eu/Lists/PublicAreaDocs/Synthesis%20of%20the%20pilot-sites%27%20SWOT%20Analysis-Jan2010.pdf> – Abruf am 18.2.2014

KUNZMANN, K. R. (2004) Der Typ macht Eindruck! Anmerkungen zur Typisierung von Klein- und Mittelstädten in Deutschland. In: BAUMGART, S., ET. AL. (Hrsg.) Kleine und mittlere Städte – Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund (SRPapers Nr. 1). Dortmund. S. 19-24.

- LAMM, W. (2001) Hollabrunn. Geschichte in Bildern. 1. Auflage. (= Die Reihe Archivbilder). Sutton. Wiltshire.
- LICHTENBERGER, E. (1998) Stadtgeographie. Bd. 1: Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse. 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage. Teubner Studienbücher der Geographie. Teubner. Stuttgart.
- LISKE, H. (o. J.) Plan Nr.: Stadtgemeinde Neunkirchen S1.
- LÖW, M. (2002) Differenzierungen des Städtischen. (= Stadt, Raum und Gesellschaft. Bd. 15). Leske + Budrich. Opladen.
- MARTISCHNIG, M. (2010) Stadterneuerungskonzept Hollabrunn.
- MARCUSE, P. (2004) Verschwindet die europäische Stadt in einem allgemeinen Typus der globalisierten Stadt? In: Siebel, W. (Hrsg.) Die europäische Stadt. Suhrkamp. Frankfurt. 112-117.
- MAYNTZ, R. (2004) Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie. (= MPIfG Working Paper 04/1.) – online unter: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html> - Abruf am 6.3.2014
- MEYER, T. (2006) Was ist Politik? unveränderter Nachdruck der 1. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- MITSCHA-MÄRHEIM, H. (1974) Geschichte Mistelbachs von der Urzeit bis gegen 1400. In: Stadtgemeinde Mistelbach: Mistelbach Geschichte. Bd. 1. S. 15-82. Mistelbach.
- NAFES (Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren) (2008) NAFES aktuell. Sonderausgabe 10 Jahre NAFES. St. Pölten.– online unter http://www.nafes.at/aktuell/nafes_aktuell/alle_ausgaben1 - Abruf am 31.3.2014
- PGO (PLANUNGSGEMEINSCHAFT OST) (2011) Stadtregion⁺. Zwischenbericht. Planungskoooperation zur räumlichen Entwicklung der Stadtregion Wien Niederösterreich Burgenland. Wien.
- PREUILH (o. J.) How to improve competitiveness of small-medium sized cities under the influence of alpine great urban centres? (= InnoCité cities 1).
- ROSSKOPF, R. und H. TRAUNER (1999) Richtlinien zur Entwicklung und Erneuerung der Städte in Niederösterreich. online unter: http://www.raumordnung-noe.at/fileadmin/root_raumordnung/infostand/sonstige_dokumente/gemeinde/landesaktionen/Richtlinien_STERN25092013.pdf – Abruf am 2.8.2013
- SCHARPF, F. W. (1973) Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie. In: Habermas, J., D. Heinrich, J. Taubes (Hrsg.) Theorie. Suhrkamp Verlag. 1. Auflage.
- SCHÖBER, S. (2006) Veränderung der Standortqualität von Handelsstandorten. Präsentationsfolien zum Vortrag, gehalten am 1. Österreichischen Stadtkernsymposium am 30. Mai 2006 in Vösendorf.
- SCHUBERT & FRANZKE (2009) Hollabrunn. Stadtplan 1:8000. St. Pölten.
- SCHUBERT & FRANZKE (2012) Mistelbach. Stadtplan 1:8000. St. Pölten.
- SCHUBERT & FRANZKE (2014) Neunkirchen. Stadtplan 1:5000. St. Pölten.
- SCHUBIGER, W. R. (2006) Projektmanagement in der Stadtkernbelebung. Leitfaden für praxisorientiertes Arbeiten. St. Pölten.

SCHWALB, L. und H. WALK (2007) Blackbox Governance – Lokales Engagement im Aufwind? In: SCHWALB, L. und H. WALK (Hrsg.) Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? (= Bürgergesellschaft und Demokratie 24), S. 7-20.

SELLE, K. (1996) Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. durchgesehene 2. Auflage. IRPUD. Dortmund. (= Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 69)

SELLE, K. (2000) Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Arbeitsmaterialien für Studium und Praxis. Dortmund. (=Kommunikation im Planungsprozess 2)

SELLE, K. (2012) Stadtentwicklung aus der „Governance-Perspektive“. Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung – früher und heute. In: ALTROCK, U. und B. GRISCHA (Hrsg.) Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure – Strategien – Strukturen. Transcript Verlag. Bielefeld. S. 27-48.

SIEBEL, W. (2000) Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In: DISP 141. S. 28-34.

SIEBEL, W. (2004) Einleitung: Die europäische Stadt. In: SIEBEL, W. (Hrsg.) Die europäische Stadt. Suhrkamp. Frankfurt am Main. S. 11-50.

SIEBEL, W. (2010) Die Zukunft der Städte. In: aus Politik und Zeitgeschichte 17/2010. S. 3-9.

SPIEGLER, A. (1998) Kleinstadt und Landschaft – Sieben Thesen. In: Kleinstädte – Motoren im ländlichen Raum. Tagungsband anlässlich des ersten Mitteleuropäischen Kleinstadtsymposiums in Murau 1998. S. 26-30.

STADTGEMEINDE BADEN BEI WIEN (2008) Änderung des Bebauungsplanes 1986. Verordnung. Baden. <http://www.baden.at/cms/upload/pdf/Bebauungsbestimmungen.pdf> – Abruf am 24.2.2014

STADTGEMEINDE MISTELBACH (2007) Markenhandbuch Mistelbach. Mistelbach. – online unter: http://mistelbach.riskommunal.net/gemeindeamt/download/219342036_1.pdf – Abruf am 7.2.2014

STADTGEMEINDE MISTELBACH (2014) Entwurf des Entwicklungskonzeptes. Stand zur öffentlichen Auflage vom 9.4.2014 – 21.5.2014. noch nicht beschlossen.

STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN (1993) Verordnung zur Erstellung eines örtlichen Raumordnungsprogramms. 21.12.1993.

STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN (o.J.) Markenhandbuch. Stadtmarke Neunkirchen.

STATISTIK AUSTRIA (2011a) Registerzählung vom 21.10.2011 – Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Abschnitten der ÖNACE 2008 und groben Beschäftigungsgrößengruppen. Mistelbach. online unter: <http://www.statistik.at/blickgem/rg10/g31633.pdf> – Abruf am 14.4.2014

STATISTIK AUSTRIA (2011b) Registerzählung vom 21.10.2011. Erwerbspendler/-innen nach Pendelziel. Mistelbach. online unter: <http://www.statistik.at/blickgem/rg6/g31633.pdf> Abruf am 14.4.2014

STIXENBERGER, J. (2009) „Der Weg ist das Ziel“ und „Wir tun es jetzt!“ Parameter einer nachhaltigen Innenstadtbelegung. In: NAFES aktuell. Ausgabe 8. Juni 2009. Scheibbs. o. S. – online unter http://www.nafes.at/aktuell/nafes_aktuell/alle_ausgaben1 – Abruf am 31.3.2014

- THOMASSEN, W. (1988) Politische Partizipation und Stadtentwicklungsplanung. In: REUTER, L.-R. und VOIGT, R. (Hrsg.) Innenpolitik in Theorie und Praxis. Bd. 18. Minerva-Publikationen. München.
- TRAUNER, H. (1996) Stadterneuerung – Ein Versuch wird zum Modell. In: Club Niederösterreich (Hrsg.) Stadt und Dorf. Theorie und Praxis einer Erneuerung. (= Schriftenreihe / Club Niederösterreich 1996,2), S. 14-19.
- URBAN, F. (2011) Einführung. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Denkmalschutz und Stadtentwicklung. (=Informationen zur Raumentwicklung. Heft 3/4.2011. S. I-III.
- VERWALTUNGSBEZIRK MISTELBACH (o.J.) Ortskunde. In: BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT MISTELBACH (Hrsg.) Heimatbuch des Verwaltungsbezirkes Mistelbach. Bd.1.Touristik-Verlag Erwin Müller. Wien.
- WEBER, G. (2000) Ist Kleinsein schön? – Kleinstädte im Visier der Raumordnung. In: CLUB NIEDERÖSTERREICH (Hrsg.) Tradition – Funktion – Vision: Bauen und Wohnen in ländlichen Kleinstädten. (= Schriftenreihe / Club Niederösterreich 2000,4), S. 16-25.
- WIPP, V. (2014a) 2010-2013 Stadterneuerung in Hollabrunn. Abschluss- und Evaluierungsbericht.
- ZIMMER, A. (2007) Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement. Einführung in den Stand der Debatte. In: SCHWALB, L. und H. WALK (Hrsg.) Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? (= Bürgergesellschaft und Demokratie 24), S. 95-108.
- ZITA, W. (1995) Der Planer als Moderator. In: Club Niederösterreich (Hrsg.) Stadterneuerung für eine menschengerechte Urbanität. (=Schriftenreihe / Club Niederösterreich 1995,5), S. 18-21.
- ZODL, H. (2008) Die Bündelung der Kräfte – NAFES als Instrument der Stadt- und Ortskernbelebung NÖ. In: NAFES (Niederösterreichische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Einkaufs in Stadtzentren) NAFES aktuell. Sonderausgabe 10 Jahre NAFES. St. Pölten. S. 14.
- ZODL und WIPP (2009) 2. Protokoll AK Ortskernbelebung.

Online Quellen

- AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2014a) Landesaktionen.
<http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=10> – Abruf am 31.3.2014
- AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2014b) Gezielte Wohnbauförderung zur Stadt- und Ortskernbelebung.
<http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=164> – Abruf am 6.5.2014
- Cittaslow International (2014) About Cittaslow Organization.
<http://www.cittaslow.org/section/association> – Abruf am 27.2.2014
- ESPON (2014) Leipzig Charter on Sustainable European Cities.
http://www.espon-usespon.eu/dane/web_usespon_library_files/1244/leipzig_charter_on_sustainable_european_cities.pdf – Abruf am 17.3.2014
- NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG (2013a) ... unser Leitbild.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=797> – Abruf am 2.8.2013
- NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG (2013b) Die Ziele der Dorf- und Stadterneuerung.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=803> – Abruf am 2.8.2013

NÖ DORF- UND STADTERNEUERUNG (2013c) Landesverband der Dorf- und Stadterneuerung.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=1610&highlight=organigramm> – Abruf am 2.8.2013

NIEDERÖSTERREICHISCHE DORF- UND STADTERNEUERUNG (2013d) Zielsetzungen der Stadterneuerung.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=8689> – Abruf am 2.8.2013

NIEDERÖSTERREICHISCHE DORF- UND STADTERNEUERUNG (2013e) Die Beteiligten.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=845> – Abruf am 2.8.2013

NIEDERÖSTERREICHISCHE DORF- UND STADTERNEUERUNG (2013f) Bewerbung und Ablauf.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=1641> – Abruf am 2.8.2013

NIEDERÖSTERREICHISCHE DORF- UND STADTERNEUERUNG (2014) Projektwettbewerb.
<http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=870&detail=1188&highlight=> – Abruf am 6.6.2014

RADIOYPSILON (2014) radioYpsilon ist... .
http://www.radioypsilon.at/CMS/index.php/%C3%BCber_radioYpsilon.html – Abruf am 12.5.2014

STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN (2014a) Geschichte Neunkirchens.
<https://www.neunkirchen.gv.at/die-stadt/geschichte> – Abruf am 21.1.2014

STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN (2014b) Was geschah bisher?
<https://www.neunkirchen.gv.at/stadterneuerung/was-geschah-bisher> – Abruf am 17.4.2014

STADTGEMEINDE NEUNKIRCHEN (2014c) STERN Fragebogenaktion.
<https://www.neunkirchen.gv.at/stadterneuerung/fragebogenaktion> – Abruf am 17.4.2014

Gesetzestexte in der verwendeten Fassung

LGBL. 1000-21: NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) 19. Novelle. 20.11.2012

LBGL. 1026-9: NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetz (NÖ STROG) 9. Novelle. 20.11.2012

LGBL. 8000-26: NÖ Raumordnungsgesetz (NÖ ROG 1976) 20. Novelle. 5.7.2012

LGBL. 8000/24-1: Zentrale-Orte-Raumordnungsprogramm. 1. Novelle. 6.5.1992

LGBL. 8000/75: Regionales Raumordnungsprogramm Wiener Neustadt – Neunkirchen. 4. Novelle
7.10.2010

LGBL. 8200-15: NÖ Bauordnung 1996. 9. Novelle. 28.11.2008

Experteninterviews

BABINSKY Alfred, Ing. (Vize-Bürgermeister Hollabrunn, ÖVP) 2014:

persönliches Interview am 11.4.2014 – 10:05-10:45 in der Bezirksstelle Hollabrunn der Wirtschaftskammer Niederösterreich

BRANDSTETTER Heidemarie, Mag. (FH) (Stadterneuerungsbetreuerin Neunkirchen) 2014:

persönliches Interview am 11.2.2014 – 10:00-10:48 im Rathaus Neunkirchen

FASAN Martin, Mag. (Vize-Bürgermeister Neunkirchen, Die Grünen) 2014:

persönliches Interview am 14.4.2014 – 10:57-11:43 im Rathaus Neunkirchen

FASCHING Erich (Citymanager Mistelbach) 2014:

telefonisches Interview am 2.6.2014 – 10:08 – 10:30

GÖRGL Peter, Dr. und RADINGER Marianne, Mag. 2014:

persönliches Interview am 28.4.2014 – 16:30 – 18:00 im De Pellegrin

HANAK Edwin, Dipl.-Ing. (Stadterneuerungsbetreuer Mistelbach), Mag. Mark SCHÖNMANN (Angestellter Stadtgemeinde Mistelbach), Dipl.-Ing. Helmut BRUCKNER (Bauamtsdirektor Mistelbach) 2014:

persönliches Interview am 7.2.2014 – 10:10-11:33 im Rathaus Mistelbach

TRAUNER Hubert, Dipl.-Ing. (Stadterneuerung), PRILLER Andrea Maria, Dipl. Verw. Wirt (Landesregierung Niederösterreich RU 2 – Raumordnung) 2014:

persönliches Interview am 23.4.2014 - 9:30 – 10:35 im Haus Niederösterreich Krems

WIPP Veronika, Mag. (Stadterneuerungsbetreuerin Hollabrunn) 2014b:

persönliches Interview am 19.2.2014 – 10:10-10:48 im Rathaus Hollabrunn

Datenquellen Bevölkerungsdaten

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG (2012) Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich. 36. Jahrgang. (= NÖ Schriften 202 – Information). Bad Vöslau.

STATISTIK AUSTRIA (2014) StatCube.

<http://statcube.at/statistik.at/ext/superweb/loadDatabase.do?db=debevestand> – Letztabruf am 4.2.2014

12. Anhang

Anhang 1

Tabelle 5 – Teil 1 – Funktionen Zentraler Orte (vgl. LGBL 8000/24)

Einrichtung		Stufe VI*	Stufe V	Stufe IV		Stufe III	Stufe II	Stufe I
höherrangige Verwaltungseinrichtungen					qualitativ und quantitativ wesentlich reichhaltigeres Angebot als in ZO der Stufe III			
Gemeindeamt								
Gendarmerieposten								
Postamt								
Versorgung mit Gütern und Diensten des	kurzfristigen Bedarfs		auch Güter und Dienste, die selten nachgefragt werden			qualitativ und quantitativ reichhaltiges, spezialisiertes Angebot	größeres, spezialisiertes Angebot als ZO I	vollständige Grundversorgung
	periodischen Bedarfs						gängiges Angebot	
	langfristigen Bedarfs							
praktischer Arzt mit Praxis, Zahnbehandlungspraxis, Apotheke								
Tierarztpraxis								
höherrangige Schuleinrichtungen								
Allgemeinbildende höhere Schule								
berufsbildende höhere Schule								
stark gefragter Schultyp berufsbildender mittlerer Schulen								
Polytechnischer Lehrgang								
Kindergarten, 4-klassige Volksschule, Hauptschule, Musikschule								
Allgemeine Sonderschule								
öffentliche Bücherei								
Freibad								
Hallenbad				Normal hallen bad		Kleinhallenbad		
Sportanlage				für möglichst viele Sportarten		für mehrere Sportarten	für mehrere Sportarten	
Spiel- und Sportplatzanlage, Turnhalle								
Veranstaltungssaal (Sitzplätze)				≥ 800		500-800	200-500	
mobile soziale Dienste								
Grundversorgungs Krankenhaus								
bei der Neuerrichtung eines Heimes							kann berücksichtigt werden	
bei der Neuerrichtung einer Krankentransportaußenstelle							kann berücksichtigt werden	

Tabelle 5 – Teil 2 – Funktionen Zentraler Orte (vgl. LGBL 8000/24)

Einrichtung	Stufe VI*	Stufe V	Stufe IV		Stufe III	Stufe II	Stufe I
Versorgung der Wohnbevölkerung des Gesamtbereichs mit öffentlichen und privaten zentralen Einrichtungen							
mittels öffentlichen Verkehrs		in zumutbarem Zeitaufwand			innerhalb 1h erreichbar		für Schüler und Berufstätige bedarfsgerecht erreichbar
im Individualverkehr		innerhalb 1h					
Zentralörtlicher Gesamtbereich (EW)		mind. 100.000, durchschnittlich 200.000	mind. 50.000		mind. 25.000	mind. 10.000	mind. 5.000
Baulich zusammenhängendes Siedlungsgebiet innerhalb (EW)		mind. 20.000, idealerweise 35.000	mind. 10.000		mind. 5.000	mind. 2.500	mind. 1.000
Entfernung zum nächsten ZO gleicher Stufe höchstens (Straßenkm)			20		20	10	7
	in topographisch ungünstiger Lage		30		30	18	10

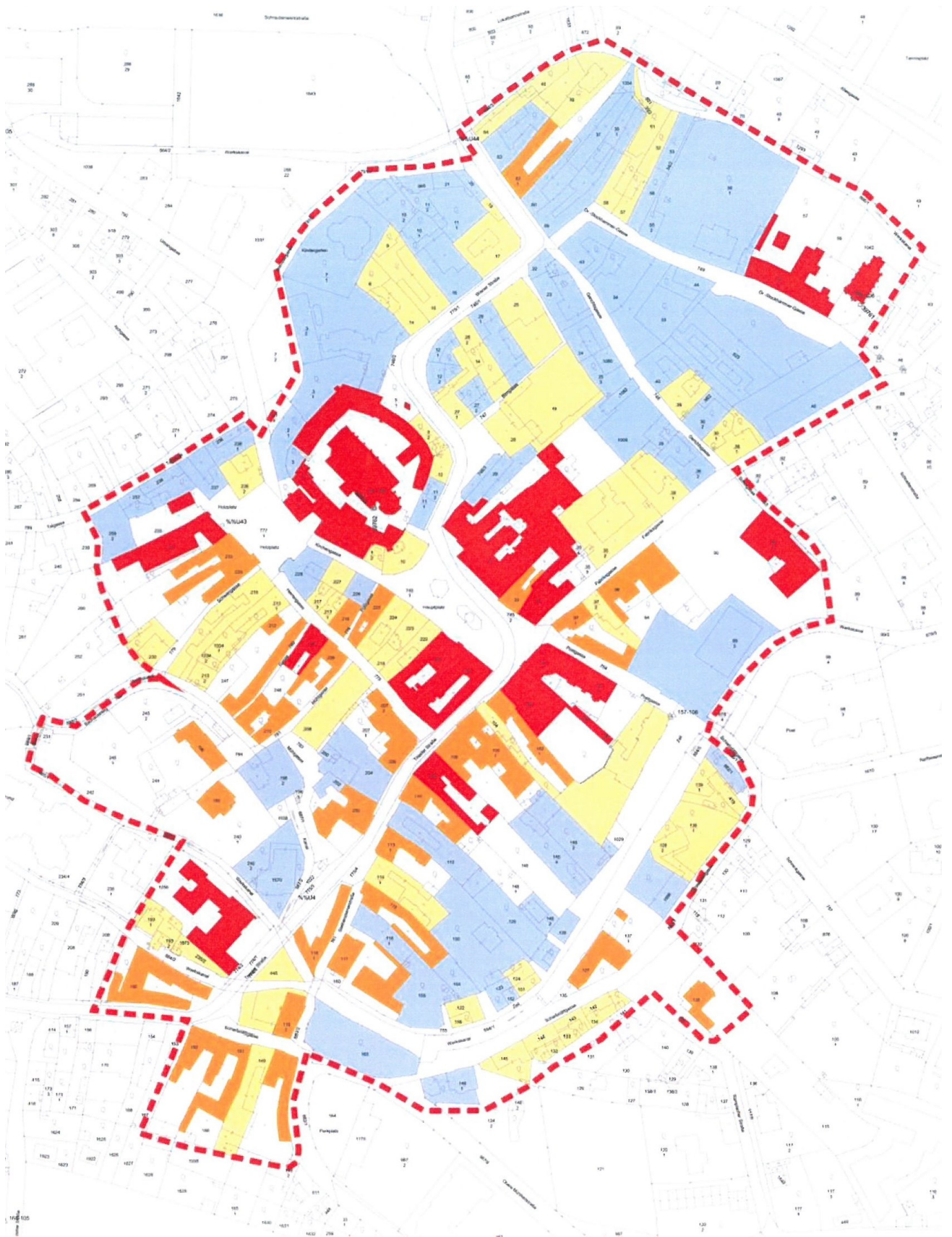
Soll-Bestimmung

Kann-Bestimmung

* Stufe VI betrifft nur die Landeshauptstadt St. Pölten: "Diese soll als vollausgestattete Landeshauptstadt Standort jener Bundes- und Landesdienststellen, Interessenvertretungen, Landesverwaltungen privatwirtschaftlicher Unternehmungen, Organisationen und Verbände sein, die üblicherweise in den übrigen größeren Landeshauptstädten vertreten sind. St. Pölten soll auch landesweit Zentralfunktionen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Gesundheits- und Sozialbereiches, der Kultur, Bildung, Forschung, Innovation, Information und Kommunikation ausüben." (§13a (1) LGBL 8000/24)

Die Landeshauptstadt soll aus allen Regionen Niederösterreichs gut erreichbar sein. Mittels des öffentlichen Verkehrs sollen alle Landesbewohner innerhalb eines Tages Erledigungen St. Pölten machen können. (vgl. §13a (2) LGBL 8000/24)

Anhang 2



Karte 10 – Teil 1– Schutzzone Neunkirchen (Legende: S. 123; Quelle: LISKE o. J.)



NEUNKIRCHEN

KLASSIFIZIERUNG DER OBJEKTE

Dipl.-Ing. Herbert LISKE
Ingenieurkonsulent für
Raumplanung und Raumordnung
Kaiser Franz Josef-Ring 6
2500 Baden

LEGENDE:



-  Objekte unter Denkmalschutz
-  Schutzwürdige Objekte
-  Objekte mit Bedeutung für den Ensemblecharakter
-  "Pufferzone"
-  Bearbeitungszone Schutzzonen Zentrum

M 1 : 2000

Plangrundlage: DKM, Stand: 2011
Quelle: Ergebnis der Begehung Bundesdenkmalamt,
Stadtgemeinde Neunkirchen, Herbst 2011
Bearbeitung: LI, PL, LO

Zusammenfassung

Die Arbeit behandelt anhand der drei Beispielstädte Hollabrunn, Mistelbach und Neunkirchen Möglichkeiten der Innenstadtaufwertung in niederösterreichischen Städten. Beim analysierten Stadttypus handelt es sich um Kleinstädte, die in ihrem Aufbau dem europäischen Stadtmodell entsprechen. Das Ziel seitens der Städte ist die Belebung des Kerns, indem durch ein ausgewogenes Angebot unterschiedlicher Nutzungen die Besucherfrequenz erhöht wird.

Ein Förderansatz des Landes Niederösterreich, der sich mit der Zentrumsaufwertung auseinandersetzt, ist die Landesaktion Stadterneuerung. Dabei handelt es sich um einen partizipativ ausgerichteten Ansatz. Im Rahmen der Analyse der Städte, die an diesem Programm teilnehmen und in denen somit aktiv Innenstadtentwicklung betrieben wird, wurden die Maßnahmenumsetzung, wie auch die Prozesse betrachtet. Dies erfolgte vor dem Hintergrund der Frage nach dem aktuell notwendigen Angebot in einer Innenstadt. Als zweiter wesentlicher Einfluss wird auf das niederösterreichische Förderinstrumentarium zur Stadterneuerung eingegangen.

Das Ergebnis der Arbeit besteht in einer Darstellung der Analyse und einer darauf aufbauenden Ableitung von Handlungsempfehlungen auf städtischer Ebene, wie auch auf der Metaebene des Landes.

Abstract

This thesis offers an insight into the possibilities of innercity development processes in cities in Lower Austria. The type of city, which thereby is analysed, is that of small cities. The examples are Hollabrunn, Mistelbach and Neunkirchen. Their structure follows the European city model. The aim of the city-governments hereby is a lively core of the city. This result should be reached through a good mixture of usings and hence a growing frequency of visitors.

The county of Lower Austria developed a system of funding for improving the innercity situation, which is called "Landesaktion Stadterneuerung" (Programme for City-Renewal). The programme aims on the civic participation of the citizens of a city. The involvement in the programme in the three cities indicates activity in innercity development. The analysis focusses on the activities, as well as on the processes. The research is based on the question, what a nowadays city centre should offer to the inhabitants. A second important aspect is the system of funding instruments of Lower Austria.

The results of the thesis are the analysis and following recommendations on how the activities on the city level but also on the meta-level of the county could be improved.

Christine Deibl, BA

*8. Juli 1989 in Wien

Bildungsweg

seit 03/2011	Masterstudium Raumforschung und Raumordnung an der Universität Wien
10/2007 – 02/2011	Bachelorstudium Geographie an der Universität Wien, Bachelor of Arts (BA)
2011	Bachelorarbeit: <i>„Österreichs prognostizierte Alterung – eine wachsende Herausforderung für die Planung. Die Umsetzung der Bevölkerungsprognosen bis 2030 am Beispiel Niederösterreichs“</i>
09/1999 – 06/2007	Realgymnasium mit Darstellender Geometrie am BG und BRG Berndorf
2007	AHS-Matura mit gutem Erfolg bestanden

Berufserfahrung

seit 10/2013	Studienassistentin für die Professur für Angewandte Geographie, Raumforschung und Raumordnung/ Universität Wien
03/2011 – 09/2013	Studentische Hilfskraft in der Fachbereichsbibliothek Geographie und Regionalforschung/ Universitätsbibliothek Wien
07/2011 – 10/2011	Projektangestellte bei der Kommission für Migrations- und Integrationsforschung/ Österreichische Akademie der Wissenschaften
2010, 2011	Tutorin für Übungen zu Instrumente der örtlichen und überörtlichen Raumordnung in Österreich/ Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien
2010	Tutorin für Übungen zur Geographie ländlicher Räume/ Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien
07/2010 – 08/2010	Praktikantin am Vienna Institute of Demography/ Österreichische Akademie der Wissenschaften

Zusätzliches Engagement

Mandatarin der Studienvertretung Geographie:	2009 - 2011 stellvertretende Vorsitzende
	2011 – 2013 Vorsitzende
seit 2007 Mitglied der European Geography Association for Students and Young Geographers (EGEA)	

Hiermit erkläre ich,

dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst habe, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe, dass ich dieses Masterarbeitsthema weder in In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, Juni 2014

Christine Deibl